

Dienstag, 5. Mai 2009

VORSITZ: FRAU ROURE

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.05 Uhr eröffnet)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: Verarbeitung personenbezogener Daten und Schutz der Privatsphäre - Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste: gemeinsamer Rechtsrahmen - Einrichtung des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation - Frequenzbänder für Mobilfunkdienste (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache zu:

- der Empfehlung für die zweite Lesung (A6-0257/2009) des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf die Annahme einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2002/22/EG über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten, der Richtlinie 2002/58/EG über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation und der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden (16497/1/2008 – C6-0068/2009 – 2007/0248(COD)) (Berichtersteller: Herr Harbour),

- der Empfehlung für die zweite Lesung (A6-0272/2009) des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf die Annahme der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste, der Richtlinie 2002/19/EG über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung und der Richtlinie 2002/20/EG über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (16496/1/2008 – C60066/2009 – 2007/0247(COD)) (Berichterstellerin: Frau Trautmann),-

- der Empfehlung für die zweite Lesung (A6-0271/2009) des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie zu dem Gemeinsamen Standpunkt des Rates im Hinblick auf die Annahme der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung der Europäischen Aufsichtsbehörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation (16498/1/2008 – C6-0067/2009 – 2007/0249(COD)) (Berichterstellerin: Frau del Castillo Vera) und

- dem Bericht (A6-0276/2009) von Frau Pleguezuelos Aguilar im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 87/372/EWG des Rates über die Frequenzbänder, die für die koordinierte Einführung eines europaweiten öffentlichen zellularen digitalen terrestrischen Mobilfunkdienstes in der Gemeinschaft bereitzustellen sind (KOM(2008)0762 – C6-0452/2008 – 2008/0214(COD)).

Malcolm Harbour, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Es ist mir eine besondere Ehre, heute Morgen diese sehr wichtige Aussprache eröffnen zu können und unsere Kollegen dazu aufzurufen, die anstehende Reform des Telekommunikationspakets zu unterstützen.

Ich betone, dass es sich um eine Reform handelt. Wie Sie gehört haben, haben vier Berichtsersteller an Teilen davon gearbeitet. Zu der wichtigsten Reform des Pakets möchte ich meinen Kollegen Catherine Trautmann

und Pilar del Castillo Vera Anerkennung zollen, da wir eng zusammen gearbeitet haben, um dieses Paket auf die Beine zu stellen.

Es ist eine wichtige Reform, da das bestehende Paket, an dem ich 2001 und 2002 mit Kollegen gearbeitet habe, sehr gut für die europäische Wirtschaft funktioniert hat. Wir haben einen blühenden, dynamischen Kommunikationssektor mit aktiven Verbrauchern auf dem Markt. Aber diese Reform wird diesen Sektor auf den neuesten Stand bringen, und meine Kollegen werden die Bereiche beschreiben, mit denen sie sich befassen möchten. Das Wichtigste ist, dass das Paket für das nächste Jahrzehnt gut gerüstet ist. Das Parlament hat in dieser zweiten Lesung deutliche Verbesserungen vorgenommen.

Ich möchte im Namen von uns dreien der französischen Ratspräsidentschaft unseren Dank für den im November erreichten gemeinsamen Standpunkt zu Protokoll geben, der es uns ermöglicht hat, dass wir Ihnen heute in der letzten Sitzung in diesem Mandat dieses verbesserte Paket vorstellen können, denn es ist für die europäischen Verbraucher und die europäische Wirtschaft von grundlegender Bedeutung, dass wir es morgen in der Abstimmung deutlich bestätigen.

Wie immer bei diesen komplizierten Fragen hatte ich unglaubliche Unterstützung von meinen Schattenmitarbeitern – Bernadette Vergnaud, Cristian Buşoi und Heide Rühle. Außerdem möchte ich dem Team des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres unter der Leitung von Alexander Alvaro danken, weil ein wichtiger Teil meiner Reformen die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation enthält, mit der sie sich befasst haben.

In meinen vier Minuten heute Morgen habe ich nicht genügend Zeit, um auf alle Punkte und Verbesserungen, die wir eingebracht haben, im Einzelnen einzugehen. Im Nachhinein gibt es ausführliche Besprechungen dazu. Ich möchte Ihnen nur eine Vorstellung davon vermitteln, was wir erreicht haben und um was wir uns bemühen.

Mit dieser Richtlinie haben wir die Rechte der Verbraucher und Anwender im Elektronikbereich deutlich verbessert. Die Verbraucher müssen befähigt werden, die richtige Wahl unter den angebotenen Kommunikationsdiensten zu treffen, wozu sie ein Recht auf Informationen haben. Sie haben ein Recht auf angemessene Vertragsbedingungen, die sie nicht über lange Zeiträume an bestimmte Anbieter binden. Sie haben ein Recht auf hochwertige Notrufdienste, auf einen Zugang zu Sozialinformationsdiensten über das Internet und Sprachtelefonkommunikation. Vor allem haben Sie ein Anrecht darauf, dass ihre Daten im elektronischen Kommunikationsraum geschützt werden. Dazu werden wir später mehr hören. Wir müssen außerdem die Regulierungsbehörden befähigen, sicherzustellen, dass diese Rechte ordnungsgemäß umgesetzt werden. All das ist in dem Vorschlag enthalten.

Ich denke, dass es sehr wichtig ist, zu betonen, dass dies ein Vorschlag ist, der viel ermöglicht. Es ist kein Vorschlag, der in irgendeiner Weise die Rechte der Menschen im Internet oder die Dienste einschränkt. Wir möchten den Verbrauchern die Macht geben, Entscheidungen zu treffen, und das wird die Dienste öffnen.

Ich möchte meine erste Rede beenden, indem ich sage: eine riesige Anzahl an Menschen haben an diesem Vorschlag gearbeitet, und wir konnten auf viele Ressourcen zurückgreifen. Ich möchte insbesondere Peter Traug vom Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Luca Vusaggio, unseren Rechtsberater, und Lindsay Gilbert von unserer Fraktion erwähnen, die alle eng mit meiner Assistentin Sheena Gooroochurn zusammengearbeitet haben. Wir hatten großartige Unterstützung von der Kommission, von Peter Rodford, der Kommissarin selbst sowie ihrem Team sowie auch von dem Generalsekretariat unter der Leitung von Eva Veivo. Ich erwähne dies, weil ich denke, dass die Menschen außerhalb der Arbeitsgruppe nicht erkennen, wie viel Arbeit und Engagement nötig war, um diese komplexen Texte zu erstellen. Ich freue mich auf Ihre Unterstützung dafür morgen, weil es so wichtig für unsere Zukunft ist.

Catherine Trautmann, Berichterstatterin. – (FR) Frau Präsidentin, Kommissarin, meine Damen und Herren! Morgen stimmen wir über das Telekommunikationspaket ab. Das ist die letzte Phase, die das Ende von Monaten an Arbeit und Verhandlungen kennzeichnen wird, die nötig waren, um zu diesem Kompromiss zu gelangen, der nach vielen Streitereien mit dem Rat in einem Bereich erreicht wurde, in dem die drei Organe von sehr verschiedenen Standpunkten ausgingen.

Als erstes möchte ich Frau del Castillo Vera, Herrn Harbour, Frau Pleguezuelos Aguilar, den Schattenberichterstattern, den politischen Fraktionen, den Leitern der Ausschüsse und Sekretariate, dem Vorsitz des Rats und der Europäischen Kommission für ihre unermüdliche Arbeit in diesen langen Monaten herzlich danken, und ich danke allen Kollegen, die mir durch ihre Unterstützung ihr Vertrauen gezeigt haben.

Dieses Paket bringt uns in zahlreichen Bereichen voran. Das ist wichtig für die Verbraucher, da diese bessere Dienstleistungen zu faireren Preisen erhalten. Die Telekommunikation kennzeichnet sich in der Tat durch ihren Einfluss auf das tägliche Leben, und sie spielt eine große gesellschaftliche Rolle als Medium für Entwicklung und Wachstum.

Der Telekommunikationssektor allein bietet über 3,5 Millionen Arbeitsplätze und hat einen immer größeren Anteil an der europäischen Wirtschaft – fast 3,5 %. Ein gut regulierter Wettbewerb ermöglicht einen Ausgleich zwischen alten und neuen Anbietern und gewährleistet durch die Rechtssicherheit ein deutliches Wachstum für den Sektor, was wiederum zu Investitionen ermutigt.

Aus diesem Grunde haben wir während dieser Verhandlungsrunde mit meinen Berichterstattekollegen und unseren Schattenberichterstatteern darum gekämpft, einen Rechtsrahmen zu erstellen, der allen nützt. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat im April die vorletzte Stufe des Gesetzgebungsverfahrens bestätigt, indem er mit sehr großer Mehrheit den Gesamtkompromiss zu meinem Bericht und dem Bericht von Frau del Castillo Vera angenommen hat.

Wir haben die Grundlage für einen stabilen Kompromiss gelegt, der zusammen mit den Berichten von Herrn Harbour und Frau Pleguezuelos Aguilar bei der morgigen Abstimmung, wie ich hoffe, ihre volle Unterstützung erhalten wird.

Ich möchte auch auf den Änderungsantrag 138/46 zurückkommen und die Bedeutung und den Umfang des Textes, der die Vereinbarung von Parlament und Rat stützt, erklären: den sogenannten „Kompromiss der letzten Chance“. Seit der Abstimmung zu diesem Änderungsantrag in der ersten Lesung hat der Rat ihn weiterhin gänzlich abgelehnt, ihn aus seinem gemeinsamen Standpunkt ausgenommen und abgelehnt, ihn in die Erwägungsgründe oder die Artikel aufzunehmen.

Das Europäische Parlament hat sein Engagement für diesen Änderungsantrag gezeigt, indem es in den Kompromiss die wichtigsten Elemente von Änderungsantrag 46 aufgenommen hat: Verteidigung von Freiheiten, das Recht auf ein Urteil und den Rechtsweg – der Ausdruck entspricht bestens der Ausdrucksweise der Justizbehörden – und außerdem hat es zwei zusätzliche Vorschriften für Internetnutzer eingefügt: die Bestätigung der wichtigen Rolle des Internets bei der Ausübung der grundlegenden Rechte und Freiheiten, wobei insbesondere auf die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verwiesen wurde.

Der Sinn und Wortlaut von Änderungsantrag 46 wurden daher geachtet und zum Nutzen der Anwender erweitert, wodurch eine Ablehnung dieses Änderungsantrags durch die Mitgliedstaaten mit der Begründung, dass das Europäische Parlament keine Änderungen an ihrem internen Gerichtswesen vorschreiben kann – was erforderlich wäre, um diese Änderung umzusetzen –, vermieden wurde.

Seine Einfügung in Artikel 1, der sich mit dem Umfang und den Zielen beschäftigt, macht diesen Vorschlag im Wesentlichen zu einem Grundsatz, der für alle Richtlinien des Pakets gilt, insbesondere, soweit der Zugriff und Dienstleistungen betroffen sind. Dadurch wird damit die rechtliche Schwäche behoben, die sich aus der Verbindung von Änderungsantrag 46 mit Artikel 8 ergibt, in dem die Aufgaben der nationalen Regulierungsbehörden festgelegt sind.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Wahl: wir können den Änderungsantrag 46 so unterstützen, wie er ist, und damit das gesamte Telekommunikationspaket wieder in ein Schlichtungsverfahren überführen, wodurch wieder die Diskussion zu allen Punkten, die in den Verhandlungen erreicht wurden, eröffnet wird, was dazu führen wird, dass er aufgrund des massiven Widerstands der Mitgliedstaaten gegen diesen Änderungsantrag aufgehoben wird. Oder wir können den neuen Wortlaut des Änderungsantrags 46 unterstützen, was die Achtung der grundlegenden Freiheiten gewährleistet und damit bestätigt, was das Parlament zum Zeitpunkt der Abstimmung über den Lambrinidis-Bericht angenommen hat.

Ich möchte hinzufügen, dass der Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe a) und seine Präambel bei der Umsetzung der Richtlinie berücksichtigt werden muss, wodurch das Parlament in die Lage versetzt wird, Gesetze zu erlassen.

Aufgrund dieser unmöglichen Wahl lade ich Sie, meine Damen und Herren, dazu ein, über die Zukunft unserer Arbeit in der nächsten Wahlperiode nachzudenken, deren Schwerpunkt unter anderem auf Universaldiensten aber auch auf Inhalten und geistigem Eigentum liegen wird. Daher rufe ich Sie dazu auf, den neuen Vorschlag zu unterstützen, um Bemühungen anzustrengen, die Rechte von Angestellten, Künstlern und Internetnutzern einander gleichzustellen.

Pilar del Castillo Vera, Berichterstatterin. – (ES) Frau Präsidentin! Wie die anderen Berichterstatter Catherine Trautmann und Malcolm Harbour möchte ich damit beginnen, ihnen zuerst für die außergewöhnliche Gelegenheit zu danken, an dieser Reform der europäischen Verordnung über die Telekommunikationsmärkte mitarbeiten zu können, denn meiner Ansicht nach und mit immer noch geringen Erfahrungen in diesem Parlament war dies ein Beispiel für Zusammenarbeit zwischen Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen. Daher also vielen Dank!

Natürlich möchte ich als nächstes allen danken, die dazu beigetragen haben: den Schattenberichterstattern und insbesondere dem Sekretariat des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie, der meiner Meinung nach eine absolut entscheidende Rolle dabei gespielt hat, dass wir jetzt an diesem Punkt angekommen sind. Erlauben Sie mir außerdem der Kommissarin und der Kommission für die Vereinfachung aller schwierigen Dreierverhandlungen zu danken.

Ich möchte auch noch die Bemühungen der tschechischen Ratspräsidentschaft erwähnen, die von den ersten schwankenden Versuchen bis zu diesem Punkt im Rat wahre Führungsfähigkeiten bewiesen hat. Ich möchte ihr für ihre Bemühungen besonderen Dank aussprechen.

Frau Präsidentin, Kommissarin, meine Damen und Herren! Es geht hier um eine Reform einer Verordnung, die einen Schlüsselbereich für die Zukunft Europas betrifft: der Schlüssel zum Wohl der Bürger und zum Überwinden der schweren Krise, in denen sich unsere Wirtschaft in Europa und anderswo jetzt befindet; doch jetzt geht es erst einmal um die Europäische Union.

Wenn es eine Branche gibt, die wirklich den Katalysator und den Auftrieb liefern kann, den wir benötigen, um diese Krise zu überwinden, dann ist es genau der Sektor der Informations- und Kommunikationstechnologien, das heißt der Sektor der elektronischen Kommunikation und der Telekommunikation. Daher ist es so äußerst wichtig, dass wir diese Vereinbarung erzielt haben, denn das wird uns in die Lage versetzen, mit einem Ansatz voranzukommen, den ich für äußerst entscheidend halte: die Bewahrung eines unvoreingenommenen, offenen Blicks nach vorn, die Ablehnung von Protektionismus und stattdessen die Förderung des Wettbewerbs und der Wettbewerbsfähigkeit; und die Rolle des Sektors ist dafür entscheidend.

Bezüglich des Pakets – verschiedene Aspekte der verschiedenen Berichte sind bereits genannt worden – möchte ich als zuständige Berichterstatterin nur die Schaffung eines neuen Gremiums von europäischen Regulierungsbehörden im elektronischen Kommunikationssektor erwähnen. Das ist ein wesentliches Hilfsmittel, um sicherzustellen, dass die Regeln, die wir morgen mit der neuen Verordnung annehmen werden, in der gesamten Union einheitlich umgesetzt werden; dass es in der Praxis zu einer Harmonisierung kommt, die die Schaffung und Entwicklung eines echten Binnenmarktes mit internem Wettbewerb ermöglicht, denn dies ist der beste Weg, um sicherzustellen, dass die Verbraucher davon profitieren, und der beste Weg, um sicherzustellen, dass die europäischen Verbraucher die Chance bekommen, die besten Dienstleistungen zu den besten Preisen zu erhalten.

Der Wettbewerb und nichts anderes garantiert dieses Endergebnis und diesen Nutzen für die Verbraucher und unsere Wirtschaft. Sagen wir also „Nein!“ zu allen Formen des Protektionismus und „Ja!“ zur Offenheit und zum Wettbewerb; der Sektor, der dies am besten sicherstellen kann, ist tatsächlich der elektronische Kommunikationssektor und die Telekommunikationsmärkte. Daher haben wir Grund zum Feiern.

Francisca Pleguezuelos Aguilar, Berichterstatterin. – (ES) Frau Präsidentin! Wie andere zuvor möchte ich mich an meine Kollegen und die Kommissarin wenden, um ihnen für die Arbeit zu danken, die sie alle erledigt haben und zu der wir uns meiner Meinung nach heute selbst gratulieren können.

Außerdem möchte ich mich ausdrücklich für die bedingungslose Unterstützung bedanken, die ich als Berichterstatterin der GSM-Richtlinie erhalten habe, insbesondere bei den Schattenberichterstattern, die mit mir gearbeitet haben, und Kommissarin Reding für die Flexibilität, die sie während des gesamten Prozesses der Rückgabe der von uns geforderten Aufgaben an das Parlament an den Tag gelegt hat: die Teilnahme an der strategischen Planung der Verwendung des Funkfrequenzen. Natürlich muss ich auch der tschechischen Ratspräsidentschaft dafür danken, dass sie ihre eindeutige Entschlossenheit gezeigt hat, diese Richtlinie sowie das restliche Paket vor dem Ende der Wahlperiode umzusetzen.

Als Berichterstatterin dieser GSM-Richtlinie denke ich, dass wir die richtige Lösung gefunden haben, mit der die strategische Planung für die Frequenzen auf Gemeinschaftsebene in zukünftige Mehrjahresprogramme für Funkfrequenzpolitik eingebunden und mit der Rahmenrichtlinie verbunden wird. Es ist die richtige Entscheidung, denn damit bestätigen wir, dass die Frequenzen als seltene öffentliche Vermögenswerte eine

gesetzliche Kontrolle sowie strategische Planung bei der Entwicklung neuer Netze benötigen – die Funk- und Glasfasernetze, die unserer Meinung nach die Zukunft darstellen, eine Zukunft, in der wir den Anbietern Rechtsschutz bieten müssen, damit sie Investitionen vornehmen und wir die Führung übernehmen können, die die Europäische Union einmal inne hatte.

Ich möchte betonen, dass es außerdem sehr wichtig ist, dass wir mit diesem allgemeinen Rahmen den Grundsatz der technischen Neutralität für das Netz eingerichtet haben, denn da das eine Ausnahme von diesem Grundsatz war, legitimieren wir damit die Handlungen des Parlaments in einer Situation diesen Ausmaßes doppelt.

In diesem Zusammenhang habe ich das Gefühl, dass diese Richtlinie ein gutes Beispiel dafür ist, wie die Frequenzverwaltung flexibler gestaltet wird, was ja auch das Ziel dieses Telekommunikationspakets ist.

Wir sollten nicht vergessen – und ich möchte das ebenso wie einige meiner Kollegen zuvor betonen – dass in der Europäischen Union die Dienstleistungen, die mit den Funkfrequenzen in Zusammenhang stehen, einen Umsatz von ungefähr 300 Milliarden EUR, das heißt 1,2 % des BIP der Gemeinschaft, erwirtschaften.

Daher wird die Verwaltung dieser seltenen öffentlichen Ressource zweifellos zu vielen wichtigen Vorteilen führen, insbesondere in dieser Zeit der Wirtschaftskrise, und sie wird uns sicherlich dabei helfen, diese Krise zu überwinden. Ich denke, dass dies eine Investitionsmöglichkeit für Unternehmen ist, die damit neue Dienstleistungen entwickeln und die Nachfrage neu anheizen und außerdem zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen für die Bürger beitragen können.

Sicherlich versetzt uns eine wirksame Frequenzpolitik in der Europäischen Union in die Lage, den besten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen aus dieser Ressource zu ziehen, was wir so kostengünstig wie möglich tun wollen; sie bietet auch den Dienstleistern die besten Geschäftsmöglichkeiten.

Zweifellos ist es für uns alle von Interesse, den Verbrauchern mehr und bessere Dienstleistungen anbieten zu können. Und genau aus diesem Grunde schaffen wir diese Gesetze, auch um den Bürgern bessere öffentliche Dienstleistungen zu bieten. Anders gesagt wollen wir zusammenarbeiten können, um die europäischen Bürger gesellschaftlich und territorial besser zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich denke, wir können uns heute für die Fertigstellung dieser Arbeit gratulieren, die äußerst wichtig für die Telekommunikationsbranche ist, einem Sektor, der 2008 weiter absolut um 1,3 % gewachsen ist, wohingegen das Gesamt-BIP nur eine Zunahme von 1 % verzeichnete. Ich rufe Sie alle dazu auf, morgen Ihre Unterstützung für unsere Arbeit zu zeigen, damit wir diesen Gesetzgebungsrahmen endlich umsetzen können.

Viviane Reding, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Dies war ein wirkliches Beispiel für eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Parteien, zwischen den Schattenberichterstattern, den Berichterstattern, der tschechischen Ratspräsidentschaft und allen Mitarbeitern, und ich gratuliere Ihnen zu Ihrer großartigen Arbeit.

Diese großartige Arbeit ist das Ergebnis der Vereinbarung, die heute vor uns liegt, nachdem die Kommission 2007 das Paket vorgelegt hat. Zu den Ergebnissen gehören neue Verbraucherrechte wie das Recht, den Telefonanbieter innerhalb eines Arbeitstages zu wechseln, die Einrichtung einer europäischen Telekommunikationsbehörde, eine größere Verflechtung für nationale Telekommunikationsregulierungsbehörden, Maßnahmen zum Anschluss der Europäer an Breitband-Internet, die Öffnung der Funkfrequenzen für die Nutzung durch neue Funkdienste, das neue Instrument zur funktionellen Trennung zur Förderung des Wettbewerbs und Stärkung der Wahlmöglichkeiten der Verbraucher, eine klare wettbewerbsfördernde Regel für Investitionen in Hochgeschwindigkeits-Breitband-Netze, bessere Rechte und neue Garantien für Verbraucher, Mechanismen gegen Adressdatenverstöße und so weiter und so fort. Das sind sehr wichtige neue Maßnahmen für einen Sektor, der mehr als 300 Milliarden EUR an Einnahmen generiert und der Europas weltweite Spitzenposition im Bereich Mobiltelefone und Hochgeschwindigkeits-Internet begründet.

Ich möchte hervorheben, dass dieses Paket, wenn das Parlament dafür stimmt, bis 2010 in innerstaatliches Recht umgesetzt werden muss und dass die neue Telekommunikationsbehörde bis zu diesem Sommer eingerichtet werden wird. Die Stimme des Europäischen Parlaments ist gut für die Verbraucher in ganz Europa. Beim Roaming bieten wir eine Lösung für eine Entwicklung, die sich aus dem fehlenden einheitlichen Telekommunikationsmarkt in Europa ergeben hat. Jetzt trifft die Reform das Problem in seinem Kern; sie ebnet den Weg zu einem echten einheitlichen Markt sowohl für die Anbieter als auch für die Verbraucher. Sie ist sehr wichtig für unsere Industrie.

Der Gesetzgebungstext stellt einen stabilen rechtlichen Rahmen dar, der die Investitionen und Innovationen unterstützt und für aufsichtsbehördliche Einheitlichkeit sorgt, die die Branche benötigt, um Geschäftsstrategien für die Zukunft planen zu können. Das ist sehr wichtig in einer Zeit wirtschaftlicher Aufruhr, weil wir hier zu dieser Zeit den Beitrag dieses Sektors zur Produktivität und zum Wachstum der Wirtschaft als Ganzes maximieren müssen. Ich muss ganz eindeutig sagen, dass das Parlament sich angesichts dieser Herausforderung nicht vor seiner Verantwortung gedrückt hat.

Die Wirtschaft ist auch für die Verbraucher sehr wichtig. Daher möchte ich nur sagen, dass für den Zugang zu Notfalldiensten, für geringere Hindernisse beim Wechseln des Anbieters innerhalb eines Tages und für die Geheimhaltung von persönlichen Daten eine Lösung gefunden wurde.

Ich begrüße die parlamentarische Stärkung der Regeln bezüglich der Verwendung von Cookies und ähnlichen Hilfsmitteln. Die Internetnutzer werden nicht nur besser darüber informiert werden, was mit ihren persönlichen Daten geschieht, sondern es wird auch einfacher für sie werden, die Kontrolle über ihre persönlichen Daten in der Praxis auszuüben. Ich begrüße die Bestätigung der verpflichtenden Mitteilung über Verstöße gegen persönliche Daten. Dies ist das erste Mal, dass eine solche Verpflichtung auf europäischer Ebene eingeführt wurde.

Außerdem begrüße ich die Tatsache, dass behinderte Menschen eine stärkere Stellung erhalten – was vom Parlament immer unterstützt wurde. Aber vor allem begrüße ich, dass die Verbraucher von den Garantien bezüglich Geheimhaltung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen profitieren werden. Zusammen wird all dies – entweder durch die Annahme von Harmonisierungsmaßnahmen oder durch eine stärkere Überwachung der von den staatlichen Regulierungsbehörden gewählten Rechtsmittel – eine stärkere Einheitlichkeit auf dem Binnenmarkt gewährleisten und dazu beitragen, dass die neue Behörde, die eine Schlüsselrolle dabei einnehmen wird, die Kenntnisse und Erfahrungen der 27 staatlichen Regulierungsbehörden zusammenbringt und die verbleibenden Hindernisse für ein tatsächlich grenzenloses Europa niederreißt.

Ich bin sehr froh, dass das Parlament eine wichtige Rolle bei der Stärkung der Rolle der mehrjährigen Frequenzpolitikprogramme gespielt hat, die von der Kommission vorgeschlagen werden. Das erste Mal wird das Parlament dabei ein Mitspracherecht haben. Zu diesem Zweck werden wir, bevor die Richtlinie „Bessere Rechtsetzung“ in Kraft tritt, die Kommissionsbeschlüsse zur Gruppe für Frequenzpolitik modifizieren, damit diese Politikgruppe direkt dem Rat und dem Parlament Bericht erstatten kann.

Ich begrüße auch die Unterstützung des Parlaments zu den Grundsätzen zur Technik- und Dienstleistungsneutralität und zu der Zustimmung zur Möglichkeit der Harmonisierung der Frequenzbänder, wenn Nutzungsrechte gehandelt werden können. All dies wird unentbehrlich für die Investitionen in Netze der nächsten Generation und für die Investitionsrendite sein, wobei die damit verbundenen Risiken korrekt berücksichtigt werden. Dies wird auch sehr wichtig sein, um die Kommission zu leiten, wenn sie detailliertere Anleitungen für die Regulierungsbehörden für den Zugang der nächsten Generation veröffentlicht.

Ich muss noch zwei weitere Erklärungen abgeben als Reaktion auf Bemerkungen, die von den Parlamentariern gemacht wurden. Als erstes möchte ich klarstellen, dass die Kommission eine weite Debatte zum Umfang der Universaldienste fördern wird und nach Bedarf zeitige Vorschläge unterbreiten wird. Zweitens wird die Kommission unverzüglich mit der Arbeit beginnen, zu der Erweiterung der Mitteilungsanforderungen zu Verstößen gegen Daten in anderen Sektoren umfangreich zu beraten und Vorschläge dazu zu erstellen.

Das andere uns vorliegende Dokument ist die GSM-Richtlinie. Hierbei kann die Kommission die Änderungen, die eine Klärung der Frequenzbänder, die die geänderte Fassung der Richtlinie abdeckt, vollständig unterstützen. Ich möchte nur unterstreichen, dass diese Richtlinie allein dazu führen wird, Einsparungen von bis zu 1,6 Milliarden EUR für den Mobiltelefonsektor zu erzielen, was deutlich zeigt, dass das Parlament es schafft, ausgewogene Entscheidungen vorzulegen – Entscheidungen um der Wirtschaft willen, um der Industrie willen und um der Verbraucher willen. All dies zusammen ist ein sehr gutes Paket im Interesse Europas.

Mitglied der Kommission – Erklärung der Kommission

- zu Universaldiensten (Erwägungsgrund 3 Buchstabe a))

Die Kommission nimmt den Wortlaut der Erwägungsgrund 3 Buchstabe a) zur Kenntnis, auf den sich das Europäische Parlament und der Rat geeinigt haben.

In diesem Zusammenhang möchte die Kommission, wie in ihrer Kommunikation KOM (2008) 572 vom 25. September 2008 zum Umfang des Universaldienstes in elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten angegeben, erneut bestätigen, dass sie im Verlaufe des Jahres 2009 auf EU-Ebene eine umfangreiche Diskussion fördern wird, in der eine große Anzahl alternativer Ansätze untersucht wird und alle interessierten Parteien ihre Ansichten äußern können.

Die Kommission wird die Diskussion in einer Kommunikation an das Europäische Parlament und den Rat zusammenfassen und wird bis zum 1. Mai 2010 die nötigen Vorschläge bezüglich der Universaldienstrichtlinie vorstellen.

- zu Mitteilungen bei Verstößen gegen den Datenschutz (Artikel 2 Buchstabe h) und Artikel 4 Absatz 3 - Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation)

Die Reform des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation führt ein neues Konzept für Datenschutz- und Geheimhaltungsregeln in der EU ein: eine obligatorische Mitteilung über Verletzungen des Datenschutzes bei persönlichen Daten durch Anbieter elektronischer Dienste und Netze. Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einem verbesserten Sicherheits- und Datenschutz, obwohl er in dieser Phase nur auf den elektronischen Kommunikationssektor beschränkt bleibt.

Die Kommission erkennt den Willen des Europäischen Parlaments, dass eine Verpflichtung zur Mitteilung über Datenschutzverletzungen bei persönlichen Daten nicht auf den elektronischen Kommunikationssektor beschränkt bleiben sollte, sondern sich auch auf Anbieter von Dienstleistungen der Informationsgesellschaft beziehen sollte. So ein Ansatz würde vollständig mit dem allgemeinen öffentlichen Politikziel übereinstimmen, den Schutz der persönlichen Daten der EU-Bürger und ihre Möglichkeiten zu verbessern, im Falle eines Missbrauchs dieser Daten Maßnahmen dagegen zu ergreifen.

In diesem Zusammenhang möchte die Kommission ihre Ansicht, die im Verlaufe der Verhandlungen zu der Reform des Rechtsrahmens geäußert wurde, bestätigen, dass die Verpflichtung der Anbieter öffentlicher elektronischer Kommunikationsdienste zur Mitteilung über Verletzungen von persönlichen Daten dazu führen würde, dass es auch angemessen wäre, die Diskussion auf allgemein geltende Anforderungen zur Mitteilung über Datenschutzverletzungen auszuweiten.

Aus diesem Grunde wird die Kommission unverzüglich geeignete Vorarbeiten einleiten, einschließlich der Konsultation mit Interessenvertretern bis 2011, um in diesem Zusammenhang geeignete Vorschläge vorzustellen. Außerdem wird die Kommission die Artikel-29-Datenschutzgruppe und den Europäischen Datenschutzbeauftragten zu den Möglichkeiten einer Anwendung der in den Regeln der Richtlinie 2002/58/EG zur Meldung von Verstößen gegen die Datenschutzrichtlinie in anderen Sektoren konsultieren, und zwar unabhängig von dem betroffenen Sektor oder der Art der betroffenen Daten.

Angelika Niebler, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin, verehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte zunächst damit beginnen, mich bei all denjenigen zu bedanken, die mitgeholfen haben, dass wir am Ende des Tages einen guten Kompromiss zum Telekom-Paket erzielen konnten. Mein Dank geht zunächst in Richtung unseres Hauses: den Berichterstattern, dem Kollegen Malcolm Harbour, der Kollegin Pilar del Castillo Vera, der Kollegin Catherine Trautmann in allererster Linie und natürlich auch der Kollegin Francisca Pleguezuelos Aguilar. Vielen Dank, Frau Kommissarin, für diese hervorragende Zusammenarbeit auch mit der Kommission. Sie selbst sind ja auch bei den Trilog-Verhandlungen sehr oft dabei gewesen. Das ist auch ein gutes Zeichen. Sie haben hier wirklich konstruktiv mitgewirkt, zusammen mit der tschechischen Ratspräsidentschaft, um am Ende des Tages diesen Kompromiss erzielen zu können.

Der Kompromiss ist ein guter Kompromiss, und ich hoffe sehr, dass er morgen bei der Abstimmung auf breite Zustimmung stoßen wird. Es ist schon angesprochen worden: Der ganze Telekommunikationssektor gehört zu den leistungsfähigsten Sektoren unserer europäischen Wirtschaft, und gerade in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es besonders wichtig, hier Rahmenbedingungen zu schaffen, damit dieser Jobmotor in Europa weiterhin anspringen und laufen kann. An der Telekom-Industrie hängen viele Arbeitsplätze, und mit unserem Rechtsrahmen, den wir verabschiedet, haben wir die Bedingungen geschaffen, dass sich dieser Sektor gut weiterentwickeln kann.

Warum ist das Telekom-Paket so wichtig? Ich möchte gerne den aus meiner Sicht wichtigsten Punkt herausgreifen. Wir brauchen einen schnellen Internetzugang in ganz Europa, und zwar nicht nur in den Großstädten, sondern vor allem auch in den ländlichen Regionen. Wir, das sind die jungen Leute, die weltweit kommunizieren. Wir, das sind unsere Unternehmen, die global operieren und international aufgestellt sind,

und das sind natürlich auch unsere Behörden und Verwaltungen. Was leistet das Telekom-Paket hierzu? Es schafft den notwendigen Rechtsrahmen, damit die Unternehmen in den flächendeckenden Ausbau der Breitbandnetze investieren können. Wir haben mit diesem Paket und dem darin vorgesehenen Investitionsschutz sinnvolle Anreize geschaffen, haben aber durch die Vorgaben im Regelwerk gleichzeitig sichergestellt, dass nicht neue Märkte zementiert werden. Die Risiken beim Aufbau der neuen Netze sind gut und fair verteilt worden.

Was wird noch in dem Telekom-Paket geregelt? Zum einen die effektive Nutzung von Frequenzen – auch das ist wichtig für den flächendeckenden Breitbandversorgungsaufbau. Wir haben uns in dem Paket für eine flexiblere Frequenzpolitik in Europa ausgesprochen. Die Frequenzen, die durch den Übergang zum digitalen Fernsehen freierwerden – also die sogenannte digitale Dividende –, sollen auch für mobile Breitbanddienste, die insbesondere Lücken im ländlichen Raum schließen können, verfügbar sein. Wir haben gleichzeitig aber auch die besondere Rolle anerkannt, die der Rundfunk spielt, um freie Meinungsbildung in unserer demokratischen Gesellschaft zu garantieren. Alles in allem also ein guter Kompromiss, und ich hoffe, er wird morgen eine breite Unterstützung finden!

Erika Mann, *im Namen der PSE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Es ist faszinierend dieser Aussprache zu folgen. Die Kollegen haben bereits die Hauptthemen vorgestellt, und die Kommissarin hat ihre Erklärung abgegeben, aber die Tatsache, dass der Rat vollständig abwesend ist, sagt uns viel über die Art und Weise, wie wir in der Europäischen Union manchmal arbeiten. Das ist völlig inakzeptabel. Wir erleben in der Europäischen Union und weltweit gerade eine der schwersten Krisen und sprechen über ein Thema, das so bedeutend und wichtig für die Schaffung von Arbeitsplätzen ist – einer der Bereiche, die immer noch sehr stabil sind. Dabei zu sehen, dass der Rat heute nicht mit uns nachdenkt und diskutiert, sagt meiner Meinung nach sehr viel aus. Ich hoffe, dass wir die nächste Ratspräsidentschaft hier öfter sehen werden, denn wir können so nicht weiter arbeiten.

Ich möchte zwei Sachen ansprechen. Ich möchte der Schattenberichterstatterin Pilar del Castillo Vera danken, die großartige Arbeit geleistet hat. Es war schwierig und zum Anfang war es nicht klar, ob wir es schaffen würden und ob wir eine stärkere Europäisierung in diesem Bereich erzielen können. Wir scheinen einen Weg gefunden zu haben, der annehmbar ist und der dazu beitragen wird, dass die staatlichen Regulierungsbehörden zusammenarbeiten und voneinander lernen. Das wird ein guter Durchbruch sein, insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten.

Erlauben Sie mir, zwei Themen anzusprechen, die die Kommissarin glücklicherweise erwähnt hat: Investitionen in eine neue Infrastruktur, für die es einen neuen Rahmen gibt, und die Arbeit mit neuen Wettbewerbsregeln, die es, auch wenn sie anders sind, ermöglichen, dass in diesem Bereich Investitionen getätigt werden; und die Richtlinien, die bald für den „Zugang der nächsten Generationen“ veröffentlicht werden. Ich hoffe, dass diese Richtlinien der in diesem Haus entwickelten Philosophie folgen werden, von denen die Kommissarin hoffentlich nicht abweichen wird.

In Bezug auf den Universaldienst hoffe ich, dass die Kommissarin einen Weg finden wird, sicherzustellen, dass die Telekommunikationsbetreiber, die jetzt von neuen Investitionsmöglichkeiten profitieren werden, ihrerseits dafür sorgen werden, dass zukünftig alle Bürger Zugang zu Breitbanddiensten haben. Ich hoffe, dies wird von der Universaldienstrichtlinie gewährleistet, die in der zweiten Hälfte dieses Jahres kommen wird.

Mein letztes Anliegen ist, dieses Haus, meine Kollegen und die Kommission – und hoffentlich auch den Rat – dazu zu drängen, sich um diejenigen Bereiche zu kümmern, in denen wir Kompromisse gefunden haben, mit denen wir aber nicht vollständig zufrieden sind. Dabei geht es um Internetprobleme, wie die Frage, inwieweit Staaten eingreifen können, wenn sie denken, dass Bürger unrechtmäßig auf Internetinhalte zugreifen, etwas, was wir auf Deutsch als „Internet sparen“ bezeichnen, sowie die Netzverwaltung. Ich hoffe, wir finden einen Weg, diese Probleme in der zweiten Hälfte des Jahres zu lösen, und wir finden den passenden Rahmen, um zu einer größeren Übereinstimmung zwischen uns und den Bürgern, die sich sehr auf uns verlassen, zu gelangen.

Cristian Silviu Buşoi, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Als Schattenberichterstatter der Liberalen Fraktion möchte ich Malcolm Harbour und meinen anderen Kollegen für ihre hervorragende Zusammenarbeit danken. Dieses Dossier ist sehr wichtig für alle Nutzer elektronischer Kommunikationsmittel in der Europäischen Union, und der Kompromiss, auf den wir uns schließlich mit dem Rat geeinigt haben – und es waren wirklich keine einfachen Diskussionen –, ist ausgewogen.

Die Verhandlungen mit dem Rat haben einige wichtige Ergebnisse gebracht. Eine der größten Verbesserungen verglichen mit der ersten Lesung bezieht sich auf den Zugang zu der europäischen 112-Notrufnummer und

die Verpflichtung der Betreiber, eine Anruferstandortermittlung ohne Beeinträchtigung aufgrund der technischen Durchführbarkeit zu gewährleisten, zumindest für Festnetz- und Mobiltelefonbetreiber. Das ist eine große Leistung, da sie dazu beitragen wird, dass die Notrufdienste effizienter reagieren können und der Schutz des Lebens aller Bürger überall in der Europäischen Union verbessert wird.

Die Bestimmungen zur Verkehrsmanagementpolitik waren ein strittiges Thema in dem Bericht, aber ich bin sehr davon überzeugt, dass der Kompromiss die Anwenderrechte zum Zugriff auf Inhalte und zur Nutzung von Diensten nach ihrer Wahl schützt. Niemand in diesem Haus wollte jemals die Freiheit im Internet beschränken. Unser Ziel war, Verkehrsmanagementverfahren zu ermöglichen, soweit sie notwendig sind um sicherzustellen, dass den Endanwendern die bestmögliche Onlinenutzung ermöglicht wird, solange dies nicht den Wettbewerb zwischen den Dienstleistern einschränkt. Ich bin der Meinung, dass der Kompromiss vollständig diesem Ziel entspricht und aus diesem Grunde unterstütze ich ihn auch völlig.

Ich glaube auch, dass alle Maßnahmen zum Zugang und zur Nutzung der Dienste die Grundrechte und Freiheiten aller Bürger beachten sollten; und auch das wurde mit dem Bericht sichergestellt. Einige von uns sind vielleicht nicht glücklich mit diesem Kompromiss, aber ich möchte betonen, dass er trotz seiner Unzulänglichkeiten das beste ist, was wir mit dem Rat erreichen konnten, und ich empfehle Ihnen dringend, morgen für ihn zu stimmen.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich kann mich an einer Stelle dem Lob der Vorrednerin ausdrücklich anschließen. Ich finde es sehr gut, dass Kommissarin Reding sich in bestimmten Punkten von ihrem Vorschlag wieder entfernt hat. Der Umgang mit den Frequenzen ist – so wie der Rechtsrahmen jetzt gesetzt werden soll – sehr viel ausgewogener, als das ursprünglich im Vorschlag der Kommission vorgesehen war.

Meiner Meinung nach werden – so wie wir uns jetzt geeinigt haben – bei den Frequenzen öffentliche Interessen zugunsten des Rundfunks sehr viel besser berücksichtigt. Ich finde, dass wir angesichts der aktuellen Debatte rund um die Finanzmärkte mit unserer Diskussion tatsächlich Schlimmes verhindert haben. Das Verhältnis zwischen dem Markt und dem, was der Markt schaffen kann, und den Aufgaben des Staates wird in diesem Vorschlag, so wie er jetzt ausgehandelt wurde, sehr viel ausgewogener berücksichtigt. Ich glaube, dass er für die Sicherung unserer Demokratie ein Fortschritt ist und dass er auch wertvolle Beiträge für die Kultur leisten kann.

Ich bin überhaupt nicht zufrieden – auch wenn wir noch Diskussionen in der Fraktion vor uns haben, will ich das hier ansprechen – mit dem Kompromiss, der die Einschränkung von Rechten von Internet-Nutzern in Fällen, in denen Rechtsverstöße angenommen werden, betrifft.

Ich weiß, dass der ursprüngliche Änderungsantrag 138 juristisch nicht die optimale Form hatte. Ich sehe aber, dass der Kompromiss, der jetzt gefunden wurde, nicht gewährleistet, dass, bevor die Grundrechte eines Bürgers in der Europäischen Union eingeschränkt werden, ein Richter in diese Entscheidung über die Einschränkung von Grundrechten einbezogen wird. Es würde mich sehr interessieren, Frau Kommissarin, wie Sie den Kompromiss interpretieren, insbesondere auch was dieser Kompromiss, den wir hier jetzt auf dem Tisch liegen haben, Ihrer Meinung nach für das französische Modell Hadopie bedeutet.

Ich glaube, dass wir zwei unterschiedliche Situationen für die Berücksichtigung von Grundrechten schaffen werden. In einem Mitgliedstaat wird es vielleicht besser laufen als in einem anderen. Ich glaube, dass das eine sehr, sehr unglückliche Kompromissformulierung ist. Wir könnten da als Parlament besser sein. Was die Rechte von Künstlern angeht, Frau Präsidentin, schließe ich mich der Kollegin Mann an: Urheberrechte müssen in einer anderen Verordnung geregelt werden und sollten nicht im Zuge einer Marktregulierung geregelt werden.

Eva-Britt Svensson, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – (SV) Vielen Dank, Frau Präsidentin. Heute erleben wir das Wachstum einer neuen Gesellschaft. Wir erleben eine technische Erneuerung innerhalb der Gesellschaft, in der die alten Kommunikationsarten, die nur in einer Richtung funktionierten in der Art, dass „einer spricht und alle anderen zuhören“, von Kommunikationsformen abgelöst wird, die in mehreren Richtungen funktionieren, eine Art der partizipativen Kommunikation. Viele von uns haben diese neue Kultur der Freiheit mit offenen Armen empfangen. Es geht dabei um Interaktion, Meinungsfreiheit, Kreativität und kreative Begeisterung. Es geht um einen Austausch von Informationen, der oft unabhängig von wirtschaftlichen Interessen ist. Doch leider fühlen sich alte Machtstrukturen bedroht und möchten daher in die Geschehnisse im Internet eingreifen, sie regulieren und kontrollieren.

Unter dem Vorwand der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und Terrorismus versuchen sie unsere Bürgerrechte einzuschränken, aber dies dürfen wir nicht zulassen. Zusammen mit meinen Kollegen der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke habe ich daher eine Reihe Änderungsanträge zugunsten der Bürgerrechte ausgearbeitet, um die Bürgerrechte im Internet zu schützen. Ich lege meinen Änderungsantrag 166 erneut vor, der in der vorangegangenen Lesung angenommen wurde. Das Ziel dieses Änderungsantrags ist es, sicherzustellen, dass die Endnutzer der elektronischen Kommunikation, also wir die Bürger, die Möglichkeit haben, ohne ungerechtfertigte Einschränkungen, auf Dienstleistungen und Anwendungen zuzugreifen. Wir müssen einen Ausgleich schaffen zwischen dem Recht der Menschen auf freie Meinungsäußerung und auf Privatsphäre und persönliche Daten und die Freiheiten und Rechte anderer schützen, einschließlich des Rechts zum Schutz geistigen Eigentums und zum Schutz der öffentlichen Sicherheit.

In bestimmten Ländern möchten die Regierungen neue strengere Gesetze einführen, die es den Internetanbietern erlauben, den Zugriff auf das Internet zu sperren. Wir sind der Überzeugung, dass es nicht möglich sein darf, dass Bürgern ihr Internetzugang gesperrt wird, ohne dass dem eine gerichtliche Anhörung vorangegangen ist. Als Bürger muss ich auch die Freiheit haben, mich auf verschiedenen Seiten im Internet zu bewegen und mich sicher zu fühlen, weil ich weiß, dass keine privaten Unternehmen in der Lage sind, diese Informationen zu erhalten. Diejenigen unter uns, die das Internet und die Möglichkeiten, die es uns bietet, wirklich lieben, sagen, dass die Rechte der Nutzer dadurch definiert werden sollten, wofür sie ihren Anschluss nutzen. Wir möchten nicht auf Verbraucher reduziert werden, deren Rechte nur daraus bestehen, was im Anschlussvertrag steht. Leider ebnet sowohl der gemeinsame Standpunkt des Rates als auch der Kompromiss den Weg dafür, wir möchten jedoch, dass Bürger im Internet sind, und nicht nur Kunden und Verbraucher. Das Internet ist ein Treffpunkt, ein Forum für freie Informationen, eine Art Gemeindeland. Sind wir jetzt dabei, dieses Forum zu regulieren und es an die Interessen der gewerblichen Vertreter anzupassen? Nein, das denke ich nicht. Die Frage ist, in welcher Art Gesellschaft wir leben wollen? Wollen wir in einer Überwachungsgesellschaft leben *oder* wollen wir eine Gesellschaft, in der sich die Menschen sicher sein können, dass die Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird? Eine Gesellschaft, in der die Menschen sicher sein können, dass ihre Privatsphäre respektiert wird, und eine Gesellschaft, in der die Meinungsfreiheit stärker als die Kontrolle des Lebens der Menschen geachtet wird. Das ist die Art Gesellschaft, in der ich leben möchte. Und ich möchte dazu beitragen, dass wir so eine Gesellschaft haben werden. Daher bitte ich Sie dringend darum, die von mir und der GUE/NGL-Fraktion eingebrachten Änderungsanträge für die Bürgerrechte zu unterstützen.

Kathy Sinnott, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – Frau Präsidentin! Das Internet hat die Welt, so wie wir sie kennen, verändert. Informationen, die früher schwierig oder unmöglich zu finden waren, sind jetzt innerhalb von Sekunden zu finden, doch das kennzeichnende Merkmal des Internets ist nicht seine Geschwindigkeit oder Technik; es ist die Freiheit: die Freiheit seine Meinung zu sagen, die Freiheit, Ideen auszutauschen und Informationen auszutauschen.

Manche befürworten eine eingeschränkte Zukunft, eine Zukunft, in der der freie Fluss von Informationen eingedämmt wird, in der große Unternehmen Innovationen unterdrücken können und in der Internetanbieter zu Torhütern werden. Wir kennen diesen Ansatz schon – aus China.

Ich hoffe, wir entscheiden uns dafür, die Freiheit zu bewahren, die uns diesen Erfolg gebracht und unsere Welt zum Besseren gewandelt hat. In einer Zeit, in der die Volkswirtschaften alle Hilfe benötigen, die sie bekommen können, müssen wir die Offenheit wählen, um einen Fortschritt zu erzielen – und nicht kurzfristigen Protektionismus, um Profit zu machen. Im Auftrag meiner Wähler werde ich für die Informationsfreiheit und unseren zukünftigen freien Zugang zum Internet für rechtmäßige Zwecke stimmen. Damit stimme ich für Demokratie und eine Wirtschaft mit Möglichkeiten für jeden.

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Frau Präsidentin! Obwohl es ursprünglich mit dem legitimen Grund vorgestellt wurde, das künstlerische Schaffen zu schützen, ist das in Paris ausgearbeitete, sogenannte „Hadopi“-Gesetz tatsächlich ein freiheitszerstörendes Gesetz.

Dieses Papier fördert das künstlerische Schaffen wirklich nicht. Es ermöglicht nur eine umfassende Überwachung der Internetnutzer. Es enthält keine ausdrücklichen Vorschläge zur Verbesserung des rechtlichen Angebots an Kulturgütern. Es bleibt kläglich hinter den technischen Möglichkeiten zum Verstecken oder Fälschen von IP-Adressen zurück. In Bezug auf die Rechte zum privaten Kopieren, für das sowieso jeder beim Kauf digitaler Medien Steuern bezahlt, ist es ein Schritt zurück. Es gibt einer reinen Verwaltungsbehörde die ungeheure Macht, strafrechtlich zu verfolgen und Strafen zu verhängen. Es führt wieder die Doppelstrafe für Internetnutzer ein, denen der Zugang zum Netz verwehrt wird, die aber trotzdem weiter für ihren

Anschluss bezahlen müssen. Und schließlich ist es eine Verhöhnung der Unschuldsvermutung und des Rechtes zur Selbstverteidigung.

Wenn wir dieses Gesetz, das dem kommunistischen China oder anderen totalitären Systemen angemessen wäre, ein Gesetz, dass Herr Sarkozy durchdrücken möchte, blockieren, bestätigen wir das Recht eines jeden von uns auf Privatsphäre, auf den Zugang zu Informationen, auf Meinungsfreiheit und auf ordentliche Gerichtsverfahren. Das ist von entscheidender Wichtigkeit.

Bernadette Vergnaud (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, Kommissarin, meine Damen und Herren! Als erstes muss ich den Berichterstatern und Schattenberichterstatern danken und gratulieren. Wir alle haben in den letzten Monaten sehr hart gearbeitet, um dieses Paket zustande zu bekommen, das ich für sehr einheitlich und hochwertig halte.

Zugegeben, die Verhandlungen waren nicht einfach, weder im Parlament noch mit dem Rat oder der Kommission, aber seit der ersten Abstimmung im parlamentarischen Ausschuss, bei der inhaltliche Fragen die übrigen Bestandteile dieses Pakets völlig überschattet hatten, haben sich die Meinungen stark geändert.

Deshalb kamen in dem Bericht von Herrn Harbour die vielen für die Verbraucher erzielten Verbesserungen fast nicht vor. Ich hoffe, dass es diesmal anders sein wird, nicht nur weil die bezüglich der Grundfreiheiten und der Achtung der Privatsphäre erzielten Kompromisse gut sind, sondern auch weil dieses Dossier ein unglaubliches Potenzial sowohl für die Verbraucher als auch für den Telekommunikationssektor und seine Beschäftigten hat. Die Kompromisse, die bei der Rahmenrichtlinie und der Universaldienstrichtlinie erzielt wurden, zeigen deutlich die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Achtung der Grundsätze des Rechtes auf ein gerechtes Gerichtsverfahren, was sicherlich beruhigend ist für diejenigen, die gegen das französische Projekt der Sanktionierung durch ein Verwaltungsorgan sind. Die Texte sind beileibe kein Trojanisches Pferd für die abgestufte Reaktion („graduated response“), sondern widersprechen sogar deren Grundprinzipien.

Eine andere Sorge betrifft die Neutralität des Internets und die Frage einer Beschränkung des Zugangs. Der endgültige Wortlaut ist da sehr eindeutig. Jede Politik zur Netzverwaltung wird nur durch das Ziel der Erhaltung eines Mindestniveaus der Dienstleistungsqualität gerechtfertigt und darf nicht zu einer Diskriminierung zwischen Dienstleistungen und Anwendungen führen, wobei alles unter der Kontrolle staatlicher Regulierungsbehörden steht.

Ich möchte außerdem hervorheben, was wir im Zusammenhang mit der Universaldienstrichtlinie für die Verbraucher erreicht haben. Von nun an wird es für Betreiber unmöglich sein, sich hinter den Fragen der technischen Machbarkeit als Grund für die fehlende Bereitstellung eines Zugangs zu Notfalldiensten und für die Standortbestimmung von Personen, die die Notrufnummer 112 wählen, zu verstecken. Dieses grundlegende Thema für die Sicherheit der europäischen Bürger wird endlich geklärt; es ist schon seit Jahren technisch möglich, aber die Behörden und Betreiber haben lieber auf dem Altar des Sparens bei Investitionen die Sicherheit geopfert.

Dasselbe gilt für die Verbesserung der Transparenz und Qualität bei vertraglichen Informationen, die regelmäßig obligatorisch zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Verbraucher werden von Preisangaben profitieren können, die zu ihrem Nutzungsprofil passen, und ebenso von Mitteilungen, wenn sie ihr normales Preispaket überschreiten. Dies ist besonders nützlich bei Sondertarifen für den Einsatz im Ausland oder für junge Menschen, die besonders häufig Premium-SMS-Dienste nutzen. Die Laufzeit der Verträge wird von nun an auf 24 Monate beschränkt, mit der Verpflichtung der Anbieter, 12-Monats-Verträge anzubieten. Im Falle des Anbieterwechsels tritt dieser innerhalb eines Tages in Kraft. Wir haben den größtmöglichen Zugang für behinderte Nutzer erreicht sowie eine Überprüfung des Umfangs des Universaldienstes, um diesen bis zum nächsten Jahr insbesondere auf Mobiltelefone auszuweiten.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass wir für diesen endgültigen Wortlaut abstimmen werden, der den Höhepunkt von monatelangen Verhandlungen darstellt, ohne uns zu sehr von Sorgen beunruhigen zu lassen, die, auch wenn sie verständlich sind, aufgrund der grundlegenden Bedeutung...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Alexander Alvaro (ALDE). - Frau Präsidentin! Als Berichterstatter für die Datenschutzrichtlinie im Bereich der elektronischen Kommunikation möchte ich vor allen Dingen Malcolm Harbour danken, der dem Begriff verstärkte Zusammenarbeit eine tatsächlich dem Wortlaut getreue Dimension gegeben hat. Es war nicht das erste Verfahren dieser Art, aber in dieser Form wohl das fruchtbarste. Gleichfalls möchte ich Kommissarin

Reding danken, die bei jedem der Trilogie dabei war und sich persönlich eingebracht hat, was man in dieser Zeit auch nicht von allen Kommissaren so sieht.

Ich glaube, dass wir darstellen konnten, dass der beste Verbraucherschutz vor allen Dingen ein wirksamer Datenschutz ist. Dass es gerade in Zeiten, in denen sich Menschen im Internet bewegen und nicht genau wissen, was hinter ihren Bildschirmen vorgeht, wichtig ist, dass sie darüber aufgeklärt werden. Wir haben den Vorschlag der Kommission, die Benachrichtigung bei Sicherheitsverletzungen obligatorisch zu machen, aufgegriffen und verbessert. Es ist ein abgestuftes Verfahren, das in Zusammenarbeit mit nationalen Regulierern, Telekommunikationsanbietern und der Politik entwickelt worden ist. Ich freue mich sehr über die Ankündigung der Kommission, dass bis Ende 2011 hierzu eine horizontale Richtlinie vorgelegt werden soll, weil es eben keinen Sinn ergibt, nur im Bereich der elektronischen Kommunikation darauf einzugehen.

Gleichzeitig haben wir erreicht, dass das Einverständnis des Nutzers nun zwingend gegeben werden muss, wenn Programme oder Anwendungen, auch persönliche Daten, die auf der Festplatte sind, gespeichert werden. Hierzu möchte ich nur kurz am Rande erwähnen, dass wir die ursprünglichen Vorschläge sehr eng mit der betroffenen Industrie erarbeitet haben. Teilen der Industrie ging es nicht weit genug oder aber zu weit. Sie haben dann Unruhe und Verwirrung in Rat und Kommission gestiftet, wollten am Ende dann doch wieder das zurückhaben, was ursprünglich eingebracht worden war, weil ihnen die Kompromissvorschläge nicht gefallen haben. Die Lehre aus der Geschichte ist: Wir sollten als Institutionen untereinander darauf vertrauen, dass wir gut zusammenarbeiten, und nicht von denen, die andere Interessen vertreten, einen Keil zwischen uns treiben lassen.

Abschließend möchte ich doch noch einmal auf den Bericht der Kollegin Trautmann hinweisen. Mit Teilen meiner Fraktion und anderen wird ein vergleichbares *three strikes – out* nicht zu machen sein. Wir brauchen justitielle Kontrolle, bevor Netzzugänge gesperrt werden.

David Hammerstein (Verts/ALE). - (ES) Frau Präsidentin, Kommissarin! Vielen Dank! Es ist ein Vergnügen, an diesem sehr engagierten Prozess teilzunehmen. Erlauben Sie mir, auch den Berichterstattern zu danken.

In diesem Moment fordert Herr Sarkozy die europäischen Institutionen bezüglich der Zukunft des Internets heraus. Was wird unsere Reaktion darauf sein? Werden wir still bleiben und nicht antworten? Welche Position hat die Europäische Union und die Kommission bezüglich des neuen HADOPI-Gesetzes (Hohe Behörde zur Ausstrahlung von Werken und zum Schutz der Rechte im Internet) zur abgestuften Reaktion?

Wir sollten auf die große Mehrheit der Europäer, insbesondere junge Leute, die in der digitalen Zeit aufgewachsen sind, hören. Diese Menschen wollen nicht, dass es Torhüter gibt; sie wollen nicht, dass der Austausch von Wissen, Kultur und Informationen über das Internet mit einem schweren Schloss versehen wird.

Die große Mehrheit möchte Freiheit; sie wollen ihre Privatsphäre bewahren, Zugang zu Kultur haben, ohne Angst oder Sorge, dass die Neutralität des Internets verloren geht; sie wollen keine Rasterung oder Diskriminierung bei der Datenübertragung.

Was die große Mehrheit nicht will, ist, dass die Anbieter zu einer digitalen Polizei, zu Spionen werden, gleichzeitig Richter und Kläger, die die normalen rechtsstaatlichen Verfahren einer Demokratie verdrängen. Das muss klargestellt werden.

Daher bitten wir die Berichterstatterin Frau Trautmann, die Stimmliste zu ändern, sodass wir vor der Abstimmung über den Kompromiss, dessen Standpunkt bereits von mehr als 80 % des Hauses angenommen wurde, wenigstens zugunsten der Internetrechte und von Eingriffen nur nach vorangegangener gerichtlicher Entscheidung abstimmen können.

Die Neutralität des Internets ist in Gefahr, und zwar nicht nur aus diesem Grunde, sondern auch aufgrund dessen, was als „Verkehrsmanagement“ bekannt ist, und ich habe Angst, dass einige Aspekte des Harbour-Berichts bezüglich der Universaldienste die Neutralität nicht eindeutig schützen.

Die Weitergabe von Informationen an die Verbraucher in Verträgen allein reicht nicht.

Mary Lou McDonald (GUE/NGL). - Frau Präsidentin! Dieses Telekommunikationspaket ist von sehr großem Interesse für viele Bürger in meinem eigenen Land Irland und tatsächlich in der ganzen Europäischen Union; und das zu Recht. Ich hoffe, dass wir als MdEP eine ausdrucksstarke Botschaft im Namen der Bürger aussenden können, die ein freies Internet befürworten, in dem die Privatsphäre der Nutzer und ihre Rechte vollständig

geachtet werden. Heute müssen wir hinter den vorgelegten Änderungsanträgen von Bürgern stehen. Das ist der beste Weg, um diese Rechte für unsere Bürger zu verteidigen.

Diese Änderungsanträge werden, wenn sie angenommen werden, eine Art Gleichgewicht zwischen den Rechten und Freiheiten der Endnutzer und den Rechten und Freiheiten von anderen, einschließlich der Rechte zum Schutz geistigen Eigentums und tatsächlich auch dem Recht auf Privatsphäre wiederherstellen. Das Ziel dieses Vorschlags sollte der Schutz derjenigen sein, die einen Schutz benötigen, aber auch die Stärkung der Rechte von Bürgern auf einen gesetzeskonformen Zugang zu Informationen, zu dem Zeitpunkt und an dem Ort, den sie für angemessen halten. Die Dienstanbieter sollten verpflichtet werden, jederzeit transparent zu agieren und wenn in sehr außergewöhnlichen Fällen Zugangsbeschränkungen nötig werden, müssen sie völlig rechenschaftspflichtig bezüglich der Begründung dieser Beschränkungen sein. Die Staatsmächte sollten eine Rolle dabei spielen, von Dienst Anbietern auferlegte Beschränkungen zu untersuchen.

Und schließlich hoffe ich, dass dieses Parlament diese Woche hinter unseren Bürgern steht und das Paket der Bürgeränderungsanträge und damit die Freiheit der Internetnutzer und die bürgerlichen Freiheiten in der ganzen Union unterstützt.

Hanne Dahl (IND/DEM). - (DA) Frau Präsidentin, Kommissarin! Ich denke nicht, dass der Kompromiss in Bezug auf die Rechte der Bürger ausreicht. Ich bin besorgt darüber, dass der französische Minister für Kultur immer noch der Meinung ist, dass es möglich sein sollte, einen Internetzugang nach drei „Verwarnungen“ durch die Verwaltung abschalten zu lassen. Aus diesem Grunde haben ich und eine Reihe meiner Kollegen einen Änderungsantrag erneut vorgelegt, über den dieses Parlament bereits einmal abgestimmt hat. Es ist jedoch nicht möglich, darüber abzustimmen, da die Abstimmungen im Moment festgelegt sind, weil wir als erstes über den Kompromiss abstimmen müssen. Daher bitte ich meine Kollegen, die Reihenfolge der Abstimmungen zu ändern, damit wir zuerst über die Änderungsanträge der Bürger abstimmen können, bevor wir über den vollständigen Wortlaut des Kompromisses abstimmen.

Luca Romagnoli (NI). - (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, dass das Internet frei bleiben sollte. Da die Telekommunikationsbranche die Datenübertragung verwaltet, hat sie tatsächlich die Kontrolle über die demokratische Diskussion und den Zugang zum Wissen. Dies kontrolliert effektiv unseren Zugang zum Handel und noch allgemeiner die Verbreitung von Informationen.

Gemäß den gegenwärtig ausgehandelten Bedingungen des Telekommunikationspakets werden die Netzbetreiber in der Lage sein, den Zugang zu Webseiten, zu Inhalten, Anwendungen und allem Weiteren zu sperren. Aus diesem Grunde warne ich in meiner kürzlich eingereichten Frage davor, dass die Gefahr der Einschränkung der Pressefreiheit, der Gedankenfreiheit, der Meinungsfreiheit und der Versammlungsfreiheit, die von der Charta der Grundrechte der EU garantiert werden, vor der Tür steht, wenn nationale Behörden, wie fast in Italien geschehen, oder der Telekommunikationssektor in der Lage ist, die Verantwortung dafür zu übernehmen, eine Website nach eigenem Ermessen zu sperren, unabhängig davon, ob deren Inhalte illegal sind oder nicht. Das Letztere ist das Hauptproblem, das auffällt: die Möglichkeit zur Sperrung einer Internetseite, selbst wenn kein Verbrechen verübt wird, besteht oder es wird dazu angestiftet.

Es ist sicherlich eine gute Idee, die nationale Rolle bei der Verwaltung der Funkfrequenzen zu schützen, denn wir müssen die spezifischen Merkmale der nationalen Systeme gewährleisten und in Betracht ziehen. Der Wortlaut des Kompromisses, den wir im April genehmigt haben, enthält bestimmte Elemente, die zweifellos vielversprechend sind bezüglich des Verbraucherschutzes und im Allgemeinen bezüglich der Wahrung der Privatsphäre, der Bekämpfung von Spam – ich bin gleich fertig – und allem anderen. Ich bin jedoch weiterhin überzeugt davon, dass der Inhalt von Änderungsantrag 138 absolut lobenswert ist und daher sollte er...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Gunnar Hökmark (PPE-DE). - (SV) Vielen Dank Frau Präsidentin! Die Telekommunikationsbranche ist eine der führenden dynamischen Branchen Europas. Sie benötigt Investitionen, Wettbewerb und ständige Innovationen, um den Bürgern die besten Möglichkeiten zu bieten, sowohl bezüglich des wirtschaftlichen Lebens als auch bezüglich der Informationen, der Demokratie und der Vielfalt. In diesem Paket stehen klarere Regeln für den Wettbewerb und eine genauer festgelegte Rolle für die europäische Behörde, um sicherzustellen, dass der Markt offen für Wettbewerber ist. Wir beschäftigen uns mit solchen Problemen wie der Frequenzplanung und der digitalen Dividende: der neue Raum, der geschaffen wurde, um mehr Diensten und mehr Betreibern die Möglichkeit zu geben, tätig zu werden. Frau Präsidentin! All dies wird zu einer größeren Freiheit für die Verbraucher und mehr Möglichkeiten führen. Wenn ich mein Heimatland Schweden als Beispiel nehme, bedeutet dies, dass die Vorherrschaft, die die Telia, das alte Monopol, in Bezug auf den Wettbewerb bei der Bereitstellung von Dienstleistungen für Haushalte genossen hat, jetzt aufgebrochen

wird, weil es jetzt Wettbewerb bis in die Häuser der Menschen hinein geben wird. Das ist ein Fortschritt: er wird den Weg öffnen für mehr Auswahl, er wird einen besseren Wettbewerb schaffen, und er wird die Macht der einzelnen Verbraucher und damit auch die Freiheit des Einzelnen bezüglich des Internets und der Breitbandnutzung stärken.

Frau Präsidentin! Die ganze Frage der Freiheit des Internets war ein Diskussionspunkt in diesem Haus. Es überrascht mich gelegentlich, wenn diejenigen, die gegen die Europäische Union und den Vertrag von Lissabon sind, größere Befugnisse fordern als die Mitgliedstaaten, gegen die sie in allen anderen Zusammenhängen stimmen. Ich habe meine Kollegin auf der linken Seite, Frau Svensson heute hier um einen Änderungsantrag bitten gehört, der es der EU erlauben würde, den Ansatz eines Mitgliedstaats bezüglich gerichtlicher Verfahrensweisen direkt zu beeinflussen. Das ist eine Abweichung von den Verträgen, die heute gelten, sowie vom Vertrag von Lissabon, über den wir sprechen. Und es ist eine Art von Supranationalismus, von dem eigentlich niemand gesprochen hat. In der Einführung zu der Gesetzgebung haben wir jedoch sichergestellt, dass es eine klare Aufteilung gibt, was die Justizbehörden tun müssen und was die Internetanbieter tun müssen. Wir haben sichergestellt, dass niemand in der Lage sein wird, die Freiheit der einzelnen Nutzer im Internet zu verletzen, ohne dass es hierzu ein rechtmäßiges Gerichtsverfahren gibt, das die grundsätzlichen Anforderungen erfüllt. Die Anforderungen des Änderungsantrags 138 sind daher erfüllt, und die verschiedenen Gefahren, die bestanden haben, wurden ausgeschaltet. Ich denke, dies ist ein Fortschritt, über den wir glücklich sein sollten, denn gleichzeitig stellen wir damit sicher, dass der europäische Telekommunikationsmarkt geöffnet wird und somit mehr Freiheit, mehr Vielfalt und mehr Wettbewerb bietet und damit die Grundlagen schafft, damit er auch in der Zukunft dynamisch und weltweit richtungsweisend sein wird.

Reino Paasilinna (PSE). - (FI) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich möchte ich mich insbesondere bei Frau Trautmann bedanken, aber auch bei den Berichterstattern. Ein ganz besonderer Dank geht an Kommissarin Reding für die großartige Zusammenarbeit, die sie so lange geleistet hat. Wir haben viele Kommissare, aber wie bereits erwähnt wurde, sind Sie definitiv die Nummer Eins in Bezug auf die Zusammenarbeit mit uns.

Wir möchten den Status von Gruppen verbessern, denen die neue Technik Möglichkeiten bietet, die jedoch keinen Zugang zur Informationsgesellschaft bekommen werden, wenn ihre Rechte nicht überwacht werden. Zu diesen Gruppen gehören die älteren Menschen und die Behinderten. Die Rechte der Verbraucher sollten auch für sie garantiert sein, damit sie nicht durch unfairen Wettbewerb davon abgehalten werden, diese neuen Dienstleistungen zu nutzen. Schließlich hat der Rat fast alle unserer Anregungen zum Verbraucherschutz angenommen und daher ist das ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Seit über zehn Jahren reformieren wir die Gesetzgebung, die die Informationsgesellschaft kontrolliert, und nun seit Kurzem auch die für die zivilisierte Gesellschaft. Heute entscheiden wir über die Ansicht, dass die Nutzung des Internets ein Bürgerrecht ist. Das muss geschützt und abwechslungsreich gestaltet werden. Wir haben bereits früher entschieden, dass Informationen ein Bürgerrecht sind.

Die Sorge besteht, dass die elektronische Kommunikation, mit der große Zuschauerzahlen angesprochen werden, noch oberflächlicher sein wird und nichts weiter ist als hirnloser Müll. Das Ziel einer zivilisierten Gesellschaft ist sicherlich so anspruchsvoll, dass wir nicht einfach mit der Art Inhalte weitermachen können, die wir jetzt haben. Wir nutzen hervorragende technische Mittel, um die Menschheit in der Informationsgesellschaft in die Unwissenheit und in der zivilisierten Gesellschaft in die Philisterei zu führen. Ein schlechtes Buch ist schlecht, egal wie gut sein Druck oder sein Papier sein mag. Ein Verbrechen im Internet ist ein Verbrechen und ebenso ist auch Müll im Internet Müll.

Führen also intelligente Netze zu Dummheit? Meine Damen und Herren, mit dieser Art von Inhalten können wir wirklich nicht die weltweit führende wissensbasierte Wirtschaft oder Gesellschaft werden. Unsere Kenntnisse sind einfach unzureichend dafür. Ich möchte die Kommissarin fragen, was wir jetzt tun sollten, wo wir die effektiven Hilfsmittel eingerichtet haben, um die Qualität der Inhalte auf das Niveau einer zivilisierten Gesellschaft anzuheben.

Fiona Hall (ALDE). - Frau Präsidentin! Ich begrüße die Vereinbarung zum Telekommunikationspaket, weil diese Vereinbarung eine weitere Vereinbarung zu einem weniger diskutierten Thema nach sich zieht: die Aufhebung der GSM-Richtlinie.

Die Mobiltelefonbranche ist verständlicherweise sehr bedacht darauf gewesen, Zugang zu den Funkfrequenzen zu erhalten, die gegenwärtig für GSM reserviert sind, um ihre weltweite Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Die MdEP waren jedoch darauf bedacht, sicherzustellen, dass die demokratische Verantwortung für die Nutzung der Frequenzen erhalten wurde.

Die früheren frequenzbezogenen Gesetzgebungen, wie die Entscheidung zu mobilen Satellitenfunkdiensten, haben gezeigt, dass viele Themen, die von der Kommission als technisch beschrieben werden, tatsächlich auch eine politische Seite haben. Technische Fragen können tatsächlich auch Auswirkungen auf die Grundsätze von Zusammenhalt und Zugang für alle haben. Aus diesem Grunde begrüße ich die Tatsache, dass die MdEP durch das Telekommunikationspaket jetzt wieder einen prüfenden Blick auf die Frequenzzuweisung werfen werden.

Ich werde für das Telekommunikationspaket stimmen, allerdings etwas zögerlich, weil ich der Ansicht bin, dass es zu einem grundlegenden Verrat auf höchster Ebene gekommen ist und zwar an den Grundprinzipien der Liberalisierung der Telekommunikation, die diese Richtlinie umsetzen sollte. Ich beziehe mich auf den Wortlaut von Artikel 8 über die Sicherstellung des Zugangs für etablierte Betreiber und deren Zugang zum Markt. Es scheint mir, dass die Übereinkunft, die zu diesem Wortlaut in einem privaten Gespräch zwischen Premierminister Gordon Brown und Kanzlerin Merkel getroffen wurde, den etablierten Betreibern, wie der Deutschen Telekom, große Vorteile bringt. Wir wissen nicht, was Premierminister Brown dafür als Gegenleistung erhalten hat. Ich befürchte, dass persönliche Vereinbarungen von Staatsoberhäuptern hinter verschlossenen Türen nicht die Methode sind, um zur EU-Gesetzgebung zu gelangen. Ich bedauere, dass dies geschehen ist.

Godfrey Bloom (IND/DEM). - Frau Präsidentin! Ich möchte einige Bemerkungen machen. Ich vertraue der Kommission nicht; Ich vertraue den nicht gewählten Bürokraten hinter den Kulissen nicht, die Treffen veranstalten, von denen ich keine Protokolle erhalte. Ich vertraue diesem Ort nicht, der einen Anschein von Demokratie erzeugt, aber hauptsächlich aus Strohmännern besteht.

Dies erscheint mir wie eine politische redaktionelle Kontrolle über Inhalte im Internet, dem neuen Medium. Das ist das, was wir verurteilen, wenn es in China geschieht. Ich mag das nicht. Das stinkt mir etwas. Wie die Sprecherin vor mir gerade gesagt hat, weiß ich nicht, was hinter den Kulissen geschieht, und welche Vereinbarungen getroffen werden, über die wir nichts wissen.

Wir haben völlig wirkungsvolle Urheberrechtsgesetze. Wir haben völlig wirkungsvolle Datenschutzgesetze. Das sollte ausreichen. Ich möchte nicht, dass diese unheimliche und korrupte Organisation noch mehr Macht erhält.

Paul Rübig (PPE-DE). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann meinem Kollegen nur empfehlen, sich nicht mehr in dieses Parlament wählen zu lassen, dann hat er seine Aufgabe gut erfüllt.

Ich möchte mich bei der Kommissarin Reding, aber auch bei der tschechischen Ratspräsidentschaft sehr herzlich bedanken, weil sie gemeinsam mit unseren Berichterstattern wieder einen großen Schritt für die Bürgerinnen und Bürger Europas getan haben. Der Gedanke des Binnenmarkts bringt gerade im Telekommunikationsbereich sowie in allen Bereichen, in denen wir früher mit Monopolverwaltungen konfrontiert waren, für die Bürgerinnen und Bürger große Fortschritte. Wir haben auch schon bei der Roaming-Regulierung gesehen, dass hier große Einsparungen für die Haushalte möglich sind und die Bürger geschützt werden.

Insbesondere ist der Marktzugang für kleine und mittlere Betriebe eine ganz wesentliche Grundvoraussetzung dafür, dass ein guter Service geboten wird, dass die Netzwerkneutralität umgesetzt wird und dass wir natürlich jetzt auch die unabhängigen Regulierungsbehörden in den Nationalstaaten dazu ermächtigen, ihre Industrie und ihre Betriebe, aber auch ihre Konsumenten in anderen europäischen Ländern mitvertreten zu können.

Die Durchsetzung der Rechte der Bürger eines Nationalstaats in anderen Mitgliedstaaten ist für die kleinen und mittleren Betriebe von ganz besonderer Bedeutung, und wir sollten uns hier dafür einsetzen, dass auch in Zukunft die Anwendung des Breitbands zum Nutzen der Bevölkerung erfolgt und die Preise sinken, weil wir bei der nunmehr sehr dynamischen Entwicklung des Breitbanddienstes und des Internets speziell im Bereich der Telefonie völlig neue Möglichkeiten der Nutzung des Breitbands haben. Darum bin ich auch dankbar, dass die GSM900-Frequenz jetzt auch für UMTS zur Verfügung steht und dass man sich erstmals auch über das *fourth generation network* Gedanken gemacht hat, das hoffentlich weiterhin eine Folgeunterstützung der Kommission erhält, so dass wir eine flächendeckende Unterstützung des Breitbandangebots insbesondere in den ländlichen Räumen haben.

Auch der Konsumentenschutz ist in dieser Gesetzgebung ganz hervorragend geregelt: Dass die Gerichte sich dafür einsetzen, die Konvention zum Schutz der Menschenrechte dementsprechend anzuwenden, ist ein großer Fortschritt, so dass wir in diesem Bereich die große Chance haben, mit der Vergabe der Frequenzen auch das Internet uneingeschränkt und unbehindert nutzen zu können, andererseits aber gleichzeitig den Schutz haben, dass Gerichte darüber entscheiden, wenn es hier zu Einschränkungen kommt.

Evelyn Gebhardt (PSE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei allen Kollegen für die wirklich sehr gute Arbeit bedanken, die geleistet worden ist. Ich hätte mich auch gerne beim Rat bedankt, aber wie ich sehe, ist er gar nicht anwesend – aber die Kommissarin ist da! Ich glaube, wir haben etwas Gutes gemacht.

Herr Harbour, Sie waren Berichterstatter im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, und ich muss sagen, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen und das gemeinsame Wirken sehr positiv waren. Wir haben sehr viel für die Bürgerinnen und Bürger erreicht, was gerade im Bereich des Universaldienstes für uns Sozialdemokraten besonders wichtig ist. Dieses Telekom-Paket ist viel kundenfreundlicher gestaltet worden und damit wurde ein wichtiger Beitrag zum Verbraucherschutz geleistet. So müssen in Zukunft Telekommunikationsanbieter auch Verträge mit nur 12 Monaten Laufzeit anbieten, was sehr wichtig ist. Bisher gibt es viele Anbieter, die ausschließlich 24-Monate-Verträge anbieten, was eine sehr lange Laufzeit ist und verhindert, dass man frühzeitig aus einem Vertrag wieder herauskommt. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag. Beim Wechsel des Anbieters muss die eigene Nummer innerhalb eines Tages mitgenommen werden können. Bisher haben längere Wartezeiten oft zum Verzicht auf den Wechsel zu einem günstigeren Anbieter geführt und den Wettbewerb in diesem Bereich behindert. Auch hier haben wir einen großen Gewinn erzielt.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat außerdem durchgesetzt, dass bei einem Notruf vom Handy aus der Standort automatisch übermittelt und so schnelle Hilfe ermöglicht wird. Auch hier war es ein langer Kampf, das durchzusetzen, da viele erst einmal behaupteten, das sei technisch gar nicht möglich. Es hat sich erwiesen, dass es möglich ist, und dann muss es auch gemacht werden. Das ist eine große Hilfe für die Bürger und Bürgerinnen.

Auch Menschen mit Behinderungen sollen es bald leichter haben. Für sie muss der ungehinderte Zugang zu den Mitteln der Telekommunikation sichergestellt werden. Auch da müssen wir – gerade wenn wir von Universaldiensten sprechen – dafür sorgen, dass es vorangeht, und auch das ist sehr positiv.

Es gab einen Punkt, der bis zuletzt umstritten war: Wie gehen wir mit der Strafverfolgung um, da wo Fragen bezüglich Straftaten bzw. zivilrechtliche Fragen auftauchen? Mit dem Kompromiss, den wir mit dem Rat heute erreicht haben, haben wir einen wichtigen Schritt gemacht, denn wir haben den Richtervorbehalt mit hineingenommen. Richtervorbehalt heißt, dass wir es nicht den Unternehmen allein überlassen, zu entscheiden, welche Sanktionen verhängt werden, sondern wir haben mit den Rechten, so wie sie in der Europäischen Menschenrechtskonvention festgehalten worden sind, dafür gesorgt, dass sich auch Verbraucher und Verbraucherinnen wehren können, und den Diensteanbietern keine Übermacht überlassen. Das ist eine ganz wichtige Sache!

Anne Laperrouze (ALDE). – (FR) Kommissarin, meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir zuerst, die Arbeit unserer Berichterstatter an diesem Telekommunikationspaket zu loben, das morgen zur Abstimmung gebracht wird, weil es ein guter Text ist. Das Paket geht auf alle Merkmale dieser Kommunikationsrevolution ein, die wir gerade erleben: Telekommunikationsnetze, Regulierung, wirtschaftliche Aspekte, Verbraucherrechte und den Zugang zum Internet.

Zu diesem letzten Punkt muss ich jedoch sagen, dass die Delegation der Demokratischen Bewegung enttäuscht war. Der letzte Woche zu dem Bericht von Frau Trautmann erzielte Kompromiss ist in dieser speziellen Hinsicht nicht zufriedenstellend. Die Schwäche des Entwurfs liegt darin, dass er die Rechtsprechung zu Artikel 6 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte nicht in Betracht zieht. Dieser Entwurf legitimiert stattdessen nur die Bemühungen der französischen Regierung, ihr Konzept einer hohen Verwaltungsbehörde, das berüchtigte „Hadopi“-Gesetz, durchzusetzen.

Es gibt Menschen, die Angst vor dem Internet haben, Menschen, die seine Entwicklung oder seine Interessen nicht verstehen. Diese Menschen sagen oft, dass das Internet ein rechtloser Raum sei.

Genau um zu verhindern, dass das Internet zu einem rechtlosen Raum wird, ist die Delegation der Demokratischen Bewegung der Ansicht, dass die Abschaltung eines Internetzugangs keine Verwaltungsentscheidung, sondern eine gerichtliche Entscheidung sein sollte. Das Internet ist ein wunderbares Mittel zur Wahrnehmung der Grundrechte.

Manche Menschen glauben, dass die Verwaltungskontrolle die Lösung sei. Das zeigt uns, für wie wichtig sie die Grundrechte halten. Die Regeln, die die Freiheit der Kommunikation zwischen Menschen gewährleisten, sind zeitlos und hängen nicht von Medien ab. Das Recht auf ein Gerichtsverfahren darf unter keinem Vorwand in Frage gestellt werden.

Bernard Wojciechowski (IND/DEM). – (PL) Frau Präsidentin! Die Menschen haben Angst, dass solche Maßnahmen wie das Telekommunikationspaket ihre Freiheit einschränken. Ich habe Hunderte Briefe in diesem Zusammenhang erhalten, und zwar nicht nur aus Polen. Ich werde aus einem von ihnen zitieren: „Das Europäische Parlament plant, neue Änderungen am Gesetz vorzunehmen, die Auswirkungen auf meinen Internetzugang haben werden, und die die Nutzung bestimmter Internetseiten einschränken oder unter neuen Bedingungen stellen könnten. Die vom Europäischen Parlament vorgeschlagenen Änderungen werden es meinem Internetanbieter erlauben, mir eingeschränkte oder bedingte Dienstleistungen anzubieten. Ich fürchte, dass solche Änderungen das Internet zerstören werden und unerwünschte Auswirkungen auf die Wirtschaft der Europäischen Union haben können.“

Das ist die Stimme Europas, die Stimme der Wähler. Ich unterstütze sie. Ich rate den Menschen, vorsichtig zu sein bei der Stimmabgabe, besonders bei Kandidaten aus Polen, wo weder die Bürgerplattform noch die Partei Recht und Gerechtigkeit wissen, worum es hierbei überhaupt geht.

– Und Herrn Harbour möchte ich sagen, dass einige Kasper aus den Kreisen der Bürgerplattform und der Partei Recht und Gerechtigkeit sich mehr für Siegel und Affen interessieren als für Menschen.

Giles Chichester (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Man kann fairerweise sagen, dass der Telekommunikationssektor eine Erfolgsgeschichte in der EU ist, wodurch es noch wichtiger wird, dass wir den richtigen Rechtsrahmen schaffen. Ich möchte den Berichterstattern für Ihre Arbeit und insbesondere meiner Kollegin Pilar del Castillo Vera dafür danken, dass sie große Verbesserungen an dem Vorschlag der Kommission für die Regulierungsbehörden vorgenommen haben, indem sie dies in die Europäische Aufsichtsbehörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation (BEREC) verwandelt haben.

Es ist schade, dass eine Diskussion über das Internet und Internetzensur und die rechtliche Macht der Mitgliedstaaten die Aufmerksamkeit von dem Wesentlichen dieses Pakets ablenkt. Ich möchte meinem Kollegen Malcolm Harbour dazu gratulieren, dass er mit dem Rat einen Kompromisstext zu dieser leidigen Frage namens Änderungsantrag 138 ausgehandelt hat.

Zumindest dieser Teil des Pakets hat einen Strom an E-Mail-Lobbytätigkeit hervorgerufen, und ich muss denen, die der Ansicht sind, dass große E-Mail-Mengen und viele Worte sich durchsetzen werden, sagen, dass dies sehr schnell kontraproduktiv wird. Was sich leicht in einem Moment verschicken lässt, lässt sich ebenso leicht in einem Moment löschen. Aber leider muss man zu viel Zeit damit verbringen, runterzublättern, um etwas anders als Spam zu finden.

Ich hoffe sehr stark, dass die Aufsichtsbehörden gut dafür ausgestattet sein werden, um mehr Wettbewerb, ein ausgeglichenes Betätigungsfeld und viel bessere Verbraucherrechte zu schaffen sowie das rechte Gleichgewicht zwischen der Förderung von Investitionen und Innovationen zu erzielen, damit Europa weiterhin auf dem modernsten technischen Stand bleibt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt dieses Pakets sind die erzielten verbesserten Verbraucherrechte, insbesondere zur Übertragbarkeit von Telefonnummern innerhalb eines Arbeitstages und größere Transparenz bei Verträgen und Rechnungen. Das sind praktische Angelegenheiten, die für die einzelnen Verbraucher wichtig sind.

Hannes Swoboda (PSE). - Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst natürlich allen Beteiligten herzlich für ihre bedeutende Arbeit danken!

Ich weiß, dass der Ausschuss und insbesondere Frau Trautmann viel Engagement bewiesen haben, um zwei Ziele zu erreichen: einerseits die Grundlage für die Modernisierung, für die weitere technische Revolution in Europa im Sinne der Schaffung neuer Arbeitsplätze, im Sinne auch der Wettbewerbsfähigkeit unseres Kontinents zu schaffen – das ist auch ein wesentlicher Beitrag zu Lissabon, der hiermit geleistet wird – und auf der anderen Seite die Konsumentenrechte zu schützen, die hier auch schon mehrmals erwähnt wurden.

Ich glaube, dass beide Ziele erfolgreich erreicht wurden. Die Freigabe gewisser Frequenzen in Zukunft, wenn wir zum digitalen System übergehen, schafft mehr Möglichkeiten, schafft mehr Innovation. Hier wird auch ein wesentlicher Beitrag zu einer innovativen Gesellschaft geleistet, und dafür herzlichen Dank!

Natürlich gab es einige heikle Fragen. Als einer, der selbst das Internet sehr fleißig nutzt und bloggt und bei Facebook und Twitter aktiv ist, weiß ich, dass hier auch manches problematisch ist. Dennoch bin ich durchaus der Meinung, dass wir nicht ohne richterliche Entscheidung eingreifen dürfen. Es wäre nicht nur in der Sache falsch, es wäre auch das falsche Signal insbesondere an unsere Jugend, die das Internet frequentiert und diese modernen Kommunikationsmöglichkeiten sehr stark nutzt.

Daher bin ich sehr froh darüber, dass u. a. auch in den Erwägungsgründen klar darauf hingewiesen wird, dass wir einerseits natürlich nicht bereit sind, kriminelle Aktivitäten zu akzeptieren, aber andererseits auch nicht bereit sind, zuzulassen, dass ohne richterlichen Spruch, ohne Rechtsgrundlage eingeschritten wird. Das ist für mich ein wesentliches Prinzip, das eingehalten werden muss. Ich bin der Kollegin Trautmann und allen anderen sehr dankbar, dass sie sich hier durchgesetzt haben und eine klare Linie gefunden haben.

Sophia in 't Veld (ALDE). – (NL) Frau Präsidentin! Als erstes möchte ich die Berichterstatter für ihre harte Arbeit loben und ihnen meinen Dank aussprechen. Ich fürchte dennoch, dass ich immer noch Probleme mit dem Paket habe. Es enthält viele gute Bestandteile und tatsächlich benötigt der Sektor eindeutig Regulierungen.

Der hier erzielte Fortschritt umfasst einen stark verbesserten Verbraucherschutz sowie die Zusicherung der Kommission, dass sie einen Vorschlag für Anforderungen zur allgemeinen Mitteilung im Falle von Datenverlust vorstellen wird. Trotzdem habe ich ein Problem mit diesem Paket. Das Problem ist bereits von zahlreichen MdEP angeführt worden, auch von meinem Kollegen aus Frankreich: Regierungen haben versucht, das Element „drei Verwarnungen und Sie sind raus“ über die Hintertür in den Kompromiss aufzunehmen, was tatsächlich überhaupt nichts mit der Richtlinie zu tun hat. Ich muss sagen, dass ich dies äußerst irritierend finde.

Ich halte dies daher nicht für einen akzeptablen Kompromiss und daher möchte ich meine Kollegen dazu auffordern, für den Änderungsantrag meiner Kollegen Herr Alvaro und Herr Schmidt zu stimmen. Das ist eine wesentliche Bedingung für meine Unterstützung zu diesem Paket. In meinen Augen wäre es eine große Schande, wenn dieser Änderungsantrag nicht angenommen würde.

Natürlich wollen wir einen Kompromiss mit dem Rat, aber nicht um jeden Preis. Ich finde es auch ärgerlich, dass der Rat uns mit dem Rücken an die Wand treibt, sodass wir es entweder mögen oder uns damit abfinden müssen. Der Rat trägt genauso viel Verantwortung dafür, dass ein Kompromiss erzielt wird, wie das Europäische Parlament. Das Europäische Parlament hat einen Ruf zu wahren in Bezug auf den Schutz der Bürgerrechte, insbesondere seit den letzten Jahren. Ich hoffe, dass das Parlament in der morgigen Abstimmung diesem Ruf gerecht wird.

Und, Frau Präsidentin, zum Abschluss möchte ich noch einige Worte zur Lobby sagen. Auch wenn ich Herrn Chichester im Wesentlichen nicht zustimme, muss ich sagen, dass ich mich auch über die Flut von manchmal recht bedrohlichen E-Mails ärgere. Ich denke, ich bin in der Tat überzeugt, ...

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Erna Hennicot-Schoepges (PPE-DE). – (FR) Frau Präsidentin! Ich möchte den Berichterstattern, der Kommission, Frau Trautmann und Herrn Harbour gratulieren, die es geschafft haben, in letzter Minute zu einem Kompromiss zu kommen. Nach zwei Jahren intensiver Arbeit sind wir zu diesem Kompromiss gekommen, in einem Bereich, der die Zukunft eines führenden Industriesektors kennzeichnen wird.

Der Vorschlag der Kommission zur Nutzung der Frequenzen wurde in die richtige Richtung geändert. Dabei wurden die Leistungen der Satellitentechnik gewürdigt. Die Ankündigung der Kommission einer zukünftigen Diskussion zu dem Universaldienst und anderen, noch offenen rechtlichen Problemen zeigt, dass die Arbeit weitergehen wird. Dies hier ist daher nur ein erster Schritt in Erwartung weiterer Verordnungen.

Mit diesem Projekt wird den Bürgern ein außergewöhnlicher Zugang zu Informationen und Kultur zur Verfügung stehen. Es bleiben jedoch in Bezug auf die Infrastruktur und die Qualität viele Probleme bestehen, weil immer noch nicht für jeden ein Zugang mit gleicher Qualität sichergestellt ist, wenn man die vielen technischen Probleme bedenkt, die bezüglich der Funkkommunikation immer noch bestehen.

Probleme des freien Zugangs zum Internet, Probleme beim Urheberrecht und der Geheimhaltung sowie die Sorge des Schutzes vor Verbrechen, des Schutzes moralischer Regeln und des Jugendschutzes – ist das nicht alles ein bisschen viel? Aber die, die diesem Kompromiss gegenüber skeptisch eingestellt sind, werden sie in der Lage sein, eine fertige Lösung vorzulegen, die umgehend einsatzfähig ist?

Ich denke, dass dieses Projekt einen beachtlichen Fortschritt darstellt. Wir sollten daher den Regulierungsbehörden, die wir eingerichtet haben, eine Chance geben und dann können die Skeptiker diese neuen Institutionen beeinflussen, die dann nur ihre Effektivität nachweisen müssen.

Edit Herczog (PSE). - Frau Präsidentin! Zwei Jahre Arbeit und mein Glückwunsch an Sie alle zu dieser harten Arbeit. Das Telekommunikationspaket trägt in großem Maße zu der Lissabon-Strategie bei, da der Sektor 4 % des BIP und 25 % des BIP-Wachstums ausmacht. Er ist einer der für die Wirtschaftskraft Europas grundlegenden Sektoren.

Das Telekommunikationspaket liefert einen bedeutenden Beitrag zu der wissensbasierten Wirtschaft, und zwar nicht nur durch den Sektor selbst, sondern auch dadurch, dass es die Möglichkeiten der Nutzer verbessert, unabhängig davon, ob es sich dabei um Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen, handelt oder um Einzelpersonen. Jeder kann davon profitieren.

Das Telekommunikationspaket leistet durch die Entwicklung des Netzes einen großen Beitrag zum Europäischen Konjunkturprogramm. Das Telekommunikationspaket leistet einen großen Beitrag zur Stärkung der Verbraucherrechte und Verbrauchermöglichkeiten, da immer mehr Verbraucher davon profitieren können. Das Telekommunikationspaket leistet jedoch auch einen großen Beitrag zur Entwicklung der Demokratie. Es ebnet allen Europäern neue Wege, ihre Rechte und Verpflichtungen wahrzunehmen, ist aber auch ein Ausgleich, der von der Regulierungsbehörde eingerichtet wurde: ein Ausgleich zwischen der Schaffung eines echten Binnenmarktes im Telekommunikationssektor in Europa und der Nutzung des Fachwissens der staatlichen Regulierungsbehörden.

Ich gratuliere den Berichterstattern und der Kommission. In den nächsten fünf Jahren werden wir den ersten Schritt machen, dem danach weitere folgen müssen.

VORSITZ: MECHTILD ROTHE

Vizepräsidentin

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – (RO) Ich möchte damit beginnen, den Berichterstattern zu gratulieren, die seit mehr als einem Jahr auf Hochtouren an diesem Paket gearbeitet haben. Das ist tatsächlich ein äußerst wichtiges Paket für die Bürger der Europäischen Union.

Dieses Paket enthält zahlreiche Dokumente. Ich denke, ich sollte mich als erstes auf den Bericht von Frau Trautmann beziehen, in dem der Rechtsrahmen für den Sektor der elektronischen Kommunikation festgelegt wird und der eine Reihe äußerst wichtiger Aspekte anführt, wie die funktionelle Trennung, die Frequenzpolitik sowie die Nutzung und Förderung von Netzen der neuen Generation. Ich begrüße die Tatsache, dass die funktionelle Trennung als eine sofortige Sondermaßnahme angenommen wurde.

Außerdem glaube ich, dass es für uns äußerst wichtig ist, hier zu betonen, dass die Verbraucherrechte geschützt werden müssen. Aus diesem Grunde ging es in dem Bericht von Herrn Harbour um diese Aspekte, und unser Kollege Reino Paasilinna hat die Ansicht der Europäischen Sozialisten erfolgreich unterstützt, die daran besteht, dass das wichtigste Element der Verbraucher sein muss. Es ist wichtig, wie die Vertragsklauseln verhandelt werden, damit jeder Verbraucher geschützt werden kann.

Zu dem Thema der technischen Neutralität möchte ich sagen, dass es nützlich ist, dass eine große Auswahl technischer Möglichkeiten auf dieser Weise allen zur Verfügung gestellt wird. Aber ich möchte betonen, dass das Internet gewaltige Möglichkeiten bietet. Es ist wichtig, dass die Verbraucher und Nutzer geschützt und dass es keine Störungen bei persönlichen Daten gibt, die ebenso geschützt werden müssen. Vor allem müssen wir das geistige Eigentum schützen, jedoch nicht zum Schaden der Verbraucherinteressen.

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Charlotte Cederschiöld (PPE-DE). - (SV) Vielen Dank Frau Kommissarin! Wir brauchen eine stärkere Harmonisierung in der elektronischen Kommunikation und eindeutige und einfachere Rechtsvorschriften, und diese Harmonisierung muss zu einem gut funktionierenden Binnenmarkt beitragen. Das Hauptziel besteht in einer Stärkung des Wettbewerbs, der zu einer größeren Auswahl, niedrigeren Preisen und besserer Qualität für die Endverbraucher führt. Um dabei Erfolg zu haben, müssen viele verschiedene Interessen gegeneinander abgewogen und ein gutes Gleichgewicht gefunden werden. Das Telekommunikationspaket darf nicht für Zwecke des Strafrechts oder strafrechtlicher Sanktionen oder zu einer Beeinflussung des Verfahrensrechts der Mitgliedstaaten verwendet werden, was auch nicht beabsichtigt ist. Der verbesserte Wettbewerb muss das Hauptziel sein. Alle Bürger müssen in der Lage sein, ihren Fall vor Gericht zu bringen

– das darf nicht den kommerziellen Kräften überlassen werden. Ich hoffe daher, dass meine Kollegen diesen Kompromiss jetzt unterstützen werden.

Das Problem der Geheimhaltung zeigt sich in gewerblichen Rechtsvorschriften, bei der Datenspeicherung, in Strafrechtsvorschriften und in Rechtsvorschriften zur Transparenz. Die Europäische Union hat bisher noch keinen gemeinsamen Ansatz mit gemeinsamen Grundsätzen gefunden, der in allen drei Bereichen angewandt werden kann. Eine allgemeine Bewertung wird nötig werden, um langfristig widersprüchliche Rechtsvorschriften zu vermeiden. Es ist immer noch eine Herausforderung für die Zukunft, einen Ausgleich zwischen den Interessen von Polizei, Befürwortern der Transparenz, Datenschützern und natürlich den IT-Unternehmen zu schaffen.

Die Kommission sollte in der Lage sein dazu beizutragen, indem sie eine gemeinsame Arbeitsgruppe einrichtet, die gemeinsame Grundsätze sowie einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen in diesem wichtigen Gebiet ermittelt.

Und schließlich möchte ich Kommissarin Reding und den Berichterstattern zu ihrer guten Arbeit gratulieren.

Jacques Toubon (PPE-DE). – (FR) Frau Präsidentin! Als erstes möchte ich Frau Reding, unserer Kommissarin, und der französischen Ratspräsidentschaft, die im Dezember einen sehr schlaun gemeinsamen Standpunkt erarbeitet haben, und dann der tschechischen Ratspräsidentschaft gratulieren, die gerade ihr Ziel erreicht hat. Außerdem möchte ich allen unseren drei Berichterstattern, Herrn Harbour, Frau Trautmann und Frau del Castillo Vera, danken und gratulieren, die auch hervorragende Arbeit geleistet haben.

Das Paket, über das wir heute abstimmen, umfasst Bestimmungen, die völlig in die richtige Richtung gehen, die man sich für die Entwicklung des Telekommunikationsmarktes nur wünschen kann, und das in einer ordentlichen Art und zum Nutzen aller: eine europäische Verordnung, die einer Europäischen Aufsichtsbehörde für die Märkte der elektronischen Kommunikation (BEREC) anvertraut ist, mit gemischter Finanzierung, ohne Veto; ein Gleichgewicht zwischen dem Wettbewerb und der Notwendigkeit neuer Investitionen – die funktionelle Trennung ist auf Ausnahmefälle begrenzt; der Wunsch, sich auf öffentliche Dienstleistungen in der Frequenzverwaltung zu konzentrieren; neue Dienstleistungen; neue Zugangsfreiheit; und insbesondere dank Herrn Harbour eine deutliche Stärkung der Verbraucherrechte. Ich finde es nur schade, dass die „Übertragungspflichten“ abgelehnt wurden.

Für Frankreich ist dieser Text wunderbar ausgewogen. Es ist ein guter Kompromiss, und damit meine ich, dass in Bezug auf diese berüchtigten strittigen Änderungsanträge die am Ende gemachten Vorschläge meiner Meinung nach intelligent sind, weil sie es ermöglichen, Schutzrechte für geistiges Eigentum im Internet umzusetzen, ohne die Zugangsfreiheit im Internet zu gefährden. Das Internet muss in diesem wie in anderen Bereich das Gesetz anwenden. Die virtuelle Welt ist keine gesetzlose Welt und sie darf sich nicht nur der Macht der Werbung unterwerfen, die von Betreibern und Internetzugangsanbietern geliefert wird. Aus diesem Grunde teile ich die Ansicht von Frau Trautmann. Der Kompromiss stellt die Rechte von Beschäftigten, Künstlern und Internetnutzern auf die gleiche Ebene und das ist gut so.

Syed Kamall (PPE-DE). - Frau Präsidentin, ich möchte beginnen, indem ich der ganzen harten Arbeit, die die Kommission und ihre Vertreter aber ebenso alle Berichterstatter geleistet haben, Anerkennung zolle. Ich spreche als Schattenberichterstatter des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zu dem Zeitpunkt, zu dem der Teil des Pakets zum Datenschutz bei der elektronischen Kommunikation ausgearbeitet wurde. Ich möchte auch der Arbeit von Alexander Alvaro und den anderen Schattenberichterstattern, einschließlich Herrn Lambrinidis von der Sozialdemokratischen Fraktion Anerkennung zollen.

Wir haben alle hart dafür gearbeitet, ein Gleichgewicht zwischen dem Datenschutz, den wir alle für ein sehr wichtiges Thema halten, und dem Recht der Unternehmen zur Entwicklung von Sicherheitsprogrammen zu schaffen, die dazu beitragen, dass unsere Netze sicher sind, und gegen die vorgehen, die Schadprogramme und Viren in den Netzen verbreiten wollen. Dies erfordert es gelegentlich, den Datenverkehr zu überprüfen.

Worum es hierbei nicht ging, war der Ansatz „drei Verwarnungen und Sie sind draußen“. Nur sehr wenige hier unterstützen das, und es ist sehr bedauerlich, dass manche von außerhalb dieses Hauses versucht haben, dies so darzustellen, als würden wir den Ansatz „drei Verwarnungen und Sie sind draußen“ unterstützen.

Da wir gerade bei dem Thema der Datenpakete sind, möchte ich auf die Frage der Netzneutralität zu sprechen kommen. Ich denke, wir stimmen alle darin überein, dass ein bestimmtes Maß an Netzverwaltung notwendig ist. Wenn Unternehmen größere Leitungen bauen, kommen andere Unternehmen und füllen diese Leitungen. Das kann zu Verstopfungsproblemen führen. Wer hätte vor einigen Jahren erahnen können, dass wir jetzt

Dienste wie BBC iPlayer oder YouTube haben würden? Daher ist es wichtig, dass die Betreiber in der Lage sind, ihre Netze zu verwalten. Das Prinzip „erstes Paket rein, erstes Paket raus“ könnte sich als schädlich herausstellen, insbesondere wenn Notfalldienste aufgrund von Verkehrsstaus außer Kraft gesetzt werden.

Ich möchte allen Berichterstattern zu diesem Thema dafür danken, dass sie versucht haben, das richtige Gleichgewicht zu schaffen, und möchte die Lobbyisten außerhalb des Hauses darum bitten, dies nicht als „drei Verwarnungen und Sie sind draußen“ darzustellen; bitte stellen Sie dies nicht als grundsätzlichen Angriff auf unsere Freiheiten dar. Wir versuchen nur, das richtige Gleichgewicht zu schaffen.

Christofer Fjellner (PPE-DE). - (SV) Vielen Dank, Frau Präsidentin! Entschuldigen Sie bitte, dass ich etwas spät bin. Ich möchte damit beginnen, dass ich denke, dass unbedingt darauf hingewiesen werden muss, dass das Telekommunikationspaket, so wie es heute zur Abstimmung steht, im Wesentlichen gut ist. Es fördert den Wettbewerb und die Nutzerrechte. Und es ist wichtig, dies zu betonen, denn ich denke, das wird in der Diskussion oft vergessen. Wir konzentrieren uns fast ausschließlich auf die Einzelheiten und vergessen darüber manchmal das große Ganze. Und schließlich geht es in dem Telekommunikationspaket darum, den Wettbewerb und die Nutzerrechte zu stärken.

Zurzeit gibt es jedoch viele Bedrohungen für unsere bürgerlichen Freiheiten und Rechte im Internet sowie für die offene und freie Struktur des Internets. Diese Bedrohungen waren noch nie so deutlich, wie in der Diskussion darüber, ob wir Nutzer ohne gerichtliche Anhörung vom Internet ausschließen sollten. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir hier im Parlament uns darauf geeinigt haben, dass wir dies als nicht annehmbar ansehen. Menschen dürfen nicht aus dem Internet ausgesperrt werden, ohne dass ihr Fall vor Gericht angehört wurde. Das ist wichtig, denn es geht um eine sehr ernste Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten und Rechte. Hierbei werden auch Rechtsgrundsätze in einer Art auf den Kopf gestellt, die wir in anderen Zusammenhängen niemals akzeptieren würden. Wir verbieten einem Fahrraddieb nicht, die Straßen zu nutzen. Ich bin daher froh, dass wir ein klares „Nein“ als Antwort auf so einen Vorschlag geben werden.

Zurzeit werden damit nicht alle Bedrohungen für das Internet beseitigt. Es gibt viele weitere Probleme, die weiterhin diskutiert werden, und ich freue mich auf diese Debatten. Es gibt bestimmte Bereiche, in denen ich es lieber hätte, wenn wir etwas weitergingen, aber insgesamt stellt dies einen Schritt in die richtige Richtung dar. Ich bin stolz, dass wir morgen klarstellen werden, dass die Freiheiten und Rechte der Bürger im Internet, insbesondere bezüglich der Möglichkeit, nicht ohne gerichtliche Anhörung vom Internet ausgeschlossen zu werden, etwas sind, das das Europäische Parlament unterstützt.

Helga Trüpel (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Ich möchte gerne Folgendes sagen: Die Debatte heute wurde von der Frage dominiert: Wie können wir eine Balance zwischen der Freiheit im Internet, freiem Zugang, Urberschutz und Einhaltung der Grundrechte herstellen? Das ist in der Tat die Zauberformel, hier die richtige Balance zu finden.

Ich möchte betonen, dass es nicht um willkürliche Internetsperren geht. Es kann nicht sein, dass – wie in der Türkei – YouTube abgeschaltet wird, weil es dort angeblich eine Beleidigung von Atatürk gab. Wir wollen keine Verhältnisse wie in China. Natürlich können Seiten nicht willkürlich aus politischen Gründen geschlossen werden. Aber ich möchte deutlich sagen: Es kann auch kein unbegrenztes Bürgerrecht auf uneingeschränktes illegales Downloaden geben! Das ist nicht der Punkt, der hier verhandelt werden kann. Wir müssen hingegen sicherstellen – und das ist die Balance, die wir suchen und die wir noch nicht gefunden haben –, wie Produzenten von kreativen Inhalten, deren Werke im Internet auftauchen, angemessen entschädigt werden können? Dafür brauchen wir ein neues Modell. Das ist nicht das französische Modell. Wir wollen einen Richtervorbehalt, eine richterliche Entscheidung über Grundrechte. Doch diesen neuen Gesellschaftsvertrag in der Wissensgesellschaft zwischen Urheberrecht und Grundrechtsschutz müssen wir noch finden.

Viviane Reding, Mitglied der Kommission. - (FR) Frau Präsidentin! Vielen Dank Ihnen allen, die es möglich gemacht haben, dass dieses sehr wichtige Paket heute das Licht der Welt erblicken kann. Ich denke da natürlich an die Berichterstatter und ihre Kollegen, aber auch an die tschechische Ratspräsidentschaft, und ich möchte hier offiziell sagen, dass die Botschafterin Frau Reinišová in jeder Art wundervoll mit dem Parlament und der Kommission zusammengearbeitet hat, um dieses Projekt zu ermöglichen.

Wir haben jetzt einen ausgewogenen Wortlaut, der eine Öffnung der Märkte, Investitionen, Freiheit im Internet und das Recht auf das Internet ermöglicht. Wir haben einen Wortlaut, der Potenzial für eine Entwicklung der Branche und damit für einen Erhalt und eine Neuschaffung von Arbeitsplätzen und für die Nutzer hat. Dieser Wortlaut schafft einen Ausgleich zwischen der Lissabon-Strategie zum Wachstum und Arbeitsplätzen einerseits und vielen Fortschritten bezüglich der Rechte der Verbraucher, die das Internet nutzen, andererseits.

Mitglied der Kommission. – Erlauben Sie mir, einige der Fragen zu beantworten, die gestellt wurden.

Eine der Fragen betraf die Investition in Zugangsnetze der nächsten Generation durch die Sicherstellung, dass Telekommunikationsanbieter eine angemessene Investitionsrendite erhalten, die das damit verbundene Risiko angemessen berücksichtigt. Bereits jetzt ist es für einige Unternehmen möglich, das Investitionsrisiko nach den aktuellen Regeln aufzuteilen. Die neuen Regeln bestätigen dies und sagen gleichzeitig, dass ein wirksamer Wettbewerb und die Nichtdiskriminierungsregel erhalten werden müssen. Dies ist sehr wichtig. Ich möchte das hervorheben, weil ich gelegentlich nur einen Teil der Geschichte höre, aber die gesamte Geschichte der Investition muss in der Praxis angewandt werden.

Die zweite Frage betrifft die Verletzung des Datenschutzes. Die Betreiber müssen die Verantwortung übernehmen, die sich aus der Verarbeitung und Speicherung großer Datenmengen ergibt. Die neuen Regeln führen daher erstmalig im europäischen Recht obligatorische Mitteilungen über Verletzungen des Datenschutzes ein. Das bedeutet, dass die Kommunikationsanbieter dazu verpflichtet werden, die Behörden und ihre Kunden darüber zu informieren, wenn es zu Sicherheitsverletzungen gekommen ist, die ihre persönlichen Daten betreffen. Außerdem werden die Regeln zur Privatsphäre und zum Datenschutz in Bereichen wie der Verwendung von Cookies und ähnlichen Hilfsmitteln gestärkt. Die Internetnutzer werden besser darüber informiert, was mit ihren persönlichen Daten geschieht und werden bessere Möglichkeiten haben, in der Praxis die Kontrolle über ihre persönlichen Informationen auszuüben.

Ein zweites Element betrifft ein offeneres und neutraleres Internet für die Verbraucher. Die europäischen Verbraucher werden eine noch größere Auswahl aus konkurrierenden Breitbanddiensteanbietern haben. Den Internetdiensteanbietern stehen leistungsstarke Werkzeuge zur Verfügung, die es ihnen ermöglichen, zwischen verschiedenen Arten der Datenübertragung im Internet zu unterscheiden, wie Ton- oder Peer-to-Peer-Kommunikation. Obwohl ein Verkehrsmanagement dazu führen kann, dass sich hochwertige Premiumdienstleistungen entwickeln, und zu sicherer Kommunikation beitragen kann, können dieselben Techniken auch genutzt werden, um die Qualität der Kommunikation oder anderer Dienstleistungen auf einen nicht akzeptablen niedrigen Stand zu drücken. Aus diesem Grunde werden die staatlichen Telekommunikationsbehörden nach den neuen EU-Regeln die Befugnis haben, ein Mindestqualitätsniveau für Netzübertragungsdienste festzulegen, um die Netzneutralität und Netzfreiheit für die Bürger Europas zu fördern.

In dem neuen Text haben wir neue Transparenzanforderungen aufgenommen, die von größter Bedeutung sind.

Das vierte Element, das ich betonen möchte, ist die Anerkennung des Rechtes auf einen Internetzugang. Die neuen Regeln erkennen ausdrücklich an, dass der Internetzugang ein Grundrecht ist ebenso wie die Meinungsfreiheit und die Freiheit auf einen Zugang zu Informationen. Die Regeln legen daher fest, dass alle Maßnahmen, die bezüglich des Zugangs oder der Nutzung von Dienstleistungen und Anwendungen ergriffen werden, die Grundrechte und Freiheiten natürlicher Personen achten müssen. Dazu gehören auch das Recht auf Privatsphäre, die Meinungsfreiheit und der Zugang zu Informationen und Bildung als notwendige Verfahren.

Mitglied der Kommission. – (FR) Frau Präsidentin! Ich dachte, es sei sehr wichtig, diese Grundrechte hervorzuheben, da sie die Grundlage der europäischen Werte darstellen – europäische Werte, die auch die Grundlage der neuen Telekommunikationsregeln sind.

Außerdem möchte ich etwas zu der Freiheit im Internet sagen, weil viele Mitglieder darüber gesprochen haben. Der erzielte Kompromiss ist ein Sieg für die Freiheit der Bürger und der Internetnutzer.

Erstens setzt dieser Kompromiss ganz deutlich die in der Charta der Grundrechte festgehaltenen Freiheiten unserer Bürger, einschließlich des Rechts auf einen Internetzugang, das ein Bestandteil der Meinungsfreiheit und der Informationsfreiheit ist, durch. Zweitens legt der Kompromiss fest, dass die unverhältnismäßigen Lösungen, die vorgeschlagen wurden, um die Rechte der Internetnutzer einzuschränken, nicht rechtmäßig sind. Drittens bestätigt der Kompromiss, dass immer die Möglichkeit gegeben sein muss, einen Fall vor einen Richter, ein unabhängiges und unparteiisches Gericht zu bringen, dessen Entscheidung geachtet werden muss.

All dies steht in dem Kompromiss und ich denke, dass auf der Grundlage dieses Kompromisses die Arbeit, welche die Kommission und das Parlament in naher Zukunft erledigen wird, damit ein stabiles Fundament haben wird, das die Rechte unserer Bürger und die inneren Werte unseres Europas hervorhebt.

Nachdem ich dies gesagt habe, möchte ich den Rat darum bitten, schnell zu handeln, damit die endgültige Version des Wortlauts, für die morgen hoffentlich gestimmt wird, so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt werden kann.

Malcolm Harbour, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Als erstes möchte ich allen danken, die an dieser Aussprache teilgenommen haben. Es war eine sehr konstruktive Aussprache. Ich begrüße insbesondere die Unterstützung, die das Parlament mir und meinen Kollegen im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz für die deutlichen Verbesserungen gewährt hat, die wir an den Bestandteilen der Richtlinie zu Nutzerrechten und Datenschutz vorgenommen haben.

Ich war hocherfreut, dass während der Aussprache alle zu diesen Aspekten beigetragen haben. Sie sind für alle Verbraucher wichtig. Bezüglich der anstehenden Wahlen hoffe ich, dass Sie alle über die Arbeit sprechen werden, die Sie in diesem Hause für die Verbraucher in der Internetwelt geleistet haben, denn dies ist absolut wichtig.

Ich denke, meine zweite und wichtige Überlegung ist, dass der Internetraum selbst – die elektronische Kommunikation, der Sektor selbst – ein florierender, sich entwickelnder und dynamischer Sektor ist. Unsere Aufgabe als Aufsichtsbehörde ist es sicherzustellen, dass diese Dynamik, diese Innovation weiter bestehen kann. Wir haben einen Ordnungsrahmen eingerichtet, der sicherstellt, dass sich die Verbraucher darauf einlassen können, um ihnen das Recht zu geben, über diese Dienstleistungen Bescheid zu wissen, und ihnen die Möglichkeit zu geben, davon zu profitieren – das ist sehr wichtig. Aber das Internet ist nicht deshalb dieser blühende Ort – und Sie haben anhand der ganzen E-Mails, die Sie zu diesem Vorschlag erhalten haben, erkennen können, wie dynamisch es ist –, das Internet gibt es nicht, weil wir die Aktivität im Internet eingeschränkt haben, es gibt es nicht, weil wir neue Geschäftsmodelle vorgeschrieben haben. Wir haben die Sachen in Ketten gelegt, die die Menschen getan haben. Wir wollen neue Teilnehmer in diesem Bereich, wie wollen Kleinbetriebe, wir wollen große Unternehmen, wir wollen Investitionen.

Diese Art Dynamik und Dringlichkeit benötigen wir, um voranzukommen. Frau Reding hat recht: wir müssen die Mitgliedstaaten ermuntern, diese Verbesserungen so schnell wie möglich umzusetzen. Wir wollen, dass die neue BEREC ihre Arbeit aufnimmt; wir wollen, dass die neue Regulierungsbehörde sich mit uns im Parlament beschäftigt, um sicherzustellen, dass dies so schnell wie möglich geschieht.

Lassen Sie uns voranschreiten und in die Zukunft blicken. Vielen Dank, Frau Kommissarin, für die wichtigen Erklärungen, die Sie in den Bereichen Datenschutz und Universaldienst abgegeben haben. Dies wird es uns möglich machen, mit Ihnen zusammenzuarbeiten und in diesen wichtigen Bereichen Fortschritte zu erzielen.

Catherine Trautmann, Berichterstatterin. – (FR) Frau Präsidentin! Vielen Dank, Herr Kommissar, für Ihre Erklärung, die die Aussprache, die gerade abgehalten wurde, in sehr positivem Licht erscheinen lässt. Und ich danke allen Kollegen, die daran teilgenommen haben.

Ich möchte sagen, dass unser Parlament durch eine positive Abstimmung über diesen Kompromiss zum Telekommunikationspaket eine deutliche Entscheidung zeigen wird: die Entscheidung für einen regulierten Markt und nicht für unregulierten Wettbewerb. Das ist auch der Beweis für eine Strategie, eine nützliche Entwicklungsstrategie im Zusammenhang mit der Krise, die die europäische Gesellschaft auf das digitale Zeitalter vorbereitet. Diese Abstimmung wird es auch möglich machen, durch die Nichtdiskriminierungsklauseln das Gleichgewicht zwischen den Rechten der Staaten und den Befugnissen der Kommission, zwischen den alten Betreibern und neuen Wettbewerbern zu wahren, aber sie wird auch zeigen, dass das Europäische Parlament selbst Fortschritte macht bei der Ausübung seiner Mitentscheidungsbefugnisse insbesondere bezüglich der Zuweisung der Frequenzpolitik, was als öffentliches Gut angesehen wird, sowie bei der Unterstützung, die es erneut für Sendeanstalten und Dienstleister anbietet.

Viele Kollegen haben über das Thema des Internets als öffentlichen Raum gesprochen, der als solcher Freiheit und Sicherheit braucht, und ich stimme mit ihnen überein. Daher muss eine Verbindung geschaffen werden zwischen der Zugänglichkeit des Internets und den Grundrechten der Bürger, und zwar das erste Mal in einer Richtlinie mit der neuen Version des Änderungsantrags 46.

Tatsächlich wirkt der Ausdruck „durchgeführte Maßnahmen“ in gewisser Weise wie das fehlende Verbindungsstück zwischen Maßnahmen, die im Bereich elektronischer Kommunikationsnetze durchgeführt werden, unabhängig davon, ob dies zur Zugangsbeendigung oder zum Filtern geschieht, und den Grundrechten der Nutzer. In Bezug auf die Zweifel, die einige meiner Kollegen über die Bereitschaft des Berichterstatters zur Verteidigung des Rechts auf ein Gerichtsurteil vor dem Abschalten des Zugangs

ausgedrückt haben, möchte ich sagen, dass der Ausdruck „unabhängiges und unparteiisches Gericht“ ein Ausdruck ist, der den Internetnutzern das Recht auf ein solches Urteil garantiert.

Um nachzuweisen, dass Hadopi so ein unabhängiges und unparteiisches Gericht sein wird, wäre es erforderlich, dieser hohen Behörde all die Verpflichtungen aufzuerlegen, die ein Richter beachten muss: das Recht zur Verteidigung, ein Verfahren, in dem beide Parteien angehört werden, und Öffentlichkeit. Natürlich würde dies bei einem System, das, wie es das französische Recht möglicherweise tut, auf die Computerisierung und Vermassung von Anschuldigungen und Strafen baut, zu einer Implosion führen. Daher rufe ich die Europäische Kommission dazu auf, große Sorge walten zu lassen, wenn dieses Telekommunikationspaket umgesetzt wird.

Wenn ein Grundsatz in einem gemeinschaftlichen Text verankert wird, der Gegenstand eines Kompromisses zwischen dem Rat und dem Europäischen Parlament als mitbeteiligte Gesetzgeber ist, muss es ordnungsgemäß in nationale Gesetze überführt werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließen, indem ich sage, dass ich hocherfreut bin über die Aussicht auf eine umfassende, öffentliche Konsultation mit mehreren Partnern, die es uns ermöglichen wird, unsere harte Arbeit im Rahmen eines Kompromisses, der das in Änderungsantrag 46 festgelegte Gesetz achtet und umsetzt, fortzusetzen.

Pilar del Castillo Vera, Berichterstatterin. – (ES) Frau Präsidentin! Ich möchte kurz meinen Dank an all diejenigen wiederholen, die an dieser langwierigen Aussprache zum Telekommunikationspaket teilgenommen haben: die Kommissarin, die anderen Berichterstatter; also all diejenigen, die außer der jeweils aktuellen Ratspräsidentschaft beteiligt waren.

Ich werde die drei Hauptthemen anreißen, die ich als entscheidend empfinde, um die Vorteile dieser Entscheidung zusammenzufassen, von der ich glaube, dass sie morgen von einer großen Mehrheit dieses Hauses angenommen werden wird. Die Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzesrahmens hat drei hauptsächliche Auswirkungen.

Die erste ist, dass er die Entwicklung von Netzen der nächsten Generation vereinfacht und damit wird er den Verbrauchern nutzen, da sie die Möglichkeit haben werden, in einem schnelleren, sichereren Internet, das nicht nur für die einzelnen Verbraucher nützlich ist, sondern auch für kleine und mittelständische Unternehmen, für die es lebensnotwendig ist, Zugang zu haben, sich darin zu bewegen und Transaktionen auszuführen.

Zweitens wird es mehr Wettbewerb auf dem Binnenmarkt geben, was auch nützlich für die Verbraucher – Einzelpersonen oder Unternehmen – ist. Die Vorteile ergeben sich aus besseren Preisen, besseren Produkten und stärkerer Innovation, da der Wettbewerb umfassender, stärker und realer ist.

Und schließlich wird all dies – und hier möchte ich niemanden außerhalb dieses Parlaments und in ganz Europa im Zweifel lassen – aus Achtung vor den Grundrechten getan: es kann kein nationales Recht geben, das diese Rechte nicht anerkennt, denn Europa hat entschieden, dass der Grundsatz, auf dem diese Reform aufbaut, das Grundrecht auf einen Zugang zum Internet gewährt.

Francisca Pleguezuelos Aguilar, Berichterstatterin. – (ES) Frau Präsidentin! Ich möchte meinen Dank an alle meine Kollegen für ihre Reden und für diese wirklich sehr positive Aussprache wiederholen.

Ich denke nicht, dass es Zweifel darüber geben kann, dass diese Reform einen großartigen Beitrag zu unserer Gesellschaft des 21. Jahrhunderts leistet. Wir haben den Weg geebnet, damit wir weiterhin neue Möglichkeiten in die Telekommunikationsbranche einbringen können, einen Sektor der unglaublich dynamisch ist, um dadurch für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Europäischen Union und insbesondere für den Verbraucherschutz zu sorgen.

Ich bin mir sicher und ich glaube, dass die Aussprache gezeigt hat, dass wir hier hauptsächlich Licht haben, auch wenn es einige Schatten gibt, wie zum Beispiel die Diskussion zum Inhalt dieses Pakets, was die Kommissarin und einige andere Mitglieder kommentiert haben.

Dennoch bin ich der Ansicht, dass der Kompromiss auch dieses Problem gut gelöst hat, denn, wie bereits gesagt wurde, umfasst der Umfang der beiden Richtlinien zum ersten Mal in Artikel 1 die Anerkennung der Grundrechte und Freiheiten sowie den Internetzugang.

Ich möchte keine Zweifel daran aufkommen lassen, dass ich Frau Trautmann in ihrem Antrag unterstützen möchte, dass, wenn Mitgliedstaaten für die Garantie von Privatsphäre, Meinungsfreiheit, Informationsfreiheit und allgemein aller Rechte in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten verantwortlich sind, sie der strengen, genauen Überwachung der Europäischen Kommission - was meiner Meinung nach zurzeit der beste Schutz ist - sowie des Parlaments unterliegen, sodass die Freiheit im Internet ein Grundsatz ist, der mit allen anderen Rechten ausgeglichen wird.

Das ist alles. Vielen Dank meine Damen und Herren. Ich denke, wir haben gute Arbeit geleistet und sollten uns selbst gratulieren; ich bitte Sie daher, dafür zu stimmen.

Die Präsidentin. – Vielen Dank! Die gemeinsame Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, am Mittwoch, statt.

Carl Schlyter (Verts/ALE). - (SV) Ich stelle fest, dass der Rat nicht hier ist, um sich zu dieser Vereinbarung zu äußern. Ich möchte sie auffordern, vor der Abstimmung morgen hier zu sein. Ich glaube, dass viele europäischen Bürger eine Antwort von dem Rat haben möchten, warum sie gegen einen Text sind, der ausdrücklich angibt, dass niemand ohne vorherige gerichtliche Entscheidung vom Internet ausgeschlossen werden sollte. Ich möchte, dass der Rat aufsteht und seinen Widerstand erklärt. Ich glaube, dass Tausende Europäer wissen wollen, warum.

Die Präsidentin. – Wir werden die Bitte weiterleiten.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE), schriftlich. – (PL) Der Telekommunikationsgesetzesrahmen der Europäischen Union ist in den Neunzigern entstanden und sollte die innerstaatlichen Märkte liberalisieren, die von Staatsmonopolen dominiert wurden. In der Zwischenzeit haben wir mit der Entwicklung der Mobiltelefonie und des Internets revolutionäre technische Änderungen erlebt. Die entworfenen Reformen der Rechtsvorschriften, mit denen der Telekommunikationsmarkt in der EU reguliert wird und über die das Parlament morgen abstimmen wird, sollen das EU-Recht an diese Änderungen anpassen, z. B. indem die Position der Nutzer in dem Markt der elektronischen Dienstleistungen verbessert wird.

Meine persönliche Meinung ist, dass der Zugang zum Internet ein bedeutender Faktor ist, der die Ausbildung unterstützt und zeigt, dass die Menschen in der Lage sind, ihre Meinungsfreiheit zu nutzen und Zugang zu Informationen und dem Arbeitsmarkt zu haben. Internetnutzern darf der Zugang zum Internet nicht ohne vorherige Entscheidung eines zuständigen Justizorgans verweigert oder eingeschränkt werden. Daher bin ich sehr dafür, dass wir die zwei wichtigsten Änderungsanträge, nämlich 138 und 166, die in der ersten Lesung im September 2008 vom Parlament angenommen wurden, wieder aufnehmen sollten. Diese Änderungsanträge würden die Garantie der Nutzerrechte wiederherstellen, den innerstaatlichen Regulierungsbehörden eine Verpflichtung zur Überwachung auferlegen und die willkürliche Sperrung und ihrem eigenen Ermessen überlassene Einschränkung des Zugangs der Bürger zu Anwendungen, Dienstleistungen und Inhalten im Internet illegal machen.

In der Form, in der die beiden Änderungsanträge, die scheinbar nur modifiziert, aber tatsächlich entscheidend geändert wurden, zur zweiten Lesung am 6. Mai eingereicht wurden, stellen sie eine ernste Bedrohung für die Meinungsfreiheit, die Freiheit des Zugangs zum Internet und das Recht auf Information – die Säulen moderner, demokratischer, bürgerlicher Gesellschaften – dar.

Katrin Saks (PSE), schriftlich. – (ET) Die neuen, in dem neuen Telekommunikationspaket niedergeschriebenen Regeln werden dazu beitragen, den Telekommunikationsmarkt zu regulieren und den Verbraucherschutz zu fördern. Es wird für die Verbraucher deutlich einfacher sein, Informationen von ihrem Dienstleister zu erhalten und den Dienstleister zu wechseln. Die vor Abschluss des Vertrags bereitgestellten Informationen müssen angeben, ob ein Verbraucher für eine bestimmte Zeit an einen Vertrag gebunden ist. Außerdem können die Dienstleister die Verbraucher nicht mehr länger als 24 Monate an sich binden. Die Übertragung einer Telefonnummer von einem Dienstleister zu einem anderen muss innerhalb eines Arbeitstages erfolgen. Die Transparenz der Bereitstellung der Dienste hat sich verbessert, und die Verbraucher sind in der Lage, Preise auf Internetseiten zu vergleichen, und die Betreiber können dazu verpflichtet werden, Dienstleistungen für behinderte Menschen anzubieten. Die Verbraucher können fordern, dass ein Mindestpreisniveau festgelegt wird, sobald ihr monatlicher Verbrauch eine bestimmte Menge erreicht. Wenn ein Dienstleister unbeabsichtigt persönliche Informationen einer Person weitergibt, muss er die betroffene Person darüber angemessen informieren.

Die neuen Regeln tragen auch dazu bei, den Telekommunikationsmarkt zu regulieren und die Aufnahme neuer Dienstleistungen in den Markt zu vereinfachen. Die Abstimmung der Funkfrequenzen innerhalb der EU schafft die Gelegenheit zur Bereitstellung völlig neuer Dienstleistungen und hebt die Hindernisse, die bisher existiert haben, z. B. bezüglich Fernsehprogrammen für Mobiltelefone, auf. Die Rechte der staatlichen Regulierungsbehörden wurden verstärkt und eine neue Aufsichtsbehörde der EU wurde geschaffen, um die unabhängige Marktüberwachung zu stärken, was dem Verbraucher zweifellos nutzen wird. Vielen Dank.

4. Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen (Neufassung) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt der Bericht von Anni Podimata im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen (Neufassung) [KOM(2008)0778 – C6-0412/2008 – 2008/0222(COD)] (A6-0146/2009).

Anni Podimata, Berichterstatterin. – (EL) Frau Präsidentin, Kommissarin, meine Damen und Herren! Als erstes möchte ich den Vorschlag der Europäischen Kommission begrüßen, die Richtlinie zur Energiekennzeichnung umzugestalten mit dem Hauptziel, ihren Geltungsbereich auf Geräte, die im Haushalt, in Gewerbe und Industrie Strom verbrauchen, sowie auf energiebezogene Produkte zu erweitern. Diese Richtlinie ist Teil eines größeren Pakets von Gesetzesvorlagen, die darauf abzielen die Energieeffizienz zu fördern, die eine Frage höchster Priorität für die Union ist, weil sie eine entscheidende Rolle bei der Stärkung der Energiesicherheit, der Verringerung des Kohlendioxidausstoßes und der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft spielen kann, sodass die Union die Rezession und die Krise überwinden kann.

Ich möchte meinen Kollegen herzlich für ihre Vorschläge danken, insbesondere den Schattenberichterstattern, dem PSE-Sekretariat und dem Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, denn mit ihrer Hilfe haben wir es – denke ich – geschafft, die Richtlinie zur Energiekennzeichnung zu stärken. Aus diesem Grunde halten wir die Bestimmungen zum öffentlichen Beschaffungswesen und Anreize zur Förderung der effizientesten Geräte für besonders wichtig, und deshalb beabsichtigen wir, die Bestimmungen zur Marktkontrolle und -überwachung zu stärken.

Ich möchte nur auf zwei Themen eingehen, die zu ernststen Konfrontationen geführt haben. Das erste bezieht sich auf unseren Vorschlag, dass in Werbungen ein Hinweis auf den Stromverbrauch angegeben sein sollte. Dieser hat zu übertriebenen Reaktionen vom Europäischen Verlegerverband und von Inhabern von Radio- und Fernsehsendern geführt. Ich sage übertrieben, weil wir extreme Argumente gehört haben, wie, dass dies die Freiheit der Presse einschränkt, dass die Werbeeinnahmen in dem empfindlichen Bereich der Massenmedien zurückgehen würden und schließlich, dass die Finanzierung einer freien und unabhängigen Presse untergraben würde. Nun wollen wir uns die Tatsachen der Angelegenheit ansehen, was wir in unserem Bericht vorschlagen. Wir sind der Ansicht, dass Werbung für energiebezogene Produkte nur dann, wenn sie Hinweise auf technische Spezifikationen oder technische Daten enthält, einen Hinweis auf den Stromverbrauch oder die Stromersparnis bzw. die Kategorie der Energiekennzeichnung enthalten sollte. Wenn die Werbung keine solchen Hinweise enthält, gibt es keine Verpflichtung, auf den Stromverbrauch hinzuweisen.

Als letzten Punkt habe ich die Frage der Gestaltung des Energieetiketts aufgespart, die sich als das heißeste Thema in dieser Richtlinie herausgestellt hat. Diese Richtlinie wird ihr Ziel nicht erreichen und nicht effektiv sind, wenn das Energieetikett vom Verbraucher, für den es hauptsächlich gedacht ist, nicht leicht erkannt und verglichen werden kann, um dazu beizutragen, dass er die beste Wahl trifft. Heute gibt es ein erfolgreiches Energiekennzeichnungsmodell mit einer Skala von A bis G, wobei A für die effizientesten Produkte und G für die uneffizientesten Produkte verwendet wird. Diese Skala wird in vielen Ländern außerhalb der Europäischen Union als Standard eingesetzt. Sie ist zweifellos sehr erfolgreich und erkennbar und hat viel zum Energiesparen beigetragen. Sicherlich gibt es damit auch einige Probleme. Das größte Problem, die Hauptursache für diese Probleme, besteht darin, dass dieses Etikett keine Angabe zu seiner Gültigkeitsdauer aufweist. Wenn es keine Angabe der Gültigkeitsdauer des Etiketts gibt, dann wird ein Produkt, das in Kategorie A klassifiziert wird, über die gesamte Lebensdauer in dieser Kategorie bleiben, selbst wenn energieeffizientere Produkte auf den Markt kommen. Es ist klar, dass wir auf diese Weise widersprüchliche Botschaften aussenden. Wie können wir mit diesem Problem umgehen? Durch die Einführung einer Verpflichtung zur Kennzeichnung mit Etiketten unter Angabe einer bestimmten Gültigkeitsdauer, zum Beispiel 3 bis 5 Jahre. Sobald dieser

Zeitraum abgelaufen ist, muss die Energieeffizienzskala auf der Grundlage des in der jeweiligen Produktkategorie erzielten Fortschritts überprüft werden.

Zum Abschluss möchte ich sagen, dass ich völlig davon überzeugt bin, dass wir in den folgenden Aussprachen, und um in der zweiten Lesung zu einer Einigung zu kommen, die bestmögliche Lösung finden sollten, eine Lösung, die vom Verbraucher erkannt wird, und die Innovationen in der europäischen Industrie fördern wird.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Mit der Energiekennzeichnung haben wir 1992 begonnen, um bei Haushaltsprodukten Energieeinsparungen zu erzielen. Diese Initiative war sehr erfolgreich und hat in den letzten 15 Jahren viele Vorteile für die Bürger der EU gebracht.

1992 liegt jedoch schon einige Zeit zurück. Seitdem ist einige Zeit vergangen und die Kommission hat entschieden, einen Vorschlag zur Umgestaltung der Energiekennzeichnungsrichtlinie einzubringen, der weitere Vorteile gleichermaßen für die Bürger Europas, die Industrie und öffentliche Behörden bringen soll, und zwar erstens durch die Erweiterung ihres Geltungsbereiches auf alle energiebezogenen Produkte, zweitens durch die Stärkung der Marktüberwachung und drittens durch die Förderung energieeffizienter öffentlicher Beschaffung und durch Anreizsysteme.

Ich bin der Berichterstatterin Frau Podimata dankbar für die kurzfristige Erstellung des Berichts zu einem sehr komplexen Vorschlag, der die Möglichkeit gibt, zu einer Einigung in der zweiten Lesung zu kommen, wonach sich der Rat an der Diskussion beteiligen wird. Ich möchte auch den Schattenberichterstattern und allen Mitgliedern des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) dafür danken, dass sie diesen Vorschlag sorgfältig berücksichtigt haben.

Der Bericht wird dem ursprünglichen Vorschlag auf jeden Fall einige sehr bedeutende, von der Kommission begrüßte Verbesserungen hinzufügen. Die Berichterstatterin hat recht, wenn sie die zwei Themen hervorhebt, welche die Eckpfeiler zukünftiger Aussprachen zwischen dem Rat und dem Parlament darstellen werden. Das erste ist das Thema der Werbung und wie weit wir gehen können, um Verkaufsmethoden für energieeffiziente Produkte zu unterstützen, ohne die Rolle der bürgerlichen Freiheiten und die Freiheit der Presse zu behindern. Und das zweite Thema ist die Gestaltung des Etiketts – sollte es ein geschlossenes Etikett oder ein Etikett mit einer nach oben offenen Skala sein.

Heute Morgen auf meinem Weg ins Parlament habe ich im Aufzug einige Werbezettel gefunden, die zeigten, dass diese scheinbar einfache Frage der Kennzeichnung doch nicht so einfach ist. Wir haben auf der einen Seite die Verbraucherorganisationen und auf der anderen die Hersteller, die auch dasselbe Ziel der Bereitstellung von energieeffizienteren Produkten für die Verbraucher verfolgen.

Zur ersten Lesung gab es eine erhebliche Diskussion innerhalb des ITRE-Ausschusses. Und in der zweiten Lesung müssen wir die beste Lösung zu den von der Berichterstatterin aufgeworfenen Fragen finden. Ich kann Ihnen versichern, dass die Kommission ihr Bestes versuchen wird, die verschiedenen Ansichten in Einklang zu bringen, denn dies dient dem Verbraucher und der Gesellschaft. Die Etiketten sollten wirkungsvoll und deutlich sein und gleichzeitig sollten den Herstellern die richtigen Anreize gegeben werden, um effizientere Produkte zu entwickeln.

Vielen Dank für den Bericht. Ich bin der Berichterstatterin dankbar für die ganze Arbeit, die sie in diesen Bericht investiert hat.

Jan Březina, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Wir diskutieren den Bericht zur Energiekennzeichnung, der aus verschiedenen Gründen von höchster Bedeutung ist.

Erstens ist die Erhöhung der Energieeffizienz der schnellste und kostengünstigste Weg zur Verringerung von Treibhausgasemissionen. Zweitens kann die Energieeffizienz Teil der Lösung für die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession sein: die Lösung der Probleme mit dem Strombedarf und der Stromverwendung kann zu einem langfristigen Wachstum und sicheren Arbeitsmöglichkeiten führen.

Ich stimme der Absicht zu, sicherzustellen, dass den Endverbrauchern auf dem Etikett vollständige Informationen bereitgestellt werden, selbst, wenn das Produkt aus der Ferne, per Internet oder Telemarketing gekauft wird. Dasselbe gilt für die Absicht, die Bestimmungen zur Marktüberwachung zu verstärken, um eine ordnungsgemäße und EU-weit harmonisierte Durchsetzung der Energiekennzeichnungsrichtlinie und ihrer Durchführungsmaßnahmen sicherzustellen.

Es gibt jedoch zwei Punkte, gegen die ich mich ausdrücklich verwahren muss. Erstens möchte ich Sie warnen, dass der Änderungsantrag 32, wenn er angenommen werden würde, die Unabhängigkeit der Medien beeinträchtigen würde. Es muss betont werden, dass die Werbung der Schlüssel für freie, unabhängige, vielfältige und hochwertige Medien ist. Unsere Fraktion hat daher einen alternativen Änderungsantrag – den zur Plenarsitzung eingebrachten Änderungsantrag 2 – erstellt, der die Bedeutung der freien und vielfältigen Medien für die Demokratie respektiert. Unsere Lösung gibt den Herstellern und Händlern die Möglichkeit, Informationen zu spezifischen Stromverbrauchs- und Stromeinsparungsaspekten zu liefern.

Zweitens rufe ich dazu auf, die beiden Entschließungsanträge zu den Durchführungsmaßnahmen und damit die Maßnahmen zu Fernsehern und Kühlschränken abzulehnen. Diese Initiative, die die Branche, die Kommission und der Rat ablehnen, würde den Zusammenhang der neuen Energiekennzeichnungsvorschriften als Ganzes beeinträchtigen.

Zum Schluss möchte ich betonen, dass der Bericht zur Energiekennzeichnung eine sehr wichtige Rechtsvorschrift ist, die es wert ist, angenommen zu werden, sofern das Problem mit der Werbung zufriedenstellend gelöst wird.

Silvia-Adriana Țicău, *im Namen der PSE-Fraktion.* – (RO) Als Erstes möchte ich der Berichterstatterin, Frau Podimata, zu Ihrem Bericht gratulieren.

Ich glaube, dass die Richtlinie zur Kennzeichnung und Information der Verbraucher über den Stromverbrauch der Produkte von höchster Wichtigkeit ist. Die Europäische Union beabsichtigt, den Stromverbrauch um 20 % zu verringern. Wenn wir es schaffen, die Verbraucher richtig zu informieren, sodass ihnen aufgrund der ihnen zur Verfügung gestellten Informationen eine Wahlmöglichkeit offensteht, dann können wir tatsächlich auch den Stromverbrauch der gegenwärtig genutzten Produkte drosseln.

Was die Kennzeichnung betrifft, muss diese einfach sein; das ist sehr wichtig. Sie muss außerdem vollständig sein und natürlich den Verbrauchern die Informationen bieten, die sie benötigen, um die notwendigen Investitionen zu leisten. Aus diesem Grunde glaube ich, dass es wichtig ist, dass auf dem Etikett die Informationen über den Stromverbrauch bzw. die zu erzielenden Energieeinsparungen angegeben sind.

Außerdem denke ich, dass es wichtig ist, diese A-G-Skala zu haben, weil sie einfach ist. Ich möchte jedoch erwähnen, dass ich davon überzeugt bin, dass es wichtig ist, dass die Gültigkeitsdauer angegeben wird, damit der Verbraucher selbst aus der Zeit, wann bestimmte Produkte beworben werden, Informationen entnehmen kann. Ich glaube nicht, dass die Verpflichtung zur Angabe von Informationen über den Stromverbrauch in irgendeiner Weise die Meinungsfreiheit und die Bestimmungen zu den Massenmedien beeinträchtigt. Ich denke, dass es in unserem Interesse liegt, gut informierte Verbraucher zu haben, die sachkundige Entscheidungen treffen können, um den Stromverbrauch zu verringern.

Ich möchte der Berichterstatterin gratulieren. Das ist ein sehr wichtiges Dokument, das Teil eines Energieeffizienzpakets ist. Ich werde weiter dazu beitragen, dass wir eine interessante Aussprache haben, selbst in einer zweiten Lesung.

Satu Hassi, *Im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (FI) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mein aufrichtiger Dank geht an Frau Podimata für ihre ganz hervorragende Arbeit, die ich völlig unterstütze. Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie unterstützt eine klare, verbraucherfreundliche Energiekennzeichnung, die ich ebenso wie der Ausschuss gern erhalten würde.

Es ist wichtig, dass der Verbraucher immer darauf vertrauen kann, dass Geräte aus der Kategorie A immer die beste, auf dem Markt erhältliche Technik, das heißt die energieeffizienteste Technik, darstellen. Das EU-Energieetikett ist ein Erfolg. Es hat den Markt von energieverschwendenden Geräten befreit und dieses Modell ist in Ländern wie Brasilien, China, Argentinien, dem Iran, Israel und Südafrika übernommen worden. Es ist sehr bedauerlich, dass die Gerätehersteller jetzt dieses erfolgreiche und klare System der Kennzeichnung zu einer unklaren Kategorie machen wollen, und dass die Kommission dazu neigt, dies zu unterstützen.

Das neue von den Herstellern befürwortete Modell entspräche dem, was geschehen würde, wenn man einen Sportrekord von vor Jahrzehnten als den Weltrekord bezeichnen würde, und wenn dieser geschlagen wird, den neuen Wert als den Weltrekord minus 5 %, den Weltrekord minus 10 %, den Weltrekord minus 20 % und so weiter bezeichnen würde. Es wäre sinnlos, und dasselbe System der Klarstellung, das wir verwenden, wenn wir von Weltrekorden sprechen, sollte ebenso für die Energiekennzeichnung gelten.

Herbert Reul (PPE-DE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Erstens, es ist ein richtiges und wichtiges Projekt, Energieeffizienz zu realisieren, mehr Energie zu sparen. Es ist richtig, dass wir da auf

Methoden setzen, die wir in anderen Bereichen bedauerlicherweise nicht einsetzen, nämlich durch Etikettierung dem Verbraucher zu helfen, sich für energieeffizientere Produkte zu entscheiden, und gleichzeitig den Wettbewerb um effizientere Geräte anzukurbeln. Das ist eine kluge, eine richtige Entscheidung!

Das bisherige Verfahren war auch vernünftig, es hat auch gut funktioniert. Insofern bin ich der Auffassung, dass dieses System der Etikettierung mit den Klassen A - G, das über 15 Jahre gut funktioniert hat und das vor einigen Jahren durch die Kategorisierung mit A+ und A++ erweitert wurde, jetzt logischerweise auch erweitert und abgeändert werden muss, weil wir neue Herausforderungen haben.

Aber wir sollten die Dinge schon sorgfältig prüfen, und ich möchte auch die Bedenken, die die Kommission vorträgt, gerne ernst nehmen. Wenn wir das machen, was die Mehrheit hier im Parlament im Ausschuss vorgeschlagen hat, nämlich einfach bei A - G bleiben, befürchte ich, dass alte Geräte dann noch mit A kategorisiert sind, während neue energieeffizientere Geräte schon in B eingestuft werden. Wir werden also entweder eine Übergangszeit für die Umetikettierung haben – das wird zu Verwirrung führen – oder wir werden eine ständige Veränderung, eine ständige neue Etikettierung haben.

Deshalb ist der Vorschlag, mit Minus zu arbeiten, viel einfacher und verständlicher. Wir brauchen doch ein Verfahren, das für die Verbraucher verständlich ist, das angenommen wird, das dazu führt, dass die Verbraucher das, was bisher angenommen wurde, auch in Zukunft unterstützen. Wir brauchen ein System, das auch bei den Herstellern dazu beiträgt, dass in Ökodesign investiert wird. Deshalb bin ich der Auffassung, dass der Vorschlag der Kommission der klügere, der vernünftiger ist!

Zweite Anmerkung, die meines Erachtens auch wichtig ist, in einem halben Satz: Ich glaube, dass alles das, was hier vorgeschlagen wird, um Medienwerbung durch Zwangsinformation zu belasten, falsch ist. Das ist nicht akzeptabel! Ich finde, wir müssen das nicht machen. Es hat keinen Sinn! Es ist auch überhaupt nicht notwendig! Wir können darauf verzichten, die Hinweise auf dem Etikett reichen.

Claude Turmes (Verts/ALE). - Frau Präsidentin! Lieber Kommissar, ich finde, Sie fühlen sich heute nicht gut in Ihrer Haut, und ich denke, ich weiß auch warum. Weil nämlich die Kommission hier einen Standpunkt vertritt, der eher ein Industrielobbystandpunkt ist als ein Standpunkt, der den Konsumentenschutz und den Umweltschutz in Europa vereinfacht.

Ich habe die *labelling*-Gesetzgebungen über die letzten fünfzehn Jahre verfolgt. Was steht in der *labelling*-Richtlinie von Anfang der 90er Jahre? Dass A bis G regelmäßig auf den neuesten Stand gebracht werden, damit in der A-Kategorie immer nur die Besten sind. Was hat die Industrie gemacht? Sie hat Ende der 90er Jahre das *updating* verhindert. Anfang 2000 waren dann mehr als 50 % aller Geräte in der Kategorie A. Dann sind sie mit dem Trick von A+ und A++ gekommen. Und jetzt kommen sie mit dem Trick von A-20, A-40, A-60.

Herr Reul steht immer auf der Seite der Industrielobby. Deshalb wundert es mich nicht, dass er das auch verteidigt. Aber Herr Kommissar, bitte! A bis G ist einfach zu verstehen. Was hier abläuft, ist fünfzehn Jahre unverschämtes Lobbying von verschiedenen Industriekreisen, um das europäische Kennzeichnungssystem auszuhöhlen. Und morgen müssen wir als Parlament diesem Spuk ein Ende setzen!

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL). - (CS) Frau Präsidentin! Ich habe hier mehrmals zu Energiefragen gesprochen und dies ist vielleicht meine letzte Bemerkung in dieser Wahlperiode. Ich denke, es ist angemessen, wenn ich jetzt Kommissar Piebalgs meinen Dank ausspreche, der eine sehr schwere Aufgabe hatte. Denn die Schaffung eines europäischen Energiemarktes aus den 27 verschiedenen Märkten der einzelnen Mitgliedstaaten ist eine bemerkenswerte Leistung. Es ist eine Sisyphusarbeit, die nicht mit dieser Wahlperiode enden wird, und es werden sicherlich noch viele Aufgaben für unsere Nachfolger übrig bleiben. Ich möchte sagen, dass er für uns im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie einer der beliebtesten Kommissare war: einer der Kommissare, von denen wir viel gelernt und dessen Begeisterung wir bewundert haben. Ich hoffe, wir haben den Kommissar nicht zu sehr gefordert, denn ich denke, wir werden ihn sicherlich in den nächsten Wahlperioden wieder treffen, und Herr Piebalgs hat wirklich sehr hart daran gearbeitet, dass wir überhaupt von einem europäischen Energiemarkt sprechen können. Ich unterstütze die Energiekennzeichnung. Es ist ein notwendiger Standard, und ich denke, wir sollten auf Vorwürfe, wer zu bestimmten Branchenlobbyverbänden gehört oder nicht gehört, verzichten. Ebenso denke ich, dass es bedauerlich ist, wenn dieses Parlament in den letzten Monaten zu einem Ort für Panikmacherei geworden ist. Wir brauchen Entscheidungen, die auf Tatsachen basieren.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Es ist schwierig. Ich danke Herrn Ransdorf für seine sehr freundlichen Worte. Aber ich denke, dass es falsch ist, jemanden zu beschuldigen – die Industrie,

ob mit Lobby oder ohne –, denn die Industrie liefert Arbeitsplätze und schafft Wachstum. Die Industrie bemüht sich auch darum, energieeffizientere Geräte zu produzieren und auf den Markt zu bringen. Außerdem kennen die Verbraucher das System „A bis G“ sehr gut. Es ist extrem wichtig, die Erfahrungen mit dem System „A bis G“ zusammenzufassen und die Industrie darin einzubeziehen, nicht unter Zwang, sondern indem sie wirklich daran beteiligt wird. Das ist es, was die Kommission versucht.

In dieser Diskussion gibt es zwei Elemente, die vielleicht etwas verwirrend sind. Das eine ist die Rahmenrichtlinie, und in dem Bericht von Frau Podimata geht es genau darum. Ich weiß, dass in der zweiten Lesung viel Arbeit zwischen dem Rat, dem Parlament und der Kommission anstehen wird, um das richtige Gleichgewicht zwischen diesen beiden Elementen zu finden: die Kampagne der Industrie und die positiven Erfahrungen, die wir mit dieser Energiekennzeichnung gemacht haben.

Bei dem zweiten geht es um die Maßnahmen zur umweltgerechten Gestaltung von Kühlschränken und Fernsehgeräten. Es ist keine perfekte Lösung, aber wenigstens ist es eine Lösung, die diese beiden Produkte dem Kennzeichnungssystem unterwirft, denn heutzutage haben wir keine Kennzeichnung auf Fernsehgeräten, während die Situation bei Kühlschränken sehr verwirrend ist: jeder Kühlschrank gehört zu einer Kategorie. Wir haben daher diese Maßnahme als vorübergehende Maßnahme vorgeschlagen und angenommen, bis wir Rahmenrichtlinien haben, die klare Regeln festlegen. Der Grund dafür ist nicht, dass wir von der Industrie dazu gezwungen wurden, aber es war die beste Möglichkeit, beide Ansätze zu festigen.

Wir suchen nicht nach Feinden: wir versuchen die positiven Erfahrungen zu festigen, aber ebenso die Industrie einzubringen. Die Industrie kämpft nicht dagegen, aber ich denke, sie sollte wichtige Anliegen der Verbraucher gelegentlich akzeptieren und deren Vorteile wirklich erkennen.

Zu diesem Zeitpunkt liefert der Bericht keine vollständige Lösung. Es gibt verschiedene Meinungen, aber wir sind auf dem Weg und wie immer werden die schwierigsten Rechtsvorschriften durch Kompromisse und Zustimmung angenommen. Wir müssen weiterarbeiten, aber nicht um jemanden abzustempeln, der gegen Energieeffizienz kämpft, denn die Kennzeichnung ist die einfachste Methode, um unsere Ziele für die Energieeffizienz zu erreichen. Die Menschen treffen sachkundige Entscheidungen über ihre Geräte in einer Art und Weise, die den allgemeinen Interessen der Gesellschaft entspricht. Das ist der beste Weg, und wir sollten ihn unterstützen.

Es würde mir leid tun, wenn ich mit traurigen Worten abschließen würde, indem ich sagte, dass wir am Rande einer Katastrophe stünden: nein, wir arbeiten zusammen. Wir alle wollen dasselbe Ziel erreichen, aber in dieser Phase haben wir noch nicht den passenden Kompromiss gefunden, der das gesamte Potenzial erfasst, um dieses Problem zu lösen.

Vielen Dank für diese Diskussion. Ich weiß, dass es unterschiedliche Meinungen gibt, aber die Kommission bemüht sich darum, weiter daran zu arbeiten, in der zweiten Lesung zu einer schnellen Lösung zu finden.

Anni Podimata, Berichterstatterin. – (EL) Frau Präsidentin! Als Erstes möchte ich allen meinen Kollegen für ihre Reden sowie dem Kommissar für seine Empfehlung und seine Rede jetzt am Ende der Aussprache danken.

Ich möchte zwei kurze Bemerkungen anfügen. Als Erstes zu der brennenden Frage der Energiekennzeichnung. Ich möchte darauf hinweisen, dass es mit der „A bis G“-Skala, die wir alle für sehr erfolgreich und wiedererkennbar halten und die einen großen Beitrag zur Energieeinsparung geleistet hat, offensichtlich Probleme gibt, Herr Reul, die ich in meinen einführenden Bemerkungen erwähnt habe; mit anderen Worten: diese Skala muss aktualisiert werden. Das Grundproblem mit dem bestehenden Energieetikett ist, dass es keine Gültigkeitsdauer hat, was zu der von Ihnen beschriebenen Situation führt, nämlich, dass wir Energieprodukte mit demselben Etikett, aber unterschiedlichen Energieeffizienzniveaus auf dem Markt haben. Das entscheidende Problem für uns ist die Einführung einer spezifischen Gültigkeitsdauer für die Energiekennzeichnung von A bis G sowie die Aktualisierung der Energieeffizienzgrenzwerte alle 3 bis 5 Jahre auf der Grundlage der fortschreitenden technischen Entwicklung.

Und schließlich gehe ich davon aus, dass die Schlussfolgerung, die wir ziehen müssen, einfach ist. Wir haben – und das erkennen wir alle an – ein geprüftes und erfolgreiches System zur Energiekennzeichnung, das auch in anderen Ländern außerhalb der Europäischen Union zum Standard geworden ist. Wenn man ein erfolgreiches System hat, das sich mit den Jahren überholt hat, schafft man es nicht ab, sondern aktualisiert es. Wenn man es abschafft und nicht durch ein neues System ersetzt, riskiert man den Mehrwert, den man in den Vorjahren durch die Entscheidung für die Energiekennzeichnung geschaffen hat, zu verlieren. In all

den Jahren war die Botschaft Europas an die Verbraucher: Wählen Sie die Energiekennzeichnung A. Wir dürfen diese Botschaft nicht schwächen.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute Mittag statt.

(Die Sitzung wird von 11.35 Uhr bis zur Abstimmungsstunde um 12.00 Uhr unterbrochen.)

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

5. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll)

5.1. Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch (A6-0223/2009, Ilda Figueiredo)

– Vor der Abstimmung:

Ilda Figueiredo, Berichterstatterin. – (PT) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz erklären, dass dieser Bericht die einstimmig vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung angenommenen Änderungsanträge die Entschließung betreffend, die in diesem Plenum am 19. Juni 2008 angenommen wurde, umfasst, womit der Vorschlag der Kommission zur Genehmigung der Vermarktung von Geflügelfleisch zum menschlichen Verzehr selbst nach einer antimikrobiellen Behandlung abgelehnt wurde.

Daher möchte ich all denen danken, die mit mir an diesem Bericht gearbeitet haben, einschließlich der Mitglieder und dem Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Wir hoffen, dass die Europäische Kommission und der Rat diesen Bericht und die Stellungnahme des Europäischen Parlaments zur Verteidigung der öffentlichen Gesundheit, der Lebensmittelsicherheit und der Hersteller von Geflügelfleisch in der Europäischen Union berücksichtigen werden.

5.2. Antrag auf Schutz der Immunität und der Vorrechte von Aldo Patriciello (A6-0286/2009, Aloyzas Sakalas)

5.3. Antrag auf Schutz der Immunität und der Vorrechte von Umberto Bossi (A6-0269/2009, Klaus-Heiner Lehne)

5.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (A6-0266/2009, Reimer Böge)

5.5. Sonderbericht des Europäischen Bürgerbeauftragten im Anschluss an seinen Empfehlungsentwurf an die Europäische Kommission in der Beschwerdesache 185/2005/ELB (A6-0201/2009, Miguel Angel Martínez Martínez)

5.6. Benzindampf-Rückgewinnung beim Betanken von Kraftfahrzeugen an Tankstellen (A6-0208/2009, Dimitrios Papadimoulis)

– Vor der Abstimmung:

Dimitrios Papadimoulis, Berichterstatter. – (EL) Herr Präsident! Gestatten Sie mir, da die Aussprache nicht aufgrund von technischen Gründen abgehalten wurde, einige Worte, bevor die Abstimmung beginnt. Ich

glaube, dass wir nach den intensiven Verhandlungen mit dem Rat und der Kommission einen guten Kompromiss in der ersten Lesung erzielt haben. Mit dem Beitrag des Europäischen Parlaments haben wir die Anwendung der Richtlinie um ein Jahr beschleunigt, den Anwendungsbereich auf Kundendienststellen in Wohngebieten erweitert und die Informations- und Kontrollmechanismen für Kundendienststellen und Informationsmechanismen für die Bürger verstärkt.

Das ist eine Veränderung, deren Anwendung die Qualität der Atmosphäre verbessern und die Treibhausgase, die den Klimawandel verursachen, deutlich begrenzen wird. Die Kommission hat sich auf unseren Vorschlag hin verpflichtet, nach einer bestimmten Zeit einen neu gestalteten Vorschlag einzureichen, damit wir über eine bessere Technik verfügen und so in der Zukunft noch bessere Ergebnisse erzielen können.

Der endgültige Kompromiss wird von allen politischen Fraktionen unterstützt, und ich denke, dass dies ein Zeichen dafür ist, dass wir gute Arbeit geleistet haben.

5.7. Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission (Neufassung) (A6-0077/2009, Michael Cashman)

– Vor der Abstimmung:

Michael Cashman, Berichterstatter. – Herr Präsident! Das Haus hat mir den Auftrag gegeben, mit anderen Institutionen Verhandlungen zu diesem wichtigen Dossier abzuhalten. Leider muss ich berichten, dass die Verhandlungen nicht erfolgreich waren und ich dem Haus daher heute empfehle, dass wir nicht abstimmen und dass wir die Entscheidung zu diesem wichtigen Dossier an das nächste Parlament verweisen. Dabei erwarte ich, dass die Kommission im Herbst dieses Jahres einen neuen Vorschlag erstellt.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident! Die Kommission nimmt die Entscheidung des Parlaments, die Stimmabgabe zu der legislativen Entschließung, die dem Bericht von Herrn Cashman beigelegt ist, bis in die nächste Wahlperiode zu verschieben, zur Kenntnis. Obwohl die Kommission die Entscheidung des Parlaments vollständig akzeptiert, ist sie nicht davon überzeugt, dass die Stimmabgabe, mit der die erste Lesung des Parlaments abgeschlossen würde, dem nächsten Parlament die Hände binden würde. Daher wird die Kommission ihren Vorschlag erst neu überdenken, nachdem die beiden für die Rechtsetzung zuständigen Organe ihre Standpunkte festgelegt haben. Aber sie beabsichtigt, in der Zwischenzeit einen konstruktiven Dialog mit beiden Organen zu führen und bestätigt ihre Bereitschaft, nach einem Kompromiss mit dem Parlament und dem Rat zu suchen.

Michael Cashman, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich denke, dies zeigt, warum es äußerst wichtig ist, dass das nächste Parlament jedes einzelne Vorrecht ausübt, das es hat. Ein Dialog bedeutet, dass jedes Organ zuhören muss. Bisher hat keines der Organe auf das Parlament gehört. Aus diesem Grund sollten wir die Stimmabgabe vornehmen und dem nächsten Parlament alle Befugnisse geben.

(Beifall)

(Das Parlament stimmt dem Antrag zu.)

(Der Gegenstand wird daher an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen)

Der Präsident. – Ich weiß nicht, ob man dann den Kollegen Cashman auch beglückwünschen muss. Ja? Dann beglückwünschen wir ihn.

5.8. Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben (A6-0120/2009, Marie Panayotopoulos-Cassiotou)

– Vor der Abstimmung:

Stephen Hughes (PSE). – Herr Präsident! Um den Ablauf der Stimmabgabe nach dem Beginn nicht zu unterbrechen, möchte ich das Haus darüber informieren, dass die Sozialdemokratische Fraktion den dritten Teil des Änderungsantrags 62 zurückzieht. Das ist der Teil, der die Punkte b und c von Artikel 2 Absatz 1 betrifft.

(Der Vorschlag der Kommission wird abgelehnt.)

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (IT) Herr Präsident, geehrte Mitglieder! Die Kommission nimmt die heute vom Europäischen Parlament erklärten Standpunkte zur Kenntnis und in Anbetracht der vor diesem Haus ausgesprochenen Zusicherungen wird die Kommission die angemessensten Schlussfolgerungen aus der heutigen negativen Stimmabgabe ziehen, wobei sie auch den Standpunkt des Rates in Betracht ziehen wird.

Die Kommission wird über den besten Weg nachdenken, das erforderliche Ergebnis zu erzielen, das heißt den sozialen Schutz der Arbeiter zu garantieren und gleichzeitig eine Erhöhung des Verwaltungsaufwands im Straßentransportsektor zu vermeiden.

(Der Gegenstand wird daher gemäß Artikel 52 Absatz 3 GO erneut an den zuständigen Ausschuss zurücküberwiesen.)

5.9. Handel mit Robbenerzeugnissen (A6-0118/2009, Diana Wallis)

– *Vor der Abstimmung:*

Hartmut Nassauer (PPE-DE). – Herr Präsident! Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich in die Abstimmungsliste der PPE-DE-Fraktion ein Fehler eingeschlichen hat. In der Schlussabstimmung sowohl zu dem geänderten Vorschlag als auch zur legislativen Entschließung muss es heißen: „free votes“. Ich bitte – auch die Fraktion –, das zu bedenken.

Hans-Peter Martin (NI). – Herr Präsident! Ich möchte Sie fragen, nach welchem Artikel der Geschäftsordnung die Fraktionen hier ihre *voting lists* mit Ihrer Zustimmung noch korrigieren können. Das ist ein Missbrauch der parlamentarischen Unabhängigkeit des einzelnen Abgeordneten!

5.10. Schutz der für wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere (A6-0240/2009, Neil Parish)

– *Vor der Abstimmung:*

Neil Parish, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Ich möchte allen Schattenberichterstatlern danken, die bereit waren, mit mir an diesem unglaublich fachlichen und schwierigen Dossier zu arbeiten. Durch die Zusammenarbeit waren wir in der Lage, einen, meiner Ansicht nach, guten Kompromiss auszuarbeiten.

Tierversuche sind ein sehr umstrittenes und emotionales Thema, das mit einem moralischen Dilemma einhergeht. Wir haben unser Bestes getan, um einen Standpunkt zu erarbeiten, der das Wohlergehen der für die Versuche genutzten Tiere verbessert und gleichzeitig sicherstellt, dass weiterhin zuverlässige medizinische Spitzenforschung in Europa betrieben werden kann. Wir haben uns in vielen Bereichen auf den Vorschlag der Kommission gestützt und vor Allem haben wir die Einstufung in Schweregrade klarer gestaltet. Wir haben im Landwirtschaftsausschuss einen guten Kompromiss erzielt, der in dieser Phase nicht auseinandergenommen werden sollte.

Wir alle wollen zusammenarbeiten, um Tierversuche zu verbessern, zu verringern und zu ersetzen. Wir müssen jedoch daran denken, dass viele Impfstoffe und Heilmittel unter der Nutzung von Tieren, insbesondere Primaten, entwickelt wurden – zum Beispiel die Impfstoffe gegen Polio, Diphtherie, Hepatitis B sowie die tiefe Hirnstimulation gegen die Parkinson-Krankheit. All dies sind Beispiele für den Nutzen der Tierforschung. Um die Sorge zu beruhigen, die viele Mitglieder hinsichtlich der Nutzung embryonaler Stammzellen haben, wird der Änderungsantrag 170, wenn er unterstützt wird, sicherstellen, dass ethische Entscheidungen in dieser Frage von den Mitgliedstaaten selbst und nicht von der Kommission getroffen werden.

Wir haben hier eine sehr gute Möglichkeit, die Gesetzgebung zu Tierschutz und -forschung zu verbessern. Wir sollten unsere Parteiunterschiede beiseite legen und diesen Bericht unterstützen. Die Industrie, medizinische Forschungsinstitute und Tierschutzorganisationen sind davon überzeugt, dass dies ein Schritt nach vorne ist und wir die derzeitige Gesetzgebung aktualisieren und verbessern werden. Wenn wir uns nicht im Parlament darum kümmern, kann es sein, dass diese Gesetzgebung weitere zwei oder mehr Jahre zurückgestellt wird, was ein Schritt zurück wäre. Ich bitte die Mitglieder des Hauses dringend, diesen Bericht zu unterstützen.

Und schließlich, da dies vermutlich das letzte Mal ist, das ich im Plenarsaal spreche, weil ich abtrete, um in die nationale Politik zu gehen, darf ich Ihnen für die Höflichkeit danken, die Sie mir haben zukommen lassen. Ich möchte auch den Mitgliedern des Hauses danken, die mir auch mit großer Höflichkeit begegnet sind.

(Beifall)

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Neil Parish. Wir wünschen Ihnen für die Zeit, in der Sie Ihrem nationalen Parlament angehören, die gleiche Freude bei der Arbeit wie hier im Europäischen Parlament!

5.11. Meeresverschmutzung durch Schiffe und Sanktionen für Verstöße (A6-0080/2009, Luis de Grandes Pascual)

5.12. Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energieverbrauchsrelevante Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen (Neufassung) (A6-0146/2009, Anni Podimata)

5.13. EP-Haushaltsvoranschlag 2010 (A6-0275/2009, Vladimír Maňka)

– Vor der Abstimmung über den Entschließungsantrag:

Der Präsident. – Dann sage ich jetzt das, was ich eben sagen wollte: Dies ist die letzte Abstimmung unter meinem Vorsitz. Es liegt mir daran, Paul Dunstan zu meiner Linken ein besonders herzliches Wort des Dankes zu sagen, der das über die Jahre hervorragend gemacht hat!

(Lebhafter Applaus)

Paul, ich möchte Ihnen sagen, wir haben zusammen wenige Fehler gemacht, mal habe ich sie gemacht, mal Sie. Aber wir waren ein unschlagbares Team. Ich danke Ihnen von Herzen dafür!

VORSITZ HERR MAURO

Vizepräsident

6. Stimmerklärungen

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

- Bericht Miguel Angel Martínez Martínez (A6-0201/2009)

David Sumberg (PPE-DE). – Herr Präsident, ich bin dankbar dafür, dass Sie mich aufrufen. Ich habe diesen Bericht unterstützt, aber, da ich das Parlament bei den nächsten Wahlen verlassen werde, ist dies die letzte Gelegenheit, um die sehr eindringliche Botschaft zu unterstreichen, die der Präsident der tschechischen Republik, der amtierende Präsident, kürzlich diesem Parlament mitgeteilt hat: "Wir streben nun nach einem neuen Mandat des Volkes." Die Wahrheit ist jedoch, dass das Volk in dieser Kammer eigentlich gar nicht vertreten ist. Wie der Präsident des Rates sagte, gibt es hier zum europäischen Projekt keine Opposition.

Das Volk - die Männer und Frauen in unseren Wahlkreisen, insbesondere in Großbritannien - will keine europäische Verfassung, es will nicht, dass ihm ein Abkommen aufgezwungen wird. Was es will, ist das Recht zu wählen und ich hoffe, dass es früher oder später diese Chance erhalten wird.

- Bericht Dimitrios Papadimoulis (A6-0208/2009)

Richard Corbett (PSE). – Herr Präsident, ich begrüße die Annahme dieses Berichts. Meine Fraktion und ich haben dafür gestimmt. Dies ist ein sehr wichtiges Signal des Parlaments. Wir müssen nun aber weitere Schritte unternehmen.

- Bericht Marie Panayotopoulos-Cassiotou (A6-0120/2009)

Ewa Tomaszewska (UEN). – (PL) Herr Präsident, das unsoziale Verhalten der Arbeitgeber zwingt die Arbeitnehmer selbstständig zu werden, wozu auch Arbeitnehmer gehören, die als Fahrer arbeiten, und Menschen, die Transportdienstleistungen anbieten. Die Arbeitgeber wollen bei den Sozialversicherungskosten sparen und größere Flexibilität erlangen, aber dies hat zu einer Situation geführt, in der wir unter dem Druck dieses unsozialen Verhaltens wählen müssen.

Darum war es notwendig, diesen Bericht abzulehnen, weil das Ausmaß dieses unsozialen Verhaltens so groß ist. Es bedroht nicht nur die Arbeitshygiene berufliche Existenz der Arbeitnehmer, sondern vor allem die Sicherheit im Straßenverkehr und kann praktisch jeden von uns betreffen sowie die Situation eines jeden, der auf der Straße ist, sei es im Auto oder als Fußgänger. Dies ist ein sehr klarer Grund, weswegen wir uns sehr ernsthaft mit diesem Problem befassen und darauf zurückkommen sollten, weil die vorgeschlagene Lösung uns keinen Weg aus dieser Situation heraus bietet.

- Bericht Diana Wallis (A6-0118/2009)

Michl Ebner (PPE-DE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich wollte sagen, dass wir für den Bericht gestimmt haben, obwohl unsere beiden Änderungsanträge nicht angenommen wurden.

Ich glaube, dass es eine gute Idee gewesen wäre, dafür zu sorgen und dabei zu helfen, dass die Inuit Frieden und Ruhe erhalten, was ihre Lebensart, ihren Lebensstil und ihre Art zu jagen betrifft, und auch um eine größere Beachtung für das LEADER-Programm der Europäischen Union für skandinavische Länder hinsichtlich der Robbenjagd zu erlangen. Ich wollte auch die Gelegenheit nutzen, um zu sagen, dass das, was in Kanada vor sich geht und mit den Inuit nichts zu tun hat, nicht das ist, was wir unter einer Jagd verstehen, sondern ein Abschachten von Tieren, keine Jagd im eigentlichen Sinn des Wortes. Ich glaube daher, dass diese beiden Dinge getrennt behandelt werden müssen, ganz gleich, welche Meinung man hinterher vertritt. Ich glaube auch, dass es besser gewesen wäre, dieses Thema zu einem Zeitpunkt nach den Wahlen zu behandeln und nicht in der Zeit vor den Wahlen wie jetzt.

Zuzana Roithová (PPE-DE). – (CS) Herr Präsident, auch ich begrüße die Tatsache, dass das Europäische Parlament mit seinem Importverbot von Robbenprodukten in die Europäische Union, dem Beispiel der Vereinigten Staaten und Russlands gefolgt ist. Ich bin sicher, dass wir ein klares Signal senden, dass die kanadische Regierung ihre Methoden bei der Überwachung der Einhaltung der Gesetze ändern muss, wenn es um humane Methoden bei der Robbenjagd geht. Ich bin jedoch sicher, dass unser Vorschlag es den traditionellen Völkern, sowohl in Europa als auch außerhalb der EU, ermöglicht, die Robbenjagd mit ihren traditionellen Methoden fortzusetzen. Mein Dank gilt allen, insbesondere der tschechischen Präsidentschaft, die es dem Parlament und dem Rat ermöglicht haben, am 24. April einen Kompromiss zu erreichen, den wir heute annehmen konnten.

Richard Corbett (PSE). – Herr Präsident, ich freue mich sehr, dass dieser Bericht mit einer so überwältigenden Mehrheit angenommen worden ist und wir nun einem EU-Importverbot für Robbenprodukte entgegengehen können.

Ich muss sagen, dass es mich traurig gestimmt hat, dass unsere Berichterstatterin, die Liberale Demokratin Diana Wallis, nicht gänzlich für diese Vorgehensweise war. Als Berichterstatterin hätte sie die Ansichten des Ausschusses vertreten sollen, in dem es eine sehr klare Mehrheit gab, und sie hätte nicht versuchen sollen, auf verschiedene Weise das zu blockieren, was ganz klar der Wille einer Mehrheit in diesem Haus war. Dennoch freue ich mich, dass das Parlament eine so klare Entschlossenheit mit einer so klaren Mehrheit gezeigt hat, um die Frage in der Weise zu klären, die wir nun beschlossen haben.

Daniel Hannan (NI). – Herr Präsident, dieser Bericht stellte mich vor ein Dilemma. Es erscheint nicht unbedingt sinnvoll, Robben eine Sonderbehandlung zukommen zu lassen. Sie sind keine bedrohte Art - das sagt sogar der WWF. Für Wespen oder Kellerasseln oder den Vielfraß oder Würmern gibt es nicht so lautstarke Proteste wie gegen die Robbenjagd.

Andererseits ist die Demokratie auch nicht unbedingt rational. Die Menschen sind keine Rechenmaschinen. Es mag sein, wie es Evolutionsbiologen behaupten würden, dass es das dem Kindchenschema entsprechende Aussehen der Babyrobbe ist - ihre großen Augen und so weiter -, das uns auf einer tiefen genetischen Ebene ein Gefühl der Empathie ihnen gegenüber verleiht. Ich weiß es nicht. Der Punkt ist, dass Sie eine gefährliche Tür öffnen, wenn Sie sagen, dass die Wähler sich irren, nur weil ihre Ablehnung der Robbenjagd eher ästhetischer und nicht rationaler oder ethischer Natur ist. Wenn Sie diesen Weg einschlagen, ist es nur ein kurzer Schritt, um zu sagen, dass sie irren, wenn sie gegen die europäische Verfassung oder den Vertrag von Lissabon oder was auch immer sind.

Nach gründlichem Nachdenken bin ich zu folgender Ansicht über diesen Bericht gelangt: Da es sich offensichtlich um ein so sensibles und wichtiges Thema für einige unserer Wähler handelt, sollte es überhaupt nicht auf EU-Ebene, sondern eher durch nationale, demokratische Mechanismen und Verfahren eines jeden Mitgliedsstaats ordnungsgemäß entschieden werden.

Neena Gill (PSE). - Herr Präsident, ich bin mit Stolz erfüllt, dass dieses Haus mit einer überwältigenden Mehrheit für diesen Bericht gestimmt hat. Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da es mich freut, dass wir zum Handel mit Robbenprodukten in der EU eine eindeutige Stellungnahme ohne Schlupflöcher abgeben.

Viele Menschen in meinem Wahlkreis haben uns kontaktiert - und Millionen waren daran beteiligt -, um zum Ausdruck zu bringen, dass es sich dabei um das ekelhafteste und am grausamsten durchgeführte Morden allerliebster Tiere handelt. Ich weiß, dass manche vielleicht sagen werden, dass das nur daran liegt, dass sie so hübsch sind, aber wenn man sich die Videos der verwendeten Methoden anschaut, wird einem klar, dass insbesondere das kommerzielle Schlachten von Robben unnötig ist, da viele Alternativen verfügbar sind.

Es freut mich sehr, dass wir in großer Zahl für die Beendigung dieses grausamen Handels gestimmt haben.

Peter Skinner (PSE). - Herr Präsident, dieses Verbot ist ein großer Fortschritt und stellt einen echten Sieg dar, ganz besonders für die Aktivisten in Südostengland - wie Sie sich vorstellen können - und in der ganzen Europäischen Union, die uns in diesem Haus geschrieben haben und das Ende dieses grausamen Handels gefordert haben.

Die Tatsache, dass ein Ausschussvorsitzender von Labour diese Kampagne geleitet hat, ist, angesichts des intensiven Lobbyismus der Verursacher dieses grausamen und obszönen Handels, entscheidend für den Erfolg dieser Kampagne. Es handelte sich dabei nicht um das verwässerte Original - wie mein Kollege Richard Corbett hervorgehoben hat -, aber, nachdem Arlene McCarthy kritische Änderungsanträge vorgeschlagen hatte, wurde im Ausschuss und nun im Parlament für das Verbot gestimmt.

Ich fand es gerade interessant zu hören, dass Herr Hannan von der konservativen Partei vorschlägt, diese Thematik auf nationaler und demokratischer Ebene zu regeln. Wenn wir diesen speziellen Weg einschlagen würden, würden nur acht Länder dieses spezielle Verbot unterzeichnen, im Gegensatz zu den 27 bei einer Abstimmung durch das Europäische Parlament. Es zeigt, dass Handel und der Tierschutz miteinander vereinbar sind, und das sollte uns freuen.

Cristiana Muscardini (UEN). - (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, (...) der Wallis-Bericht bedeutet für den allgemeinen Schutz der Tierrechte einen Schritt nach vorne, da er den Import von Robbenprodukten in die Union massiv einschränkt.

Die Union hat in diesem Zusammenhang eine zivilisierte Wahl getroffen und wir hoffen, dass weitere Länder folgen werden, auch wenn es uns lieber gewesen wäre, wenn der Text der Kommission der gewesen wäre, der dem Binnenmarkt vorgelegt wurde, der ganz klar mögliche Ausnahmen beim Verkauf solcher Produkte auf Fälle beschränkt, die vom Subsistenzbedarf der Inuit abhängen. Wenn sie nicht vernünftig von den Zollbehörden kontrolliert werden, könnten Ausnahmen gefährliche Schlupflöcher öffnen, durch die es möglich wird, die Maßnahmen zu umgehen, die nach harten Auseinandersetzungen die Sinnlosigkeit und Grausamkeit gewisser Praktiken der Menschen bestraft, die unser Gewissen nicht länger belasten sollten.

Ich hoffe, dass der heutige Schritt nach vorne kein Einzelfall bleibt, dass mehr Anstrengungen unternommen werden, um Möglichkeiten neu zu überdenken und unsere Länder davon abzuhalten, Produkte zu importieren, die von Tieren stammen, die unglaublich qualvoll getötet wurden. Bei diesem Thema möchte ich Sie auch an die Schändlichkeit der anhaltenden Unterstützung der Praxis in Europa erinnern, an die Schlachtung von Tieren, ohne sie zu betäuben und sie dann verbluten zu lassen.

- Bericht Neil Parish (A6-0240/2009)

Hiltrud Breyer, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. - Herr Präsident! So erfolgreich die Abstimmung über die Robbenjagd war - was mich auch mit Freude erfüllt -, so wenig erfreulich ist die Abstimmung zum Bericht Parish. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten auch hier eine klare Tierschutzposition eingenommen, eine progressive Position, die nach vorne weist, die deutlich macht: Wir brauchen Alternativen zum Tierversuch. Tierversuche müssten der Vergangenheit angehören. Aber hier gab es offensichtlich handfeste Interessen seitens der Industrie - insbesondere der Pharmaindustrie -, und daher sind meine Fraktion und ich sehr enttäuscht, dass es nicht gelungen ist, dass die Doppelung der Tierversuche und die barbarischen Haltungsbedingungen von Tieren auch der Vergangenheit angehören.

Es ist leider nicht gelungen, den Kniefall, den die Kommission bereits beim klaren Verbot der Tierversuche an Menschenaffen gemacht hat, zu korrigieren. Das erfüllt mich mit Traurigkeit, denn eine Gesellschaft muss sich auch immer daran messen lassen, wie sie mit Tieren umgeht, und die Europäische Union darf nicht länger als Synonym für unnötige Tierversuche stehen. Von daher hätte ich mir gewünscht, dass der Bewertung von tierversuchsfreien Alternativen in diesem Richtlinienentwurf stärker Rechnung getragen worden wäre,

denn nur die deutliche Unterstützung von Alternativen zu Tierversuchen wird dazu führen, dass diese barbarischen und unnötigen Tierversuche in der Europäischen Union ein Ende haben.

Das gelingt nicht mit Absichtserklärungen, das gelingt nur, indem die Bedeutung der Alternativen zu Tierversuchen herausgestellt wird und indem auch entsprechende Forschungsgelder bereitgestellt werden. Man kann nicht über Alternativen zu Tierversuchen reden, dann aber deren Entwicklung und deren schnelle Anerkennung nicht unterstützen. Es geht also nicht, dass die tierversuchsfreien Alternativen finanziell ausgetrocknet werden. Der gute Entwurf der EU-Kommission hätte mehr Rückendeckung im Parlament erfordert.

Kathy Sinnott (IND/DEM). - Herr Präsident, es hat mich gefreut, dass Änderungsantrag 170 des Parish-Berichts über Tierversuche verabschiedet wurde. Dies verbietet die Verwendung von menschlichen Embryonen oder Fötalzellen als Alternative zur Verwendung von Tieren in dieser Richtlinie, obwohl ich untröstlich bin, dass der Änderungsantrag die ethischen Entscheidungen bei den Mitgliedstaaten belässt, da die irische Regierung und die irischen Gerichte es beständig abgelehnt haben, Embryonen zu schützen und mir versichert wurde, dass in Irland auch abgetriebene Fötalzellen zu Forschungszwecken importiert werden.

Wir haben die Robbe geschützt und das ist etwas Gutes. Wir haben einige Maßnahmen zur Beschränkung und Verringerung von Tierversuchen eingeleitet, und wir müssen noch weiter gehen, aber zu keiner Zeit dürfen wir den Grundsatz vergessen, dass wir keine Menschen als Ersatz für andere Versuchsformen benutzen dürfen. Wir müssen Tierversuche verringern, aber Menschen dürfen nicht als Alternative betrachtet werden.

Richard Corbett (PSE). - Herr Präsident, obwohl heute hinsichtlich der Robben ein guter Tag für den Tierschutz war, war es kein so guter Tag, was unsere Abstimmung über Tierversuche betrifft.

Zu Beginn des Monats hatte ich das Vergnügen, eine Firma namens Simcyp in meinem Wahlkreis zu besuchen, die gerade mit einem nationalen Preis des Dr Hadwen Trust für die Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen ausgezeichnet wurde. Dieses Unternehmen hat gezeigt, dass es möglich ist, funktionierende Alternativen zu entwickeln. Es hat aber auch gezeigt, dass die Forschungsergebnisse bei Tieren, wenn es um die medizinische Forschung geht, oft nicht unbedingt Daten liefern, die verlässlich sind, wenn man sie auf Menschen anwendet.

Simcyp leistet bei den Alternativen dazu Pionierarbeit. Es ist möglich, noch weiter zu gehen. Wir hätten schon heute weiter gehen sollen. Wir haben nur einen kleinen Schritt getan. Wir müssen noch viel mehr tun.

Neena Gill (PSE). - Herr Präsident, ich habe mich bei diesem Bericht der Stimme enthalten, weil ich seit Langem Aktivistin für Tierrechte bin. Dies ist eines der Themen, auf das sich die EU konzentrieren sollte, wenn wir Gerechtigkeit mit dem Binnenmarkt in Einklang bringen wollen, und wir müssen auf der Moralität des Marktes bestehen.

Ich habe eine Reihe von Briefen zu diesem Thema erhalten, und Wähler aus meiner ganzen Region bringen ihre Bestürzung zum Ausdruck. Sie glauben, es sollte einen größeren Schutz für Tiere geben, die für wissenschaftliche Zwecke verwendet werden.

Der Grund dafür, dass ich mich der Stimme enthalten habe, ist, dass ich das Einfangen von Affen zu Zuchtzwecken beenden wollte, und daher unterstütze ich den Text der Kommission. Außerdem wurden die Änderungsanträge zur Abschaffung einer ordnungsgemäßen Dokumentationspflicht in der Verwendereinrichtung nicht unterstützt. Zudem glaube ich, dass Änderungsanträge zur Verringerung der mit den drei "Rs" - replacement, reduction and refinement (Ersatz, Reduzierung und Verbesserung) - verbundenen Auflagen unterstützt werden mussten. Ich glaube auch, dass die Unterbringung auf das Experiment zugeschnitten und eine Voraussetzung zur Genehmigung des Projekts sein sollte. Ich möchte das Leiden von Tieren vermeiden und sicherstellen, dass wir humane Methoden des Tötens oder wenigstens weniger schmerzvolle anwenden. Das ist einer der Gründe dafür, dass ich mich der Stimme enthalten habe, da ich nicht finde, dass der Bericht weit genug gegangen ist.

- Bericht Diana Wallis (A6-0118/2009)

Inese Vaidere (UEN). - (LV) Vielen Dank, Herr Präsident. Als ehemalige lettische Umweltministerin war ich lange Zeit darüber besorgt, was in diesem Bereich passiert, über diese unglaubliche Grausamkeit gegenüber Tieren sowie die Tatsache, dass diese unglaubliche Grausamkeit in einem industriellen Ausmaß betrieben wird. Ich möchte sagen, dass es dazu überhaupt keine Verbindung mit der traditionellen Lebensweise der

Inuit gibt, da zu ihrer traditionellen Lebensweise nicht das Schlachten von Tieren in einem industriellen Ausmaß gehört, um die ganze Welt mit Robbenprodukten zu versorgen. Ich habe mich bei dem geänderten Entwurf der Stimme enthalten, da ich finde, dass bei diesem Thema keine Kompromisse nötig sind. Andererseits habe ich entschieden für die legislative Entschließung gestimmt, und es freut mich, dass das Parlament die lobenswerte Entscheidung der europäischen Bürger hinsichtlich des Handelsverbots von Robbenprodukten akzeptiert hat. Vielen Dank.

- Bericht Anni Podimata (A6-0146/2009)

Inese Vaidere (UEN). - (LV) Vielen Dank, Herr Präsident. Hinsichtlich des Podimata-Berichts möchte ich sagen, dass wir tatsächlich sowohl die Vorschläge der Kommission als auch den Bericht des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie und auch die Vorschläge der Fraktion der Grünen/Europäischen Freien Allianz und anderer politischer Fraktionen unterstützen können, da die Hauptinteressen, mit denen sich der Bericht beschäftigt, so wie ich es sehe, Verbraucherinteressen sind. Das Wichtigste ist, dass Verbraucher hinsichtlich der Elektrogeräte Bescheid wissen sollten, welche die am sparsamsten und für die Umwelt am wenigsten schädlichen sind. Durch die Abstimmung versuche ich daher, eine ausgewogene Vorgehensweise zu zeigen und in diesem Fall die Interessen der europäischen Verbraucher hervorzuheben.

- Bericht Vladimír Maňka (A6-0275/2009)

Richard Corbett (PSE). - Herr Präsident, während dieser Debatte sendet der britische Radiosender 5 Live eine Live-Radiosendung über das Europäische Parlament - sie läuft schon den ganzen Morgen. Die Hörer können dort anrufen, und eine der Fragen, die ständig gestellt wird, betrifft die Kosten des Europäischen Parlaments. Wie viel kostet dieses Parlament und kann es seine Kosten rechtfertigen?

Ich habe kürzlich angemerkt, dass, wenn man die Kosten auf die Bürger bezieht, dann kostet das Europäische Parlament den Bürger 1,74 GBP pro Jahr, das entspricht etwa dem Preis eines Pints Bier. Im Gegensatz dazu kostet das britische Oberhaus 1,77 GBP und das britische Unterhaus 5,79 GBP pro Jahr, was viel mehr ist pro Bürger. Natürlich sind die Kosten dieses Parlaments mit seiner großen Wählerschaft viel mehr gestreut. Die Mitgliedstaaten erlegen uns durch die drei Arbeitsorte und die 23 Sprachen Kosten auf, die kein nationales Parlament in seinem Haushalt zu tragen hat. Und trotzdem schaffen wir es, ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis zu bieten.

Christopher Heaton-Harris (PPE-DE). - Herr Präsident, ich bestreite die Zahlen nicht, die Herr Corbett gerade vorgelesen hat. Es interessiert mich nicht, ob dieses Parlament weniger pro Kopf kostet als andere - obwohl ich glaube, dass es in der Europäischen Union ein oder zwei Menschen mehr gibt als im Vereinigten Königreich.

Meine Sorge bei diesem Bericht ist, dass er eine verpasste Gelegenheit ist. Er hebt einige der teuren Regelungen hervor, die wir alle in unserer Zeit hier wahrgenommen haben - ich bin seit zehn Jahren hier, wie Sie, Herr Präsident. Es ist zum Beispiel interessant, dass sich die Zentralbibliothek des Europäischen Parlaments in Luxemburg befindet, wo niemand Zugriff darauf hat, weil die Mitglieder zwischen Brüssel, Straßburg und ihrem Zuhause pendeln.

Es gibt hier viele verpasste Gelegenheiten, und dieser Bericht ist ganz sicher eine davon. Zu einer Zeit, in der alle unsere Wähler den Gürtel enger schnallen müssen, hätten wir mit diesem Bericht signalisieren sollen, dass wir bereit sind, unseren auch enger zu schnallen, aber das haben wir nicht. Das ist eine verpasste Gelegenheit.

Der Präsident. - Vielen Dank, Herr Heaton-Harris, wenn Sie in der nächsten Wahlperiode wieder hier sind, können Sie uns helfen, es besser zu machen.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

- Bericht Ilda Figueiredo (A6-0223/2009)

Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich. - (IT) Ich habe dafür gestimmt.

Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 darf Geflügelfleisch auf dem internationalen Markt verkauft werden, auch wenn es einer antimikrobiellen Behandlung unterzogen wurde. Im Juni 2008 erreichte das Europäische Parlament nach mehreren Versuchen die Zustimmung zu einer Resolution, die diese Art von Vermarktung verbietet.

Da die Vereinigten Staaten nur Geflügelfleisch in die EU exportieren, das mit chemischen oder antimikrobiellen Substanzen behandelt wurde, hat die Kommission diese Resolution jedoch nicht anerkannt. Diese Strategie steht im Konflikt zu den Investitionen, die diejenigen, die im Geflügelfleischhandel tätig sind, in Übereinstimmung mit dem Gemeinschaftsrecht in ihrem Bereich getätigt haben, das besagt, dass nur von der EU genehmigte Schutzmethoden, wie die Kältebehandlung, durchgeführt werden dürfen, um die Risiken einer Kontaminierung des Fleisches zu verringern.

Wir unterstützen daher die folgenden Vorschläge zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007: 1) Rücknahme von Erwägungsgrund 5 der Kommission, in der es heißt: "Der ausschließliche Verweis auf Kältebehandlung in der Definition von "Geflügelfleisch" ist angesichts der technologischen Entwicklung zu restriktiv. Diese Definition ist daher anzupassen."; 2) Ersatz von Erwägungsgrund 5 durch eine andere, in der die Überwachung der Herkunft des Fleisches festgelegt ist, um den Verbraucher zu informieren und ihm Transparenz zu gewähren. 3) Beibehaltung der Kältemethode als einzige Schutzbehandlung.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für diesen Entwurf gestimmt, da ich glaube, dass der Rahmen für die Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch erweitert werden muss, um auch Geflügelfleischzubereitungen und -produkte sowie Geflügelfleisch in Salzlake, die immer mehr vermarktet werden, abzudecken.

Wir müssen daran denken, dass, wenn Geflügelfleisch als „frisch“ verkauft wird, der Verbraucher erwartet, dass es zu keinem Zeitpunkt eingefroren wurde, auch nicht kurz, was für den Verbraucher eine Qualitätsgarantie darstellt. Folglich muss der aktuelle Grundsatz, der festlegt, dass Geflügelfleisch, das als „frisch“ verkauft wird, vorher nicht eingefroren werden darf, gestärkt und erweitert werden, um Geflügelfleischzubereitungen und -produkte mit einzubeziehen.

Es sei darauf hingewiesen, dass dieser Entwurf keine Auswirkungen auf den Haushalt der Gemeinschaft hat.

Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich. – (LT) Die Ziele der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch dienen der Sicherung der Marktpreisstabilität in diesem Bereich, der Unterstützung der Produktvermarktung und der Sicherstellung der Sicherheit der Verbraucher und der hohen Qualitätsstandards bei Nahrungsmitteln. Die Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch müssen angesichts der technologischen Entwicklungen überprüft werden und Geflügelfleischzubereitungen aufnehmen, da sich die Gewohnheiten der Verbraucher seit den Neunzigerjahren verändert haben. Es ist vorgeschlagen worden, den Grundsatz, dass Geflügelfleisch, das als „frisch“ verkauft wird, vorher nicht gefroren gewesen sein darf, zu stärken, um Geflügelfleischzubereitungen und -produkte mit einzubeziehen, und ich stimme dem zu.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Vorschlag über die Vermarktung von Geflügelfleisch gestimmt. Dieser Vorschlag soll die Normen zur Vermarktung von Geflügelfleisch, die aus den Neunzigerjahren stammen, auf den neuesten Stand bringen, indem sie an die neue Marktrealität angepasst werden. Er soll zudem die Stabilität der Marktpreise in diesem Bereich sichern, die Vermarktung der Produkte erleichtern und die Sicherheit der Verbraucher und hohe Qualitätsstandards bei Nahrungsmitteln sicherstellen.

Ich glaube, dass die Behandlung von Geflügelfleisch mit dekontaminierenden Substanzen nicht hinnehmbar ist, und ich trete daher für eine Behandlung durch Kühlung ein.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Wir haben für die Änderungsentwürfe durch den Ausschuss des Europäischen Parlaments für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung gestimmt, da sie den Wortlaut zur Kennzeichnung der Herkunft des Geflügelfleisches stützen. Wir glauben, dass dies eine gute Sache ist.

Die Änderungsanträge des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung beinhalten Formulierungen, mit der wir uns auf Verwaltungsebene beschäftigen sollten. Da über alles bei einer einzigen Abstimmung abgestimmt wurde, war es uns nicht möglich, gegen diese Vorschläge zu stimmen.

Unsere „Ja“-Stimme für die Änderungsanträge hinsichtlich der Kennzeichnung der Herkunft bedeutet natürlich nicht, dass wir auf irgendeine Art die gemeinsame Landwirtschaftspolitik unterstützen.

Véronique Mathieu (PPE-DE), schriftlich. – (FR) Wir haben bei diesem Bericht einen guten Kompromiss erreicht, durch den wir eine ausgewogene Verordnung bekommen, welche die Anforderungen der Europäischen Union an die Lebensmittelsicherheit erfüllt.

Durch das Verbot der Vermarktung von gefrorenem Geflügelfleisch unter der Bezeichnung "frisches Produkt", durch die Ablehnung des Gebrauchs giftiger Substanzen, wie Chlor, um die Geflügelschlachtkörper zu

dekontaminieren und durch die Entscheidung für eine klare Kennzeichnung der Herkunft und des Datums der Schlachtung haben wir eine vernünftige Vorgehensweise befürwortet und uns entschlossen, die Vertretung der Verbraucherinteressen in der Europäischen Union zu unserer Priorität zu machen.

Durch die Annahme der Resolution vom Juni 2008 hat das Parlament seinen starken Widerstand gegen die Genehmigung der Vermarktung von "chloriertem Fleisch" auf dem europäischen Markt zum Ausdruck gebracht, und dem sind die Landwirtschaftsminister auf der Tagung des Rates im letzten Dezember gefolgt.

Mit der heutigen Abstimmung haben wir unseren Wunsch bestätigt, sicherzustellen, dass ab Hof bis auf den Tisch Nahrungsmittel in der Europäischen Union für den Verbraucher so sicher wie möglich sind.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), *schriftlich*. – (PL) Die Angelegenheit erscheint offensichtlich. Der zur Diskussion stehende Antrag ist der zweite in Folge, der die Vermarktung von Geflügelfleisch, das einer antimikrobiellen Behandlung unterzogen wurde, für den menschlichen Verzehr genehmigen soll. Dieses Mal wurde der Antrag auf Vorschlag der USA eingeführt, die ein Importverbot für ihr Fleisch nach Europa befürchten.

In einer Situation, in der die Forschung gezeigt hat, dass die Verwendung antimikrobieller Substanzen nichts zu einer Verringerung der bakteriellen Infektionsraten beiträgt und in der Europa für gesunde Lebensmittel kämpft, müssen wir mit einer Stimme sprechen. Wir müssen das auch im Fall von GVOs tun. Es ist schade, dass das Thema bei genetisch veränderten Organismen nicht jedem so einleuchtend ist.

- Bericht Reimer Böge (A6-0266/2009)

Neena Gill (PSE), *schriftlich*. – Ich begrüße den Bericht, da er ein Thema betrifft, an dem ich schon seit einiger Zeit arbeite. Bei einem Besuch der Michelin-Fabrik in Stoke-on-Trent haben mir die Geschäftsführung und die Gewerkschaften ihre Unterstützung für die Mobilisierung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung erklärt.

Ich habe seitdem an den Minister für Handel und Industrie im Vereinigten Königreich, Lord Mandelson, geschrieben, um anzufragen, ob er einen Antrag an die EU für die Aktivierung des Anpassungsfonds in Betracht zieht. Aus meiner Sicht, wie auch nach der Meinung der Leute, die ich bei Michelin getroffen habe, muss dieser Fonds so schnell wie möglich eingesetzt werden. Die EU wurde genau für diese Dinge gegründet - um die Mitgliedstaaten kollektiv zu unterstützen, und was noch wichtiger ist, den Arbeitnehmern in schwierigen Zeiten zu helfen.

Denn bei diesem Fonds geht es nicht einfach darum, den Unternehmen aus der Klemme zu helfen - es geht darum, eine Strategie zu unterstützen, die in Zukunft zu einem nachhaltigen Wachstum und Beschäftigung führt. Der Bericht hebt insbesondere die Wichtigkeit von kleinen Unternehmen für den wirtschaftlichen Aufschwung sowie die Bedeutung von Fähigkeiten und Ausbildung hervor und trägt somit viel dazu bei, um sicherzustellen, dass die Menschen, die ihre Arbeit verlieren, wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), *schriftlich*. – (SV) Wir sehen die Begründung hinter der Einrichtung des Globalisierungsfonds sehr kritisch. Zunächst einmal beruht er auf der Vorstellung, dass Globalisierung *an sich* ein Problem darstellt. Unserer Ansicht nach ist die Globalisierung eine Möglichkeit, den Wohlstand zu erhöhen, besonders für arme Entwicklungsländer, unter der Voraussetzung, dass wichtige wirtschaftliche Akteure, wie die EU und die USA, ihre protektionistischen Positionen zur Handelspolitik bei der Welthandelsorganisation reformieren.

Die Mitgliedstaaten der EU sind in der Lage, nationale Maßnahmen umzusetzen, um diese Sektoren, die ihrer Einschätzung nach finanzielle Unterstützung benötigen, zu unterstützen. Ein spezifischer EU-Fonds würde Willkür, Ineffizienz, Bürokratie und ungerechtfertigten Aufwand garantieren. Wie will die Kommission maßgeblich entscheiden, ob die Globalisierung auf einen bestimmten Sektor eine negative Auswirkung hat? Außerdem deuten die Beträge, die derzeit diskutiert werden, darauf hin, dass es sich dabei fast um einen PR-Gag der EU handeln könnte.

Aus den oben genannten Gründen haben wir gegen den betreffenden Bericht gestimmt.

- Bericht Dimitrios Papadimoulis (A6-0208/2009)

Šarūnas Birutis (ALDE), *schriftlich*. – (LT) Die Notwendigkeit für eine sauberere Luft ist schon vor mehreren Jahrzehnten erkannt worden, wobei auf nationaler und auf EU-Ebene und auch durch internationale Abkommen Maßnahmen ergriffen wurden.

Die Luftqualität zu verbessern ist eine große Herausforderung, die angegangen werden muss. Das Problem der Luftverschmutzung kann nur langfristig und innerhalb eines europäischen Rahmens gelöst werden, insbesondere durch die Verstärkung grenzüberschreitender Maßnahmen. Der Vorschlag der Kommission ist dringend erforderlich, angesichts der Notwendigkeit, die Quellen der VOC-Emissionen weiter ins Visier zu nehmen, um sowohl die regionale als auch lokale Luftqualität und die Infrastruktur, die erfolgreiche weltweite Verbreitung von PVR-Phase II-Ausrüstungen sowie die technologischen Möglichkeiten, Betankungsemissionen um 95 % zu verringern, zu verbessern.

Martin Callanan (PPE-DE), schriftlich. – Diese Gesetzgebung ist ein weiteres Beispiel dafür, wie die EU die Automobilindustrie ins Visier nimmt und wie die EU gewöhnlich versucht, eklatant unverhältnismäßige Rechtsvorschriften einzuführen, um ein relativ kleines Problem zu lösen.

Der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit hat dafür gestimmt, den Termin für Tankstellen zur Durchführung der neuen Maßnahmen für die Begrenzung der Menge an Benzindämpfen, die bei der Betankung von Autos in die Atmosphäre gelangen, vorzuverlegen. Der Ausschuss hat auch dafür gestimmt, den Grenzwert für Benzinverkäufe zu senken, sodass mehr Tankstellen in den Anwendungsbereich des vorgeschlagenen Gesetzes fallen.

Kleine unabhängige Tankstellen auf diese Weise ins Visier zu nehmen hätte einen Dominoeffekt auf andere lokale Geschäfte, würde kaum irgendwelche Vorteile für die Umwelt bringen und möglicherweise die Abgasemissionen erhöhen, falls die Fahrer weiterfahren müssen, um nachzutanken, wenn die örtliche Tankstelle geschlossen hat. Die Kosten für die Aufrüstung der Ausrüstung wären im Hinblick auf die Investitionen und die aufgrund der vorübergehenden Schließung verlorenen Geschäfte erheblich.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht über die Benzindampfrückgewinnung gestimmt. Benzin enthält flüchtige organische Verbindungen (VOC), die sich innerhalb des Benzintanks verflüchtigen und den leeren Raum im Tank über dem Benzin füllen. Wenn das Fahrzeug betankt wird, werden diese Dämpfe durch das hereinfließende Benzin aus dem Tank herausgedrückt und entweichen dann, falls sie nicht aufgefangen werden, in die Atmosphäre.

Der Vorschlag der Kommission bezweckt die Rückgewinnung von Benzindämpfen, die während der Betankung von Personenkraftfahrzeugen in die Atmosphäre gelangen. Es ist sehr wichtig, Benzindampfrückgewinnungssysteme mit einer hohen Effizienz der Dampfückgewinnung in Tankstellen zu installieren, um die Luftqualität zu verbessern.

- Bericht Michael Cashman (A6-0077/2009)

Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich. – (LT)? Transparenz ist ein fundamentaler Grundsatz der Europäischen Union. Das steht ganz klar in Artikel 255 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft: "Jeder Unionsbürger sowie jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz in einem Mitgliedstaat hat das Recht auf Zugang zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission".

Die derzeitige Verordnung Nr. 1049/2001 war ein wichtiger Schritt hin zu einer größeren Offenheit. In den sechs Jahren seit ihrer Umsetzung hat sie zur Schaffung einer transparenteren Verwaltungskultur in den europäischen Institutionen beigetragen. Meiner Meinung nach trägt Offenheit dazu bei, den Institutionen eine größere Legitimität in den Augen der europäischen Bürger zu verleihen und das Vertrauen der Bürger in diese Institutionen zu steigern.

Carlos Coelho (PPE-DE), schriftlich. – (PT) Transparenz ist ein fundamentaler Grundsatz der Europäischen Union. Entscheidungen werden so offen und so nah am Bürger wie möglich getroffen, und dadurch wird den Institutionen in den Augen der Bürger größere Legitimität verliehen, und gleichzeitig trägt es dazu bei, das Vertrauen der Bürger in die Institutionen zu steigern.

Die Verordnung, die 2001 angenommen wurde, war unzweifelhaft ein wichtiger Schritt in diese Richtung, aber nun müssen viele Änderungen vorgenommen werden. Dadurch wird der europäische Entscheidungsprozess verständlicher, das Maß an Transparenz wird erhöht und die Verfahren der Institutionen werden verbessert.

Das Ziel der Initiative ist daher, diese Verbesserungen vorzunehmen. Jedoch trotz einiger positiver Vorschläge werden diese leider von denen, die das Europäische Parlament als negativ betrachtet, erdrückt.

Die Mehrheit der Änderungsanträge, die das Parlament in seiner Resolution von April 2006 angefordert hat, wurde tatsächlich nicht berücksichtigt, wie zum Beispiel bei den Vorschlägen hinsichtlich der Möglichkeit des EP, seine Rechte der demokratischen Prüfung durch den Zugriff auf sensible Dokumente auszuüben.

Ich unterstütze daher den Vorschlag des Berichterstatters, Herrn Cashman, diese Initiative an den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres zurückzuverweisen.

Andreas Mölzer (NI), *schriftlich*. – Da werden in allen Sprachen geführte öffentliche Debatten zum Lissabonner Vertrag budgetiert, aber das Nein zur reformierten EU-Verfassung nicht akzeptiert und Referenden umgangen. Und während auf den EU-eigenen Internetseiten die Bedeutung der Mehrsprachigkeit hochgepriesen wird, findet dies keinen Niederschlag in der eigenen Gestaltung des Webauftritts. Dieser ist nicht durchgehend in den drei Arbeitssprachen Deutsch, Englisch und Französisch gestaltet, mit denen man einen Großteil der Bevölkerung erreichen könnte. Auch der jeweilige Ratsvorsitz findet dies nicht der Mühe Wert. Nun zerbricht sich die EU den Kopf über Zugang zu ihren Dokumenten, aber will gleichzeitig die EU-Ausschreibungen in den nationalen Zeitungen und damit in allen Muttersprachen streichen.

Im vorliegenden Bericht scheinen nichtsdestotrotz einige gute Ansätze zur Verbesserung des Dokumentenzugangs auf, weshalb ich auch dafür gestimmt habe.

- Bericht Marie Panayotopoulos-Cassiotou (A6-0120/2009)

Guy Bono (PSE), *schriftlich*. – (FR) Ich habe gegen den Bericht meiner griechischen Kollegin von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäischen Demokraten, Frau Panayotopoulos-Cassiotou, über die Organisation der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, gestimmt.

Mein Abstimmungsverhalten wurde durch die Tatsache bestimmt, dass dieser Bericht, der die Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, organisieren soll, tatsächlich den Effekt gehabt hätte, die selbstständigen Fahrer vom Rahmen der europäischen Gesetzgebung über die Organisation der Arbeitszeit auszuschließen.

Meine sozialistischen Kollegen und ich teilen die Ansicht, dass wir keine soziale Gesetzgebung der zwei Geschwindigkeiten hinnehmen können: Eine Gesetzgebung, die einige schützt, aber bei der die Spediteure auf der Strecke bleiben.

Die Annahme dieses Vorschlags der Kommission hätte bedeutet, dass selbstständige Fahrer im Vergleich zu angestellten Fahrern, die von der europäischen Gesetzgebung geschützt werden, unzumutbar diskriminiert worden wären. Das Parlament hat unsere Vorbehalte zur Kenntnis genommen. Es liegt nun an dem Parlament, das bald gewählt wird, sein Urteil während der nächsten Wahlperiode abzugeben.

Edite Estrela (PSE), *schriftlich*. – (PT) Ich habe für die Ablehnung des Vorschlags der Kommission über die Organisation der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, gestimmt, da ich finde, dass es inakzeptabel und diskriminierend ist, selbstständige Straßentransportarbeiter auszuschließen.

Jeder, der Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausübt, muss durch die Gemeinschaftsvorschriften, welche die Zahl der Arbeitsstunden pro Woche beschränken, geschützt sein. Es handelt sich dabei daher um eine Frage der Gesundheit und des Schutzes dieser Arbeitskräfte sowie die Gewährleistung der Straßensicherheit.

Ilda Figueiredo (GUE/NGL), *schriftlich*. – (PT) Es war sehr wichtig, dass die Mehrheit des Parlaments für unseren Vorschlag gestimmt hat, diesen Entwurf für eine Richtlinie der Europäischen Kommission über die Organisation der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, abzulehnen. Der Entwurf für eine Richtlinie stellte einen Rückschritt angesichts der aktuellen Situation dar, sowohl hinsichtlich der echten Selbstständigen als auch der "falschen" Selbstständigen und hinsichtlich der derzeitigen Arbeitsstunden, insbesondere der Nachtarbeit.

Unser Vorschlag wurde bereits dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, wo er von einer Mehrheit angenommen wurde, vorgelegt. Der Berichterstatter jedoch (von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der Europäischen Demokraten) bestand darauf, diesen Bericht vor das Plenum zu bringen, um die Angriffe auf die Grundrechte von Arbeitnehmern fortzusetzen. Darum war die Ablehnung im Plenum so wichtig, wobei die aktuelle Richtlinie in Kraft bleibt, die verlangt, dass die gleiche Arbeitsgesetzgebung auf die Selbstständigen angewendet wird.

Mathieu Grosch (PPE-DE), schriftlich. – Anlässlich der Debatte im Verkehrsausschuss habe ich zwei Abänderungen eingebracht, die alle Arbeitnehmer im Transport betreffen. Es ist in meinen Augen von Vorteil für eine harmonisierte Sozial- und Beschäftigungspolitik in Europa, dass Arbeitsbedingungen besonders die Beschäftigten unter gleichen Bedingungen angehen. Die Tatsache, Selbständige in eine Arbeitsrichtlinie zu bringen, ist unrealistisch. Es ist einfach unmöglich, Arbeitszeiten von Selbständigen zu kontrollieren. Was die Sicherheit angeht, sind alle Fahrer, auch die Selbständigen, den Fahrt- und Ruhezeitenregeln in Bussen und LKW über 3,5 Tonnen unterworfen. Wichtiger für die Sicherheit wäre die Ausdehnung der Lenk- und Ruhezeiten auch für Fahrer in LKW unter 3,5 Tonnen. Die Kommission sollte dies überprüfen, hat aber noch keinen Vorschlag eingebracht. Ich hoffe, dass das neue Parlament diese Vorschläge aufgreift.

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Wir begrüßen die Ablehnung des Entwurfs der Europäischen Kommission, unter Vorsitz von Herrn Durão Barroso, zum Ausschluss von „selbstständigen“ Straßentransportarbeitern von der Richtlinie über die Organisation der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, als Ergebnis unseres Vorschlags, den Entwurf der Kommission abzulehnen.

Im Februar haben wir im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr einen Entwurf vorgelegt, in dem die Ablehnung dieser inakzeptablen Initiative der Europäischen Kommission gefordert wurde.

Dies ist die bestmögliche Antwort auf einen weiteren Versuch, den Wettbewerb und die Ausbeutung der Straßentransportarbeiter zu verstärken und dadurch ihre Arbeitsrechte und die Straßensicherheit zu gefährden.

Was wir tun müssen, ist, die Rechte und Arbeitsbedingungen der Straßentransportarbeiter durch die Bekämpfung der Arbeitsplatzunsicherheit, die Einhaltung der Ruhezeiten - ohne Lohnverlust - und die Sicherstellung der Einhaltung der Arbeitsvorschriften oder der jeweiligen kollektiven Arbeitsverträge der Mitgliedstaaten zu verteidigen und zu schützen.

Die Bestimmungen über die Arbeitszeiten und die Fahr- und Ruhezeiten müssen bei allen berufsmäßigen Fahrern, einschließlich der selbstständigen Fahrer, gleich angewendet werden, um ihre Sicherheit und die Straßensicherheit sicherzustellen und so übertrieben lange Arbeitsstunden und unangemessene Ruhezeiten oder Arbeitsweisen zu verhindern.

Carl Lang (NI), schriftlich. – (FR) Der Bericht von Frau Panayotopoulos-Cassiotou empfiehlt die Ablehnung des Entwurfs der Kommission zur Änderung einer Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Organisation der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben.

Ich habe für diesen Bericht gestimmt, der die Absicht verfolgt, einen Entwurf der Europäischen Kommission abzulehnen, der es nicht ermöglichen wird, die Versäumnisse in der Umsetzung und Überwachung der Vorschriften für Fahr- und Ruhezeiten, die direkt mit der Sicherheit und den sozialen Rechten verbunden sind, zu beseitigen. Weiterhin gibt es keine Klarstellung hinsichtlich des Rahmens dieser Richtlinie und der Möglichkeiten, sie zu überwachen. Auf jeden Fall müssen die Mitgliedstaaten die alleinige Verantwortung in diesem Bereich übernehmen.

Schließlich definiert dieser Entwurf den Begriff der „mobilen Arbeitskraft“ oder „selbstständigen Fahrer“ keineswegs besser und das mit gutem Grund, da hier die eigentliche Herausforderung dieser Richtlinie liegt. Sollten wir alle selbstständigen Fahrer von dieser Richtlinie ausschließen? Diese Frage bleibt offen, da das Problem komplex ist.

Es gibt tatsächlich eine weit verbreitete Praxis von Fahrern, die als „falsche“ selbstständige Fahrer arbeiten, wo sie hingegen tatsächlich bei Unternehmen angestellt sind und aus Gründen der Rentabilität die Vorschriften für die Fahr- und Ruhezeiten umgehen.

Mary Lou McDonald (GUE/NGL), schriftlich. – Es gibt viele Gründe dafür, dass der Entwurf der Kommission, selbstständige Fahrer von dieser Richtlinie auszuschließen, abgelehnt werden musste.

Dadurch, dass ich für die Ablehnung des Entwurfs der Kommission gestimmt habe, habe ich für die Straßensicherheit gestimmt, um die Diskriminierung hinsichtlich der Gesundheit und Sicherheit, der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Fahrer auszuschließen und um Fairplay für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Straßentransportsektor sicherzustellen.

Dimitrios Papadimoulis (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Ich habe für Änderungsantrag 54 gestimmt, da er eine wichtige politische Botschaft an die Kommission und den Rat darstellt. Das Europäische Parlament

unterstützt die Rechte der Fahrer und lehnt jeglichen Wettbewerb zwischen den angestellten und selbstständigen Fahrern ab. Dieser Entwurf würde selbstständige Fahrer vom Anwendungsbereich der aktuellen Richtlinie ausschließen, und zum ersten Mal in der europäischen Gesetzgebung hätten wir einen Versuch der Unterscheidung zwischen „echten“ Selbstständigen und „falschen“ Selbstständigen. Dies ist jedoch eine mangelhafte Unterscheidung und kann der Auslegung anderer Bestimmungen im Gemeinschaftsrecht Tür und Tor öffnen. Dies ist ein Sieg für die Straßensicherheit und das soziale Europa.

Bilyana Ilieva Raeva (ALDE), schriftlich. – (BG) Die EP-Richtlinie über die Organisation der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben, die mit den Stimmen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, der Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz und der extremen Linken abgelehnt wurde, wird dazu führen, dass selbstständiges Fahrpersonal weniger wettbewerbsfähig ist.

Die unverantwortliche Ablehnung des Entwurfs der Europäischen Kommission bedeutet, dass es für Selbstständige keinen Sinn mehr ergibt, selbstständig zu sein. Sie haben nicht länger frei in ihrer Entscheidung, Länge ihrer Arbeitsstunden selbst festzulegen.

Eine solche Verordnung gibt es in keinem anderen Sektor. Diese Entscheidung wird unumkehrbare nachteilige Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft haben.

Im Gegensatz zu Angestellten arbeiten die Selbstständigen im Transportsektor nicht auf der Grundlage eines Arbeitsvertrages, sondern bestimmen selbst über ihre Kunden und Lieferungen. Was sie verdienen, hängt nicht von ihren Arbeitsstunden ab, wie es bei den Angestellten der Fall ist, sondern von der Anzahl und Art der Lieferungen. Die Festlegung ihrer Arbeitsstunden durch die neue Richtlinie schränkt ihre „unternehmerische“ Freiheit ein.

Als Ergebnis der heutigen Abstimmung wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit entzogen, den Zeitrahmen für den Nachtzeitraum selbst zu bestimmen und somit die Zahl der Arbeitsstunden für die Beförderung von Passagieren oder Gütern gemäß der sich ändernden Tageslichtbedingungen in den verschiedenen Mitgliedstaaten zu maximieren.

Die Ablehnung der Richtlinie gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit. Kleine Frachtunternehmen und Einzelunternehmen werden am härtesten getroffen. Sie werden gezwungen, den Anforderungen an Arbeitnehmer großer Transportfirmen zu entsprechen, was unvermeidlich ihre Position auf dem Markt gefährden wird.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die Ablehnung des Entwurfs der Kommission ist ein Manöver der Kräfte der „europäischen Einbahnstraße“ im Vorfeld der Wahlen. Die griechische kommunistische Partei hat den Entwurf der Kommission von Anfang an abgelehnt, indem sie in beiden zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments und im Plenum dagegen gestimmt hat. Sie hat die Arbeitnehmer informiert und ihre Demonstrationen unterstützt. Die Ausnahme für die Selbstständigen dient nur den Monopolunternehmen im Transportsektor; sie beschädigt die Interessen der Arbeitnehmer und selbstständigen Fahrer und verursacht große Gefahren für die Straßensicherheit. Sie verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer noch weiter, sie erhöht die Arbeits-/Fahrzeiten auf bis zu 84 Stunden pro Woche und verstärkt weiterhin die Ausbeutung der Fahrer.

Die Demonstrationen der Arbeitnehmer und ihre Angst davor, bei den europäischen Wahlen ausgebootet zu werden, haben einen großen Teil der MdEP in den Parteien, die die europäische Einbahnstraße unterstützen, dazu gezwungen, gegen den Entwurf zu stimmen. Die Arbeitnehmer müssen jedoch wissen, dass die Monopolkonzerne alles daran setzen werden, um ihre Forderungen durchzusetzen, indem sie Parteien des Kapitals finden, die bereit sind, sie zufriedenzustellen. Dieser Erfolg zeigt die Macht und die Bedeutung des Kampfes der Arbeitnehmer. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass er sich vielleicht als vergänglich erweisen wird, wenn die Arbeiter- und die Volksbewegung es nicht schaffen, einen Gegenangriff zu organisieren und die Bedingungen für einen radikalen Wandel auf der Ebene der Macht und der Wirtschaft festzulegen.

- Bericht Diana Wallis (A6-0118/2009)

Jan Andersson, Göran Färm, Anna Hedh, Inger Segelström und Åsa Westlund (PSE), schriftlich. – (SV) Wir, die schwedischen Sozialdemokraten, haben uns entschlossen für den Kompromiss, der mit dem Rat ausgehandelt wurde, zu stimmen, da unsere Auslegung nahelegt, dass die negative Auswirkung auf die Jagd

in Schweden, die wir befürchtet haben, durch die Ausnahme in Artikel 3 Absatz 2 beseitigt wurde. Wir alle waren entsetzt von den Bildern der kanadischen Robbenjagd.

Die meisten Verbraucher würden daher Produkte aus der Robbenjagd ablehnen, die nicht mal annähernd die Anforderungen, denen die Jagd in Schweden unterliegt, erfüllen, und die zu einem unnötigen Leiden führt und kommerziell unter unkontrollierten Bedingungen stattfindet.

Wir sind grundsätzlich dagegen, wenn sich die EU direkt oder indirekt in jagdspezifische Themenbereiche einmischt, da die Jagd eine nationale Angelegenheit ist, insbesondere, wenn dabei unter Umständen gut funktionierende schwedische Bestimmungen unterlaufen werden. In diesem Fall haben wir uns entschlossen, ein Urteil auf der Grundlage der Gesamtsituation zu fällen. Unter diesen Umständen haben wir den Kompromiss akzeptiert, da er eine klare Botschaft sendet, dass das Parlament es als nicht hinnehmbar ansieht, wenn Menschen Tiere so behandeln.

Šarūnas Birutis (ALDE), schriftlich. – (LT) Ich bin vollkommen davon überzeugt, dass die Robbenjagd, mit Ausnahmen für lokale Gebietskörperschaften, verboten werden muss. Wir sollten also nicht die Tatsache ignorieren, dass verschiedene Meinungsumfragen in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten zeigen, dass eine große Mehrheit der EU-Bürger gegen die kommerzielle Robbenjagd und ihre Methoden ist. Außerdem ist eine klare Mehrheit der Bürger für ein komplettes Verbot des Handels mit Robbenprodukten.

Niels Busk, Anne E. Jensen und Karin Riis-Jørgensen (ALDE), schriftlich. – (DA) Wir haben gegen den Vorschlag, den Handel mit Robbenprodukten zu verbieten und den Kompromiss zwischen dem Parlament und dem Rat gestimmt. Wir glauben nicht, dass ein Verbot des Handels mit Robbenprodukten den Tierschutz verbessern wird, und wir finden es bedauerlich, dass der Entwurf angenommen wurde, obwohl es im Vertrag keine Grundlage für ihn gibt.

Martin Callanan (PPE-DE), schriftlich. – Tierrechtsgruppen und Wähler haben bei mir intensiv für diese Angelegenheit geworben, aber ich bin grundsätzlich sehr skeptisch, was das Verbot betrifft. Letztlich werden die Verbraucher entscheiden, ob sie Robbenprodukte kaufen wollen. Ich war stolz, etwas zu der Kampagne, die den Import von Hunde- und Katzenfellen aus China verbietet, beizutragen, aber der Import von Robbenprodukten ist aufgrund der traditionellen Kultur und Bräuche über Jahrhunderte eine ganz andere Sache.

Stierkämpfe und Hahnenkämpfe sind abstoßende Spektakel, aber die EU erkennt an, dass sie weiterhin innerhalb der EU in Regionen, in denen es eine ungebrochene Tradition dafür gibt, erlaubt sein sollten. Es wäre daher scheinheilig für die EU, Robbenprodukte aus Kanada auf der Grundlage der Grausamkeit gegen Tiere zu verbieten. Ich wäre auch vorsichtig, Kanada gegen sich aufzubringen, das ein großer Verbündeter der EU ist und unsere gemeinsamen Werte teilt.

Ich lehne Grausamkeiten gegen Tiere ab, aber ich glaube, dass dieses Thema absichtlich verzerrt wird, um eine emotionale Reaktion unter den MdEP hervorzurufen. Wir sollten solche Themen in einer ausgewogeneren und nüchterneren Weise angehen.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht über den Handel mit Robbenprodukten gestimmt, da er auf zwei Überlegungen beruht: Das Verbot des Handels mit bestimmten Robbenprodukten in der Europäischen Union und die Achtung der Traditionen und Kulturen der indigenen Völker in der Arktis.

Jedes Jahr werden etwa 900 000 Robben in einer kommerziellen Jagd im großen Stil getötet (Zahl nicht berichtet für getroffene und verlorene Tiere oder für nicht gemeldete Tötungen), davon 60 % in Kanada, Grönland und Namibia. Norwegen und Russland sind die anderen großen Länder, in denen kommerzielle Robbenjagd im großen Stil durchgeführt wird. Innerhalb der Gemeinschaft führen Schweden, Finnland und das Vereinigte Königreich (Schottland) Robbenjagd im kleineren Umfang durch, hauptsächlich aus Gründen der Bewirtschaftung der Fischbestände und der Seuchenbekämpfung.

Ich glaube, dass diese Vereinbarung die Robben vor Grausamkeiten schützen und gleichzeitig die Kultur der Inuit-Gemeinschaften schützen wird. Ich glaube außerdem, dass diese Verordnung sicherstellt, dass der skrupellose Handel gestoppt wird und harmonisierte Vorschriften entwickelt werden, um den gesamten Binnenmarkt zu ändern.

Glyn Ford (PSE), schriftlich. – Als ich vor 25 Jahren zum ersten Mal in das Europäische Parlament gewählt wurde, war das kurz nach dem „ersten Verbot“ des Handels mit Robbenprodukten im Jahr 1983. Leider handelt es sich dabei immer noch um eine unerledigte Aufgabe, obwohl das Thema bei einer Reihe von Gelegenheiten immer wieder aufgegriffen wurde.

Nach einem Vierteljahrhundert ist die Situation kaum besser als damals 1983. Wir erleben immer noch, wie Hunderttausende Robben in Kanada durch grausamstes und brutalstes Abschachten erlegt werden. Hoffentlich wird das heutige Abstimmungsergebnis eindeutig genug sein, um endlich das zu erreichen, was wir schon vor 25 Jahren erreichen wollten. Weder ich noch die Robben wollen, dass wir im Jahr 2034 wieder hier stehen.

Mathieu Grosch (PPE-DE), schriftlich. – Persönlich bedaure ich, dass die Vorschläge des Ausschusses, die sehr klar waren, nicht durch die Fraktionen übernommen wurden. Der Artenschutz – besonders unter den hier bekannten Bedingungen der Tötung – verlangt eindeutige Maßnahmen ohne Kompromisse. Die Beschäftigung, die mit diesem Handel verbunden ist, kann problemlos umorientiert werden. <BRK>

Małgorzata Handzlik (PPE-DE), schriftlich. – (PL) Die Entscheidung des Europäischen Parlaments, den Handel mit Robbenprodukten in der Europäischen Gemeinschaft zu verbieten, ist ein Schritt in die Richtung, die den brutalen Methoden, die einige Länder anwenden, um diese Tiere zu erlegen, ein Ende bereitet. Der Entwurf einer legislativen EntschlieÙung ist eine Antwort auf die Bedenken der öffentlichen Meinung zu Fragen des Tierschutzes hinsichtlich des Erlegens und Häutens von Robben.

Der Wortlaut der Verordnung berücksichtigt verschiedene Ausnahmen, die in verschiedenen Fällen notwendig sind. Dazu gehört insbesondere eine Ausnahme vom Verbot von Robbenprodukten, die von Inuit-Gemeinschaften unter Verwendung traditioneller Jagdmethoden erworben werden, um ihren Eigenbedarf zu sichern.

Es freut mich, dass das Europäische Parlament seine Unterstützung für die Annahme dieser Verordnung mit einer so klaren Mehrheit zum Ausdruck gebracht hat. Dies ist ein sehr klares Signal seitens der europäischen Institutionen, dass die Bürger Europas der brutalen Behandlung und dem brutalen Töten von Tieren nicht zustimmen.

Roger Knapman und Thomas Wise (NI), schriftlich. – Wir verstehen und teilen die Bedenken gegen den Handel mit Robbenprodukten. Wir haben kein Problem damit, wenn einzelne Staaten Robbenprodukte verbieten, aber wir glauben, dass dies eine Angelegenheit der einzelnen Staaten und nicht der Kommission sein sollte. Daher war es uns nicht möglich, diesen Entwurf zu unterstützen.

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), schriftlich. – (PL) In der augenblicklichen Wahlperiode hat das Europäische Parlament dem Tierschutz sehr viel Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Einführung eines Handelsverbots für bestimmte Robbenprodukte in der Europäischen Union stärkt diesen Schutz unzweifelhaft. Sie ist auch eine Quelle der Befriedigung der 425 MdEP, welche die schriftliche Erklärung zu diesem Thema unterzeichnet haben. Es sei auch darauf hingewiesen, dass das Parlament in seiner EntschlieÙung seinen Wunsch, die Kultur und die Traditionen der indigenen Völker zu respektieren, zum Ausdruck gebracht hat. Wie sich die Maßnahmen zum Schutz der Robben in Zukunft entwickeln, hängt von vielen Faktoren im internationalen Umfeld und der WTO ab. Dennoch verdient diese Initiative der MdEP Zustimmung und Unterstützung.

Catherine Stihler (PSE), schriftlich. – Es freut mich, dass wir heute für das Verbot des Handels mit Robbenprodukten in der EU gestimmt haben.

Marianne Thyssen (PPE-DE), schriftlich. – (NL) Im Januar 2007 war Belgien das erste europäische Land, das alle Robbenprodukte verboten hat, und eine Reihe anderer Mitgliedstaaten sind dem gefolgt. Die belgische Gesetzgebung macht eine Ausnahme bei der Jagd, die traditionell von Inuit-Gemeinschaften durchgeführt wird, und daher freut es mich, dass das Europäische Parlament heute dem belgischen Beispiel gefolgt ist. Den Vorschlag, den Import von Robbenprodukten durch eine Kennzeichnungspflicht zu erlauben, haben wir nicht unterstützt. Wenn Fellhändler aus Kanada, Grönland, Namibia und Russland ihre Robbenfelle nicht länger auf einem der größten Märkte der Welt verkaufen können, bedeutet dies einen bedeutenden Schritt nach vorne für den Schutz dieser Tierart. Zusätzlich ist ein Verbot der wirksamste Weg, den unmenschlichen Praktiken, denen Hunderttausende Tiere jedes Jahr zum Opfer fallen, ein Ende zu bereiten.

Meiner Meinung nach ist ein komplettes Verbot die richtige Vorgehensweise. Aus diesem Grund habe ich den Bericht von Frau Wallis befürwortet.

- Bericht Neil Parish (A6-0240/2009)

Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich. – (IT) Ich habe dafür gestimmt.

Bisher hat die Richtlinie 86/609/EWG den Schutz von Tieren, die zu wissenschaftlichen Zwecken benutzt werden, garantiert: Gleich, nachdem sie erlassen wurde, wurde diese Richtlinie auf verschiedene Weise in den verschiedenen Mitgliedstaaten umgesetzt und angewendet. Wir müssen jedoch einen Änderungsvorschlag zu dieser Richtlinie vorlegen, um ein gemeinsames Ziel in Europa und auch einen größeren Schutz für Meerschweinchen als Versuchstiere im Labor, die für wissenschaftliche Zwecke in Verbindung mit der Gesundheit von Mensch und Tier genutzt werden, zu garantieren.

Die wichtigsten der vielen vorzunehmenden Änderungen, die, wie wir hoffen, im Einklang mit den Vorstellungen der Kommission sind, lauten: 1) Gründung eines Ethikausschusses für den Tierschutz; 2) Erweiterung des Meerschweinchenkonzepts, um verschiedene wirbellose Arten und Arten im fötalen Stadium, die sich in den letzten drei Monaten ihrer Entwicklung befinden, oder Larven und andere Tiere, die in der Grundlagenforschung sowie zu Ausbildungszwecken genutzt werden, aufzunehmen; 3) Verwendung von Tieren nur in Versuchen, für die sie gezüchtet wurden; 4) Prüfung von alternativen Methoden zu Tierversuchen, um die Zahl der verwendeten Tiere auf ein Mindestmaß zu senken; 5) Zusicherung, dass das Hauptziel der Mitgliedstaaten die Verbesserung der Zuchtmethoden sein sollte, um das Leiden der Tiere zu minimieren; 5) Teilweise oder vollständige Anwendung von Narkose.

Derek Roland Clark und Nigel Farage (IND/DEM), schriftlich. – Obwohl er vieles enthält, dem meine Partei (UKIP) zustimmen würde, ist dieser Bericht durch seine illegitimen und antidemokratischen Ursprung im EU-Apparat verdorben. Folglich kann ich ihn nicht unterstützen.

Christine De Veyrac (PPE-DE), schriftlich. – (FR) Der Text der Europäischen Kommission ist unsinnig. Er ist dort unsinnig, wo es um die Wissenschaft geht, da er Forschung zurückhält und bestraft, und er ist unsinnig, wo es um den medizinischen Fortschritt geht, da die Wissenschaftler, die auf Tierversuche zurückgreifen, täglich daran arbeiten, Arzneien und Behandlungen für neue Pandemien finden.

Schließlich ist er wirtschaftlich und sozial gesehen unsinnig. Während es unseren Pharmakonzernen verboten wird, Forschung zu betreiben, können Labore außerhalb der Europäischen Union weiterhin Forschung betreiben! Der Parish-Bericht stellt das Gleichgewicht zum Glück wieder her, da ich nichts unterstützen werde, das die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie schwächt oder Anreize für Standortverlagerungen bietet.

Konstantinos Droutsas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Der Entwurf für eine Richtlinie über den Schutz von Tieren, die für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden, ist eher auf die Vollendung des Binnenmarkts, auf Wettbewerb und auf die Begrenzung der Kosten im Bereich der Forschung ausgerichtet als auf den Tierschutz.

Die multinationalen Konzerne verlangen immer mehr Profit aus der Forschung. Die Tiere, die dabei verwendet werden, werden grundsätzlich auf der Grundlage des Kriteriums der Profitsteigerung geopfert und gequält und nicht, um wissenschaftlichen Erfordernissen zu dienen. Niemand kann von Kapitalisten, deren Motivation die Ausbeutung ist und die sich sogar Menschen gegenüber unmenschlich und ungehobelt verhalten, ein tierfreundliches Verhalten erwarten.

Forschung erfordert Experimente, um wichtige Probleme des Gesundheitswesens und zahlreiche und sogar unheilbare Krankheiten anzugehen. Tiere werden oft für diese Forschung benötigt.

Der Tierschutz jedoch, wie auch der Schutz des Gesundheitswesens, erfordert einen Kampf gegen Monopole, gegen die Macht des Kapitals, das Medikamente mit Patenten schützt, um große Profite durch die Kommerzialisierung der Gesundheit zu sichern.

Er erfordert einen Kampf, der die Forschung aus den Fesseln des Kapitals befreit und die wissenschaftlichen Ergebnisse aus der Forschung nutzt, um den Bedarf des Volkes zu befriedigen.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Bericht über den Schutz von Tieren, die zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden, gestimmt. Dieser Entwurf gewährleistet den Schutz der Tiere, die zu wissenschaftlichen Zwecken in Verbindung mit der Gesundheit von Mensch und Tier oder dem Tierschutz verwendet werden. Jedes Jahr werden in der EU etwa 12 Millionen Tiere für wissenschaftliche Zwecke genutzt, wozu auch 12.000 nichtmenschliche Primaten gehören.

Die neue Richtlinie verpflichtet zur Durchführung ethischer Überprüfungen und verlangt, dass Versuche mit Tieren genehmigt werden müssen. Mit diesem Entwurf werden nun auch bestimmte wirbellose Arten und Föten, die sich in den letzten drei Monaten ihrer Entwicklung befinden, und auch Larven und andere Tiere, die in der Grundlagenforschung und zu Aus- und Fortbildungszwecken genutzt werden, dazu gehören.

Ich glaube daher, dass dieser Entwurf darauf abzielt, den Schutz der Tiere, die bei Versuchen verwendet werden, zu verbessern und die Bestimmungen zum Tierschutz angesichts der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschung zu stärken.

Martine Roure (PSE), schriftlich. – (FR) Dank der Initiative der Europäischen Kommission, die es ermöglicht, die aktuelle Richtlinie über den Schutz von Tieren, die zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden, zu überprüfen, ist die Europäische Union in der Lage, eine entscheidende Rolle bei der Forschung und Entwicklung von Tests und Technologien zu spielen, die keine Tiere verwenden. Der Rahmen dieser Richtlinie muss jedoch noch erweitert werden. Einige der Änderungsanträge gegen den Schutz von Labortieren, die vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung vorgelegt wurden, wirkten diesem Ziel entgegen. Es ist entscheidend für die Forschung in Europa, dass sie nicht darunter leidet; sie wollte eher weiterentwickelt werden. Dennoch darf das nicht zu Lasten des Tierschutzes oder der Entwicklung und Bewertung von Methoden gehen, die eine vollständige Alternative zur Verwendung von Tieren bieten. Für die Entwicklung dieser alternativen Methoden bedarf es eines Budgets. Zudem ist es unerlässlich, dass die Verwendung von nichtmenschlichen Primaten in der Forschung nach und nach eingestellt, dieses Ziel überwacht und die Transparenz in dieser Frage erhöht wird.

Lydia Schenardi (NI), schriftlich. – (FR) Es war für die betroffenen Partner an der Zeit, den Schutz von Tieren, die zu Forschungszwecken verwendet werden, zu berücksichtigen sowie das Fangverbot von Affen zur Nutzung in Zuchtbetrieben zu verbieten, was zu Gewalt; Stress, während des Einfangs, und dann Einsperrtsein; der Trennung von der Familiengruppe; der Trennung sozialer Gruppen; einer Auswirkung auf die Umwelt; einer Störung des natürlichen Gleichgewichts der Population; und dem Rückgang der Weibchen führt.

Wir werden daher das Ziel unterstützen, den maximalen Nutzen aus der Tierzucht zu diesem Zweck zu ziehen, dessen genetische und medizinische Geschichte bekannt ist und der daher größere Übereinstimmung und Vergleichbarkeit der Daten bietet.

Wenn die für wissenschaftliche Zwecke geltenden Anforderungen an den Tierschutz andererseits zu einem Export der Forschung führen, wären die Auswirkungen in den Ländern, die bereits unter strengen behördlichen Kontrollen arbeiten, offensichtlich, wie in der Schweiz und im Vereinigten Königreich. Tatsache ist, dass die pharmazeutische Industrie in diesen Ländern, obwohl es dort seit 20 Jahren strenge Bestimmungen gibt, weiterhin floriert. Die Verordnung hat den Erfolg dieser Industrie daher nicht gedrosselt. Die Kontrollen haben die Anforderungen an die wissenschaftlichen Standards sogar noch erhöht. Dies bestätigt daher die Angst, dass die Forschung als Folge dieser Verordnungen exportiert wird.

Brian Simpson (PSE), schriftlich. – Ich bin enttäuscht über die Position des Parlaments zur Überprüfung der europaweiten Bestimmungen zu Tierversuchen. Schließlich habe ich mich entschlossen, mich der Stimme über den Abschlussbericht zu enthalten. Während ich die Bestimmungen über die Entwicklung und das Voranbringen der Anwendung von Alternativen zu Tierversuchen sowie die thematischen halbjährlich erscheinenden Berichte über die Nutzung von Primaten völlig unterstütze, da ich sie beide als entscheidend dafür ansehe, die Abhängigkeit unserer Forschung von Tieren, insbesondere Primaten, abzubauen, hat die allgemeine Haltung des Parlaments viele der wichtigen Bestimmungen zum Tierschutz, die von der Kommission vorgeschlagen wurden, geschwächt.

Die Angst, die im Parlament vorherrscht, ist, dass der Forschungsbereich aus der EU ausgelagert wird, wenn an unsere Forschungseinrichtungen zu viele Anforderungen gestellt werden. Ich glaube jedoch, dass es einige Anforderungen gibt, die unerlässlich sind, wenn wie in Europa ein hohes Maß an Tierschutz gewährleisten wollen, und ich fürchte, dass das heutige Ergebnis sich gegen diesen Gedanken richtet. Zwei ausschlaggebende Themen für mich waren, Europa von der Verwendung von zu Zuchtzwecken in der Wildnis gefangenen Affen abzubringen und die unbedingte Erfordernis einer Genehmigung der Tierversuche, um dadurch unser Engagement für den Ersatz und die Verringerung von Tierversuchen zu festigen. Leider hat das Europäische Parlament heute die Gelegenheit verpasst, beim Thema Tierschutz einen harten Kurs zu fahren.

Roger Knapman und Thomas Wise (NI), schriftlich. – Wir akzeptieren es, dass Versuche mit Tieren notwendig sind, aber wir wissen und akzeptieren auch, dass die Notwendigkeit einiger Versuche fragwürdig ist. Wir unterstützen die Förderung alternativer Forschungsmethoden und würden gern sehen, dass alle Versuche an lebenden Tieren auf ein absolutes Minimum beschränkt und nach humanitären Richtlinien, die so streng wie möglich sind, durchgeführt werden. Wir glauben jedoch, dass die einzelnen Mitgliedstaaten über diese Angelegenheit entscheiden sollten, und daher war es uns nicht möglich, zugunsten dieses Entwurfs in einem EU-Kontext zu stimmen.

- Bericht Luis de Grandes Pascual (A6-0080/2009)

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für den Entwurf über Meeresverschmutzung durch Schiffe gestimmt, da ich glaube, dass es unerlässlich ist, diese fortlaufende Praxis im Seeverkehr, nämlich die illegale Einleitung von Schadstoffen ins Meer durch bestimmte Schiffe, anzugehen.

Ich glaube, dass dieser geänderte Vorschlag absolut unerlässlich ist, um Umweltkatastrophen und die Verschlechterung der Wasserqualität durch strafrechtliche Sanktionen, die hart genug sind, um potenzielle Verschmutzer davon abzubringen, zu verhindern.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Dieser Bericht empfiehlt die Änderung einer bestehenden Richtlinie über die Meeresverschmutzung durch Schiffe. Damit können strafrechtliche Maßnahmen bei Umweltverschmutzungen durchgesetzt werden. Die Juniliste unterstützt Maßnahmen, um die Verschmutzung durch Schiffe zu verhindern. Wir glauben jedoch, dass das Strafrecht gänzlich eine nationale Angelegenheit ist. Zusätzlich sollten Einleitungen von Schiffen in internationale Gewässer auf der Ebene der Vereinten Nationen behandelt werden. Wir haben daher in der Schlussabstimmung dagegen gestimmt.

Georgios Toussas (GUE/NGL), schriftlich. – (EL) Die vielgepriesene Richtlinie, die, von verschiedenen Kräften beworben, scheinbar Reederein mit strafrechtlichen Sanktionen für die Verschmutzung des Meeres bestrafen und die Umwelt schützen würde, hat genau das Gegenteil erreicht. Sie schützt das Kapital der Reedereien vor der Auferlegung von Sanktionen. Selbst dieser unpassende Entwurf der Kommission stellt nach dem Vorschlag des Europäischen Parlaments, kleinere Einleitungen von Schadstoffen durch Schiffe nicht zu bestrafen, nur Makulatur dar. Die Leute wissen sehr gut, was kleinere Einleitungen sind, und wer das bewerten wird und nach welchen Kriterien. Die Einwohner von Santorini, zum Beispiel, die gegen das Wrack des Kreuzfahrtschiffs *Sea Diamond* protestiert haben, das immer noch in den Gewässern der Insel ist, haben genug von den Antworten, die sie von der EU und der Regierung der Partei Neue Demokratie erhalten - die gleichen Antworten, die sie von der PASOK im Fall der Autofähre *Express Samina* und anderen bekommen haben -, dass Wracks anscheinend keine Verschmutzung verursachen.

Mit dem Schlupfloch für kleinere Einleitungen von Schadstoffen gehen Schiffsbesitzer, Betreiber, Manager, Makler, Versicherer, Befrachter, Besitzer von Frachtern und Schiffen und diejenigen, die für Verbrechen auf See und Umweltkatastrophen verantwortlich sind, straffrei aus. Andererseits werden bei sehr strenger Anwendung die Seeleute wieder zu Sündenböcken.

- Bericht Anni Podimata (A6-0146/2009)

Alessandro Battilocchio (PSE), schriftlich. – (IT) Ich habe dafür gestimmt.

Wenn von politischen Strategien zum Energieverbrauch die Rede ist, sollte die EU die Aussagen des renommierten britischen Ökonomen Nicholas Stern als Richtschnur für ihre Entscheidungen nehmen: „Es gibt mehr Anreize, um in Energieeffizienz während einer Rezession und bei hohen Ölpreisen zu investieren. Investitionen in erneuerbare und andere kohlenstoffarme Industrien könnten helfen, die Wirtschaft anzukurbeln.“

Es wäre sinnvoll, eine Energiepolitik zu schaffen, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, sich an die Vereinbarungen unter dem Kyoto-Protokoll zu halten und die Führungsrolle der EU beim Kampf gegen den Klimawandel zu unterstützen. Die Umsetzung dieses Protokolls wäre ein wichtiger Beitrag zur Beschäftigung und auch zur Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und des sozialen Bereichs.

Obwohl die Industrie und die Verbraucherverbände für die aktuelle Richtlinie 92/75/EWG über die Energiekennzeichnung sind, kann man nicht sagen, dass mit den technologischen Entwicklungen und den Innovationen auf dem Energiemarkt Schritt gehalten wurde, da man zuallererst von der Trägheit in Europa loskommen muss, damit dem Verbraucher neue Perspektiven eröffnet werden können.

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Ich habe für den Bericht über den Entwurf für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Angabe des Verbrauchs an Energie und anderen Ressourcen durch energiebezogene Produkte mittels einheitlicher Etiketten und Produktinformationen (Neufassung) gestimmt. Ich finde, dass dies notwendig ist, um bessere Informationen über die Energieeffizienz von Produkten bereitzustellen. Jede Werbung, in der die technischen Merkmale von Kühlschränken, Waschmaschinen oder Haushaltsherden beworben werden, müssen den Energieverbrauch des Produkts angeben.

Die Energiekennzeichnung hilft den Verbrauchern, ihre Energiekosten einzuschätzen, wenn sie elektrische Haushaltsgeräte, wie Kühlschränke, Waschmaschinen, Wäschetrockner oder Herde kaufen. Die Hersteller müssen den Energieverbrauch von Produkten angeben, unabhängig davon, ob sie, bezogen auf die Energie, „effizient“ (grün) oder „weniger effizient“ (rosa) sind.

Die Kennzeichnung wird auch auf kommerzielle und industrielle energiebetriebene Produkte, wie Kühlräume oder Kühlregale angewandt. Jede Werbung muss den Energieverbrauch und die Energieersparnis der Produkte enthalten.

Die Mitgliedstaaten können Anreize für den Kauf energieeffizienter Produkte, einschließlich Steuergutschriften für Produkte, die besonders energieeffizient sind, schaffen.

Edite Estrela (PSE), schriftlich. – (PT) Ich habe für die Richtlinie über die Angabe des Energieverbrauchs durch Kennzeichnung gestimmt. Umweltfragen und insbesondere die Energieeffizienz erhalten wieder neue Bedeutung und werden für die Bewältigung des Klimawandels wesentlich. Die Neufassung der Richtlinie soll die Kennzeichnung für alle energiebezogenen Produkte im Haushalt und des kommerziellen und industriellen Sektors ermöglichen.

Angesichts dessen, dass die Bewältigung des Klimawandels dringend notwendig ist und dass die Europäische Union plant, ihr Ziel der Steigerung der Energieeffizienz um 20 % bis 2020 zu erreichen, glaube ich, dass eine einfache, klare und leicht zu erkennende Kennzeichnung die Verbraucher überzeugen kann, nachhaltigere Entscheidungen zu treffen und dazu beiträgt, mehr energieeffiziente Produkte zu bewerben.

Hélène Goudin und Nils Lundgren (IND/DEM), schriftlich. – (SV) Die Juniliste glaubt, dass die Bewältigung von grenzüberschreitenden Umweltfragen eine der wichtigsten Aufgaben der EU ist. Wir glauben, dass es den Änderungsanträgen besser als dem Entwurf der Kommission gelingt, den Endverbrauchern eine Möglichkeit zu geben, vernünftiger Entscheidungen zu treffen, indem die Informationen über den Energieverbrauch und die Auswirkung der Produkte auf die Umwelt verbessert werden.

Wir stehen jedoch bestimmten einzelnen Formulierungen in den Änderungsanträgen für eine detailliertere Regelung der europäischen Energiepolitik kritisch gegenüber. Die guten Absichten der Änderungsanträge überwiegen die negativen jedoch, und wir haben uns daher entschieden, die Änderungsanträge in ihrer Gesamtheit zu unterstützen.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wurde um 13.05 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr fortgesetzt.)

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Vorbereitung des Europäischen Rates (18.-19. Juni 2009) (Aussprache)

Der Präsident. – Nach der Tagesordnung folgen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des Europäischen Rates am 18. und 19. Juni.

Alexandr Vondra, --amtierender Ratspräsident. – Herr Präsident, ich begrüße die Gelegenheit sehr, hier vor Ihnen vor der nächsten Tagung des Europäischen Rates zu erscheinen, an der ich nicht persönlich teilnehmen werde. Dieses Mal sind die Umstände natürlich ein wenig ungewöhnlich, da eine neue tschechische Regierung kurz davor steht, ernannt zu werden. Am Ende meiner Ausführungen werde ich ein paar Worte dazu sagen.

Lassen Sie mich zuerst die Hauptthemen der Juni-Agenda des Europäischen Rates durchgehen, wie wir, der Vorsitz, sie vorbereiten. Ich beginne mit den institutionellen Fragen. Im Dezember 2008 hat der Europäische Rat einem Weg zugestimmt, mit dem der Vertrag von Lissabon bis Ende 2009 in Kraft treten soll. Im Wesentlichen beinhaltet dies, den Iren rechtliche Garantien und Zusicherungen bei einer Reihe von besorgniserregenden Fragen zu geben, wobei sich die irische Regierung im Gegenzug verpflichtet, dafür zu sorgen, dass der Vertrag vor Ende Oktober ratifiziert wird.

Die Arbeit an der Umsetzung dieser Übereinkunft ist noch im Gange, und es ist mir in dieser Phase nicht möglich, ins Detail zu gehen. Ich bin zuversichtlich, dass der nächste Europäische Rat in der Lage ist, sich an seinen Teil der Abmachung zu halten.

Wie Sie wahrscheinlich alle wissen, wird es morgen eine Abstimmung über die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon im tschechischen Senat geben. Ich werde mich heute Nacht nach Hause begeben, um morgen früh dort zu sein. Ich glaube, dass das Ergebnis dieser Abstimmung ein positives Signal für die anderen Mitgliedstaaten ist und dass es unbegründete Befürchtungen beschwichtigt. Ich arbeite hart! Dennoch muss den tschechischen Senatoren auf jeden Fall unbedingte Unabhängigkeit bei diesem demokratischen Entscheidungsprozess gewährt werden. Es ist offensichtlich, dass jeder Versuch, Druck auf sie auszuüben, sich als kontraproduktiv erweisen kann.

Im letzten Dezember wurde auch vereinbart, dass der Prozess der Ernennung einer zukünftigen Kommission, insbesondere die Ernennung ihres Präsidenten, ohne Verzögerung nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 eingeleitet wird.

Ich bin mir völlig der Ansichten bewusst, die hier darüber zum Ausdruck gebracht wurden, ob die Einbeziehung des Europäischen Parlaments in diesen Prozess in einer angemessenen Weise erstrebenswert ist. Der Vorsitz wird natürlich nicht nur eng mit den Mitgliedstaaten, sondern auch mit diesem Parlament zusammenarbeiten.

Ich werde nun ein paar Dinge zur Wirtschafts- und Finanzkrise sagen, die sicherlich einen bedeutenden Teil der Agenda einnimmt, und über die Notwendigkeit weiterhin auf die Wirtschafts- und Finanzkrise zu reagieren.

Die Krise hat den akuten Bedarf aufgezeigt, die Effektivität der Aufsicht und Regulierung der Finanzinstitute zu stärken und die Mechanismen für das Krisenmanagement zu erweitern. Wir haben bereits damit begonnen, sowohl auf EU-Ebene als auch weltweit. In diesem Zusammenhang hat die Gruppe unter Vorsitz von Herrn de Larosière sehr interessante Ideen entwickelt, und die Kommission hat in der letzten Woche eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt. Mit weiteren Vorschlägen wird für die kommenden Wochen gerechnet.

Diese werden jetzt und in Zukunft von Ecofin besprochen - und wir haben heute eine Ecofin-Sitzung - und unser Ziel ist es, erste Entscheidungen durch den Europäischen Rat zu treffen. Es handelt sich dabei um ein ehrgeiziges Ziel, und zweifellos wird die Arbeit noch über den Juni hinaus andauern, es ist also von grundlegender Bedeutung, dass der Europäische Rat im Juni ein starkes Signal für die rasche Annahme der von der Kommission vorgelegten Vorschläge setzen kann.

Im Allgemeinen wird der Europäische Rat im Juni über die Situation auf den Finanzmärkten Bilanz ziehen und die Effektivität der bisher ergriffenen Maßnahmen bewerten. Er wird auch über die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Realwirtschaft zu unterstützen, Bilanz ziehen und sich in diesem Zusammenhang die Beschäftigungssituation anschauen.

Übermorgen, am Donnerstag, werden wir einen Sondergipfel zur Beschäftigung mit den Sozialpartnern in Prag abhalten, bei dem diese wichtigen Fragen angesprochen werden sollten. Sie werden heute über die Agenda dieses Gipfels, während einer Sonderdebatte, im Detail informiert.

Abgesehen vom Ergebnis des Gipfels am Donnerstag in Prag, sowie den sehr interessanten Seminaren und Workshops, die in den vergangenen Wochen in der tschechischen Republik, Schweden und Spanien organisiert wurden, wird die Kommission auch in Kürze, im Vorfeld zum Europäischen Rat im Juni, eine Mitteilung herausgeben, sodass wir bis zur Tagung des Europäischen Rates eine Reihe von interessanten Ideen und Empfehlungen zur Erörterung vorliegen haben.

Ich möchte jedoch betonen, dass es nicht darum geht, eine neuen Beschäftigungsstrategie zu starten. Wir haben bereits eine - die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Wir haben vor Kurzem die bestehenden Beschäftigungsrichtlinien bestätigt und länderspezifische Empfehlungen angenommen. Generell möchte ich daran erinnern, dass die Pakete zur Ankurbelung der Wirtschaft, welche die Union und die Mitgliedstaaten seit Ende des letzten Jahres angenommen haben, große Beiträge zur Förderung der Beschäftigung darstellen.

Den Klimawandel betreffend wird der Europäische Rat im Juni im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Kopenhagener Gipfels zum Klimawandel das Thema wieder aufgreifen. Er wird über den erreichten Fortschritt Bilanz ziehen, sowohl auf internationaler Ebene als auch hinsichtlich unserer internen Vorbereitungen.

Es handelt sich dabei um ein komplexes Thema, insbesondere, da die Verhandlungen mit unseren internationalen Partnern parallel zu unseren eigenen internen Gesprächen stattfinden. Gestern fand ein Gipfel zwischen der EU und Japan in Prag statt. Es ist klar, dass eine bedeutende Menge an Finanzmitteln notwendig ist, um eine ehrgeizige Übereinkunft in Kopenhagen zu untermauern. Die EU hat sich verpflichtet, ihren angemessenen Anteil daran zu übernehmen, was natürlich auch ein Abkommen über eine gerechte interne Verteilung der Lasten erfordert.

Wie weit wir im Europäischen Rat im Juni hinsichtlich der eigenen internen Vereinbarungen kommen, wird sehr stark davon abhängen, wie weit unsere internationalen Partner, einschließlich der USA, gekommen sind sowie vom Stand der Verhandlungen im multilateralen Rahmen. Ich möchte hiermit den weiterhin vorhandenen Willen der EU hervorheben, Führerschaft zu demonstrieren, um ein hoch gestecktes Ziel in Kopenhagen zu erreichen.

Es ist in dieser Phase noch verfrüht, im Einzelnen über die Agenda des Europäischen Rates zu sprechen, was die externen Beziehungen betrifft. Zwei wichtige Gipfel mit Drittländern werden jedoch in Prag Ende dieser Woche abgehalten: Das Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft am 7. Mai und das Gipfeltreffen "Südlicher Korridor - Die neue Seidenstraße" am darauffolgenden Tag. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Europäische Rat Folgeveranstaltungen erörtern wird, die langfristig für die Interessen der Union entscheidend sind.

Ebenfalls können wir Debatten über den Troika-Gipfel mit Japan und Kanada und andere wichtige Gipfel und Treffen, die schon für Mai geplant sind, auch mit Russland, erwarten. Die Agenda für die externen Beziehungen wird auf jeden Fall auf der Grundlage der aktuellen Entwicklungen wie die Treffen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen) im Mai und Juni aktualisiert, der sich mit Fragen der Verteidigung und Entwicklung, die ganz oben auf der normalen Agenda stehen, beschäftigt.

Ich möchte mich für Ihr Interesse an der kommenden Agenda des Europäischen Rates bedanken, und ich freue mich sehr, Ihre inspirierenden Kommentare und Ansichten in der folgenden Diskussion zu hören.

José Manuel Barroso, Kommissionspräsident. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die nächste Tagung des Europäischen Rates wird im selben Monat wie die Europawahlen stattfinden. Die wichtige Wahl wird vor dem Hintergrund echter Schwierigkeiten für viele unserer Bürger stattfinden. Ich denke insbesondere an die Auswirkungen der Krise auf die Arbeitsplätze, wir werden Gelegenheit haben, darüber später heute Nachmittag im Einzelnen zu sprechen.

Unsere Antwort auf die Krise muss auf unseren grundlegenden Werten der Verantwortung, Solidarität und sozialen Gerechtigkeit begründet sein. Diese Krise ist eine Gelegenheit für uns, unser europäisches Modell einer sozialen Marktwirtschaft, dass umweltbewusst ist und auf unseren Werten basiert, zu erneuern.

Alle, die im Herzen und aus Überzeugung Europäer sind, müssen sich darauf vorbereiten, sich einzubringen. Sie müssen erklären, warum Europa so wichtig ist, warum die Bürger ihren Teil beisteuern müssen und warum sie wählen gehen müssen.

Meine Damen und Herren, Sie können zu Recht stolz sein auf die Arbeit, die Sie geleistet haben. Die Wahlperiode, die sich dem Ende zuneigt, kann sich eines bemerkenswerten Rekords rühmen. Das Parlament hat seine Entschlossenheit gezeigt, konkrete Ergebnisse für die Bürger zu erzielen. Es hat bewiesen, dass es eine ehrgeizige Vision unserer gemeinsamen Zukunft hat.

Das Vermächtnis dieser letzten fünf Jahre ist von großer Bedeutung. Historische Entscheidungen wurden getroffen, um gegen den Klimawandel zu kämpfen und um die Sicherheit der Energieversorgung zu verstärken. Maßnahmen wurden ergriffen, die direkte Auswirkungen auf die Sicherheit und die Freiheit der Bürger haben und die auch neue Möglichkeiten für sie eröffnet haben.

Grundlegende Reformen wurden in den Bereichen des Binnenmarkts, der sozialpolitischen Agenda, der Telekommunikation, Energie, Umwelt, Justiz und inneren Angelegenheiten durchgeführt. Bei allen diesen Punkten wurde der Modernisierung Europas der Stempel des Parlaments aufgedrückt.

Auch während der letzten paar Wochen haben Sie mit der tschechischen Präsidentschaft zusammengearbeitet, um Übereinkünfte bei einer großen Zahl von Schlüsselthemen zu erreichen. Bis heute wurden bereits fast 50 Gesetzesvorlagen der Kommission in Abstimmung mit der tschechischen Präsidentschaft endgültig angenommen.

Erlauben Sie mir, einige davon zu benennen, die der Kommission, deren Präsident ich bin, am Herzen liegen: der Binnenenergiemarkt, die Sicherheit im Seeverkehr, die Maßnahmen zur Stärkung der Regulierung und

Aufsicht der Finanzmärkte und das Paket über 5 Mrd. EUR für den Konjunkturaufschwung, um Europa in eine zukunftsfähige Wirtschaft zu verwandeln.

Ich möchte dem Parlament und der tschechischen Präsidentschaft, unter der Führung von Herrn Topolánek und Herrn Vondra, zu ihrer Arbeit, die sie geleistet haben, beglückwünschen. Ich bin sicher, dass diese Arbeit bis Ende Juni fortgesetzt wird.

Wir müssen mit den Wählern klar und überzeugend über dieses Europa der Ergebnisse sprechen. Das wird es uns ermöglichen, einer mutigen und zuversichtlichen Europäischen Union neuen Schwung zu verleihen. Europa braucht diesen Schwung. Er muss dieses Jahr der Krise und des Wandels zu einem Jahr machen, das aktiver, ideenreicher und entschlossener ist als je zuvor.

Das wird unser Leitgedanke für den Europäischen Rat im Juni sein. Wir können es uns nicht erlauben, unsere Anstrengungen zu verlangsamen. Wir müssen Europa zuliebe erfolgreich sein. Daher werde ich mich jetzt nicht mit anderen Themen befassen - die Herr Vondra ohnehin schon erwähnt hat - wie dem Rat für Östliche Partnerschaft, der sehr wichtig ist, aber ich möchte mich insbesondere auf Bereiche konzentrieren, die, meiner Ansicht nach, Prioritäten für den Europäischen Rat im Juni darstellen.

Präsident der Kommission. – Der Europäische Rat ist aufgefordert, bei einer Reihe von Themen von entscheidender Bedeutung für die nächsten Monate und Jahre voranzuschreiten.

Er ist aufgefordert, seine Arbeit fortzusetzen, um uns unserem Ziel des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon näherzubringen. Der Nutzen dieses Vertrags ist von großer Bedeutung für die Europäische Union. Wir müssen das internationale Paket, das im letzten Dezember vereinbart wurde und von diesem Parlament unterstützt wurde, in Gang bringen: um die rechtlichen Garantien festzulegen, die erforderlich sind, um den Referendumsprozess in Irland voranzubringen und einen nahtlosen Übergang und institutionelle Stabilität sicherzustellen.

Beim Klimawandel müssen wir ein ehrgeiziges Übereinkommen in Kopenhagen im Dezember forcieren. Wir haben gezeigt, dass starke und glaubwürdige Ziele möglich sind. Nun müssen wir andere ermutigen, ein vergleichbares Maß an Ehrgeiz zu zeigen - und zeigen, dass wir bereit sind, denen zu helfen, die es brauchen. Um es kurz zu machen, wir müssen die Schwungkraft in ein wahrlich globales Ergebnis umwandeln.

Es ist unvermeidlich, dass das Hauptaugenmerk des Europäischen Rates wieder auf der Wirtschaftskrise liegt. Von Anfang an musste sich die Europäische Union an die verschiedenen Anforderungen der Krise anpassen: um die unmittelbare Finanzkrise zu stabilisieren; um das Vertrauen in das Finanzsystem wieder herzustellen; um dafür zu sorgen, dass die Banken wieder Kredite vergeben. um eine globale Handlungsweise sicherzustellen, die der globalen Reichweite der Krise entspricht; und um den Menschen direkte Hilfe zu bieten, die arbeitslos geworden sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Zwischen dem jetzigen Zeitpunkt und der Tagung des Europäischen Rates wird die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf zwei Bereiche gerichtet. Der erste ist die fortlaufende Arbeit an der Einrichtung einer Regulierungs- und Aufsichtsstelle - eine Stelle, die das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Investitionsgemeinschaft gleichermaßen besitzt. Dabei geht es nicht nur darum, langfristig ein besseres System zu etablieren, um sicherzustellen, dass wir unsere Wirtschaft nicht noch einmal auf diese Weise enttarnen; es geht auch darum, jetzt wieder Vertrauen aufzubauen und den Märkten und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass die Europäische Union weiß, was getan werden muss.

In der letzten Woche haben wir Vorschläge für Hedge-Fonds und privates Beteiligungskapital sowie für die Bezahlung von Führungskräften vorgelegt. Diese Vorschläge zeigen unsere Fähigkeit, einer der Hauptakteure bei der Einbringung von den auf dem G20-Gipfel beschlossenen Reformen zu sein und einen Standard für diese Maßnahmen zu setzen, die auch voraussichtlich von unseren internationalen Partnern in den kommenden Monaten angenommen werden. Die Kommission ist tatsächlich das erste Exekutivorgan der Welt, das mit konkreten Vorschlägen zu diesem sehr schwierigen und komplexen Thema aufwartet. Die Kommission, das Parlament und der Rat werden in den nächsten Monaten eng zusammenarbeiten, um zu einer Übereinkunft bei diesen Entwürfen zu gelangen.

Der nächste Schritt ist, im Einzelnen festzulegen, wie unser Vorschlag zur Organisation der Finanzaufsicht auf europäischer Ebene aussieht. Es hat keinen Sinn, um den heißen Brei herumzureden. Das gegenwärtige System der nationalen Aufsicht hat versagt. Darum habe ich die de Larosière-Gruppe eingerichtet, um einen Beitrag zur Errichtung einer wirksamen europäischen Finanzarchitektur zu leisten. Ende Mai wird die Kommission ihre Entwürfe dazu, wie so ein System der Finanzaufsicht in Europa errichtet werden kann, vorstellen. Auch hier hätte ich es gerne, wenn Europa der Erste wäre, der dies auf eine globale Ebene bringt.

Der zweite Teil ist natürlich die Beschäftigung. Wir werden das später auf dem Beschäftigungsgipfel im Einzelnen besprechen. Ich kann schon jetzt bekannt geben, dass die Kommission auf diesen Gipfel eine detaillierte Mitteilung im Vorfeld der Tagung des Europäischen Rates im Juni folgen lässt. Ich bin fest entschlossen, dass die Europäische Union alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um denen zu helfen, die am meisten unter dieser Krise leiden.

Unsere Antwort auf die Krise kann nicht auf technische Maßnahmen beschränkt sein, um die ordnungspolitischen Probleme anzugehen. Sie muss - und dafür muss gesorgt werden - auf unseren Grundwerten basieren - Werten wie Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Verantwortung und auch Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen. Wir müssen diese Gelegenheit nutzen, um die Grundlagen unserer eigenen europäischen sozialen und ökologischen Marktwirtschaft wieder aufzubauen.

Dies sollte die herausragende Botschaft des Europäischen Rates in den nächsten Monaten sein: Eine aktive Europäische Union, die in die Zukunft schaut, die hart für die Interessen ihrer Bürger arbeitet und das Vertrauen dieser Bürger verdient.

Joseph Daul, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (FR) Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren, der Europäische Rat, der die tschechische Präsidentschaft zu Ende führt, ist hinsichtlich des Datums und des Inhalts recht vage. Die heutige Aufgabe ist daher eine schwierige, aber sie ist eine Gelegenheit für uns, um unsere Prioritäten zu bestätigen, da wir zum Ende der Wahlperiode kommen. Die erste Aufgabe des Europäischen Rates im Juni ist die Ernennung des neuen Präsidenten der Europäischen Kommission nach den Ergebnissen der Europawahlen.

Wie es 2004 der Fall war, wird der Vorsitz im Rat ersucht, einen Kandidaten aus der stärksten Fraktion im Europäischen Parlament zu wählen, um diese wichtige Position zu übernehmen, und dann wird es Aufgabe unseres Parlaments sein, am 15. Juli seine Meinung zu dieser Wahl mitzuteilen, was eine der ersten politischen Handlungen in der neuen Wahlperiode darstellt.

Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit beschwert sich oft darüber, dass Europa kein Gesicht hat. Wir wollen Europa ein Gesicht geben, indem wir dem System der rotierenden Präsidentschaft ein Ende bereiten und somit einen stabilen Europäischen Rat stellen. Der Vertrag von Lissabon legt diesen Schritt fest, der eine positive Entwicklung wäre. Da die Präsidentschaft der Kommission aber einer fünfjährige Amtszeit hat, hat Europa bereits ein Gesicht, das jeder kennt, und der Präsident des Europäischen Parlaments seinerseits verkörpert die Stimme der 500 Mio. Bürger. Die Tagung des Europäischen Rates im Juni wird innerhalb des rechtlichen Rahmens des Vertrags von Nizza stattfinden, und es scheint, dass einige Mitgliedstaaten versucht sein werden, auf den Vertrag von Lissabon zu warten, bevor sie eine institutionelle Entscheidung treffen und insbesondere, bevor der Präsident der Kommission ernannt wird.

Es ist also eine unglückliche Sache, dass wir noch nicht wissen, ob und wann der Vertrag von Lissabon in Kraft tritt, und wir müssen ihn ganz klar ohne weitere Verzögerungen in Kraft setzen. Haben wir die Europawahlen verschoben, weil der Vertrag von Lissabon innerhalb des Europäischen Parlaments beliebter gewesen wäre? Nein, haben wir nicht, und unsere Fraktion erwartet so bald wie möglich eine klare Botschaft vom Rat hinsichtlich seiner Absichten in dieser institutionellen Angelegenheit.

Ähnlich hoffen auch die Mitglieder der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und Europäische Demokraten ernsthaft, dass die Abstimmung im tschechischen Senat, mit der für morgen gerechnet wird, den Weg für die bevorstehende Ratifizierung des Vertrags von Lissabon frei machen wird, durch das Land, das die Ratspräsidentschaft inne hat.

Ich möchte auch sagen, wie sehr wir die Art zu schätzen wissen, in der Sie die Arbeit des Parlaments in den ersten Monaten der Präsidentschaft in einer schwierigen Situation, mit der Energiekrise zwischen Russland und der Ukraine und natürlich der Finanzkrise, geleitet haben. Sie haben außerdem die Wichtigkeit der Kontinuität in der europäischen Politik hervorgehoben und die Wichtigkeit der Einheit zwischen unseren Ländern hinsichtlich unserer Beziehung zu unseren wichtigsten Partnern während des Europa-USA-Gipfels mit Barack Obama unter Beweis gestellt. Ich hoffe, dass die tschechische Präsidentschaft in einem ebenso positiven und konstruktiven Sinne endet, wie sie begonnen hat. Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union steht auf dem Spiel.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Europäische Rat wird natürlich auch über die neuesten Entwicklungen der Wirtschaftskrise und die Maßnahmen, die auf Verlangen Europas umgesetzt wurden, um die internationalen Finanzsysteme zu bereinigen, sprechen. Ich möchte etwas zu den neuesten Vorschlägen der Europäischen Kommission diesbezüglich sagen, insbesondere hinsichtlich der Abfindungsvereinbarungen,

Bonuszahlungen, die an Händler oder spekulative Fonds gezahlt wurden. Dies sind alles Maßnahmen, die in die richtige Richtung gehen, indem sie den Finanzmärkten Regeln auferlegen, um uns zu helfen, so schnell wie möglich wieder auf die richtige Spur von Wachstum und Beschäftigung zu kommen. Dies sind alles Maßnahmen, die wieder einmal hervorheben, dass diejenigen, die oft demagogisch die Kommission und die Europäische Union der Gelähmtheit oder Schwäche bezichtigen, sich irren und unsere Mitbürger täuschen.

Wenn diese Präsidentschaft zu einem Ende kommt und an die schwedische Präsidentschaft übergibt, werden die Europäer ihre Ansichten durch die Europawahlen zum Ausdruck bringen, und ich hoffe, dass die Entscheidung, die sie treffen, uns helfen wird, gemeinsam die wichtigen Verpflichtungen, die uns erwarten, anzugehen.

Hannes Swoboda, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte zuerst Ihnen, Herr Alexandr Vondra, herzlich danken für Ihr persönliches Engagement, denn nur durch Ihr persönliches Engagement war es möglich, doch noch große Gesetzgebungspakete während der tschechischen Präsidentschaft durchzubringen. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken!

Ich möchte aber an das anschließen, was Sie gesagt haben. Es geht nämlich um die Neubestellung der Kommission. Sie haben gesagt, Sie werden das Parlament konsultieren. Ich darf Ihnen oder dem Rat gleich heute einen Rat geben: Sie wissen genau, und Präsident Barroso weiß es auch, wir wollen einen Kurswechsel haben! Wir wollen einen Kurswechsel haben, wir wollen eine Kommission, die dem Sozialen mehr Aufmerksamkeit schenkt, als das bisher der Fall war!

Leider, Herr Kommissionspräsident, ist das, was Herr McCreevy hinsichtlich der Hedgefonds vorgestellt hat, nicht das, was Poul Nyrup Rasmussen vorgeschlagen hat und was wir akzeptieren können. Die EVP steht anscheinend dahinter. Wir stehen gegenüber einer solchen Richtlinie, die nach dem Prinzip Schweizer Käse gemacht worden ist, also mehr Löcher als Substanz, nicht positiv gegenüber. Wir können hier McCreevy nicht das Vertrauen aussprechen!

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf Ihre Konsultation, die Sie, wie gesagt, schon heute haben können. Richtungsentscheidung heißt für uns, dass das Soziale viel stärker in der Arbeit der Kommission, aber auch des Rates vertreten sein muss. Sie müssen aus unserer Sicht einem Kandidaten oder einer Kandidatin auch das Vertrauen und die Ermächtigung geben, die soziale Stärke in den Vordergrund zu rücken.

Und damit es nicht nur abstrakt bleibt: Wir haben in einem Positionspapier mit dem Titel „Für ein Europa des sozialen Fortschritts“ als sozialdemokratische Fraktion die Dinge festgelegt. Dies reicht von der Änderung der Entsendungsrichtlinie bis zu einem Sozialprotokoll, das in Ergänzung zu den Verträgen, in Ergänzung zu Lissabon auch klar die soziale Dimension dieses Europa festhalten soll. Und das unterscheidet sich schon, Kollege Daoul, von dem Papier, das die EVP vor kurzem in Warschau beschlossen hat. Wenn Sie die beiden Papiere vergleichen, ist da ein großer Unterschied! Wir bekennen uns eindeutig zur sozialen Marktwirtschaft, und „sozial“ ist dreimal unterstrichen. Die EVP stellt in ihrem Papier einmal die soziale Marktwirtschaft und einmal die freie, also ungezügeltere, unregelte Marktwirtschaft in den Mittelpunkt. Das ist nicht das, was wir wollen, das ist der Unterschied gerade auch zwischen der Europäischen Volkspartei und unserer Fraktion.

Lassen Sie mich noch ganz kurz ein Wort auch zur wirtschaftlichen Situation sagen, die Sie angesprochen haben. Poul Nyrup Rasmussen wird das klar und deutlich zum Ausdruck bringen. In Ergänzung zu dieser Aktivität, die gerade auch jetzt Martin Schulz europaweit propagiert und voranbringt – daher bitte ich auch die Entschuldigung von Martin Schulz anzunehmen – möchte ich noch einmal klarstellen: Die Wirtschaftskrise hat wieder deutlich gemacht, dass der Mangel an wirtschaftspolitischer Koordination, für den nicht nur die Kommission, sondern auch der Rat verantwortlich ist, mitverantwortlich ist für die schwache Art, wie wir diese Krise bewältigen. Die Krise wäre auch so über uns gekommen, aber dass wir nicht genügend Instrumente haben, dagegen zu wirken, dass wir bei den Eurofonds immer noch nicht vorangekommen sind, ist etwas, das uns zutiefst bedrückt.

Der letzte Punkt, den ich erwähnen möchte, weil er mich besonders berührt, ist die steigende Jugendarbeitslosigkeit. Kommissar Vladimír Špidla hat ganz klar gesagt: Jetzt kommt eine Generation von jungen Leuten auf den Arbeitsmarkt, und was erleben sie? Hohe Jugendarbeitslosigkeit! Daher müssen wir alle etwas dagegen tun! Alle miteinander: Rat, Kommission und die einzelnen Regierungen müssen mit aller Kraft danach trachten, dass für Jugendliche das Erste, das sie auf dem Arbeitsmarkt erleben, nicht Arbeitslosigkeit ist, sondern Ausbildung und Fortbildung, damit sie für den Arbeitsmarkt besser vorbereitet sind. Diese Botschaft an die Jugend müssen wir gemeinsam aussenden, weil dies ganz wichtig ist, auch für die soziale Stabilität in unserer Gesellschaft.

Graham Watson, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, wir sehen der nächsten Tagung des Europäischen Rates teils mit Besorgnis, teils mit Ehrgeiz entgegen. Ein wichtiger Punkt der Agenda sollte natürlich die Ernennung des nächsten Kommissionspräsidenten sein, aber diese Ernennung kann nicht gesondert betrachtet werden. Der Präsident wird durch die Kommissare unterstützt, und angesichts des Lissaboner Stillstands sind wir in der Angelegenheit, wie diese Posten besetzt werden, nicht schlauer.

Wenn wir also die Bürger bitten, ihre neuen Parlamentarier in nur noch vier Wochen zu wählen, tun wir dies auf der Grundlage der Unsicherheit, und wir laufen Gefahr, dass das Vakuum durch den Opportunismus der Gegner Europas gefüllt wird. Die Zeit ist gekommen, klarzumachen, wie wir weitermachen. Herr Daul hat seine Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, dass die größte Fraktion den Kommissionspräsidenten vorschlagen sollte, wie es vor fünf Jahren der Fall war. Meine Fraktion schließt sich dieser Logik an. Der nächste Kommissionspräsident, wann auch immer er oder sie ernannt wird, muss die rechtliche Grundlage und den Zeitrahmen für die Ernennung des Kollegiums der Mitglieder der Kommission kennen. Die logische Vorgehensweise ist, alle Ernennungen auf der Grundlage von Nizza oder auf der Grundlage von Lissabon vorzunehmen. Das ist die Art von Gewissheit, die die Bürger brauchen. Die Mitgliedstaaten, die den Vertrag von Lissabon noch ratifizieren müssen, sollten handeln, damit die Sache leichter abgehandelt werden kann. Morgen wird der tschechische Senat über den Vertrag abstimmen, wobei eine Mehrheit von drei Fünfteln notwendig ist. Wenn man davon ausgeht, dass er angenommen wird, wird das Dokument an Herrn Klaus weitergeleitet. Er sollte es unverzüglich unterschreiben.

Herr Ratspräsident, ihre Präsidentschaft war keine schlechte. Wie Herr Barroso sagte, wurden eine Reihe von Rechtssetzungsakte erfolgreich zum Abschluss gebracht, aber die wichtigsten Tatsachen sind - trotz der intensiven Bemühungen Ihrerseits und Ihres Teams, Herr Vondra, und wir wünschen Ihnen alles Gute -, dass wir zum ersten Mal einen Euroskeptiker zum Ratspräsidenten und den Zusammenbruch einer Regierung mitten während ihrer Präsidentschaft hatten. Außerdem tut es mir leid, daran erinnern zu müssen, aber es wird einige Zeit dauern, bis wir die *Entropa*-Skulptur vergessen haben, ganz gleich, wie gern wir es täten. Wenn also der Präsident den Ministerpräsidenten beim Gipfelvorsitz ablöst, lassen Sie ihn seine Amtszeit mit einer positiven Geste beenden. Lassen Sie ihn seine Unterschrift unter dem Vertrag von Lissabon bestätigen.

Was Lissabon betrifft, so wird er den Europawahlkampf nicht bestimmen. Die europäischen Wähler sind weniger an verfassungsrechtlichen Fragen interessiert als an praktischen Lösungen für die Probleme, die vor ihnen liegen, und ich bitte Sie eindringlich, auf Ihrem Gipfel diese Probleme anzuerkennen. Die europäische Wirtschaft ächzt immer noch unter dem Gewicht der Rezession, und die Bürger müssen wissen, wie wir diese Last von ihnen nehmen werden. Meine Fraktion begrüßt die Vorschläge zu den Hedge-Fonds der Kommission als einen guten ersten Schritt. Die Umwelt Europas schwebt weiterhin in Gefahr, da das Klimachaos immer näher rückt, und die Wähler müssen begreifen, dass die Europäische Union den Prozess zurückdrängen kann. Die Werte Europas werden von Verstößen gegen die Menschenrechte, die vor unserer Haustür geschehen, unterwandert, und die Menschen sollten verstehen, dass die Europäische Union weiterhin fest entschlossen ist, dieses Unrecht zu beheben. Dies sind die Herausforderungen unserer Zeit. Dieser Wahlkampf muss zeigen, dass Europa der Aufgabe gewachsen ist und dass Europa allein gerüstet ist, um sie zu erfüllen.

Brian Crowley, *im Namen der UEN-Fraktion*. – (GA) – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident, auf der im nächsten Monat abgehaltene Tagung des Rates werden die wirtschaftlichen Fragen der Europäischen Union im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Es müssen Vorschläge erarbeitet werden, um die Wirtschaft wieder in ihren vorherigen Zustand versetzen. Diese Vorschläge müssen sofort umgesetzt werden, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

im Namen der UEN-Fraktion. – Wenn wir heute über die Zukunft Europas reden, werden 99 % der Menschen, mit denen wir reden oder von denen wir behaupten, dass wir mit ihnen reden, sich nicht so sehr für die Zukunft Europas interessieren, wie für ihre eigene Zukunft. Sie interessieren sich für die wirtschaftliche Lage und die gegenwärtige Unsicherheit. Zu oft in diesem Plenarsaal oder selbst innerhalb der Institutionen der Europäischen Union scheinen wir uns damit aufzuhalten, ein ideologisches Dilemma auf das nächste zu türmen, anstatt uns mit den echten und anspruchsvollen Problemen der Menschen zu beschäftigen.

Insofern haben wir, glaube ich, eine großartige Führerschaft der Kommission und des Rates hinsichtlich der ersten Reaktion auf die Wirtschaftskrise gesehen. Ein entschlossenes, schnelles Vorgehen, um das Bankensystem zu stabilisieren; ein entschlossenes, schnelles Vorgehen, um ein Maß an Sicherheit und Zuversicht in die Arbeit der Märkte in der Europäischen Union zu schaffen; und, das Wichtigste von allem, Ehrgeiz - eine ehrgeizige Vision dessen, was die Zukunft sein kann. Nicht die Reaktionen und Antworten

auf die Geschehnisse andernorts abwarten, sondern den Vorstoß zu den bevorstehenden Ereignissen selbst vornehmen.

Anstatt mit dem Finger auf den ein oder anderen Kommissar zu zeigen und anstatt Parteipolitik zu machen, wie manche es in diesem Zusammenhang versucht haben, sollten wir danach streben, zusammenzukommen und neue Wege für Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Um das zu tun, müssen wir innovativ sein, wir müssen kreativ sein und, was am wichtigsten von allem ist, wir müssen mit den Menschen darüber, was wir wirklich leisten können, ehrlich reden. Zu oft neigen wir dazu, uns mit markanten Sprüchen mitzuteilen und uns in Szene zu setzen, anstatt uns mit den tatsächlichen Geschehnissen zu beschäftigen.

Wir haben in der Vergangenheit Fehler begangen: Irren ist menschlich und vergeben göttlich, wie es in dem alten Sprichwort heißt. Noch wichtiger ist, wie es das alte Sprichwort sagt, wir liegen alle in der Gosse, aber einige von uns betrachten die Sterne. Das ist die Art von Ehrgeiz, die wir jetzt brauchen, um sicherzustellen, dass wir die wirtschaftliche Situation in der Europäischen Union stärken, neue Arbeitsplätze, neue Hoffnung und neue Möglichkeiten schaffen können und dass das gemeinsame Wissen, die gemeinsame Stärke und die gemeinsame Macht, welche die Europäische Union derzeit darstellt, als eine Kraft des Guten, nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt, genutzt werden kann, um ein Beispiel dafür zu geben, was geschehen sollte.

Schließlich möchte ich dem Ratspräsidenten, Herrn Vondra, für seinen fortwährenden Beitrag zu dieser Debatte im Plenarsaal, für den Respekt und die Höflichkeit, die er uns jederzeit entgegengebracht, und, trotz der schwierigen politischen Umstände in seiner Heimat, für die fortwährende Übermittlung des Programms für die tschechische Präsidentschaft danken.

Schließlich möchte ich sagen, dass ich beim kommenden Wahlkampf nicht den Luxus wie vielleicht andere Kollegen haben werde, auf einer Liste zu sein. Ich muss rausgehen und jeden Tag gewöhnliche Menschen treffen und mich mit ihren gewöhnlichen Sorgen beschäftigen. Worüber sie sich sorgen, sind ihr Arbeitsplatz, ihre Hypothek und die Zukunft ihrer Kinder, und darum sollten wir uns kümmern.

Monica Frassoni, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, morgen werden Sie entscheiden, ob dem Vertrag von Lissabon zugestimmt wird oder nicht. Wir hoffen natürlich, dass Sie uns aus dieser heiklen Lage befreien.

Hiernach können wir nur sagen, dass die Situation, in der wir uns heute befinden, wieder einmal die völlige Unangemessenheit des Reformprozesses des Vertrags offenbart. Das einstimmige Verfahren ist ein Fehler. Dieses Parlament hat es 1984 zu einem Streitpunkt gemacht und, zusammen mit Altiero Spinelli, vorgeschlagen, dass die Verträge von einer Mehrheit ratifiziert werden sollten, und bei Ablehnung der Ratifizierung sollte denjenigen ohne Bedauern mit einer Übereinkunft darüber, wie es weitergeht, die Tür gewiesen werden. Wir glauben, dass dies eine zeitgemäße konstitutionelle Reform gewesen wäre, und ich fürchte, dass dieses Parlament in dieser Wahlperiode wirklich eine Gelegenheit verpasst hat, eine treibende Kraft für die Integration und konstruktive Reform der Verträge zu sein, indem es dieses unbefriedigende Verfahren hinnimmt.

Der Präsident hat auch betont, dass es wahr ist, dass die nächste Tagung des Europäischen Rates nach den Wahlen abgehalten wird - und er sagte auch, dass dieser Europäische Rat den nächsten Kommissionspräsidenten ernennen sollte, was viele von uns ständig wiederholen. Wir glauben allerdings nicht, dass dies notwendig ist, insbesondere, wenn es keine Klarheit darüber gibt, was mit dem Vertrag sein wird: Wir glauben, dass entweder die gesamte Kommission, einschließlich des Präsidenten, im Einklang mit dem Vertrag von Nizza ernannt werden sollte oder dass der Präsident und auch die Kommission im Einklang mit dem Vertrag von Lissabon ernannt werden sollten. Ich glaube, es wäre ein Fehler, beide zu vermischen; es wäre ein Betrug an den Wählern und der Öffentlichkeit, da es noch deutlicher machen würde, dass diese Institution bloß ein "Fußabtreter" ist, wenn es um die Interessen der Mitgliedstaaten und der Regierungen geht.

Herr Swoboda, Sie haben Präsident Barroso ein wenig für seine Politik kritisiert, aber ich möchte das wiederholen, was unsere Fraktion seit einiger Zeit sagt: Wenn wir vermeiden wollen, dass der politische Kurs von Präsident Barroso in diesem Parlament wieder eine Mehrheit bekommt, müssen wir nicht nur die Wahlen gewinnen, sondern auch einen anderen Kandidaten vorschlagen; das wäre ein Vorgehen, das unsere Fraktion ablehnt. Präsident Barroso ist in diesem Wahlkampf offensichtlich auf sich allein gestellt, und ich glaube, dass das ein schwerer Fehler ist, für den, wie ich glaube, hauptsächlich Ihre Fraktion verantwortlich ist: Das Problem ist nicht der arme Herr McCreevy, sondern die Vorgehensweise innerhalb dieser ganzen Wahlperiode,

die Bemühungen von Sozialdemokraten wie Herr Verheugen und andere Dinge, die weder uns noch Sie in dieser Wahlperiode beeindruckt haben.

Ich möchte schnell zwei Dinge über das Thema der Führung sagen oder die vermeintliche Führung der Europäischen Union beim Klimawandel. Eines ist klar: Der Europäische Rat wollte sein Geld nicht auf den Tisch legen. Daher haben wir, so wie es heute aussieht, kein Übereinkommen, da es klar ist, dass, selbst wenn die Vereinigten Staaten mitmachen, wenn wir den Ländern, die Maßnahmen ergreifen müssen, um sich an den Klimawandel anzupassen und ihn zu entschärfen, keine finanzielle Vereinbarung von 100 Mrd. EUR anbieten, werden wir in Kopenhagen keine Einigung erzielen. Da wir diejenigen waren, die sich mit der Führungsrolle geschmückt haben, werden wir keine Einigung erzielen wenn, wir dieses Geld und diese Maßnahmen nicht auf den Tisch legen, und die größte Verantwortung wird bei den Europäern liegen.

Ich komme jetzt zur Krise auf den Finanzmärkten und möchte sagen, dass wir ein wenig widersprüchlich sind, da wir einerseits sagen, dass wir sie unbedingt kontrollieren müssen, dass wir sie beschränken und regulieren müssen, aber andererseits, wenn wir zum Beispiel vorschlagen, dass CARICOM zu einer Übereinkunft in dieser Sache kommen sollte, was schlagen wir dann tatsächlich vor? Die vollkommene Liberalisierung der Girokonten aller Bürger, der Kapitalkonten für Investoren mit praktisch unbegrenztem Vermögen ohne irgendwelche Regeln für Finanzdienstleistungen: Für die Finanzdienstleistungen und für den Klimawandel übernehmen wir daher Regeln, bei denen wir dann nicht sicherstellen können, dass sie im innen- und außenpolitischen Bereich beachtet werden. Ich glaube, dass Widersprüchlichkeit heutzutage das wahre Problem der Europäischen Union ist.

Ilda Figueiredo, im Namen der GUE/NGL-Fraktion. – (PT) Die nächste Tages des Rates muss die ernste wirtschaftliche und soziale Situation, die durch die Krise des Kapitalismus und der neoliberalen Politik ausgelöst wurde, zum Thema machen. Die politischen Führungskräfte der Europäischen Union können sich ihrer Verantwortung nicht länger entziehen. Noch können alle diejenigen sich der Verantwortung entziehen, welche die Verteidigung von Produktion und Sozial- und Arbeitsrechten in den Hintergrund gedrängt haben, um dem Liberalismus der Lissabon-Strategie, den irrationalen Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts und dem Ansatz der Europäischen Zentralbank mit ihrer falschen Unabhängigkeit, die tatsächlich immer nur den Interessen der Wirtschafts- und Finanzkonzerne gedient hat, Vorrang zu geben.

Die aktuellen Prognosen der Europäischen Kommission, ein Rückgang des BIP um 4 % in diesem Jahr und eine Stabilisierung erst im Jahr 2010, begleitet von einem Verlust von 8,5 Millionen Arbeitsplätzen in den nächsten zwei Jahren sowie eine Vorhersage, dass die Arbeitslosenquote etwa 11 % erreichen wird, sind sehr ernst und beweisen die Wirkungslosigkeit der Maßnahmen, die bis heute ergriffen wurden.

Wer kann diesem exponentiellen Anstieg der Arbeitslosigkeit gleichgültig gegenüberstehen, die eine Zahl von 30 Millionen Arbeitslosen in der Europäischen Union erreichen könnte? Wir müssen uns daher dringend von der neoliberalen Politik auf Gemeinschaftsebene lösen, welche die Krise des Kapitalismus noch verschlimmert hat. Wir müssen der Schaffung von Arbeitsplätzen mit Rechten für den Arbeitnehmer, der Verteidigung der Produktion in der Gemeinschaft, der Stärkung des öffentlichen Dienstes und einer gerechten Verteilung des Einkommens Vorrang geben, um die Armut zu verringern. Wir müssen dringend dafür sorgen, dass der soziale Zusammenhalt zwischen der Wirtschaft und dem sozialen Bereich nicht mehr nur eine hohle Phrase ohne irgendeinen klaren Inhalt ist, und wir müssen dafür sorgen, dass das Prinzip „Rette sich, wer kann“ abgeschafft wird.

Wir brauchen einen Sonderhaushalt der EU, um sicherzustellen, dass Solidarität mit und verstärkte Unterstützung für die am meisten betroffenen Menschen und die schwächsten Volkswirtschaften gewährt wird. Wir müssen Arbeitsplätze mit Rechten für junge Menschen, Frauen und Arbeitslose schaffen, die Kaufkraft der Bevölkerung erhöhen, die Nachfrage ankurbeln und kleinste, kleine und mittlere Unternehmen unterstützen.

Anstatt weiter auf dem Vertragsentwurf von Lissabon zu bestehen, müssen wir die souveräne Entscheidung des irischen Volkes respektieren.

Anstatt weiter darauf zu bestehen, dem Finanzsektor Vorrang einzuräumen, müssen wir den Steueroasen ein Ende bereiten und den produktiven Sektoren in der Europäischen Union Vorrang gewähren, indem wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt abschaffen und ihn durch einen Pakt für soziale Entwicklung und Fortschritt ersetzen.

Anstatt weiter die Bestimmungen zu liberalisieren und die Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen, müssen wir uns auf öffentliche Investitionen konzentrieren, welche die produktiven Sektoren ankurbeln können,

Entlassungen verhindern, den durchschnittlichen Arbeitstag ohne Lohnabschlag verkürzen, Arbeitslosigkeit verhindern und einen allgemeinen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Forschung, Wohnungen, Justiz und Umwelt sicherstellen.

Das ist es, was die Menschen in unseren Ländern von uns erwarten. Wenn wir wollen, dass mehr europäische Bürger an den Europawahlen teilnehmen, dann müssen wir so auf die Menschen eingehen, wie es die breite Öffentlichkeit und die Arbeitnehmer in unseren Ländern von uns erwarten und verdienen.

Hanne Dahl, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (DA) Herr Präsident, der Beschäftigungsgipfel war eigentlich für den 7. Mai in Prag geplant. Wie wir alle wissen, war die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren ein regelmäßiger Punkt auf der Tagesordnung des Gipfels im Frühjahr. Hier haben die Führer der Mitgliedstaaten die sogenannte Lissabon-Strategie besprochen, die der Plan der EU für mehr und bessere Arbeit ist. Er ist auch das Forum, in dem Vertreter der Parteien auf dem Arbeitsmarkt die Gelegenheit hatten, ihre Ansichten zur Arbeitslosigkeit vorzustellen. Es war jedoch kein großer gemeinsamer Gipfel über den Anstieg der Arbeitslosigkeit in Europa. Stattdessen war es ein Troika-Gipfel, der viel weniger ehrgeizig war. Diejenigen an der Spitze der EU entschieden sich somit, kein klares Signal vor den Wahlen zum Europäischen Parlament zu setzen. Das hätte fast Absicht sein können!

Bei einem Treffen mit dem Generalsekretär des EGB, John Monks, wurde mir zu verstehen gegeben, dass die Ankündigung ein sehr schlechtes Signal an die Arbeitnehmer war. Herr Monks hat keinen Zweifel, dass sie den Eindruck vermittelt, dass die Führer Europas sich nicht hinreichend um das Problem der Arbeitslosigkeit kümmern. Die Arbeitnehmer glauben, dass sie keine Möglichkeit haben, um ihrer Stimme auf höchster Ebene Gehör zu verschaffen. Der Kommission zufolge - einige meiner Kollegen haben das angesprochen - wird die Arbeitslosigkeit 2010 um 11 % steigen, und das Haushaltsdefizit wird bis 7,5 % des Bruttoinlandsprodukts beträchtlich steigen. Das ist keine Überschätzung der Situation; eher das Gegenteil. Es stellt eine bedeutende Herausforderung für das aktuelle System der Einheitswährung dar.

Eine Reihe von Ländern hat sehr große Probleme mit dem Euro. Dazu gehören Irland, die Mittelmeerländer und die osteuropäischen Länder, und die Probleme wurden durch die internationale Wirtschaftskrise erheblich verstärkt. Länder außerhalb der Eurozone, wie das Vereinigte Königreich, Dänemark und Schweden, kommen gut zurecht. Somit glaube ich, dass ein Gipfel im Juni vermeiden kann, Stellung zu der Tatsache, dass das Eurosystem so viele immanente Probleme aufweist, zu beziehen. Der Gipfel im Juni muss Stellung dazu beziehen, wie die Länder, die besonders große Probleme haben, sich selbst aus dem festen Griff des Euros lösen können.

Natürlich kann man sich dafür entscheiden, eine „Wirtschaftsregierung“ zu etablieren, aber ich habe noch von keinem Land gehört, das große Bereiche seiner Finanzpolitik an die EU übergeben möchte - nicht einmal Deutschland als stärkste Nation in der EU. Daher möchte ich fragen: Wie viele Leute in der EU werden unter einem Eurosystem leiden müssen, das in Wirklichkeit bedeutet, dass die Menschen in Europa die miserablen Kriterien des Stabilitäts- und Wachstumspakts erdulden müssen? Wie schon erwähnt, ist die Situation in Irland, Griechenland und einer Reihe anderer Staaten besonders kritisch. Ich glaube, dass diese Länder wissen müssen, dass sie sich natürlich von den strengen Euro-Kriterien befreien können, selbst wenn es hinsichtlich eines Ausstiegs keine Klausel gibt. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass die Länder in der Lage sind, ihre eigene Beschäftigungspolitik festzulegen.

Jana Bobošíková (NI). – (CS) Herr Ratspräsident, Herr Stellvertretender Ministerpräsident Vondra, obwohl Sie der Vertreter einer gescheiterten Regierung sind, entlässt Sie das nicht aus der Verantwortung, die Sie nicht nur gegenüber den Bürgern der tschechischen Republik tragen, sondern gegenüber der ganzen Europäischen Union. Ich fordere Sie daher auf, mit der undemokratischen und falschen Unterstützung des Vertrags von Lissabon aufzuhören und die Bürger über den wahren Stand der Dinge zu informieren. Bitte sagen Sie ihnen, dass die Europäische Union in einer Wirtschaftskrise effektiv funktioniert, dass sie die notwendigen Maßnahmen ergreift, dass die Mitgliedstaaten in der Lage sind, einander zu helfen und dass der Vertrag von Lissabon für das alles vollkommen unnötig ist. Sie sollten die unerhörte Behauptung der tschechischen Präsidentschaft, dass jeder, der den Vertrag von Lissabon nicht akzeptiert, die Union verlassen sollte, öffentlich zurücknehmen. Sie sollten offen sagen, dass die rechtliche Trumpfkarte nun in den Händen derer liegt, die den Vertrag von Lissabon nicht ratifizieren, also der Iren und anderer freidenkender Völker in der EU. Sie sollten sagen, dass die derzeitigen Verträge nicht einseitig aufgekündigt werden können und dass ein Rückzug aus der EU nur mit Zustimmung aller Mitgliedstaaten möglich ist; und dass somit kein Mitgliedstaat ohne seine eigene Zustimmung aus der EU ausgeschlossen werden kann..

Schließlich, Herr Stellvertretender Ministerpräsident Vondra, sollten Sie Ihre unwahre Behauptung zurückziehen, dass 25 Länder dem Vertrag von Lissabon zugestimmt haben. Wenn Sie sich dieser Ereignisse bewusst sind, dann müssen Sie wissen, dass die Ratifizierung in sechs Ländern, einschließlich Deutschland und Polen, nicht abgeschlossen wurde. Bitte denken Sie auch daran, dass der Vertrag von Lissabon nicht nur von den irischen Bürgern abgelehnt wurde, sondern zum Beispiel auch von dem prominenten linken deutschen Politiker Oskar Lafontaine, von dem prominenten christdemokratischen Politiker und ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Bundespräsidenten Roman Herzog und von dem ehemaligen Mitglied dieses Parlaments, Graf von Stauffenberg, dem Sohn des Hitler-Attentäters. Nicht zuletzt wurde er auch von dem Präsidenten Ihres eigenen Landes, Václav Klaus, abgelehnt. Die Argumente, die von diesen Leuten vorgebracht wurden, haben einen gemeinsamen Nenner: Bedenken über die Auswirkungen eines massiven Verlusts der Souveränität der Mitgliedstaaten, was sich auf das Alltagsleben der Bürger der EU-Mitgliedstaaten auswirkt.

Herr Stellvertretender Ministerpräsident Vondra, vor 20 Jahren haben Sie persönlich zum Sturz eines Regimes beigetragen, dass seine Nachbarn unterdrückt, seine Bürger verachtet und sein Volk belogen hat. Dafür werden Sie zu Recht respektiert. Ich verstehe daher nicht, warum Sie sich jetzt zu den gleichen Praktiken herablassen. Sie geben den Argumenten all derer Gewicht, welche die Europäische Union mit dem sozialistischen Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Brüssel mit Moskau vergleichen. Ich möchte betonen, dass der Ruf der tschechischen Präsidentschaft nicht durch den Sturz der tschechischen Regierung, sondern durch den unverhohlenen auf Irland ausgeübten Druck gelitten hat, wobei die tschechische Präsidentschaft sicherlich eine Rolle spielt. Ganz abgesehen von den Lügen, die über den Vertrag von Lissabon von den höchsten Vertretern der Präsidentschaft verbreitet werden - Lügen, mit denen Sie den demokratischen Prozess der Europäischen Union diskreditieren. Sie sind vielleicht zurückgetreten, aber Sie haben immer noch eine Verantwortung. Bitte stellen Sie sicher, dass der Europäische Rat auf seiner letzten Tagung unter einem tschechischen Vorsitz seine Funktion so ausübt, dass der Eindruck, den unser Land hinterlässt, nicht der des Totalitarismus, der Nötigung und der Lügen, sondern der Achtung der Demokratie, Freiheit und vor allem der wahren Tatsachen ist. Nur so können Sie bestätigen, dass die Demonstrationen vor 20 Jahren, als die Menschen mit ihren Schlüssel auf den Marktplätzen gerasselt haben, nicht vergebens waren.

Timothy Kirkhope (PPE-DE). - Herr Präsident, die tschechische Präsidentschaft hat wichtige Erfolge in einer schwierigen Zeit erzielt, und diese Bilanz ist nicht zuletzt den persönlichen Fähigkeiten von Ministerpräsident Topolánek und Minister Vondra geschuldet, die heute bei uns sind. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um ihnen meine Anerkennung zu zollen und ihnen für ihre Arbeit in den letzten fünf Monaten zu danken.

Ohne Zweifel wird die wirtschaftliche Situation den Gipfel im Juni beherrschen, der sich natürlich auf kurz- und mittelfristige Maßnahmen konzentrieren wird, um die Verbraucher dazu zu bewegen, Geld auszugeben und die Banken zu veranlassen, wieder Kredite zu gewähren. Er sollte sich jedoch auch damit beschäftigen, wie die EU Unternehmen langfristig helfen kann. Das wird für einige kleine Unternehmen bedeuten, den Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern und ihre Möglichkeiten auf dem Binnenmarkt zu maximieren, aber für viele wird die Antwort einfach lauten, dass die Politiker die Bürokratie und ihre Interventionen zurückfahren müssen.

Darum darf Europa in diesem Juni keinen sozialistischen Weg einschlagen. Der wirtschaftliche Abschwung veranlasst die Sozialisten dazu, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Sie glauben, dass die Politiker diktieren sollten, wie viele Stunden man arbeiten darf. Sie glauben, dass die Gewerkschaften einem die Arbeitsbedingungen vorschreiben sollten. Vor allem glauben sie, dass sie es, im Gegensatz zu den Menschen, am besten wissen. Nichts bringt die Einstellung "Die Politik weiß es am besten" besser zum Ausdruck als die kürzlich geführte Debatte über die Arbeitszeitrichtlinie.

Die konservativen MdEP haben sich in der letzten Woche gefreut, dass sie den jüngsten Versuch der Labour-MdEP aus dem Vereinigten Königreich, die Ausnahmeregelung Großbritanniens der Richtlinie zu kassieren, abwehren konnten. In Großbritannien nutzen 3 Millionen Menschen die Ausnahmeregelung. Ihre Geschäfte, Arbeitnehmer und öffentliche Dienste sind auf diese Möglichkeit angewiesen.

Die tschechische Präsidentschaft ist in dieser Debatte auf der Seite der Arbeitnehmer und ich beglückwünsche sie, dass sie den jüngsten Angriff der Sozialisten abgewehrt hat. Ich mahne den Rat, im Juni dieses Thema eindeutig zu regeln und klar zu machen, dass die Arbeitnehmer, nicht die Politiker, die Arbeitszeit bestimmen sollten.

Poul Nyrup Rasmussen (PSE). - Herr Präsident, ich stehe hier mit dem Gefühl, dass ich auf einem anderen Planeten bin und ich frage mich, was hier gerade vor sich geht. Es ist seltsam. Wir befinden uns in der schlimmsten Krise seit 1929. Vor zwei Tagen sagte Kommissar Almunia, dass wir in diesem Jahr ein Wachstumsminus von 4 % und im nächsten Jahr 27 Millionen Arbeitslose haben werden. Herr Barroso, verglichen mit den letzten beiden Jahren - diesem Jahr und dem vorherigen - entspricht das einem Anstieg um 10 Millionen Arbeitslosen.

Und was höre ich? Nichts! Nichts! Ich höre, dass die Absicht lautet, eine Botschaft zu haben, und ich höre, dass Sie gedenken, etwas zu tun, um denen zu helfen, die am meisten betroffen sind. Aber darf ich Sie daran erinnern, dass eine Arbeitslosenquote von 11,1 % im nächsten Jahr 27 Mio. Arbeitslose bedeutet? Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie beim G20-Gipfel, mit einigem Widerstand einiger führender europäischer Politiker, akzeptiert haben, dass wir bereit sind mehr zu tun, um ein höheres Wirtschaftswachstum zu erzielen, falls dafür ein Grund vorliegt?

Herr Kommissionspräsident, ich habe 27 Millionen gute Gründe, um mehr zu tun. Darum wende ich mich heute an Sie. Ich weiß, dass Sie ein vernünftiger Mensch sind; ich weiß, dass Sie für Argumente zugänglich sind. Darf ich Ihnen folgenden Vorschlag machen? Ich schlage vor, dass Sie drei sorgfältig geplante Gipfel vor dem Gipfel im Juni mit ausgewählten Teilnehmern abhalten, wo Sie ein neues Konjunkturprogramm entwerfen - ein Konjunkturprogramm, das einem Plus von 2 % der realen Nachfrage entspricht, mit 0,5 % Finanzierung auf EU-Ebene - wobei die eine Hälfte von den Mitgliedstaaten und die andere durch die Kommunen finanziert wird; wo Sie einen neuen Sozialplan hinzufügen, um sich um die immensen Kosten der durch die Krise verursachten Arbeitslosigkeit zu kümmern, um zu einer intelligenten Arbeitsteilung zu gelangen, während Sie das Erasmus-Programm nutzen, um sicherzustellen, dass junge Leute in Ausbildungsmaßnahmen unterkommen, anstatt arbeitslos zu sein; und schließlich, wie Sie heute schon selbst indirekt gesagt haben, dass Sie jetzt ernsthaft versuchen, Euroanleihen auf eine zielgerichtete, gut gemachte und gut geplante Art vorzuschlagen, um sich um die Länder zu kümmern, die ihre Konjunkturprogramme nicht selbst finanzieren können.

Wir können es schaffen, wenn wir eine neue Entscheidung treffen; wir können es schaffen, wenn wir ein richtiges Krisenmanagement ausüben, und wir können es schaffen, wenn wir jetzt wirklich sagen: Lasst uns nicht anfangen, indem wir Berlin, London oder Paris fragen, was zu tun ist, sondern lasst uns anfangen, indem die Kommission die Führung übernimmt, indem sie einen Entwurf macht, der nicht darauf abzielt, allen Erwartungen gerecht zu werden. Anfangs wird nicht jeder glücklich sein, aber das ist die Voraussetzung dafür, Europa aus dieser schrecklichen Wirtschaftskrise herauszuführen.

Elisa Ferreira, unsere hervorragende Berichterstatterin, hat Ihnen, zusammen mit der Mehrheit des Europäischen Parlaments, eine neue starke Konjunkturanstrengung vorgeschlagen. Es ist also nicht bloß die Haltung der sozialistischen Fraktion, der Partei der Europäischen Sozialisten, der Sozialdemokraten, sondern ein gemeinsamer Wunsch, dass Sie etwas mehr tun sollten. Bitte tun Sie das. Bei einer Führerschaft geht es darum, etwas zu wagen, Risiken einzugehen und die Führung tatsächlich zu übernehmen.

Andrew Duff (ALDE). - Herr Präsident, ich schlage nicht vor, auf die tschechischen Senatoren oder das irische Volk in der Debatte heute Nachmittag Druck auszuüben, deswegen werde ich den Druck auf die Kommission erhöhen - und insbesondere auf den Präsidenten.

Es wird erwartet, dass der Europarat Präsident Barroso für eine zweite Amtszeit nominiert, und unter diesen Umständen würden wir erwarten, das Manifest von Präsident Barroso zu sehen und zu diskutieren. Wird er so ein Programm veröffentlichen und was wird es enthalten? Hauptsächlich sollte es sicherlich ein Fazit aus den Finanzturbulenzen und dem wirtschaftlichen Absturz ziehen, insbesondere, da wir uns einer Überprüfung des Haushalts vor 2012 nähern.

Wir müssen die Größe und die Form des Haushalts ändern, damit er stärker unsere wichtigsten politischen Schwerpunkte berücksichtigt. Die neue Kommission sollte für einen Transfer der Ausgaben von nationaler auf europäischer Ebene im Interesse der Kosteneffizienz und des Mehrwerts argumentieren. Sie sollte als ein wichtiges Ziel die Erweiterung der Eurozone miteinbeziehen und eine viel stärkere Eurogruppe unterstützen, die einer strikteren Steuerdisziplin und einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik und nicht einfach einer schlecht koordinierten nationalen makroökonomischen Politik, die wir im Moment haben, verpflichtet ist.

Und ja, sie sollte einen Vorschlag für die Erhöhung der Euroanleihen sowie eine größere föderale Überwachung des Finanzsektors und einen angemessenen Steueranreiz in Verbindung mit einem angemessenen, durch die Wiederaufnahme der Doha-Verhandlungsrunden entstandenen Handelsanreiz, aufnehmen.

Georgios Toussas (GUE/NGL). - (EL) Herr Präsident, das einzig Neue, was die Tagung des Europäischen Rates am 18. Juni 2009 hervorbringen kann, sind neue Härtefälle für die Arbeiterklassen und das Volk und neue Subventionen und Unterstützung von Monopolkonzernen in der Europäischen Union. Die Europäische Union und die Regierungen der Mitgliedstaaten dienen fortwährend den Interessen des Kapitals, und die Arbeitnehmer bezahlen den Preis für die kapitalistische Krise. Wir alle wissen, was das bedeutet: Massenentlassungen, ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, drastische Lohn- und Rentenkürzungen, neue drückende Steuermaßnahmen, die Abschaffung des Acht-Stunden-Tags, die Teilung der Arbeitszeit in aktive und inaktive Zeit, ein Anstieg der unbezahlten Arbeitszeit und eine 78-stündige Arbeitswoche sowie die allgemeine Anwendung der Flexicurity, was minimale Arbeitsbeziehungen, Teilzeit-Zeitarbeit, rotierende Arbeitslosigkeit, einen Angriff auf Tarifabkommen und eine weitere Privatisierung der Versicherungs- und Rentensysteme, der Gesundheit, Sozialhilfe und Bildung einerseits und Subventions- und Steuerbefreiungspakete für die Monopole andererseits bedeutet.

Der bevorstehende Beschäftigungsgipfel am 7. Mai wird auf der Grundlage dieser Strategie vorbereitet, um den Interessen des Kapitals zu dienen. Gleichzeitig werden imperialistische Aggressionen und die Militarisierung der Europäischen Union beschleunigt. Die Auferlegung des Vertrags von Lissabon wird beworben, trotz des Willens und gegen den Willen des Volkes, dessen Widerstand in Referenden, wie in Frankreich, den Niederlanden und Irland zum Ausdruck gebracht wurde. Die antikomunistische Hysterie und die unsägliche und vulgäre Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus werden zur offiziellen Politik der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten, welche es auf die kommunistischen Parteien abgesehen haben, um an den Grundfesten der grundlegenden Rechte und Errungenschaften der Arbeitnehmer zu rütteln. Am Ende dieser Wahlperiode müssen die Arbeitnehmer über die Europäische Union auf der Grundlage der Kriterien des täglichen Lebens und der Lebenserfahrung Bilanz ziehen. Was haben die Arbeitnehmer gewonnen? Was haben die Monopole gewonnen?

VORSITZ: FRAU KRATSA_TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

Frank Vanhecke (NI). - (NL) Frau Präsidentin, wir verabschieden uns jetzt in gedrückter Stimmung von der tschechischen Ratspräsidentschaft, die brilliant durch die Rede von Präsident Václav Klaus eingeleitet wurde. Leider sind auf die Rede fast gar keine Taten gefolgt.

Wenn auch das tschechische Parlament morgen den Vertrag von Lissabon ratifiziert, bedeutet das, dass wir uns damals haben komplett abspeisen lassen. Dennoch befindet sich das offizielle Europa in einer Sackgasse. Was wir wirklich brauchen, ist eine Union, die bereit ist, sich auf ihre Hauptaufgaben zu beschränken und sich nicht unbedingt wie ein großer entstehender Superstaat benehmen muss.

Wir durchleben momentan eine besonders beängstigende Wirtschaftskrise, die mit einem enormen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union einhergeht, und das Ende ist noch nicht abzusehen. Dass ein Rat der Staats- und Regierungschefs zu diesem Zeitpunkt nicht einsieht, dass es zum Beispiel ein Fehler ist, nach noch mehr Immigration zu streben und über den Beitritt der Türkei nachzudenken, einem Land, das hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung immer noch weit hinter uns liegt, ist mir unbegreiflich, und er begeht auf jeden Fall einen besonders schwerwiegenden Fehler.

Alojz Peterle (PPE-DE). - (SL) Ich begrüße den Ehrgeiz der tschechischen Ratspräsidentschaft sehr und freue mich über die großartigen Ergebnisse, die sie in diesen schwierigen Zeiten erzielt hat. Ich denke nicht, dass die zukünftige Rotation der Präsidentschaft und die Europawahlen das Ausmaß der EU-Ambitionen zur Bewältigung der Herausforderungen, für die definitiv mehr Gemeinschaftspolitik benötigt wird, beschränken werden. Ich werde nicht wiederholen, wie wichtig es in dieser Hinsicht ist, dass wir den Vertrag von Lissabon ratifizieren.

Ich habe mich gefreut zu hören, dass nicht nur der tschechische stellvertretende Premierminister Alexandr Vondra, sondern auch Präsident Manuel Barroso über Zielsetzungen spricht. Wenn wir im Kampf gegen den Klimawandel erfolgreich sein wollen, müssen wir in Kopenhagen hohe Ziele setzen. Diese Ziele sind für eine erfolgreiche wirtschaftliche Umstrukturierung unerlässlich. Als der japanische Staat sich vor vielen Jahren hohe Umweltziele gesetzt hat, wurde in der Tat zum ersten Mal die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Wirtschaft gestärkt, das wissen wir alle.

Ich möchte auch hinzufügen, dass einige Personen jetzt die Nachhaltigkeit des europäischen Sozialmodells herausfordern. Natürlich ist es einfach, so ein Modell zu Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs und in Jahrzehnten des positiven Wachstums umzusetzen, aber ich denke, dass gerade in Zeiten einer Rezession

die Stärke des europäischen Sozialmodells und der sozialen Marktwirtschaft zu spüren sein sollte. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch diese Herausforderung meistern werden, und ich hoffe, dass wir in der Lage sein werden, diese Krise zu nutzen, um unser Entwicklungskonzept zu verbessern. Des Weiteren hoffe ich, dass wir auch gewährleisten können, dass eine Umweltkomponente in diesem Konzept enthalten ist und nicht nur die soziale Komponente.

Robert Goebbels (PSE). – (FR) Frau Präsidentin, Herr Vondra, Herr Barroso, meine Damen und Herren, die Weltwirtschaft befindet sich weiterhin im Sinkflug, und wir geraten immer tiefer in eine ernste Rezession hinein. Trotz zahlreicher Gipfeltreffen und anderer Sitzungen, bei denen verschiedene Parteien anwesend haben, hat das Thema des Wirtschaftsabschwungs in Europa und der Welt weiterhin hohe Priorität.

Die verschiedenen Konjunkturprogramme haben die Talfahrt in die Unterwelt bestenfalls verlangsamen können, aber Zeichen der Erholung sind bis jetzt noch nicht zu erkennen. Schlimmer noch ist aber, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin steigt und in Europa bald die 25 Millionen-Marke, wenn nicht in diesem Jahr sogar die 27 Millionen-Marke erreicht wird, wie es Herr Rasmussen annimmt.

Allerdings bevorzugen die Staatsoberhäupter, sich auf dem nächsten Gipfeltreffen in Prag mit „wichtigen politischen Fragen“ in Bezug auf künftige Beziehungen mit einigen Ländern an der Ostgrenze der Union zu beschäftigen, anstatt sich auf die dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt zu konzentrieren.

Gute nachbarschaftliche Beziehungen sind natürlich sehr wichtig, aber wir müssen hier ganz klare Ansagen machen: Das Parlament hat bei zahlreichen Gelegenheiten erklärt, dass es gegen eine zukünftige Erweiterung der Union ist, es sei denn, eine institutionelle Reform, die den 27 bestehenden Mitgliedstaaten ermöglicht, effizienter zu arbeiten, wird vorher umgesetzt.

Ich würde gerne hinzufügen, dass vor jeglicher zukünftiger Erweiterung eine grundlegende Reform der finanziellen Vorausschau stattgefunden haben und der EU-Haushalt angemessen erhöht worden sein muss. Diplomatie ohne Geldmittel ist nur eine leere Geste.

Die tschechische Ratspräsidentschaft hätte Europas Ambitionen besser gedient, wenn sie ein Gipfeltreffen organisiert hätte, das sich ausschließlich dem Thema Beschäftigung widmet. Ich bin mir allerdings darüber klar geworden, dass die Sarkozys, die politische Tricks echter Politik vorziehen, diesen bitter nötigen Gipfel sabotiert haben, und ich hoffe, dass die europäischen Wähler im nächsten Juni ihre Stimme nutzen werden, um Abgeordnete zu wählen, die in der Lage sind, die richtigen Prioritäten für Europa festzulegen: Beschäftigung, Beschäftigung, Beschäftigung, soziale Sicherheit und die Erhaltung der Kaufkraft.

Ich stimme nicht immer mit meinem Premierminister, Jean-Claude Juncker, überein, aber er hat sicherlich recht, wenn er eine, ich zitiere „soziale Krise im Falle eines steilen Anstiegs der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten“ voraussagt. Indem sich die europäischen Staatsoberhäupter auf ein informelles Treffen zur Arbeitslosigkeit beschränkt haben, sind sie vor der Krise zurückgewichen und laufen jetzt Gefahr, in eine ernste soziale und politische Krise zu geraten.

Margarita Starkevičiūtė (ALDE). – (LT) Am 9. Mai 1950 hat Robert Schuman den „Schuman-Plan“ vorgestellt, der das Fundament für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten gelegt hat. Die bedeutenden Politiker und Denker Europas hatten sehr gut verstanden, dass die Kraft, die Europa verbinden könnte, aus einem gemeinsamen Konzept zur Lösung wirtschaftlicher Probleme entstehen müsste. Zwischenstaatliche Finanz- und Wirtschaftsgruppen, die Mehrwert und Arbeitsplätze schufen, bildeten die Basis dieses Konzepts.

Indem sie ihre eigenen Konjunkturprogramme umsetzten, haben die Mitgliedstaaten die Tätigkeiten dieser europäischen Gruppen zum Erliegen gebracht. Deswegen stehen wir zahlreichen Problemen gegenüber, und es werden noch mehr werden, wenn wir nicht in der Lage sind, die Koordination der Wirtschaftspolitik auf der Ebene der Europäischen Union wieder aufzubauen.

Ich hoffe, dass unter den neuen Staatsoberhäuptern in Europa Persönlichkeiten wie Robert Schuman, Jean Monet und Konrad Adenauer sein werden, die nicht nur ihre eigenen nationalen Interessen verfolgen.

Tunne Kelam (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich möchte der tschechischen Ratspräsidentschaft für die Initiative gratulieren, eine Östliche Partnerschaft vorzuschlagen, die in Kürze offiziell aufgenommen wird, und ich möchte die Regierungen der Mitgliedstaaten auffordern, sich voll und ganz für diese Initiative einzusetzen. Vor allem unsere Nachbarn im Osten müssen sich selbst als gleichwertige Partner fühlen, die ernsthaft und langfristig akzeptiert werden.

Auch ich bin der Meinung, dass die Östliche Partnerschaft auf den Grundsätzen der gemeinsamen Verantwortung, der Differenzierung und der Konditionalität beruhen sollte. Das Hauptziel ist allerdings, die Demokratisierung und die Schaffung der Rechtsstaatlichkeit in diesen Ländern überzeugend sicherzustellen. In Belarus müssen wir schrittweise vorangehen, wenn wir auf jedes Zeichen des konkreten Fortschritts in Richtung Demokratie seitens der derzeitigen politischen Führung in Belarus reagieren.

Einer der wesentlichsten Aspekte der Östlichen Partnerschaft wird die Visafreiheit sein. Ich möchte Sie an den Vorschlag der Kommission von letztem Dezember erinnern, langfristig alle Visabedingungen für Bürger von sechs zukünftigen Partnerländern aufzuheben. Leider wurde dieses revolutionäre Konzept durch ein sehr viel bescheideneres ersetzt: nämlich dem Angebot, von Fall zu Fall langfristige vereinfachte Visaverfahren einzuführen. Eine erfolgreiche Östliche Partnerschaft benötigt allerdings Entschlossenheit von unserer Seite und eine positive Offenheit.

Das ist absolut wichtig, um unsere Partner zu motivieren, sich voll und ganz für die europäischen Werte und Regeln einzusetzen. Das gilt speziell für die Ukraine. Wir können unsere Östliche Partnerschaft nicht mit vagen und zögerlichen Aussagen im Hinblick auf die Zukunft der Ukraine beginnen. Eine demokratische und nachdrücklich europäische Ukraine ist der Schlüssel zu einem demokratischen, zuverlässigen und gesetzestreuem Russland.

Jo Leinen (PSE). - Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident! Der Gipfel im Juni muss sich erneut mit dem Vertrag von Lissabon beschäftigen – hoffentlich zum letzten Mal, bevor er in Kraft tritt. Ich wünsche Ihnen, Herr Vondra, morgen im tschechischen Senat alles Gute, dass das gut geht und wir dann nur noch die Volksabstimmung in Irland haben. Dazu sollten Sie im Juni mit Irland das Paket der so genannten Garantien verhandeln. Natürlich müssen wir die Erwartungen der irischen Bevölkerung und der irischen Regierung dann auch erfüllen. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht neue Hürden schaffen für alle anderen Mitgliedsländer, etwa wenn eine dieser Garantien auch noch einmal in allen Staaten ratifiziert werden müsste. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, wie dieses Paket für Juni geschnürt wird.

Zweitens, Herr Kommissionspräsident, interessiert uns natürlich die Neuwahl des neuen Kommissionspräsidenten. Wir, das Europäische Parlament mit dem Rat, hätten gerne eine Vereinbarung über die Prozedur im Juni/Juli. Wir möchten eine Konsultation haben, so wie es auch im Vertrag von Lissabon für die Zukunft festgeschrieben ist. Herr Ratspräsident, könnten Sie uns auch hierzu etwas sagen?

Olle Schmidt (ALDE). - (SV) Danke Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident Barroso und Herr Vondra. Einer der Schwerpunkte bei dem Gipfeltreffen im Juni wird wahrscheinlich die Ernennung des neuen Kommissionspräsidenten sein. Die Medien haben berichtet, dass die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament nicht für Ihre Wiederwahl stimmen wird, Herr Präsident Barroso, wenn Sie nicht versprechen, die Arbeitnehmerentsenderichtlinie zu erweitern.

Das ist eine seltsame Diskussion. Seit Kurzem versucht die Kommission zu vermeiden, eine sehr komplizierte und politisch sensible Richtlinie in Angriff zu nehmen, anstatt dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten, die Probleme haben, die Bedingungen für die Richtlinie zu erfüllen, ihre nationalen Gesetze ändern. Herr Kommissar Barroso, ich möchte Ihnen eine sehr explizite Frage hinsichtlich des kommenden Wahlkampfes stellen: Sind die Kommission und Sie selbst immer noch der Auffassung, dass es in Anbetracht der aktuellen Lage, *keinen* Grund gibt, sich mit der Arbeitnehmerentsenderichtlinie zu befassen?

Pervenche Berès (PSE). - (FR) Herr Präsident, Herr Vondra, Herr Barroso, ich bin etwas erstaunt über die zeitliche Abfolge in Europa. Die Kommission legt uns Wirtschaftsprognosen vor, die vorhersagen, dass in drei Monaten die Wachstumsaussichten in der Europäischen Union und in der Eurozone von Minus 1,9% auf Minus 4% fallen werden. Wenn sich aber die Finanzminister treffen, beziehen sich ihre Hauptanliegen auf die langfristige Rentabilität, auf die Qualität der öffentlichen Finanzen und auf die Durchführung von Strukturreformen. Das muss ein Witz sein.

Bei der Wahlkampftour stellen uns die Wähler ganz direkte Fragen. Wo ist Europa? Was tut Europa? Welche Vorschläge hat Präsident Barroso gemacht, um diesen Menschen zu helfen, die morgen schon arbeitslos sein könnten?

Wir befinden uns in einer Situation, in der es zunehmend offensichtlich wird, dass die Strategie der Kommissare, die unter der Führung von Herrn Barroso im Amt sind, in Wirklichkeit eine Strategie *à la japonaise* ist: Mit anderen Worten, sie handeln zu spät und wenn sie es tun, auf uneffiziente und kostspielige Weise. Das wollen wir nicht.

Da dies ohne Zweifel das letzte Mal ist, dass ich Sie in diesem Saal sehe, Herr Barroso, möchte ich Ihnen auch noch sagen, dass Ihr Umgang mit der anspruchsvollen Richtlinie über Hedgefonds und Investmentfonds vollkommen inakzeptabel war. Sie sagen, wir hätten die laufende Arbeit in der Kommission vielleicht nicht kommentieren sollen. Was für ein Rechtstext wäre das gewesen, wenn wir Sie nicht darauf hingewiesen hätten? Ihr Fazit diesbezüglich ist Folgendes: Sie denken, Sie können dazu Gesetze erlassen, aber das tun Sie nur im Hinblick auf die Manager. Sie tun nichts, um diese Fonds selbst zu ändern. Ihre einzige Sorge besteht darin, die Investoren zu schützen, während die Herausforderung auch in der Preisstabilität liegt. Sie haben das Thema verfehlt, Herr Barroso.

Georg Jarzembowski (PPE-DE). - Frau Präsidentin, Herr Ratsvertreter, Herr Kommissionspräsident! Die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rats haben uns als Verkehrsleute sehr enttäuscht.

Denn gerade in der jetzigen Zeit globaler Wirtschaftskrise kommt es darauf an, für den hoffentlich baldigen Aufschwung im Handel innerhalb der Union sowie im Import und Export die Verkehrsinfrastrukturen – Schiene, Straße, Binnenschifffahrt, Seeschifffahrt, Häfen, Flughäfen – bedarfsgerecht auszubauen und die europäische Verkehrspolitik mit intelligenten Transport- und Logistiksystemen zukunftsweisend zu entwickeln.

Unsere Bürger erwarten zudem klare Ansätze von der Europäischen Union, wie das Transportvolumen in umweltschonenderer Weise abgewickelt werden kann, und zwar nicht mit dirigistischen Mitteln, sondern mit marktwirtschaftlich organisierten Mitteln. Ein gutes Beispiel dafür ist die von den Europäischen Institutionen gerade beschlossene Einführung des Emissionshandels für den Luftverkehr ab dem Jahre 2012.

Aber es stehen andere Regelungen, z. B. für den Verkehrsträger Seeschifffahrt, noch völlig aus. Wir brauchen also eine umweltgerechte Ausgestaltung der Verkehrspolitik. Und dieses Thema ist deshalb wichtig, Herr Ratspräsident, weil es erforderlich ist, vergleichbare Lösungen zur umweltgerechten Ausgestaltung des Verkehrs mit den wichtigsten Drittstaaten wie USA, Japan, aber auch Russland, China, Indien und Brasilien zu diskutieren und zu vereinbaren. Nur so können wir eine globale Umweltverbesserung erreichen. Und nur so können wir einseitige wettbewerbsverzerrende Regelungen zulasten der europäischen Wirtschaft vermeiden.

Deshalb appelliert meine Fraktion an den Europäischen Rat – und ich hoffe, der Ratsvertreter wird es aufgreifen –, dass bereits beim kommenden Rat ausgewogene Ansätze für globale, umweltschonende Verkehrspolitiken zur Vorbereitung der Klimakonferenz in Kopenhagen diskutiert und vorbereitet werden. Denn wenn wir in Kopenhagen Erfolg haben wollen, müssen wir auch über eine umweltgerechte Verkehrspolitik diskutieren.

Enrique Barón Crespo (PSE). - (ES) Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren, die Tagung des Europäischen Rates wird am 18. und 19. Juni stattfinden, zwei Wochen nach den Europawahlen, und in einer Demokratie sind Wahlen von großer Bedeutung.

Ich sollte mich beim amtierenden Ratspräsidenten bedanken, dem der tschechische Senat morgen sein grünes Licht für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon geben wird. Jetzt fehlt nur noch, dass der Kaiser und Präsident in seinem Prager Schloss sich dazu herablässt, den Vertrag zu unterzeichnen, aber wir scheinen auf jeden Fall Fortschritte zu machen.

Jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkt: Die Wahlen werden zu einem Zeitpunkt abgehalten, an dem noch der Vertrag von Nizza in Kraft ist, aber in der nächsten Amtszeit wird der Vertrag von Lissabon gültig sein. Von einem demokratischen Standpunkt aus gesehen, heißt das, dass die Kommission mehr Macht haben wird als in der vorherigen Amtszeit. Ich möchte mich jetzt an einen der Kandidaten wenden, Herr Barroso: Sie sind seit letztem Sonntag Kandidat, aber Sie sind bereits der amtierende Präsident. Herr Barroso, ich denke, es wäre durchaus vernünftig, wenn Sie sich fragen würden, wie die wirtschaftlichen und sozialen Lösungen zu den aktuellen Problemen und zu der Krise, die wir durchleben, aussehen könnten, ohne dabei die Dienste der Kommission zu nutzen, sondern nur als Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und der europäischen Demokraten; Ich denke, das ist sehr wichtig, damit wir uns nicht in einer Situation wiederfinden, in der der Europäische Rat das Parlament nur noch konsultiert (erinnern wir uns an den Buttiglioni-Fall).

Frau Präsidentin, in meiner letzten Rede vor dem Europäischen Parlament möchte ich Sie bitten, sich an den Parlamentspräsidenten zu wenden, um ihm zu sagen, dass es äußerst wichtig ist, dass er bei der Tagung des Europäischen Rates auf die Tatsache hinweist, dass dem Parlament 19 Abgeordnete fehlen werden, da der Vertrag von Lissabon noch nicht ratifiziert wurde. Das ist eine entscheidende Frage der Demokratie, und ich denke, dass der Parlamentspräsident sie verteidigen sollte.

Íñigo Méndez de Vigo (PPE-DE). - (ES) Frau Präsidentin, erlauben Sie mir, dass ich zu allererst Herrn Enrique Barón für seine Karriere in Europa und für alles, was er für dieses Parlament getan hat, danke. Wir werden ihn sehr vermissen.

Frau Präsidentin, am 9. Mai feiern wir den „Europatag“ in all unseren Ländern, aber in Wirklichkeit sollten wir manchmal einen „Kein-Europatag“ abhalten, um zu sehen, wie Europa wäre, wenn es die Europäische Union nicht gäbe.

Allerdings glaube ich, dass heute ein gewisses Wahlfieber im Parlament ausgebrochen ist, und es scheint mir, als ob die meiste Kritik, die hier vorgebracht wurde, insbesondere an der Europäischen Kommission, komplett ungerechtfertigt ist. Ich glaube, die Kommission hat gut auf die Krise reagiert, und ich frage mich, was passiert wäre, wenn wir nicht eingegriffen hätten. Ich möchte auch eine Kollegin und Freundin von mir, die mir gerade nicht zuhört, an einen ihrer Landsleute erinnern, André Gide, der gesagt hat, dass alles Übertriebene keinen Wert hat und ich denke, wir müssen Klarheit schaffen.

Frau Präsidentin, ich möchte etwas zum Beitrag vom Vorsitzenden, Herrn Leinen, hinzufügen. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir uns während des Verfahrens zur Wahl des Kommissionspräsidenten an den Geist von Lissabon erinnern. Ich bin sicher, dass Herr Alexandr Vondra und sein Nachfolger das tun werden, denn meiner Meinung nach macht es keinen Sinn, Europawahlen abzuhalten, ohne ihr Ergebnis zu berücksichtigen oder die Fraktionen des Parlaments anzuhören, bevor ein Kandidat dem Parlament vorgestellt wird.

Folgendes muss dem Rat klar gesagt werden: „Macht nicht den Fehler, Euch gegen das zu stellen, was das Parlament mit großer Mehrheit im Bericht von Herrn Dehaene annehmen wird“.

Zuletzt, Herr Vondra, möchte ich Ihnen zu Ihrer Präsidentschaft gratulieren. Letztendlich muss dazwischen unterschieden werden, was zufällig geschieht und was nötig und wichtig ist, und ich denke, dass Sie gute Arbeit geleistet haben. Vor vielen Jahren habe ich von Milan Kundera und anderen gelernt, dass die Tschechische Republik einen wichtigen Teil Europas ausmacht; Sie haben das demonstriert, und ich danke Ihnen dafür. Sie hatten einige klassische Schwierigkeiten, aber im Endeffekt, Herr Vondra, denke ich, dass der morgige Tag ein großer Tag im tschechischen Senat sein wird, und („Werden wir niemals sagen, was wir verspüren?“, wie ein Klassiker gesagt hat) ich verspüre und werde großen Stolz verspüren, wenn die Tschechische Republik morgen den Vertrag von Lissabon ratifiziert.

Danke, Frau Präsidentin, und möge es so sein, wie man in meinem Land sagt.

Genowefa Grabowska (PSE). – (PL) Frau Präsidentin, der tschechische Ratsvorsitz war nicht einfach, hauptsächlich aufgrund interner Probleme, aber auch aufgrund der Weltwirtschaftskrise. Ich bin allerdings der Überzeugung, dass sie mit einem erheblichen Erfolg enden wird, wenn sie es schafft, ein positives Ergebnis im Ratifizierungsprozess des Vertrags von Lissabon zu erzielen. Aus diesem Grund würde ich gerne wissen, ob die Präsidentschaft vor hat, die Mitgliedstaaten anzusprechen, welche die parlamentarischen Verfahren diesbezüglich abgeschlossen haben und deren Staatsoberhäupter allein die Unterzeichnung des Dokuments hinausschieben. Das betrifft auch mein Land Polen.

Den zweiten Aspekt, den ich gerne ansprechen möchte, ist der Dialog mit den Bürgern. Ich war die Berichterstatte für diesen Bericht und weiß, dass Europäer erwarten, dass die Europäische Union ernste Probleme bewältigt und passende Lösungen entwickelt. Sie glauben, dass Europa das besser kann als ihre eigenen Mitgliedstaaten. Ich möchte darum bitten, dass auch das berücksichtigt wird. Nun komme ich zum letzten Punkt, Frau Präsidentin. Vergessen Sie bitte nicht die Solidarität und lassen Sie nicht zu, dass die Europäische Union zu einer Plattform für Nationalismus wird. Wir wollen nicht zum Nationalismus zurückkehren. Ich möchte mit viel Nachdruck an die Solidarität appellieren.

Luís Queiró (PPE-DE). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, meine Damen und Herren, zu Beginn dieser Amtszeit war eines der hauptsächlich debattierten Schwerpunktthemen die institutionelle Frage. Wir haben mit dem Vertrag von Nizza begonnen und fünf Jahre später müssen wir wichtige Entscheidungen immer noch im Einklang mit dem Vertrag von Nizza treffen. Die Wiederwahl von José Manuel Barroso, die ich natürlich unterstütze, ist mit Sicherheit eine dieser Entscheidungen. Ich hoffe immer noch, dass der Vertrag von Lissabon schnell in Kraft treten kann, nicht nur aufgrund seiner Vorteile und der Verbesserungen, die ihm im Laufe der Zeit zugute gekommen sind, sondern auch, um die institutionelle Debatte fortzusetzen. Ich hoffe besonders, dass unsere Energie besser und gezielter für ein Europa der Ergebnisse genutzt werden kann, über das der Kommissionspräsident gerade gesprochen hat, was er schon immer getan hat.

Wenn die Iren beim nächsten Referendum "Ja" sagen, werden sie das hauptsächlich deswegen tun, weil sie sich darüber klar geworden sind, dass Europa ein sicherer Hafen ist, besonders in Zeiten der Krise. Die gegenwärtige Situation ist deswegen unser stärkster Verbündeter, aber sie könnte auch unser gefürchtetster Gegner werden. Heutzutage bezieht sich Europas modernes Versprechen insbesondere auf den Wohlstand und das Wohlergehen aller, und dieses Versprechen hängt stark davon ab, was wir entscheiden können, auch beim nächsten Europäischen Rat. Wir benötigen vor allem den politischen Willen, um auf die aktuelle Wirtschaftslage zu reagieren. Protektionismus, Nationalismus und die Furcht vor der Globalisierung wird uns nicht helfen. Wir müssen loslassen und Raum für die Kräfte schaffen, die unsere Wirtschaft aufbauen können; wir müssen auf Reformen und die Einhaltung der Gesetze bestehen, und wir müssen natürlich die Personen, die am schutzbedürftigsten sind, unterstützen.

Auf diesem Weg können wir ein Europa der Ergebnisse erreichen, ohne die Abstraktion, welche die Bürger zwangsläufig verprellen würde. Jetzt, da ich das Parlament verlasse, Frau Präsidentin, möchte ich diese Hoffnung zum Ausdruck bringen, und diese Hoffnung gibt mir Kraft.

Proinsias De Rossa (PSE). - Frau Präsidentin, darf ich vorschlagen, dass diejenigen in diesem Saal, die nicht aus Irland kommen und für die irische Bevölkerung über den Vertrag von Lissabon sprechen wollen, ihre Namen in Irland auf die Wahlzettel für die Europawahlen setzen lassen?

Es ist die Angelegenheit des irischen Volkes, darüber zu entscheiden, ob wir den Vertrag von Lissabon ratifizieren oder nicht. Ich hoffe, dass wir das tun werden, und ich werde sehr hart dafür arbeiten, damit wir das erreichen. Ich möchte, dass Irland im Mittelpunkt der Entscheidungsprozesse in Europa bleibt.

All diejenigen, die ein zweites irisches „Nein“ fordern, hoffen, dass Irland als Holzhammermethode eingesetzt werden kann, um mit der Zerstörung der Europäischen Union zu beginnen. Dafür will ich nicht stehen. Aufgrund unserer Geschichte müssen wir vorsichtig sein. Sie hat uns auch gelehrt, dass Solidarität und Machtteilung mit anderen europäischen Staaten die beste Garantie für unsere Souveränität und unseren Wohlstand sind.

Herr Minister Vondra hat in seinem einleitenden Beitrag die soziale Krise, die wir momentan durchleben, nicht angesprochen. Ich würde ihm raten, seinen Kurs zu überprüfen. Wir befinden uns in einer wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise: 27 Millionen Menschen und ihre Familien werden in den nächsten Jahren die absolute Hölle durchleben. Die Europäische Union darf das nicht ignorieren.

Elisa Ferreira (PSE). – (PT) Frau Präsidentin, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident, wir befinden uns in einer Krise, die so noch nie zuvor da gewesen ist. Es war in der Tat nicht an der Zeit, intern darüber zu diskutieren, wie wir uns organisieren. Aus diesem Grund möchte ich, dass der Vertrag von Lissabon schnell ratifiziert wird, sodass wir vereint, Schulter an Schulter mit den anderen Europäern auf der Weltbühne auftreten können.

Hinsichtlich der Wirtschaftskrise wurde in dem Bericht, für den ich Berichterstatterin war und der vom Parlament mehrheitlich angenommen wurde, bestätigt, dass das von der Kommission vorgestellte Konjunkturprogramm nicht ausreichend war. Wir sind uns jetzt sicher, dass es nicht ausreicht. Eine Krise, die anfangs nur den Finanzsektor betraf, breitet sich jetzt in der Realwirtschaft, auf dem Arbeitsmarkt und im sozialen Bereich aus. Das Konjunkturprogramm ist unzureichend und hat keinen Schwerpunkt. Durch jede Krise entstehen Chancen; dies ist die Gelegenheit der Kommission, auf die wirklichen Probleme der Europäer durch eine weitreichende finanzielle Regulierung, die nicht so begrenzt und fragmentarisch wie möglich ist, einzugehen und die nicht aus nationalen und individualistischen Programmen besteht, sondern eine wirkliche europäische Initiative ist. Die Kommission muss nicht mit einer Vielzahl an Maßnahmen reagieren, aber sie sollte sich auf die echte Herausforderung konzentrieren, nämlich die Beschäftigungspolitik.

In jeder Krise bieten sich Chancen; dies ist die Gelegenheit für die Kommission und Europa, auf die wirklichen Probleme der europäischen Bevölkerung einzugehen, und ich hoffe, dass das durch einen neuen Ansatz zum Konjunkturprogramm geschehen wird.

Alexandr Vondra, –*amtierender Präsident des Rates.* – Frau Präsidentin, ich denke, dass ich heute zum letzten Mal vor diesem Parlament sprechen werde und deswegen glaube ich, dass es der richtige Moment ist, um Ihnen zu danken. Ich möchte das zuerst tun, denn es war eine einzigartige Erfahrung für mich. Von Zeit zu Zeit hatten wir unterschiedliche Sichtweisen, aber im Allgemeinen denke ich, dass es sich gelohnt hat, hier zu arbeiten. Trotz aller Probleme in meinem Heimatland sowie in Europa hinsichtlich der Krise sind wir zu Ergebnissen gelangt. Ich gehe früh und auch Sie gehen früh, da Sie Wahlkampf machen werden. Der Vorsitz wird sich Ende Juni hier mit Ihnen treffen. Einige Personen werden neu sein, aber die Arbeit geht weiter. Ich

möchte mich nochmals bei Ihnen als Mitgesetzgeber für unsere Zusammenarbeit in den letzten paar Monaten danken. Meiner Ansicht nach haben wir gute Arbeit geleistet.

Ich gehe, aber der Ratspräsidentschaft wird fortgeführt. Eine neue Regierung wird ihr Amt in Prag am Nachmittag des Freitags, dem 8. Mai antreten, wenn das letzte große Gipfeltreffen zur Entwicklung des südlichen Korridors zu Ende gegangen ist. Ich habe keinen Zweifel, dass sie zu einem erfolgreichen Abschluss der tschechischen Präsidentschaft beitragen wird. Heute hatte ich die Gelegenheit, mich eine Stunde lang mit Herrn Jan Fischer zu unterhalten, der das Amt übernehmen wird. Er ist ein engagierter Europäer und ein Mann, der weiß, worauf es ankommt. Er ist bereit, Herrn Präsident Barroso am Dienstag bei seiner ersten Reise in die Hauptstadt, hier in Brüssel zu treffen und wird bis Ende Juni hart arbeiten. Ich habe keinen Grund daran zu zweifeln, dass der Europäische Rat im Juni wie geplant abgehalten wird und dass die Tagesordnung professionell ausgearbeitet wird.

Viele von Ihnen haben über die morgige Abstimmung im Senat gesprochen. Der Senat ist souverän, und ich kann das Ergebnis der Abstimmung nicht beeinflussen, aber wir haben hart gearbeitet, und ich bin mir relativ sicher, dass es keinen Grund zur Besorgnis gibt. Das gilt auch für die Arbeit des Vorsitzes hinsichtlich der wichtigsten Ergebnisse des Rates im Juni, nämlich des Inhalts der Erklärung für Irland. Er wird vorbereitet werden.

Auf die Frage, ob wir mit den anderen diskutieren, lautet die Antwort „Ja“, aber wir wollen keinen Druck ausüben. Ich wende mich nicht an das deutsche Verfassungsgericht. Natürlich ist es souverän, aber wir glauben alle daran, dass das Ergebnis am Ende positiv sein wird.

Viele von Ihnen haben über die Beschäftigungspolitik gesprochen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise ist dies die wichtigste Herausforderung, die sich uns stellt. Jean-Claude Juncker hat diesen Montag, also gestern, darüber gesprochen, bevor das Ecofin-Treffen in der Eurogruppe begann. Wir und die Kommission haben seit Beginn dieses Jahres hart gearbeitet, und wir werden uns hier später noch darüber unterhalten. Ich möchte nachdrücklich auf das Treffen in Prag hinweisen, bei dem der tschechische Premierminister, der Kommissionspräsident und die Sozialpartner sowie Vertreter der beiden kommenden Ratspräsidentschaften, Schweden und Spanien, anwesend sein werden, um über Maßnahmen und Empfehlungen zu diskutieren. Die Absicht ist eindeutig die professionelle Vorbereitung des Rates im Juni und der Maßnahmen, die auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene hinsichtlich der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergriffen werden können.

Herrn Rasmussen möchte ich mitteilen, dass es José Manuel Barroso war, der die Führung übernommen hat und zur Teilnahme an der Diskussion ermutigt hat, zu einer Zeit, in der sich viele Politiker eher mit der Lösung ihrer nationalen Probleme beschäftigen haben, da dies eine ernste Herausforderung darstellte.

(Applaus)

Ich möchte die Östliche Partnerschaft nicht mit der Herausforderung der Beschäftigungspolitik vermischen. Bei der letzteren handelt es sich um einen strategischen Einsatz zur Förderung der Stabilität, des Wohlergehens und des Wohlstands in unserer östlichen Nachbarschaft. Dort existieren Probleme, aber wir müssen eine helfende Hand ausstrecken und ihnen bei der Lösung dieser Probleme behilflich sein.

Zurück zum Ratsgipfel im Juni: Viele von Ihnen haben über die zukünftige Kommission gesprochen. Ich habe klar gesagt, dass wir in der Ratspräsidentschaft sofort nach den Europawahlen das Europäische Parlament anhören werden. Wir müssen natürlich das Resultat der Wahlen abwarten, aber wir werden mit der Anhörung sofort beginnen und können das zumindest im Geiste des Vertrags von Lissabon tun, da er noch nicht ratifiziert wurde.

Jetzt möchte ich Ihnen mein persönliches Vermächtnis nahelegen. Wir sprechen darüber, wer eine gute Führungsperson sein könnte, und ich habe keinen Zweifel daran, dass dieser Herr der wirkliche Präsident der Europäischen Kommission ist. Wenn Sie die private Empfehlung von Herrn Vondra möchten - und ich bin ab nächsten Montag ein Privatmann und nur ein gewöhnlicher Senator, der sich auf seine Reise nach Frankreich freut, da ich gerade gelesen habe, dass die durchschnittliche Schlafzeit in Frankreich neun Stunden pro Tag beträgt und ich in den letzten Monaten nur zwei bis drei Stunden pro Tag geschlafen habe - denke ich, dass dies der richtige Mann ist, um uns in den nächsten fünf Jahren vorzusitzen.

(Applaus)

José Manuel Barroso, Kommissionspräsident. – (FR) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wie einige Abgeordneten bereits erwähnt haben, ist dies das letzte Mal, dass sie hier an einer Plenarsitzung teilnehmen,

bei einer Debatte, die einer Tagung des Europäischen Rates vorausgeht. Ich werde sie im Juli oder September nicht mehr sehen können, da das Mandat für diese Kommission Ende Oktober zu Ende geht, wie Sie wissen.

Ich möchte mich deshalb besonders an alle Abgeordneten des Europäischen Parlaments wenden, die am europäischen Projekt mitgearbeitet haben, und ihnen nochmals Folgendes sagen: Sie können auf die Arbeit des Europäischen Parlaments stolz sein.

Wenn wir die getane Arbeit des Parlaments in dieser Amtszeit von einer äußeren Perspektive aus betrachten und bewerten, können wir meiner Meinung nach alle stolz darauf sein. Europa ist in vielen Bereichen Vorreiter gewesen, wie beispielsweise beim Kampf gegen den Klimawandel, bei den Bemühungen, die für eine neue Politik der Energiesicherheit unternommen wurden und in allen Bereichen, die mit der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise, von der Europa in der Tat sehr stark betroffen ist, in Verbindung stehen. Allerdings habe ich darüber heute noch nicht viel gehört.

Die Krise betrifft die Vereinigten Staaten und hatte in der Tat dort ihren Ursprung. Sie hat Auswirkungen auf die Länder Russland, Japan und sogar China. Auch die Schwellenländer sind von ihr betroffen. Europa hat von Anfang an versucht, Maßnahmen zur Bewältigung dieser Krise zu ergreifen und das nicht nur kurzfristig, sondern auch durch Programme zur Lösung der größeren Probleme wie der Regulierung und der Aufsicht.

Diese Botschaft möchte ich Ihnen heute hier übermitteln. In Anbetracht der aktuellen Wahlperiode haben mich einige von Ihnen vor Herausforderungen gestellt, aber ich denke, dass ich mich diesen Herausforderungen jetzt nicht stellen kann und das auch nicht sollte. Die zukünftige Kommission muss natürlich ihr eigenes Programm ausarbeiten, aber es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen jetzt mitzuteilen, was das Programm der nächsten Kommission enthalten wird.

Aus diesem Grund nehme ich Ihre Herausforderung an; darüber hinaus werte ich sie als Zeichen des Vertrauens. Trotzdem kann ich mich dieser Herausforderung zurzeit nicht stellen. Wenn wir die Erfolgsbilanz dieser Wahlperiode auswerten, haben wir meiner Meinung nach guten Grund, stolz zu sein. Jetzt würde ich mich allerdings lieber auf den Europäischen Rat im Juni konzentrieren, der sich wirklich mit einigen sehr wichtigen Fragen, die große Verantwortung erfordern, auseinandersetzen muss.

An oberster Stelle steht der Vertrag von Lissabon und der Übergang, den wir von einer Wahlperiode zur anderen vollziehen müssen, sowie die Bildung der neuen Kommission. Dies ist eine sehr heikle Herausforderung, wie einige von Ihnen schon angemerkt haben, da der Vertrag von Lissabon unterzeichnet, aber noch nicht von allen 27 Mitgliedstaaten ratifiziert wurde und somit noch nicht in Kraft ist.

Das ist weder die Schuld des Europäischen Parlaments noch die der Kommission. In Wahrheit haben diese Regierungen einen Vertrag unterzeichnet, zu dessen Umsetzung sie eigentlich noch gar nicht in der Lage sind, und aufgrund dieses Rückschlags stehen wir jetzt ernststen Problemen hinsichtlich des institutionellen Übergangs gegenüber. Dieses Problem benötigt höchstes Verantwortungsbewusstsein aller Organe: des Rates, des Parlaments und der Kommission.

Deshalb begrüße ich die weisen Worte des tschechischen Vorsitzes und freue mich, dass einige Mitgliedstaaten eine offizielle Stellungnahme dazu abgegeben haben. Wir müssen Lösungen finden, die dem aktuellen Vertrag vollständig entsprechen. Wir sind eine Gemeinschaft, die auf Rechtsstaatlichkeit basiert, und können keinen Vertrag außer Kraft setzen, der bereits gültig ist. Wir müssen sehr ausgewogene Lösungen finden, welche die Stabilität des europäischen Projekts sicherstellen, und voll und ganz im Einklang mit dem Gesetz stehen. Ich werde die Staats- und Regierungschefs bei dem Europäischen Rat im Juni dazu auffordern, über dieses Thema zu beraten.

Das andere Problem, das es zu lösen gilt, bezieht sich auf unsere Reaktion auf die Wirtschaftslage. Ich denke, wir sollten uns auch darüber klar werden, dass in diesem Fall die tägliche Vorlage von neuen Programmen nicht von echter Verantwortung zeugt. Es ist vielmehr ein Fehler. Ich bin der Meinung, dass Führung hauptsächlich in der Übernahme von Verantwortung liegt; es handelt sich nicht nur darum, sich in Szene zu setzen.

Es wäre der Kommission ein Leichtes, jeden Tag neue Ideen vorzustellen, wohl wissend, dass diese keine Chancen auf Umsetzung hätten. Wir werden das aber nicht tun, denn in unserer Funktion als Europäische Kommission, in der wir die allgemeinen europäischen Interessen vertreten, halten wir es für unsere Aufgabe, nicht nur den einfachsten Weg zu wählen und Tricks für die Öffentlichkeit zu inszenieren. Wir wollen echte Maßnahmen und Leitlinien vorschlagen, die Europa als Ganzes mit dem Parlament, dem Rat und den anderen Institutionen und mit allen Bürgern Europas zusammenbringen können,.

Ehrlich gesagt war es letztendlich die Kommission, welche die anfänglichen Vorschläge für ein europäisches Konjunkturprogramm vorgebracht hat, wofür sie alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente genutzt hat. Wie sie wissen, sind für die meisten dieser Instrumente die Mitgliedstaaten zuständig, wie beispielsweise für die nationalen Haushalte. Der europäische Haushalt ist minimal im Vergleich zu den nationalen Haushalten.

Vielleicht können diejenigen, die ungeduldig sind und viel von uns erwarten, der Kommission bei der nächsten finanziellen Vorausschau dabei behilflich sein, vor allem die Mitgliedstaaten zu überzeugen, in denen die Parteien für eine maximale Begrenzung ihrer Geldmittel auf 1% gestimmt haben, dem 1%-Club, der seine finanziellen Ressourcen begrenzt hat. Jetzt gibt es ein Ziel, das sich lohnt, während der nächsten Wahlperiode zu erreichen.

Ich kann bestätigen, dass wir einen Aktionsplan für das Jahr 2009 haben. Wir werden Leitlinien für die Finanzprüfung und für unseren zukünftigen Aktionsplan einreichen. Es besteht allerdings kein Grund dazu, die europäischen Institutionen um etwas zu bitten, was sie momentan nicht bieten können.

Es wäre besser, uns um etwas zu bitten, was wir auch wirklich bieten, *können* und ich meine das sehr ernst, denn ich habe das Gefühl, dass einige Kritik von Personen, welche die gleichen europäischen Ideale teilen wie ich, mit ihrer konstanten Kritik dessen, was Europa noch nicht vollbracht hat, grundlegend falsch liegen. Sie wissen sehr wohl, dass, wenn Europa etwas noch nicht getan hat, dann ist das nicht die Schuld der Gemeinschaftsinstitutionen, sondern eher mangelnder Ehrgeiz auf nationaler Ebene. Kritik dieser Art ist weder fair noch macht sie uns unsere Arbeit, die darin besteht, das europäische Projekt voranzubringen, leichter.

Tatsächlich hat die Kommission einige ehrgeizige Vorschläge zur kontinuierlichen Kontrolle der Wirtschaftslage vorgelegt, und wir werden auch in Zukunft weitere Vorschläge vorlegen, wenn dies nötig sein sollte. Momentan glauben wir allerdings, dass es am wichtigsten ist, sich, wie ich bereits erwähnt habe, auf die Durchsetzung und Umsetzung dessen zu konzentrieren, was wir beschlossen haben und nicht nur symbolische Gesten zu machen. Wir haben sehr ernste Sorgen hinsichtlich der Stabilität, da die öffentliche Verschuldung in ganz Europa ein wirklich alarmierendes Niveau erreicht hat. Die Lage in einer Reihe von Mitgliedstaaten ist sehr ernst und aus diesem Grund müssen wir Vorschläge machen, die diese Probleme lösen können.

Ich denke auch, dass wir die Arbeit Europas unterstützen sollten. Ich merke, dass bisweilen eine große Versuchung besteht, sich in Bezug auf Sofortmaßnahmen gegen Europa zu stellen, besonders vor dem Hintergrund der Europawahlen und speziell für diejenigen, die den Oppositionsparteien in ihren eigenen Ländern angehören.

Ich möchte Sie bitten, gewissenhaft darüber nachzudenken, denn morgen werden Sie Macht haben, morgen werden Sie die Bürger bitten können, für Europa zu stimmen, und sie werden nicht für ein Europa stimmen, dass Sie als strukturlos beschreiben. Die Menschen werden für ein Europa stimmen, das die Unterstützung aller politischen Parteien genießt, der rechten, linken oder des Zentrums, und das sich im europäischen Projekt widerspiegelt.

Das ist meiner Ansicht nach eine riesige Herausforderung. Ich bin für ein politisches Europa, aber ich bin gegen politischen Aktionismus in Bezug auf das europäische Projekt. Ich bin auch gegen eine unsaubere politische Teilung im parteipolitischen Sinne. Die Wahrheit ist, dass wir Europa nur mit großen politischen Familien aufbauen können. Die Kommission besteht aus den folgenden politischen Familien: der EVP, den Sozialisten, den Sozialdemokraten, den Liberalen und Parteilosen. Die Kommission wird auch weiterhin so funktionieren. Ich merke, dass wir vom Standpunkt der Sofortmaßnahmen aus, besonders im Europäischen Parlament, und vor dem Hintergrund der Europawahlen, alle unser eigenes Programm und unsere eigene Partei ins Rampenlicht stellen wollen.

Auch ich bin ein Parteimann. Ich wurde im Alter von 29 Jahren in das portugiesische Parlament gewählt. Ich war Oppositionsführer und Premierminister. Also bin ich ganz klar ein Parteimann. Behalten Sie aber im Hinterkopf, dass europäische Politik Parteileute benötigt, die auch in der Lage sind, den Rahmen ihrer Partei zu verlassen, und Koalitionen zu bilden, die über die verschiedenen Standpunkte der Parteien hinausgehen. Wenn wir supranational agieren, muss unsere Sichtweise auch über die unserer eigenen Partei hinausgehen.

Davor wollte ich Sie warnen, und ich sage Ihnen das bei allem Respekt, da ich weiß, dass die meisten von Ihnen momentan stark mit dem Wahlkampf beschäftigt sind, was in Zeiten großer nationaler Herausforderungen sehr anspruchsvoll sein kann. Ich denke, dass das für die Zukunft wichtig ist. Wenn wir

uns ein Bild von den großen Herausforderungen Europas machen wollen, müssen wir alle Europäer aller politischen Parteien, welche die Grundlagen des europäischen Projekts unterstützen, versammeln, und wir müssen dieser zunehmenden parteilichen Dramatik standhalten, denn diese ist in der Tat meistens künstlich.

Ich kann Ihnen sagen, dass die Vorschläge über Hedgefonds, die einige von Ihnen kritisiert haben, Gegenstand eines Konsens in der Kommission waren, unter allen Kommissaren, den Mitgliedern der sozialistischen Familie, den Mitgliedern der liberalen Familie und den Mitgliedern der Europäischen Volkspartei. Was dieses Thema betraf, waren sich alle einig. Obwohl ich verstehe, dass es im politischen Kampf Sinn macht, Kritik auf den einen oder anderen Kommissar zu fokussieren, glaube ich deshalb nicht, dass dieses Verhalten von einem politischen oder intellektuellen Standpunkt aus fair ist.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass ich die Gründungsväter immer mehr bewundere. Lassen Sie uns Tacheles reden: Die Tschechische Republik steht vor einem politischen Problem. Der stellvertretende Premierminister Herr Vondra hat große Ehrlichkeit bewiesen, indem er das zugegeben hat. Es ist zweifelsohne sehr schwierig für ein Land, das die Präsidentschaft der Union inne hat, eine interne politische Krise zu bewältigen und seine eigene Regierung auszuwechseln. Tatsache ist, dass wir dank des Europäischen Parlaments trotzdem auf dem Weg sind, gute Erfolge zu erzielen. Ich denke, ich kann mir erlauben zu sagen, dass auch wir bei der Kommission in geringem Maße durch unsere Vorschläge dazu beigetragen haben. Natürlich wurden die Erfolge auch dank der tschechischen Ratspräsidentschaft erzielt. Wir befinden uns kurz vor dem Abschluss von 50 Mitentscheidungsverfahren, von denen einige extrem schwierig sind. Wir sind aber in der Lage, sie abzuschließen, obwohl sich das Land, das die Ratspräsidentschaft inne hat, sich in der absoluten politischen Krise befindet. Ich denke, wir sollten den institutionellen Fähigkeiten Europas Tribut zollen, durch deren Kraft der Europäische Rat sogar in einer Situation wie dieser in der Lage ist, Ergebnisse zu liefern.

Aus diesem Grunde habe ich meine Würdigung der tschechischen Präsidentschaft und insbesondere des stellvertretenden Premierministers Herrn Vondra absolut ernst gemeint, denn ich weiß, dass es extrem schwierig ist, unter diesen Bedingungen zu arbeiten und immer noch Ergebnisse hervorzubringen, da ich jeden Tag dabei war. Deshalb sollte hier eine Entscheidung getroffen werden. Während wir einsehen, dass die ehrgeizigsten unter uns, mich eingeschlossen, ihre gesteckten Ziele noch nicht erreicht haben, müssen wir trotzdem deutlich machen, was wir geschafft haben und was wir zusammen erreichen konnten. Andere konzentrieren sich ihrerseits eher auf das, was noch nicht erreicht werden konnte. Die Botschaft, die sie an die europäischen Bürger aussenden, ist kontinuierlich negativ. Wie ich oft gesagt habe, ist der Pessimismus der Pro-Europäer manchmal beunruhigender als der Euroskeptizismus der Anti-Europäer, denn er vermittelt denjenigen, die an Europa glauben, keine Botschaft der Hoffnung.

Ich möchte mich beim stellvertretenden Premierminister, Herrn Vondra, dem ich besonders für seine Beiträge zu Dank verpflichtet bin, bei der tschechischen Präsidentschaft und bei Ihnen allen dafür bedanken, was wir für Europa, dem großen Projekt des Friedens, der Freiheit und der Solidarität, trotz unserer Meinungsunterschiede zusammen erreicht haben.

Der Präsident. - Die Aussprache ist beendet.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Charlotte Cederschiöld (PPE-DE), schriftlich. – In Mitgliedstaaten, die anderen Staaten weniger stark vertrauen und weniger Enthusiasmus für Kooperationen zeigen, herrscht unterschwelliger Protektionismus. Die EU wurde im Bestreben errichtet, nicht nur Frieden sicherzustellen, sondern auch um als Instrument für Kooperation zu fungieren. In Zeiten wie diesen, während einer Wirtschafts- und Finanzkrise, ist es wichtig, dass die Mitgliedstaaten sich nicht innerhalb ihrer Grenzen abschnitten, sondern weiterhin auf koordinierte Weise zusammenarbeiten.

Wir müssen die europäische Solidarität aufrechterhalten, wobei wir die Regelungen und Vorschriften des EU-Vertrags einhalten müssen. Die EU sollte den Binnenmarkt maximal nutzen und sich für den freien Handel während des wirtschaftlichen Abschwungs stark machen.

Der Versuch, einen Sündenbock zu finden, wie beispielsweise die Finanzmärkte, wird die Probleme nicht lösen. Neue Regelungen sollen Missbrauch vermeiden, aber nicht den Zugang zu Kapital und Investitionen versperren, wenn wir die Krise bewältigt haben.

Es ist nicht leicht, die Probleme zu überwinden. Und Protektionismus ist sicherlich nicht die Lösung. Wenn man die Situation einigermaßen in den Griff bekommen hat, sollte man sich auf mehr Handel, mehr

Abstimmung und einen funktionierenden Binnenmarkt mit Gütern und vor allem Dienstleistungen konzentrieren. Die grenzüberschreitende Kooperation schafft Innovation und Arbeitsplätze und darin besteht der einzige nachhaltige Weg aus der Krise.

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), schriftlich. – (PT) Die EU versucht, „die Sonne mit einem Sieb zu verdecken“, aber es wird jetzt deutlich, wieviel Verantwortung sie für die kontinuierliche Verschlechterung der Lebensqualität der allgemeinen Bevölkerung und der Arbeiter trägt.

In den letzten 23 Jahren hat die EWG/EU den Umlauf von Kapital und die Finanzierung der Wirtschaft gefördert; sie hat die Märkte liberalisiert und die Privatisierung unterstützt; sie hat die Überproduktion begünstigt; sie hat Produktionskapazitäten umgesiedelt und zerstört; sie hat die wirtschaftliche Dominanz einiger auf Kosten der Abhängigkeit anderer gefördert; sie hat die Ausbeutung der Arbeiter verstärkt; und Reichtum gebündelt wie nie zuvor; sie hat soziale Ungleichheit und regionale Asymmetrien verstärkt, und das alles unter der Kontrolle der Großmächte und der großen Wirtschafts- und Finanzkonzerne.

Die schreckliche Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission ist nicht mehr als eine Schilderung der Konsequenzen der neoliberalen Politik der EU, die von den Rechten und Sozialdemokraten gemacht und umgesetzt wird. Für Portugal sieht sie folgendermaßen aus: über 600 000 Arbeitslose, ein Verlust des Realeinkommens, zwei Jahre Rezession, erhöhte öffentliche Verschuldung, und ein Haushaltsdefizit, das erneut die 6%-Grenze überschreiten wird.

Viel schlimmer als diese Voraussagen sind allerdings die sich von Tag zu Tag verschlimmernden Probleme des Alltags für die Portugiesen.

Am 7. Juni werden die Portugiesen erneut die Möglichkeit haben, um zu sagen „genug ist genug“, indem sie die CDU (die portugiesische Vereinte Demokratische Koalition) wählen.

10. Vorbereitung des Beschäftigungsgipfels - Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung - Die erneuerte Sozialagenda - Aktive Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen (Aussprache)

Der Präsident. - Nach der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über:

- die Erklärungen des Rates und der Kommission zur Vorbereitung des Beschäftigungsgipfels,
- den Bericht (A6-0242/2009) von Gabriele Stauner, im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung [KOM(2008)0867 - C6-0518/2008 - 2008/0267(COD)],
- den Bericht (A6-0241/2009) von José Albino Silva Peneda, im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, über die erneuerte Sozialagenda [2008/2330(INI)], und
- den Bericht (A6-0263/2009) von Jean Lambert, im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, über die aktive Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen [2008/2335(INI)].

Alexandr Vondra, --amtierender Präsident des Rates. – Frau Präsidentin, wir sind uns alle bewusst, dass wir noch für viele Jahre unter einer der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise leiden werden. Die Union und die Mitgliedstaaten haben eine breite Palette an Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Krise abzuschwächen, und auch um einige ihrer Ursachen zu beheben, wobei auch die dringende Notwendigkeit berücksichtigt wurde, das wir uns besser auf die Zukunft vorbereiten, um die Herausforderungen der Weltwirtschaft zu bewältigen.

Wir sind uns auch bewusst, dass sich die momentanen Schwierigkeiten nicht nur auf die Zahlen der Bilanzen und auf die Berichtigung von Wirtschaftsprognosen beziehen. Sie haben reale Auswirkungen auf die Bevölkerung, auf ihren Lebensunterhalt, ihre Familien, und auf ihren Lebensstandard. Die am stärksten betroffenen sind diejenigen, die infolgedessen ihre Arbeit verloren haben, oder die vielen Personen, die Gefahr laufen, ihren Arbeitsplatz in den kommenden Monaten zu verlieren.

Auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates wurde beschlossen, dass ein Beschäftigungsgipfel abgehalten werden soll, um sich über die Erfahrungen auszutauschen, in welchem Ausmaß die Rettungsmaßnahmen

den Arbeitsmarkt erfolgreich unterstützt und neue und mehr Arbeitsplätze geschaffen haben. Der Gipfel wird diesen Donnerstag in Prag stattfinden.

Der Auftrag der Ratspräsidentschaft war eindeutig. Wir müssen Themen wie die Stützung des Beschäftigungsniveaus durch Flexicurity und Mobilität, die Schaffung eines günstigen Umfelds für Investitionen und Arbeitsplatzbeschaffung durch Unternehmen, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen, und die Anhebung des Qualifikationsniveaus und die Vorhersage der Bedürfnisse und Anforderungen des Arbeitsmarktes untersuchen. Wir müssen uns auch mit der Stärkung und Umstrukturierung des Arbeitsmarktes auseinandersetzen, um ihn auf die Zukunft vorzubereiten. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass der Gipfel nicht nur die Gelegenheit bietet, Gespräche zu führen, sondern dass konkrete Ergebnisse erzielt und Empfehlungen gegeben werden, die der Gesellschaft insgesamt zugute kommen.

An dem Gipfel werden auch die in der Sozialen Troika vereinten Premierminister und Arbeitsminister der aktuellen tschechischen Präsidentschaft und der kommenden schwedischen und spanischen Präsidentschaft teilnehmen. Die Sozialpartner werden von den Präsidenten und Generalsekretären von Business Europe und vom Europäischen Gewerkschaftsbund vertreten, zusammen mit den Vertretern von kleinen und mittleren Unternehmen und Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes. Die Europäische Kommission wird durch ihren Präsidenten Herrn Barroso und Herrn Kommissar Špidla vertreten.

Die Vorsitzenden des Beschäftigungsausschusses, des Ausschusses für Sozialschutz und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses werden ebenfalls anwesend sein. Vertreter des Europäischen Parlaments wurden natürlich auch eingeladen. Ich gehe auch davon aus, dass der Präsident des Europäischen Parlaments, Herr Pötering, an dem Gipfel teilnehmen wird.

Um die Vorbereitungen für den Gipfel zu unterstützen, wurden drei Workshops in den Ländern der drei teilnehmenden Delegationen eingerichtet: in Madrid, in Stockholm und in Prag. Diese Workshops haben sich speziell mit den Themen der Anhebung des Qualifikationsniveaus, der Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung, der Stützung des Arbeitsmarktes und der Schaffung von Arbeitsplätzen sowie der Förderung von Mobilität beschäftigt.

Die Workshops haben uns ermöglicht, uns zusammen mit den Sozialpartnern auf die hauptsächlichen problematischen Bereiche zu konzentrieren. Wir haben uns gefreut, dass der Vertreter des Europäischen Parlaments, Herr Andersson, der dem Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten vorsitzt, an den vorbereitenden Workshops teilgenommen hat.

Der Workshop zur Anhebung des Qualifikationsniveaus, der in Madrid stattgefunden hat, hat hervorgehoben, dass Qualifikationen der Schlüssel für die Vorbereitung auf die Zukunft sind. Kurzfristig erhöhen Qualifikationen nicht nur die Produktivität, sondern auch die Mobilität. Auf lange Sicht ebnen sie den Weg zur wirtschaftlichen Erholung, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und sind unerlässlich zur Reduzierung der Ausgrenzung und der Förderung größerer sozialer Gleichheit.

Die Anhebung des Qualifikationsniveaus, die von allen Teilnehmern unterstützt wurde, bezieht sich nicht nur auf formelle Qualifikationen, sondern auch auf die Förderung von Fähigkeiten wie der Kommunikationsfähigkeit unter jungen Leuten.

Das Thema der Finanzierung des Erwerbs eines höheren Qualifikationsniveaus kann nicht außer Acht gelassen werden, besonders in Zeiten der Krise. Es verlangt Engagement nicht nur seitens der öffentlichen Behörden, sondern auch von den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und den Arbeitsuchenden. Auf EU-Ebene besteht die Notwendigkeit, weitere Möglichkeiten zur Nutzung des Europäischen Sozialfonds zu untersuchen. Das Interesse der Arbeitgeber, die Qualifikationen zu erweitern, ist natürlich offensichtlich, da für Unternehmen, die nicht in die Anhebung des Qualifikationsniveaus investieren, die Wahrscheinlichkeit zweieinhalb mal größer ist, dass sie schließen müssen.

Bei dem Workshop in Stockholm zur Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung stand die Frage im Mittelpunkt, wie Personen, die gerade arbeitslos geworden sind oder vorher nicht gearbeitet haben, so schnell wie möglich in die Arbeitswelt reintegriert oder integriert werden können. Die Personen, die gerade arbeitslos geworden sind, dürfen nicht zu Langzeitarbeitslosen werden. Es ist besonders wichtig, sicherzustellen, dass die Sozialschutzsysteme als Sprungbrett für neue Arbeitsverhältnisse dienen und nicht nur als passive Schutznetze fungieren. Der Bedarf, Anreize für die aktive Arbeitsuche zu schaffen, darf nicht außer Acht gelassen werden. Der Flexicurity-Ansatz sollte zu den Übergangszahlungen beitragen, nicht zuletzt um die nötige Sicherheit zu gewährleisten.

Während des Workshops in Stockholm wurde auch betont, dass die kurzfristigen Maßnahmen keinen langfristigen Einfluss haben sollten. Vorruhestandsregelungen sind eine schwache Lösung zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für junge Leute, da sie die Gesamterwerbsquote herabsetzen und zwangsläufig von höheren Sozialversicherungskosten begleitet werden.

Auf EU-Ebene wurde die mögliche Nutzung des Europäischen Sozialfonds zur Finanzierung von aktiven Eingliederungsmaßnahmen ermittelt sowie die Möglichkeit, älteren Arbeitnehmern die Chance zu geben, durch die Senkung ihrer Sozialversicherungsbeiträge länger im Beruf zu bleiben.

Beim letzten Workshop, der vergangene Woche in Prag stattgefunden hat, wurde der Bedarf an der Stützung des Arbeitsmarktes und der Verbesserung der für Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen günstigen Bedingungen hervorgehoben. Die vorübergehenden kurzfristigen Arbeitsvereinbarungen können von Vorteil sein, aber deren finanzielle Tragfähigkeit muss sichergestellt werden. Trotzdem müssen wir uns vor dem Trend zum Protektionismus in Acht nehmen, der der gesamten Union nur schaden kann.

Wir benötigen außerdem aktive Maßnahmen, um die Mobilität zu fördern, und in diesem Kontext hat wieder die erhöhte Flexibilität unserer Arbeitsmärkte eine Schlüsselrolle zu spielen. Trotz der Auswirkungen der Krise gibt es immer noch eine wesentliche Zahl an freien Stellen in Europa, aber es besteht ein Mangel an Koordination innerhalb der Mitgliedstaaten und zwischen den Mitgliedstaaten. Oft befinden sich die Personen nicht am richtigen Ort oder es fehlt ihnen an den geeigneten Fachkenntnissen oder beides.

Durch diese Workshops ist deutlich geworden, dass die aktuelle Krise nicht nur zyklisch, sondern auch strukturell bedingt ist. Tiefgreifende Änderungen werden benötigt, um im harten Wettbewerbskampf der globalisierten Wirtschaft zu bestehen und um die langzeitige Beschäftigung in der EU zu sicherzustellen. In vielen Fällen bestehen diese Änderungen allerdings in der Fortführung von Initiativen oder sogar in der Beschleunigung von überfälligen Reformen, die seit vielen Jahren im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie umgesetzt wurden.

Abgesehen von den Anstrengungen, die unternommen werden, um die aktuellen Arbeitsplätze zu erhalten, müssen wir auch ein günstiges Umfeld für Investoren und Unternehmen schaffen, damit diese Investitionen tätigen und neue Arbeitsplätze schaffen. Wir werden nicht alle bestehenden Arbeitsplätze halten können. Die Krise erfordert strukturelle Änderungen und es werden Arbeitsplätze wegfallen. Aber wir müssen den Arbeitslosen die Möglichkeit bieten, ihre Qualifikationen und ihre Arbeitsfähigkeit zu verbessern, und schnell wieder eine neue Stelle zu finden, die anderswo geschaffen wurde.

Lassen Sie mich kurz ein paar andere Themen ansprechen, über die Sie heute hier während der Diskussion zur sozialpolitischen Agenda beraten werden. Ich gratuliere besonders Herrn Silva Penada für seinen umfassenden und weitreichenden Bericht, der ein breites Spektrum an Themen beinhaltet und ganz besonders eine ehrgeizige sozialpolitische Agenda fordert.

Herr Penadas Bericht hebt den Bedarf an der Schaffung von Arbeitsplätzen und die Flexibilität am Arbeitsplatz als Teil der weitreichenderen europäischen Sozialpolitik hervor. In dem Bericht wird auch die Wichtigkeit des Erwerbs neuer Qualifikationen, des lebenslangen Lernens und der Förderung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen genannt. Das sind die Schlüsselaspekte, die auch in unsere Tagesordnung für den Gipfel, der diese Woche stattfindet, aufgenommen wurden.

Der weitreichende Bericht wird durch den von Frau Lambert über die Eingliederung der oft aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen ergänzt. Der Gipfel, der diese Woche stattfindet, wird dieses wichtige Ziel sicherlich auch berücksichtigen. Wir können und werden die Schaffung von Arbeitsplätzen für einige wenige nicht fördern. Unser Ziel ist es, ein integriertes Konzept zur Beschäftigungspolitik anzunehmen, besonders in diesen schwierigen Zeiten.

Die tschechische Ratspräsidentschaft unterstützt die langfristigen Beschäftigungsziele der Europäischen Union und hat wiederholt den Bedarf für eine bessere Motivation der Personen betont, die Arbeit suchen oder ihre Arbeitsfähigkeit verbessern möchten. Wir sind uns wahrscheinlich alle einig, dass es besser ist, seinen eigenen Lebensunterhalt selbst zu verdienen, anstatt vom Sozialschutzsystem abhängig zu sein. Aus diesem Grund müssen wir die Segmentierung unserer Arbeitsmärkte reduzieren.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung unterstützt die Arbeitnehmer, die aufgrund der Globalisierung arbeitslos geworden sind. Ich freue mich, dass zwischen dem Europäischen Parlament und dem Rat Konsens über die Änderung des Fonds besteht, und ich danke Frau Stauner für ihre Arbeit in diesem Bereich. Durch die Einführung von mehr Flexibilität in der Nutzung der Fonds und durch die

Reduzierung der Zahl der Entlassungen von 1 000 auf 500 wird er ein noch effizienteres Instrument zur Bekämpfung der Folgen des Wirtschaftsabschwungs werden.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass jetzt die dringendste Notwendigkeit ist, sicherzustellen, dass die vielen Ideen, die bei den vorbereitenden Workshops entstanden sind, und die die Beratungen auf dem Beschäftigungsgipfel in dieser Woche beeinflussen werden, in die Tat umgesetzt werden. Wie ich zu Beginn gesagt habe, suchen wir nach konkreten Ergebnissen, die der Gesellschaft insgesamt und allen europäischen Bürgern zugute kommen werden.

Es ist hoffnungslos, die Folgen der aktuellen Krise auf einem einzigen Treffen lösen zu wollen. Wir sollten uns auf die konkreten Empfehlungen und Initiativen konzentrieren, die zusammen eine Rolle bei der Minderung der Folgen der Krise spielen werden und uns helfen werden, gestärkt aus ihr hervorzugehen.

VORSITZ: HERR SIWIEC

Vizepräsident

José Manuel Barroso, Präsident der Kommission. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, der steile Anstieg der Arbeitslosigkeit ist die schwerwiegendste Folge der Weltwirtschaftskrise. Sie betrifft sowohl Familien als auch einzelne Personen, die dadurch in wirkliche Schwierigkeiten gestürzt worden sind. Sie betrifft die Gesellschaft und beraubt sie ihrer Vitalität, und sie betrifft die Wirtschaft, welche die Kompetenzen und Erfahrungen verliert, deren Wiedergewinnung Jahre dauern wird.

Hier treffen uns die menschlichen und sozialen Kosten der Krise am härtesten. Arbeitslosigkeit ist ein lokales, nationales aber auch europäisches Phänomen. Innerhalb des europäischen Marktes, wo mehr und mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte auf Freizügigkeit in Anspruch nehmen, ist die Vollbeschäftigung ein langjähriges Anliegen sowohl in der nationalen als auch in der europäischen Politik. Darum ist es unbedingt notwendig, Antworten aus europäischer Perspektive zu finden.

Arbeitslosigkeit ist die Hauptsorge der Kommission. Die Kommission arbeitet pausenlos, um sicherzustellen, dass jeder mit politischer Verantwortung in Europa diesen Ruf hört und seine ganze Energie darauf verwendet, dieser Krise ein Ende zu bereiten.

Ich weiß, dass ich den Abgeordneten im Europäischen Parlament nicht die Bedeutung und Ernsthaftigkeit der Arbeitslosigkeit erklären muss. Jeden Tag verliert ein Mitglied unserer Wählerschaft seinen Arbeitsplatz und drei weitere machen sich Sorgen, dass sie das gleiche Schicksal ereilt.

Im März hat der Europäische Rat die Initiative der Kommission und des tschechischen Vorsitzes des Rates angenommen, einen Gipfel der „Beschäftigungs“-Dimension der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Krise zu widmen. Dieses Thema ist seit Beginn der Krise unsere Hauptsorge und hat zu unserem Vorschlag für einen europäischen Konjunkturbelebungsplan im letzten Dezember geführt. Seine Realisierung auf nationaler und europäischer Ebene spielt bereits eine wichtige Rolle im Bestreben, bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

Allerdings müssen wir dringend seine Auswirkungen auf die Beschäftigungslage bewerten. Wir müssen die notwendigen Lehren ziehen, um unsere Maßnahmen in den nächsten Monaten abzustimmen. Ich denke noch immer, dass die Beschäftigungsfrage einen eigenen europäischen Gipfel gerechtfertigt hätte, einen Gipfel, der die 27 Staats- und Regierungschefs zusammengebracht hätte.

Der Europäische Rat im März hat sich für ein deutlich zurückhaltenderes Format entschieden, zu meinem großen Bedauern. Trotzdem ist das kein Grund für die Kommission, hinsichtlich des Inhalts dieses Beschäftigungsgipfels und seiner Beobachtung durch die bevorstehenden schwedischen und spanischen Präsidenschaften ihre Ambitionen zurückzuschrauben.

Die europäische Dimension ist aus zwei Gründen von entscheidender Bedeutung. Zunächst müssen wir ein klares Signal an die Bürgerinnen und Bürger senden und sie wissen lassen, dass die Europäische Union die wahre Natur der Krise vollkommen versteht, dass es nicht nur eine Angelegenheit für Wirtschaftswissenschaftler und Banker ist, sondern dass es um das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeiterinnen und Arbeiter und ihrer Familien in ganz Europa geht.

Unsere Reaktion auf die Krise darf nicht auf klinische, technische Maßnahmen beschränkt sein, um Regulierungsprobleme zu lösen. Ihre Substanz soll von den grundsätzlichen Werten kommen: soziale

Gerechtigkeit und Solidarität. Unsere Reaktion muss als Antwort verstanden werden, die aus der Bedeutung erwächst, die wir bestimmten essenziellen Werten beimessen.

Ich glaube, dass jede Krise auch eine Gelegenheit bietet, die ergriffen werden soll, eine Gelegenheit, unser europäisches Modell einer sozialen Marktwirtschaft sowie das einer umweltbewussten Wirtschaft zu erneuern; sie bietet eine Gelegenheit, Europas starken Wunsch zu zeigen, zum Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger beizutragen.

Zweitens kann Europa wirklich Dinge verändern und einen großen Beitrag leisten. Natürlich kann Europa eine Menge tun, während die Macht zum Großteil auf nationaler Ebene verankert ist, und seien wir dabei absolut ehrlich. Wir können die Instrumente gestalten, die sich uns für maximale Effizienz anbieten. Der Europäische Sozialfonds kann einer großen Anzahl von Menschen helfen; er ermöglicht jedes Jahr neun Millionen Europäern, an Schulungen teilzunehmen.

Wir können auch als ein Aufnahmezentrum für Ideen fungieren, als ein Labor. Die nationalen Regierungen, Kommunalbehörden, Sozialpartner und alle Interessengruppen in Europa versuchen, Lösungen für die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit zu finden. Sie brauchen Ideen und Projekte. Die Europäische Union ist der ideale Schauplatz, um Ideen zu sammeln und die auszuwählen, die am besten funktionieren, und insbesondere bei ihrer Umsetzung zu helfen.

Wir haben an diesem Prozess mit der tschechischen Präsidentschaft, den bevorstehenden schwedischen und spanischen Präsidentschaften und den Sozialpartnern gearbeitet.

Präsident der Kommission. – Herr Präsident, wie Sie wissen, wurde der Gipfel durch einen intensiven Beratungsprozess geplant und um drei Vorbereitungs-Workshops herum aufgebaut. Das Engagement dieses Parlaments für diesen Prozess war bis jetzt äußerst wertvoll. Ich möchte besonders dem persönlichen Engagement der Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten Anerkennung zollen, und insbesondere Herrn Andersson als Vorsitzenden.

Die Workshops, die in Madrid, Stockholm und Prag organisiert wurden, erwiesen sich als ausgezeichnete Informationsquellen für die Phase der Ideenfindung in Bezug auf die am besten funktionierenden Maßnahmen. Ich begrüße die aktive Beteiligung der Sozialpartner und das Engagement der anderen Interessengruppen. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat eine aktive Rolle dabei gespielt, Ideen seiner nationalen Partnern zu sammeln, welche die Diskussion bereichern werden - in der Tat werde ich mich mit dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss in Prag treffen.

Ich möchte gern vier Hauptpunkte hervorheben, die sich aus diesen Veranstaltungen ergeben haben.

Zuerst muss es höchste Priorität sein, den Menschen ihre Arbeitsplätze zu erhalten, alles zu tun, um einen neuen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Denen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, muss geholfen werden, einen neuen zu finden. Diese Hilfe muss unverzüglich geleistet werden: Es hat keinen Sinn zu warten, bis Menschen mehrere Monate lang arbeitslos sind, denn bis dahin haben sich ihre Qualifikationen verschlechtert und ihre Zuversicht ist am absoluten Tiefpunkt. Langzeitarbeitslosigkeit ist eine Tragödie für die Betroffenen und fügt unserer sozialen Stabilität und unserer langfristigen Wettbewerbsfähigkeit enormen Schaden zu.

Zweitens trifft die Krise die am meisten benachteiligten Menschen am härtesten - Menschen wie die Geringqualifizierten, neue Teilnehmer oder behinderte Menschen, für die es auch in den besten Zeiten schwierig ist, Arbeit zu finden. Jetzt ist die Zeit für aktive Eingliederung, jetzt müssen die Anstrengungen intensiviert werden, diesen Gruppen besondere Unterstützung zu gewähren - ein sehr klares Echo des Lambert-Berichts auf der heutigen Agenda.

Drittens müssen wir uns auch darum bemühen, die Chancen für junge Leute zu verbessern. Ich weiß, dass dies eine besondere Sorge dieses Parlaments ist. Wir müssen handeln, um das Risiko zu bekämpfen, dass viele junge Menschen ihre Ausbildung beenden und geradewegs in die Arbeitslosigkeit schlittern. Junge Menschen benötigen unsere aktive Unterstützung bei der Suche nach einer Lehrstelle oder weiteren Ausbildungsmöglichkeiten, damit sie in Zukunft Arbeitsstellen finden und behalten können.

Und schließlich müssen wir das Qualifikationsniveau verbessern und uns an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes anpassen. In Zeiten eines Konjunkturabschwungs ist es umso wichtiger für die Menschen, sich Qualifikationen anzueignen, die ihre Beschäftigungsfähigkeit während der Krise und auch danach verbessern. Wir müssen die Menschen auf die Berufe der Zukunft vorbereiten: Umweltjobs und Stellen in anderen wachsenden Sektoren wie Gesundheitswesen und im Betreuungssektor.

Diese Aussprache bietet auch die Gelegenheit, die von diesem Parlament vorgenommene Prüfung der erneuerten sozialen Agenda zusammenzufassen. Ich betrachte die Themen, die im Silva Penda-Bericht behandelt wurden, als wichtigen Bestandteil des Vermächtnisses dieser Kommission: ein Konzept des Zugangs, der Solidarität und der Chancen, um sicherzustellen, dass unsere Politik sowohl unseren beständigen Grundwerten und den Realitäten der heutigen Gesellschaft entsprechen. Ich möchte wirklich Herrn Silva Peneda zu seiner großartigen Arbeit beglückwünschen, und ich denke, dass unsere Zusammenarbeit, insbesondere mit meinem Kollegen in der Kommission, Herrn Vladimír Špidla, sehr wichtig war.

Diese Agenda, eine Agenda der sozialen Eingliederung, strebt danach, Europäerinnen und Europäer dahingehend zu befähigen und auszurüsten, dass sie mit den rasch wechselnden Realitäten, die aus der Globalisierung hervorgehen, dem technologischen Fortschritt und den älter werdenden Gesellschaften besser fertig werden und jenen helfen, die Schwierigkeiten haben, sich mit solchen Veränderungen erfolgreich auseinanderzusetzen.

Wir können unsere wirtschaftliche Agenda nicht von der sozialen Agenda trennen: es kann keine Konjunkturbelebung auf der Basis eines sozialen Zusammenbruchs geben, genauso wie es keinen sozialen Fortschritt in einer wirtschaftlichen Wüste geben kann.

Ich bin dankbar für die detaillierte Untersuchung dieser Vorschläge durch das Parlament, zu der sich Kommissar Špidla genauer später in der Aussprache äußern wird. Erlauben Sie mir, mich auf einen Themenpunkt zu konzentrieren, für den ich mich besonders verantwortlich fühle, und das ist der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Ich möchte gern dem Parlament dafür danken, dass es die Vorschläge der Kommission für die Erneuerung des Fonds so rasch behandelt hat. Die neuen Vorschriften werden die Aufnahme der finanziellen Unterstützung für die Wiedereingliederung und Umschulung jener Arbeitnehmer verbessern, die ihre Arbeitsplätze aufgrund der gegenwärtigen Rezession verlieren; mehr Unternehmen werden antragsberechtigt sein, und der Haushalt der Gemeinschaft wird einen großen Teil der Kosten tragen. Ihre Stimme in dieser Woche ist eine ausgezeichnete Neuigkeit vor dem Prager Beschäftigungsgipfel.

Der Beschäftigungsgipfel in dieser Woche gibt uns die Gelegenheit, das Thema Beschäftigung an der Spitze der Europäischen Agenda zu halten, wo sie auch hingehört. Ich möchte, dass dieser Gipfel konkrete, greifbare Ergebnisse bringt. Ich bin zuversichtlich, dass dies geschehen wird. Und, anstatt ihn als ein einmaliges Event zu betrachten, hoffe ich auch, dass er einen weiteren Meilenstein für einen kontinuierlichen Prozess darstellt, der lange vor der Krise begonnen hat - ein Prozess der Zusammenarbeit zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten und den Sozialpartnern -, der sich durch diese Krise zieht und nach der Krise fortgeführt wird.

Als Präsident der Kommission werde ich diese Agenda im Juni vor den Europäischen Rat bringen, um die 27 Staats- und Regierungschefs darauf aufmerksam zu machen. Er verdient nur das Beste. Europa ist nicht nur ein wirtschaftliches und politisches Vorhaben. Es war und wird immer ein soziales Vorhaben sein.

Gabriele Stauner, Berichterstatterin. – Meine Herren Präsidenten, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel Aufwand, wenig Wirkung! So könnte man zusammenfassend die Arbeit bei der Anpassung des EGF an die Anforderungen der Wirtschafts- und Finanzkrise charakterisieren.

Wenig Wirkung deshalb, weil die Summe der für dieses Instrument zur Verfügung gestellten Mittel – nämlich 500 Millionen Euro – angesichts der betroffenen Arbeitnehmer und der Größe der Krise gering erscheint. Das wäre aber der komplett falsche Schluss! Denn die Leistungen des EGF sind auch nach der Umstrukturierung im Zusammenhang mit den anderen Solidar- und Unterstützungsinstrumenten, die wir auf europäischer Ebene haben, zu sehen.

Und hier ist der EGF das jüngste Kind. Er wurde ja erst im Jahr 2006 geschaffen, und er sollte damals ein klares Zeichen dafür setzen, dass die Globalisierung eben nicht nur positive Auswirkungen auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat, sondern durch Massenentlassungen, insbesondere durch Firmenverlagerungen, auch arbeitnehmerfeindliche Auswirkungen haben kann. Deshalb haben damals selbst sparsame Haushälter ihre Bedenken zurückgestellt und wir haben einen weiteren Fördertopf aufgemacht.

Nun sind die Auswirkungen der Globalisierung von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geradezu überrollt worden, und unsere angemessene Reaktion ist die Anpassung der Förderkriterien des EGF. Dabei war es für unsere Novellierungsüberlegungen auch ein Problem, dass aufgrund der kurzen Laufzeit des EGF kein großer Erfahrungsschatz bei der Kommission vorhanden war und wir die Effizienz der bisherigen Regelungen auch jetzt noch schwer einschätzen können.

Ich möchte auch gleich anmerken, dass das Nebeneinander von EGF und Europäischem Sozialfonds gerade für die Zukunft nicht aus dem Auge verloren werden darf.

Die Mehrheit des Beschäftigungsausschusses hat sich für eine befristete Geltung der zu ändernden Verordnung ausgesprochen, sodass die Vorschriften jetzt für alle Anträge gelten, die vor dem 31.12.2011 eingereicht werden und eben inhaltlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen, die unmittelbar infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden. Das heißt, ab dem Jahr 2012 müssen wir neue Überlegungen für die Fortgeltung des Europäischen Globalisierungsfonds anstellen.

Inhaltlich ist es zweifellos eine Erleichterung, wenn die Zahl der entlassenen Arbeitnehmer in einer bestimmten Region von ursprünglich 1 000 auf 500 reduziert wird und gleichzeitig der Leistungsbezugszeitraum von 12 auf 24 Monate erhöht wird. Das erleichtert die Antragstellung und sorgt für Nachhaltigkeit bei der Unterstützung unserer Arbeitnehmer, bis sie einen neuen Arbeitsplatz gefunden haben.

Eine sehr umstrittene Frage war die Höhe des Finanzierungsanteils der EU und der Kofinanzierung durch nationale Haushalte. Wir haben nun einen Kompromiss gefunden. Es bleibt grundsätzlich bei den 50 Prozent – also 50:50 – und nur in besonderen Einzelfällen kann der Finanzierungsanteil aus europäischen Geldern auf 65 Prozent erhöht werden. Darüber bin ich sehr froh! Wir haben also weitergehendem Wunschdenken schon im Ausschuss einen Riegel vorgeschoben, denn der Mitgliedstaat, der Gelder für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bekommt, soll sich seiner Verantwortung schon bewusst sein. Dies geschieht am besten dadurch, dass er selbst einen erheblichen Finanzbeitrag zu leisten hat.

Es freut mich besonders, dass wir auch bei den Gesprächen mit Rat und Kommission eine Pauschalierung erreichen konnten, also 20 Prozent der direkten Kosten. Das ist genauso, wie wir es einige Tage vorher im Ausschuss für den ESF gemacht haben. Es bleibt noch genügend Raum für zukünftige Änderungen und Verbesserungen. Ich bedanke mich für die in jeder Phase konstruktive Zusammenarbeit im Ausschuss und dann auch mit Rat und Kommission und bitte Sie um eine breite Unterstützung des vorliegenden Änderungsantrags.

José Albino Silva Peneda, Berichterstatter. – (PT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, während der letzten Monate, während ich den Bericht über die erneuerte Sozialagenda vorbereitet habe, haben sich die Auswirkungen der wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Krise, die Europa und die Welt betreffen, verschärft. Jeden Tag sehen wir mehr Entlassungen, mehr Unternehmensschließungen und mehr Familien in furchtbaren Situationen.

Das ist mehr als nur eine wirtschaftliche und finanzielle Krise; Ich glaube, wir erleben eine Vertrauenskrise. Nach den letzten Eurostat-Daten waren im Februar 2009 über 19 Millionen Männer und Frauen in der Europäischen Union arbeitslos. Angesichts dieses Szenarios wird, wenn nichts getan wird, auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit mehr Armut folgen, mehr soziale Ausgrenzung, mehr Unsicherheit, mehr Verbrechen und insbesondere mehr Misstrauen.

Wir sind der Meinung, dass die Arbeitslosigkeit – das sichtbarste Zeichen dieser Krise – nicht einfach einen Einkommensverlust für die Menschen, die arbeitslos sind, und für ihre Familien bedeutet: Arbeitslosigkeit entmutigt sie und kann zu einem Verlust von Vertrauen in sich selbst und in die Menschen in der unmittelbaren Umgebung führen. Sogar vor der Krise, der wir heute gegenüberstehen, waren die Mitgliedstaaten bereits mit sozialen Problemen konfrontiert, die sich aus einem schwachen Wirtschaftswachstum ergaben, einer komplizierten demografischen Situation und den Schwierigkeiten, in einer zunehmend globalisierten Weltwirtschaft zu leben.

In diesem Bericht habe ich versucht, diese Sorgen so klar und pragmatisch anzusprechen, wie es nur möglich ist. Ich weiß, dass eine soziale Agenda ein sehr weitläufiges Konzept ist, und ich habe daher versucht, einen ausgewogenen Bericht zusammenzustellen und die wirklichen Schwerpunkte klar und knapp darzulegen.

Zunächst können die Institutionen der Europäischen Union eine wichtige Rolle dabei spielen, die Bedeutung der sozialen Modelle und der Infrastrukturen der Mitgliedstaaten zu bestätigen, und dazu beizutragen, einen Konsens über die Bedeutung des allgemeinen Zugangs zu diesen Modellen und Infrastrukturen, ihre hohe Qualität und besonders ihre Nachhaltigkeit zu bilden.

Zweitens müssen wir alle verfügbaren Instrumente mobilisieren, um sicherzustellen, dass mehr Menschen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Der dritte Schwerpunkt rührt von der Schlussfolgerung her, dass noch sehr viel zu tun ist, um vollständige Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union zu garantieren.

Ich bin der Überzeugung, dass der vierte Schwerpunkt der Europäischen Union darin besteht, eine aktivere Rolle in der Förderung der sozialen und umweltpolitischen Standards in ihren Außenbeziehungen zu aufstrebenden Mächten, wie etwa Brasilien, Russland, Indien und China einzunehmen. Das ist besonders wichtig, wenn wir über Handelsvereinbarungen sprechen.

Der fünfte Schwerpunkt, den die Kommission versucht hat, umzusetzen - sogar heute mit der geplanten Abstimmung über den Bericht des europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung - zielt auf eine größere Flexibilität der europäischen Strukturfonds ab.

Um sicherzugehen, dass europäische Bürgerinnen und Bürger die Veränderungen, die aus dem gegenwärtigen Kontext erwachsen sind, verstehen und mit ihnen umgehen können, muss der soziale Dialog verstärkt werden, um die Transparenz bei Entscheidungen über soziale Anpassung und wirtschaftliche Umstrukturierung zu erhöhen. Ich neige dazu zu sagen, dass man durch eine Zeit der Wirren gehen muss, um eine Zusammenarbeit in Beziehungen des sozialen Dialogs zu erreichen. Die offene Methode der Koordination muss ebenfalls verstärkt werden, da dies ein essenzieller Bestandteil der Gesetzgebung der Europäischen Union ist. Sozialpolitik kann kein Patchwork isolierter Handlungen und Ideen sein; wir müssen eine bessere Verbindung zwischen wirtschaftlichen, arbeitspolitischen, sozialen und umweltpolitischen Initiativen gewährleisten.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Sozialpolitik mit Wirtschaftspolitik Hand in Hand geht, um einen nachhaltigen Aufschwung nicht nur in der wirtschaftlichen, sondern auch in der sozialen Struktur zu sichern. Einen Punkt möchte ich sehr klar herausstreichen: die Krise, die wir erleben, kann nicht als Vorwand dienen, Sozialausgaben zu senken. Es muss betont werden, dass, wenn jetzt nicht die Zeit dazu ist, Sozialausgaben zu senken, dann ist es in der Tat an der Zeit, mit der notwendigen Strukturreform zügig voranzuschreiten. Ich möchte daher der Kommission und Herrn Präsidenten Barroso gratulieren, die es in solch schwierigen Zeiten geschafft haben, Europa dazu zu bewegen, sich mit den Problemen der Krise in koordinierter Weise auseinanderzusetzen.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort)

Jean Lambert, Berichterstatter. – Herr Präsident, ich habe auch später ein paar Minuten, über einige der anderen Themen auf der Tagesordnung dieser Sitzung zu sprechen. Aber der Bericht, mit dem ich mich beschäftigt habe, betrifft insbesondere die Frage der aktiven Eingliederung der Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.

Zunächst möchte ich allen Kolleginnen und Kollegen danken, die hier mitgearbeitet haben, und den vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die ebenfalls einen Beitrag geleistet haben.

Wir haben heute Nachmittag über eine Zeit der Rezession gehört, welche die Risiken der Ausgrenzung erhöht, wenn wir nicht sehr vorsichtig sind: die Risiken der Menschen, jetzt ihre Arbeitsplätze zu verlieren und in der nahen Zukunft vielleicht nicht in der Lage zu sein, in den Arbeitsmarkt wieder einzusteigen; die Risiken derjenigen, die sich bereits in Schwierigkeiten befinden und nicht einmal in der Lage sind, Zugang zum Arbeitsmarkt zu haben; und dann gibt es natürlich die Menschen, die nicht einmal Teil des Arbeitsmarktes sind. Sie riskieren, vergessen zu werden, und das ist etwas, dessen wir uns sehr bewusst sein müssen.

Wir müssen unseren Blick auf einige der strukturellen Barrieren werfen, die wir als Gesellschaft im Zusammenhang mit der aktiven Eingliederung ebenfalls aufstellen. Eine Sache, über die wir uns einig waren, bezieht sich darauf, dass die aktive Eingliederung nicht die soziale Integration, dieses weitreichendere Bewusstsein, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen, ersetzen soll. Wir sind uns mit dem Rat und der Kommission grundsätzlich völlig einig über eine angemessene Einkommensstützung; in diesem Bericht wird diese Formulierung verwendet.

Wir sprechen auch über Mindesteinkommen im eigentlichen Sinn. Dass Menschen dieses Einkommen benötigen, um ihnen Würde zu verleihen und ihnen Chancen und die Möglichkeiten einer aktiven Teilnahme an der Gesellschaft zu geben. Es ist wichtig als Unterstützung für die Risikogruppen, die Betreuer, diejenigen, die Betreuung benötigen und diejenigen, welche die Unterstützung für ein unabhängiges Leben brauchen, und außerdem ist es in der Tat wichtig für die Rentenniveaus.

Dieser Bericht weist ebenfalls darauf hin, wie wichtig es ist, dass Mitgliedstaaten über den Mindestlohn nachdenken. Wir haben ein wachsendes Problem hinsichtlich der erwerbstätigen Armen innerhalb der Europäischen Union.

Wir haben im Bericht auch über die Schwierigkeiten mit Sozialversicherungssystemen und ihre mangelnde Flexibilität gesprochen, insbesondere wenn man versucht, Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu halten, wo sie dann Gelegenheitsarbeiten oder Zeitarbeit ausführen oder befristete Arbeitsverträge erhalten könnten. Sozialversicherungssysteme sind oft zu starr in diesen Bereichen.

Wir warnen aber auch vor Aktivierungsmaßnahmen, insbesondere solche, die manchmal Strafmaßnahmen beinhalten, die eine indirekte Auswirkung z. B. auf Familien der Betroffenen haben können, oder Aktivierungsmaßnahmen im Bereich der Fortbildung, wenn Schulungen für einen Arbeitsbereich abgehalten werden, der überhaupt nicht existiert.

Wir sind uns auch über die Fragen einig, die mit dem inklusiven Arbeitsmarkt zu tun haben. Deshalb haben wir uns mit Themen der Antidiskriminierung und der ordnungsgemäßen Anwendung der Rechtsvorschriften auseinandergesetzt sowie mit Themen zu Schulung und Ausbildung, um junge Menschen so lange wie möglich im Schulbetrieb zu halten; der Frage nach den Bedürfnissen des Einzelnen haben wir uns durch ein individuelleren Ansatz genähert.

Wir haben uns auch über das Thema des Zugangs zu qualitativ guten Dienstleistungen, die sehr wichtig für schutzbedürftige Personen sind, die sich in Schwierigkeiten befinden, geeinigt. Und wir haben die Rolle der Kommunalbehörden in diesem Bereich hervorgehoben - und die Notwendigkeit eines Rahmens für Dienstleistungen von allgemeinem Interesse - sodass wir sicherstellen, dass die Menschen die Dienstleistungen erhalten, die sie benötigen.

Aber von gleicher Bedeutung für uns, so denke ich, ist die Frage der Mitsprache bei all dem: dass diejenigen, die sich ausgegrenzt fühlen, auch eingegliedert werden sollen, wenn wir uns Maßnahmen überlegen, die umgesetzt werden, und dass dabei berücksichtigt werden soll, ob die Maßnahmen wirklich den Bedürfnissen der Langzeitarbeitslosen, der älteren Menschen, der jungen Menschen bei ihrem Versuch, Zugang zum Arbeitsmarkt oder was auch immer zu bekommen, entsprechen. Die Frage, wie diese Mitsprache durch die offene Methode der Koordination strukturiert werden kann, ist extrem wichtig und sollte nicht vergessen werden. -

Anne Ferreira, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit. – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelschutz möchte ich gern Herrn Silva Penada dafür danken, dass er in seinem Bericht im Einzelnen ausgeführt hat, dass die Kommission keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen hat, die sozialen und gesundheitlichen Folgen der ökologischen und Klimakrise auszugleichen. Ich möchte ihm ebenfalls dafür danken, dass er die Sozialwirtschaft erwähnt hat, obwohl ich es bedaure, dass deren Rolle im Rahmen der Kohäsionspolitik und der Schaffung von hochwertigen und nicht verlegbaren Arbeitsplätzen nicht hervorgehoben wurde.

Am Vorabend der europäischen Wahlen wäre dieser Bericht viel mehr begrüßt worden, wenn bestimmte Ziele nicht einen klaren Mangel an Ambition erkennen ließen. Können wir mit dem Flexicurity-Ansatz und den Mindestnormen für das Arbeitsrecht zufrieden sein? Nein, das können wir nicht. Wir sollten uns vielmehr darüber Gedanken machen, dass morgen die Rechte vielleicht die Mindestnormen ablehnen wird, in derselben Weise, in der in den letzten fünf Jahren eine Richtlinie über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse abgelehnt wurde.

Werden wir morgen endlich den Mindestlohn annehmen? Die europäischen Bürgerinnen und Bürger verlangen seit Jahren ein starkes soziales Europa. Das nächste Parlament muss in der Lage sein, die verschiedenen sozialen Verbesserungen, die im Bericht vorgeschlagen werden, umzusetzen. Ich hoffe, dass dies dabei helfen wird, am 7. Juni jede verfügbare Kraft zu mobilisieren.

Monica Giuntini, Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, als Verfasserin der Stellungnahme würde ich gerne etwas zu den Änderungsanträgen zum EGF, dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, sagen und meinen Dank für den Vorschlag der Kommission über die Vereinbarung ausdrücken, die mit dem Parlament in erster Lesung erreicht wurde.

Besonders die folgenden Punkte ermutigen mich: zum Ersten, dass wir vorübergehend die Möglichkeit zur Nutzung des EGF verlängert haben und ihn dadurch zu einem Instrument des Europäischen Kojunkturprogramms machen, um auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu reagieren und Arbeitnehmer zu unterstützen, die ihre Arbeitsplätze verloren haben; zum Zweiten, dass wir die Mindestanzahl von Entlassungen, die erforderlich sind, um die Unterstützung des Fonds in Anspruch nehmen zu können,

von 1000 auf 500 gesenkt haben; zum Dritten, dass wir den Kofinanzierungsanteil der EU in besonderen Fällen auf 65% für diese Phase erhöht haben.

Und schließlich hoffe ich, wie es in der Stellungnahme des Ausschusses für regionale Entwicklung steht, dass die Kommission eine Einschätzung der Folgen der kurzfristigen Maßnahmen bis zum Ende des Jahres 2011 vorlegt und dem Parlament die Gelegenheit gibt, die Gesetzgebung zu ändern, sollte dies notwendig erscheinen.

Cornelis Visser, *Verfasser der Stellungnahme des Ausschusses für Kultur und Bildung*. – (NL) Herr Präsident, die Bedeutung dieser erneuerten Sozialagenda ist klar, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftskrise. Der Berichterstatter, Herr Silva Peneda, hat in diesem Bericht außerordentliche Anstrengungen unternommen. Wir, die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung, haben durch diese Stellungnahme einen Beitrag geleistet. Vier Punkte werden besonders beleuchtet, und zwar Bildung und Wirtschaft und das Verhältnis zwischen den beiden, der lebenslange Prozess des Lernens, die Bedeutung der Mehrsprachigkeit und der Sport.

Zunächst würde ich gerne das Verhältnis zwischen Bildung und Wirtschaft erläutern. Ein intensiverer Dialog zwischen Unternehmen, Ausbildungsstätten, Gewerkschaften und dem Freiwilligensektor ist notwendig, um neue Kompetenzen für die Wirtschaft zu ermitteln. Erwachsenenbildung spielt hier in der Entwicklung dieser Kompetenzen eine Rolle.

Der Bildungsinhalt muss den Erfordernissen der Lehre und der Praxis entsprechen. Die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und der Wirtschaft muss ebenfalls gefördert werden. Eine Brücke sollte zwischen den Studienprogrammen und der Wirtschaft gebaut werden, und die Wirtschaft sollte die Möglichkeit haben, Studienprogramme zu ergänzen, Praktika anzubieten und Tage der offenen Tür für Studierende zu organisieren.

Lebenslanges Lernen bzw. ständige Weiterbildung ist ebenfalls sehr wichtig. Es ist von entscheidender Bedeutung, eine Balance zwischen Familienleben, Arbeitswelt und Lernprozess zu finden. Öffentliche und private Kinderbetreuung spielt hier ebenfalls eine wichtige Rolle und muss verstärkt angeboten werden, damit die Eltern die Möglichkeit haben, an diesem Lernprozess kontinuierlich teilzunehmen.

Der Sport ist ein weiteres Instrument, und ich möchte dies nur aus der Perspektive des Ausschusses für Kultur und Bildung, der auch den Sport fördert, erwähnen. Sport fördert die Entwicklung von Werten wie Fairness, Solidarität, Achtung von Regeln und Teamgeist, und er ist auch für die Gesundheit wichtig. Es ist wichtig, die Mitgliedstaaten im Hinblick auf diese Themenbereiche zu ermutigen.

Marie Panayotopoulos-Cassiotou, *Verfasserin der Stellungnahme des Ausschusses für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter* – (EL) Herr Präsident, ich habe die Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter über den Bericht von Frau Lambert über die aktive Eingliederung von Personen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind, verfasst und möchte ihr zu ihrer Bereitschaft gratulieren, die Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter so vollständig wie möglich aufzunehmen.

Die Gleichstellung der Geschlechter und Achtung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung im Allgemeinen sind Grundvoraussetzungen für die aktive Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die soziale Integration, die sie begleiten muss. Insbesondere halte ich es für wichtig, dass die Unterstützung von Familienmitgliedern aller Altersstufen besondere Berücksichtigung erfährt sowie die Solidarität zwischen den Generationen und die Hilfe, die schutzbedürftigen Gruppen der Gesellschaft in schwierigen Zeiten, in denen sich Familien befinden können, zuteil werden muss, sodass dies für die Gesellschaft zu allen Zeiten nützlich sein kann, ohne dass schwierige Lebensumstände in ihrem Leben ihre Spuren hinterlassen. Darum ist der Übergang von einer Lebenssituation zur nächsten sehr wichtig und muss Unterstützung erfahren, und zwar durch staatliche Mittel, soziale Einrichtungen, Sozialpartner und den Freiwilligensektor, sodass die Gesellschaft Solidarität erfährt und gemeinsame Verantwortung für alle ihre Mitglieder wahrnimmt.

Ich hoffe, dass Frau Lamberts Bericht den Entschließungsantrag forcieren wird, da auch von meiner Fraktion Korrekturen vorgenommen wurden, sodass er nicht nur Einkommensstützung, sondern auch allgemeine Unterstützung zur Gewährleistung würdiger Lebensbedingungen, die Vollerwerbstätigen und Nebenerwerbstätigen sowie Nichtteilnehmern am Arbeitsmarkt gewährt wird, umfasst.

Othmar Karas, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident, Herr Ratspräsident, meine Damen und Herren! Wir debattieren jetzt über drei Berichte. Bei zwei Berichten stellt die Europäische Volkspartei den Berichterstatter und bei einem die Grünen. Ich sage das deshalb, weil

es deutlich macht, dass die SPE kein Monopol auf sozialpolitische Themen hat, sondern dass diese Themen uns allen ein Anliegen sind.

Besonders herzlich möchte ich mich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender bei Silva Peneda und Gabriele Stauner für ihre Arbeit bedanken, weil sie glaubwürdige Vertreter des europäischen Sozial- und Lebensmodells der sozialen Marktwirtschaft sind und innerhalb unserer Fraktion wichtige Exponenten eines vertieften sozialen Dialogs. Diese Berichte sollen dafür Sorge tragen, dass die Politik der Europäischen Union wirksam auf die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen reagieren kann. Sie zielen darauf ab, mehr Menschen Chancen zu geben, den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen zu verbessern und Solidarität mit denjenigen zu üben, für die der Wandel negative Folgen hat.

Alles, was wir von der Gemeinschaft wollen, müssen wir auch zu Hause mehrheitsfähig machen, weil wir nicht für alles das, was die Menschen von uns erwarten, die ausreichende Kompetenz haben. In der Sozialpolitik dürfen wir leider noch nicht alles tun. Der Vertrag von Lissabon bewirkt aber einen großen Schritt vorwärts. Die Vollbeschäftigung wird zum Ziel, die nachhaltige soziale Marktwirtschaft zum europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodell, soziale Grundrechte werden verankert.

Wir haben auf der einen Seite aber nicht nur zu wenig Kompetenzen, sondern wir haben auf der anderen Seite auch zu wenig Geld. Daher fordere ich die Kommission auf, bis Jahresende einen Vorschlag für eine Finanztransaktionssteuer vorzulegen, eine konkrete europäische Initiative mit zwei Zielen zu setzen. Zum einen die Einnahmen zweckgebunden für die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze zu verwenden, denn alles, was Arbeit schafft, schafft soziale Stabilität und Sicherheit. Zum zweiten ein klares europäisches Projekt auf den Tisch zu legen für den G20-Gipfel im Frühjahr.

Nun können auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unterstützt werden, die infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen worden sind, und wir haben die Ko-Finanzierung auf 65 % hinaufgesetzt.

Wie sähe die Gegenwart ohne unser europäisches Sozialmodell aus – obwohl es verbesserungsfähig ist? Wir müssen es stärken! Auch – wie Silva Peneda fordert – durch die Stärkung der grundlegenden Arbeitsrechte durch Festlegung von Mindeststandards bei den Arbeitnehmerrechten, durch die Bekämpfung der Diskriminierung, durch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, durch die Modernisierung der Sozialversicherungssysteme, durch die Bekämpfung der Armut, durch die Förderung des Übergangs in die Selbständigkeit, durch die Stärkung der Strukturfonds. Wir gehen einen Schritt vorwärts, aber wir haben noch viel zu tun.

Jan Andersson, im Namen der PSE-Fraktion. – (SV) Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratsvorsitzender, ich werde mich auf das konzentrieren, was als Gipfel geplant war, aber keiner wurde.

Jean-Claude-Juncker sagte gestern, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in eine soziale Krise übergehen wird. Wir bewegen uns auch auf eine Beschäftigungskrise zu. Wir werden in den nächsten Jahren höhere Arbeitslosenraten haben, möglicherweise mit 26 Millionen arbeitslosen Einwohnern in der EU in ungefähr einem Jahr.

Das ist die Situation, und unter *diesen* Umständen haben sich der Rat und die Regierungen des Zentrums und der Rechten dazu entschlossen, den Beschäftigungsgipfel zu einem Troika-Treffen abzuwerten. Mehrere Führungspersonlichkeiten werden nicht an diesem Gipfel teilnehmen. Das beweist, dass für den Rat und die Regierungen das Thema der Beschäftigung keine Priorität hat. Ich teile die Ansicht von Herrn Kommissar Barroso. Die Kommission wollte einen Gipfel. Ist dies eine unvermeidliche Entwicklung? Nein, ist es nicht. Es muss mehr und auf eine besser koordinierte Weise getan werden, und vor allem muss jetzt etwas getan werden. Es ist eine Frage umweltverträglicher und langfristiger Investitionen, die auch kurzfristig Arbeitsplätze schaffen. Es ist eine Frage der Energieeffizienz in Haushalten, die jetzt Arbeitsplätze schafft und Haushalte auch für die Zukunft besser bewohnbar macht. Es ist eine Frage des lebenslangen Lernens, das bisher noch nie das Ziel erreicht hat, Europa für die Zukunft zu stärken. Wenn wir dieses Ziel jetzt verfolgen, werden die Menschen die notwendige Ausbildung erhalten, und es wird Europa für die Zukunft stärken und die Arbeitslosigkeit verringern. Sie können durch junge Menschen, die studieren und auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen, anstatt arbeitslos zu werden, ersetzt werden. Wir können in Verbraucherbeihilfe für die Gruppen investieren, denen es am schlechtesten geht – den Rentnern, den Studenten und den Arbeitslosen. Das wird Arbeitsplätze schaffen und den Konsum steigern.

Mobilität ist wichtig, wie beim Workshop in Prag festgestellt wurde. Es ist wichtig – äußerst wichtig – sowohl im beruflichen als auch im geografischen Sinne, aber wenn wir Gleichbehandlung, gleiche Bedingungen für alle und das Recht, für Gleichbehandlung auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu streiken, nicht gewährleisten,

wird das zu mehr Protektionismus führen. Daher hat die Kommission die Pflicht, die Arbeitnehmerentsenderichtlinie abzuändern.

Zusammenfassend kann also jetzt etwas getan werden, die Arbeitslosigkeit kann verringert und Europa für die Zukunft gestärkt werden. Diese beiden Dinge gehören zusammen, aber im Moment wird viel zu wenig getan.

Ona Juknevičienė, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – (LT) Meine Damen und Herren, ich möchte wirklich jedem von Herzen zu diesem Bericht gratulieren, den man wahrlich als Bericht für die Menschen Europas bezeichnen kann. Europäer fragen oft, was wir hier im Europäischen Parlament tun, wie wir etwas für sie tun können.

Ich glaube, dass dies einer der Berichte ist, die verfasst werden, um Menschen zu helfen, und ich würde daher gerne alle meine Kolleginnen und Kollegen, Frau Stauner, die Kommission und den Rat dazu beglückwünschen, eine Einigung in erster Lesung erreicht zu haben. Dieser Bericht wird morgen angenommen werden, in einem besonders raschen Verfahren, nicht nur weil er für die Menschen wichtig ist, sondern weil dieser Fonds nun auf diese Krise ausgerichtet wurde, sodass Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, Unterstützung bekommen können.

Ich habe nur eine Frage. Ist dieser Bericht wirklich für die Menschen bestimmt, und wird die Beihilfe tatsächlich bei ihnen ankommen? Wie Sie sich erinnern werden, Herr Kommissar, während der großen Debatte in unserem Ausschuss, haben wir, die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa gesagt, dass wir diese Hilfe für die Menschen unterstützen werden, solange sie nicht nur an die Bürokraten oder andere Strukturen geht.

Bedauerlicherweise hat mich die Erfahrung eines Jahres gelehrt, dass in meinem Land, wie ich es sehe, der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung für denselben Bereich wie der Europäische Sozialfonds verwendet wird, nämlich für Umschulungen. Er wird kaum oder überhaupt nicht für andere beabsichtigte Maßnahmen genutzt. Wir brauchen Geld, um die Menschen zu erreichen, damit sie unterstützt werden können, und es ist nicht richtig, dass die Verwaltung, Arbeitsvermittlungs- und Schulungszentren selbst das Geld in Anspruch nehmen, die Menschen schulen, diese aber danach keine Arbeit finden.

Ich möchte sie gerne darauf hinweisen, Herr Kommissar, zu überprüfen, ob diese Verordnung in den Mitgliedstaaten ordnungsgemäß funktioniert. Wurde diese Verordnung korrekt auf die nationale Gesetzesebene übertragen? Oft erlauben die Rechtsvorschriften keine Umsetzung der Verordnung.

Sie werden sagen, dass dies eine Angelegenheit für die Regierungen der Mitgliedstaaten ist, aber ich sage nein! Wir wurden vom Volk gewählt. Wir sind nicht Vertreter unserer Regierungen. Wir wurden gewählt, um die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger und die Interessen unserer Völker zu vertreten, und sicherzustellen, dass das Geld die Menschen erreicht, nicht die Bürokraten.

Brian Crowley, *im Namen der UEN-Fraktion*. – Herr Präsident, ich danke den Berichterstatlern für die unglaubliche Arbeit, die sie auf diese Berichte verwendet haben, die, wie wir in einer früheren Aussprache gesagt haben, zu einem sehr wichtigen Zeitpunkt, wo Menschen nach Antworten suchen und nach Ideen, wie sie weitermachen sollen, vorgelegt werden.

Ich denke, sie können in vier verschiedene miteinander verbundene Bereiche unterteilt werden. Erstens, der Bereich der Ausbildung und Schulung, ob es sich um lebenslanges Lernen, die Verbesserung bestehender Fähigkeiten und Fertigkeiten oder die Vermittlung neuer Fachkenntnisse handelt.

Zweitens, der gesamte Bereich der Innovation und die Aufgabe, festzustellen, woher die Arbeitsplätze in der Zukunft kommen, und sicherzustellen, dass die Menschen die Fachkenntnisse und die Ausbildung dafür haben.

Drittens, der gesamte Bereich der Nachhaltigkeit, dass Menschen, die bereits in einem Arbeitsverhältnis stehen, geschützt und unterstützt werden, um sicherzustellen, dass sie nicht ihre Arbeitsplätze verlieren und dann ein oder zwei Jahre durch die Phase der Umschulung und Fortbildung gehen müssen, um eine andere Arbeit zu finden; die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, die es gibt.

Viertens sollte der Versuch unternommen werden, eine Vorausschau für die Zukunft zu erarbeiten.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen an die frühen 1990er Jahre zurückdenken, als wir den gesamten Delors-Plan mit dem Weißbuch über das Sozialpaket und so weiter hatten, wurde das als Neuland und

innovativ angesehen. Er enthielt viele komplexe Dossiers und Ideen, die insbesondere von der Industriebranche negativ aufgenommen wurden, die aber auch von gewerkschaftlich organisierten Gruppen abgelehnt wurden.

Wenn uns unsere Erfahrung seit 1994 irgendetwas lehren kann, dann, dass wir zunächst sicherstellen müssen, dass alle sozialpolitischen Bereiche sich auf den Dienst am Menschen gründen, indem nicht nur Zahlen manipuliert werden, sondern die Lebensumstände der Menschen real verbessert werden.

Weiterhin zeigt sie uns, dass unabhängig davon, wie gut die Ausbildung oder Qualifikationen sind, es Menschen gibt, die in der Arbeitslosigkeit gefangen sind; diese Personengruppen benötigen ein soziales Netz und die Sicherung eines menschenwürdigen Lebensstandards.

Und die Erfahrung lehrt uns auch, dass, was Präsident Barroso selbst richtig ausgeführt hat, dass trotz hoher Beschäftigungszahlen in vielen Ländern während der letzten Jahre viele Menschen mit Behinderungen, insgesamt 74%, aufgrund der vorhandenen psychologischen Barrieren und Hindernisse trotz der Tatsache, dass sie Zugang zu Bildung und Schulungen hatten, arbeitslos waren.

Es tut mir leid, dass ich so lange gesprochen habe, aber ich würde meine Wortmeldung gerne mit einer Redewendung abschließen: "Geben Sie dem Menschen einen Fisch, und er hat einen ganzen Tag lang genug zu essen; zeigen Sie dem Menschen, wie man fischt, und er hat genug zu essen fürs ganze Leben".

Jean Lambert, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – Herr Präsident, ich möchte auf bestimmte Aspekte zum Thema Beschäftigung eingehen - und nicht zuletzt erwähnen, dass der Frühlingsgipfel eigentlich ein „Gipfel für nachhaltige Entwicklung“ hätte sein sollen - und das Thema mit dem von der Kommission Ende letzten Jahres erarbeiteten Papier über neue Kompetenzen und neue Arbeitsplätze verbinden. Dieses Papier beschreibt, welche entscheidenden Auswirkungen der Übergang zu einer CO2-armen Volkswirtschaft auf die Beschäftigung haben würde. Es ist sehr wichtig, dass wir uns daran erinnern und es nicht in der allgemeinen Diskussion, die wir führen, aus den Augen verlieren.

Was ich gerne gesehen hätte, als Ergebnis der gegenwärtigen Sorge um die Beschäftigung, ist ein geschlossenes Paket über neue Industrien und neue Investitionen. Davon ist im Moment nichts zu sehen. Ein gutes Beispiel bietet derzeit die Solartechnologie und ihre Entwicklung in Deutschland, während gleichzeitig im Solarsektor in Spanien und im Windturbinensektor im Vereinigten Königreich Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen sind. Indem wir nach neuen Kompetenzen und Qualifikationen in neuen Technologien Ausschau halten, riskieren wir ebenso, diese durch eine fehlende klare Investitionsstrategie und eine fehlende Strategie zur Entwicklung von Kompetenzen und Qualifikationen zu verlieren.

Wenn wir uns also mit den verschiedenen Aspekten der Weiterbildung und Entwicklung von Kompetenzen und Qualifikationen usw. befassen, sollten wir auch das sogenannte berufliche Übergangsprogramm berücksichtigen, das mit dem IAA, dem IGB und den Vereinten Nationen ausgearbeitet wurde, da die Kompetenzen und Qualifikationen, nach denen wir derzeit suchen, in einem Wandel begriffen sind. Wir müssen die Kompetenzen derer entwickeln, die noch immer Problemen mit Schreiben und Rechnen haben und natürlich, IT, aber wir sind auch auf der Suche nach transversalen Kompetenzen und Qualifikationen - was ebenfalls etwas aus dem Dokument der Kommission ist. Wir sollten auch überlegen, wie mit den sogenannten "verwaisten" Sektoren in Bezug auf die Entwicklung von Kompetenzen - nicht zuletzt aktuell mit dem Betreuungssektor - zu verfahren ist und uns darüber Gedanken machen, wie wir dort Chancengleichheit garantieren können.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Kollegen aus dem Beschäftigungsausschuss haben mit ihren Berichten sehr wohl den Finger auf die Wunde gelegt und deutlich gemacht, wie notwendig ein gemeinschaftliches Handeln der Mitgliedstaaten und der Europäischen Union wäre, um die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise vor allem nicht auf diejenigen abzuladen, die am schwersten davon betroffen sind, nämlich diejenigen, die in der Gesellschaft ganz unten stehen.

Deshalb bin ich auch maßlos enttäuscht darüber, dass der so genannte Beschäftigungsgipfel am 7. Mai eigentlich mehr oder weniger eine Farce ist, und es müsste uns allen, die wir Verantwortung in der Europäischen Union tragen, mehr als peinlich sein, dass ein solcher Gipfel unter einer solchen Bezeichnung läuft. Er macht aus meiner Sicht nach wie vor nur deutlich, dass bei der herrschenden Politik immer noch nicht angekommen ist, dass eine Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise nur dann möglich ist, wenn sie gleichzeitig mit der Bekämpfung von Armut, sozialer Ausgrenzung und Arbeitsplatzabbau und auch mit der Bekämpfung der überall sinkenden Beschäftigungsstandards verbunden wird.

Die Kommission hat vor kurzem dramatische Zahlen für die Arbeitsplatzentwicklung und die Beschäftigungssituation sowohl in der Europäischen Union als auch in der Eurozone vorgelegt. Hier ist endlich konsequentes Handeln gefragt! Es muss darum gehen, dass die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen – Sicherungssystemen wie der Altersvorsorge – endlich gestoppt wird. Ich verstehe nach wie vor nicht, warum die Kommission und der Rat noch beim März-Gipfel darauf gedrungen haben, die Rentensysteme in den Mitgliedstaaten weiter zu privatisieren und Rentenfonds zu schaffen. Das ist völlig kontraproduktiv, führt dazu, dass immer mehr Menschen verarmen, und es verschärft das Problem der Altersarmut.

Wir brauchen armutsfeste soziale Sicherungssysteme, wir brauchen einen Sozialpakt für Europa, wie ihn auch die europäischen Gewerkschaften gefordert haben. Der Kampf gegen Armut könnte ein wirklich humanitärer Einstieg sein, um die Wirtschafts- und Finanzkrise global zu bekämpfen, und dazu ist die Europäische Union auch verpflichtet!

Derek Roland Clark, im Namen der IND/DEM-Fraktion. – Herr Präsident, wenn die Globalisierung Entlassungen verursacht, wird es einen kurzfristigen Einkommenseinbruch geben, und daher wird der Fonds für die Anpassung an die Globalisierung nicht über die notwendigen Mittel verfügen, die er bräuchte. Bekämpfen Sie die Globalisierung nicht; nehmen Sie daran teil, indem Sie den Wettbewerb innerhalb der EU fördern und erfahren Sie, wie man auf den Weltmärkten konkurrenzfähig wird.

Sie möchten die Sozialagenda durch die Arbeitszeitrichtlinie, die zwei Ziele verfolgt, erneuern. Erstens, mehr Arbeitsplätze sollen durch die Begrenzung der Arbeitszeit geschaffen werden, sodass Unternehmen mehr Mitarbeiter einstellen müssen, aber zusätzliche Mitarbeiter bedeuten Mehrkosten für Sozialabgaben und höhere Stückkosten. Kleine Unternehmen sind dann nicht mehr konkurrenzfähig und verlieren Aufträge, was Kurzarbeit oder eine Schließung zur Folge hat. Dann haben Arbeiter überhaupt keine Arbeitsplätze mehr. Wie sozial ist das?

Ein weiteres Ziel ist die Möglichkeit, mehr Zeit mit der Familie verbringen zu können, was allerdings wenig nützt, wenn der Nettolohn dafür nicht ausreicht. Wie sozial ist es, wenn der Familie die schönen Dinge des Lebens vorenthalten werden? Überlassen sie es dem Einzelnen, sich selbst zu retten. Viele Länder haben eine Mindestlohnstruktur, die ich unterstütze. Wir wollen nicht sehen, wie die soziale Mündigkeit der Menschen ausgenutzt wird, wie es die EU durch eine ihrer eigenen Institutionen mit den Entscheidungen des EuGH zum Laval- und anderen Fällen getan hat, wodurch die Mindestlohnpolitik der Mitgliedstaaten zum Scheitern gebracht wurde. Wie sozial ist es, den Versuch der nationalen Parlamente, Arbeiter zu schützen, zu vereiteln? Diese Maßnahmen sind nur ein Versuch, eine Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild einzurichten, und wir wissen alle, wie gut das funktioniert hat.

Carl Lang (NI). - (FR) Herr Präsident, „Irren ist menschlich, darauf zu bestehen ist teuflisch“. Nachdem ich die Debatte heute gehört habe, kann ich tatsächlich nur sagen, dass trotz der ungeheuren wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und demografischen Auswirkungen dieser Krise, die wir gerade erleben, weder die europäischen Institutionen noch die Staats- und Regierungschefs das volle Ausmaß der Tragödie und die Konsequenzen für uns alle verstanden haben.

Noch vor einer Minute hörte ich den amtierenden Präsidenten des Rates uns sagen, dass die Arbeitslosen ihre Kompetenzen und Qualifikationen verbessern und wir die Menschen bei der Arbeitsplatzsuche mehr motivieren müssen. Glauben Sie aber wirklich, dass die Hundertausenden von arbeitslosen Opfern dieser Krise sich in dieser Situation befinden, weil sie für die Arbeit nicht geeignet sind? Das ist alles ganz klar das Ergebnis einer ideologischen und doktrinären Entscheidung, einer Art Gruppendenken, einer Wirtschaftstheorie des freien Marktes und des Freihandels.

Und schließlich beabsichtigt die Europäische Union, die das Konzept eines freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs unterstützt, diese Wirtschaftsdoktrin zu globalisieren; aber das ist wirtschaftlich und sozial gesehen kriminell. Unser Ziel muss der globale, internationale Wettbewerb sein.

Wenn es uns nicht gelingt, eine Politik der sozialen Präferenz durch eine Politik der wirtschaftlichen Präferenz sowie eine Politik der sozialen Sicherheit durch eine Politik der wirtschaftlichen Sicherheit umzusetzen, wenn es uns nicht gelingt, eine Politik des Handelsprotektionismus einzuführen, dann, meine Damen und Herren werden wir, was von unseren Bauern, unseren Handwerkern und Industrien noch übrigbleibt, dem Gesetz des Globalisierungsdschungels ausliefern.

In diesem Haus gibt es liberale Globalisten, "Sozio-Globalisten" und "Alternativglobalisten". Ich bin stolz darauf, zu den "Alternativglobalisten" zu gehören, die den Binnenmarkt zurückgewinnen, den Grundsatz

der nationalen und Gemeinschaftspräferenz und den des nationalen und Gemeinschaftsschutzes zur Anwendung bringen wollen, um unseren Menschen zu dienen.

Elisabeth Morin (PPE-DE). - (FR) Herr Präsident, ich bin glücklich, dass ich hier heute die Abänderung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung verteidigen kann, weil ich glaube, dass aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und der daraus resultierenden sozialen Krise, mit der wir konfrontiert werden, die Sicherung von Arbeitsplätzen wichtig ist.

Wenn wir die Zukunft unserer Arbeitnehmer verteidigen wollen, müssen wir ihnen selbstverständlich berufliche Mobilität anbieten können, um ihnen jetzt und in der Zukunft zu ermöglichen, sich besser an die sich verändernden Bedürfnisse der Unternehmen anzupassen. Die Ankurbelung der Wirtschaft, die Zukunft auf dem Arbeitsmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Länder, all das hängt von der Entwicklung der Kompetenzen und Qualifikationen der Arbeitnehmer ab, da sie es sind, welche die Standards für unsere Unternehmen setzen.

Sicherlich ist der erste notwendige Schritt im Kampf gegen die soziale Ausgrenzung die Integration in den Arbeitsmarkt. Wir müssen dieses Sozialmodell unterstützen und zusammenarbeiten, um dieses „menschliche“ Kapital zu fördern. Alle Arbeiterinnen und Arbeiter haben das Recht auf Arbeit.

Die Effizienz unserer politischen Arbeit wird daran gemessen, wie schnell wir Maßnahmen umsetzen, die sicherstellen, dass Mobilität, Anpassungsfähigkeit und die Validierung der gesammelten Erfahrung eine Hebelwirkung für die Männer und Frauen in unseren europäischen Ländern und für die Männer und Frauen in unseren Unternehmen in Zukunft darstellt. Das ist es, was uns wichtig ist, und es sind diese Dinge, von denen wir uns in der Arbeit unseres Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten leiten lassen.

Jean Louis Cottigny (PSE). – (FR) Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, ich glaube, dass Herr Kommissar Špidla Recht hatte, als er vorschlug, dass wir vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten diesen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF), der am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, überprüfen sollten.

Das Parlament soll diesen Vorschlag zur Erweiterung des Anwendungsbereiches des EGF auf wirtschaftliche und finanzielle Krisen ungeändert übernehmen. Der Vorsitzende unseres Ausschusses, Jan Andersson, hatte recht, einen Text vorzuschlagen, der von einer großen Mehrheit im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten angenommen wurde, um allen Ausschüssen, insbesondere dem Haushaltsausschuss, klar zu machen, dass es wichtig war, mit den Mitgliedstaaten zu kommunizieren, sodass jeder Angestellte, jedes Gewerkschaftsmitglied und jeder Bürger in seiner eigenen Sprache über diesen Europäischen Fonds informiert werden kann.

Vielen Dank für diesen Trilog, und da eine große Mehrheit im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten alle Änderungen abgelehnt hat, können wir auf uns stolz sein, und zwar aus folgenden Gründen: Kofinanzierung von 65% durch die EU und 35% durch die Mitgliedstaaten; die erforderliche Anzahl der Entlassungen, um den Europäischen Fonds in Anspruch nehmen zu können, reduziert auf 500 Arbeitnehmer; Entlassungen, die nach der Bekanntgabe des Sozialplans der Unternehmen vorgenommen werden; Intervention durch den Europäischen Fonds aufgrund der Folgen der Wirtschaftskrise; Sonderregelungen, welche die Anwendung des Fonds begünstigen und bis 2011 gültig sind; und schließlich ein Zeitraum von 24 Monaten für die Umsetzung des EGF.

Unser Ausschuss hatte recht, aber wir müssen fortfahren. Ich möchte alle Mitgliedstaaten ersuchen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich in schwierigen Situationen befinden, von diesen Regelungen so rasch wie möglich profitieren können. Ich möchte Kommissar Špidla fragen, ob diese Abänderung am 1. Mai 2009 in Kraft treten kann, vorausgesetzt, dass wir morgen mit großer Mehrheit diesen Vorschlag in erster Lesung annehmen können. Krönen wir unsere Wahlperiode mit der Annahme dieses Änderungsantrags bezüglich des Europäischen Fonds, was uns ermöglicht, unseren Arbeiterinnen und Arbeitern zu helfen.

Was will ein entlassener Arbeitnehmer? Er will wissen, wie sein Leben am Ende des Monats aussehen wird. Er will wissen, was er mit seinem Leben morgen anfangen kann. Er will wissen, ob er das Wissen nutzen kann, das er sich angeeignet hat, während er beschäftigt war. Denken Sie darüber nach, dass er vielleicht zusätzliche Ausbildung benötigt, um sich in der Zukunft weiterzuentwickeln.

Am Ende dieser Wahlperiode wende ich mich deshalb an alle Mitglieder des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheit, auf welcher Seite sie auch immer sitzen: Bitte stellen Sie sicher, dass dieses Papier sofort umgesetzt werden kann.

VORSITZ: FRAU MORGANTINI

Vizepräsidentin

Elizabeth Lynne (ALDE). - Herr Präsident, als Schattenberichterstatterin des Berichts über die aktive Eingliederung werde ich mich hauptsächlich auf diesen Bericht konzentrieren. Ich möchte gern Jean Lambert beglückwünschen, der Berichterstatterin dieses Berichts. Sie hat einen ausgezeichneten Bericht vorgelegt. Ich freue mich, dass die meisten Änderungsanträge es durch den Ausschuss geschafft haben, insbesondere der über die Antidiskriminierung. Wie Sie wissen, liegt mir das besonders am Herzen.

Menschen werden aus vielen Gründen vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt, aber ich halte es für unglaublich, dass es noch aufgrund von Behinderung, Alter, religiösem Bekenntnis oder Glauben oder sexueller Orientierung geschieht - trotz der Beschäftigungsrichtlinie von 2000. Das Problem besteht darin, dass sie nicht quer durch alle Mitgliedstaaten ordnungsgemäß umgesetzt wird, und wir müssen sogar mehr darauf achten, dass wir sie ordnungsgemäß überwachen.

Es freut mich ebenfalls sehr, dass mein Änderungsantrag über das gesetzliche Renteneintrittsalter akzeptiert wurde. Ich habe es immer für falsch gehalten, dass jemand ein bestimmtes Alter erreicht und dann auf einmal zum alten Einsen gehört. Doch sogar wenn Menschen nicht von der Arbeit ausgegrenzt werden, aber keine Arbeit bekommen können, weil ihnen der nötige Zugang fehlt, dann führt das ebenfalls zu Ausgrenzung. Darum bin ich sehr erfreut, dass mein Änderungsantrag, der eine neue umfassende Antidiskriminierungsrichtlinie begrüßt, vom Ausschuss akzeptiert wurde.

Ich bedaure es aber, dass die PPE-DE-Fraktion eine alternative EntschlieÙung eingereicht hat. Ich glaube, das wurde hauptsächlich deshalb getan, um auch nur irgendeinen Hinweis auf eine neue Richtlinie über Antidiskriminierung zu beseitigen, da ich weiß, dass die meisten dagegen sind. Ich finde es erstaunlich, dass auch nur irgend jemand Menschen ihre Grundrechte auf EU-Ebene vorenthalten will, ganz allein aufgrund ihres Alters, ihrer Behinderung, ihrer Religion oder ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung.

Die anderen Bereiche, die ich ebenfalls ansprechen wollte, sind die Vermischung der wirtschaftlichen Migration mit Asylsuchern und der wirtschaftlichen Migration und Asylsuchern mit illegaler Einwanderung - alles eigene, voneinander getrennte Problembereiche, die unterschiedlich gelöst werden müssen. Ich glaube, dass es Asylsuchern zum Beispiel gestattet sein sollte, zu arbeiten, während sie auf die Bearbeitung ihres Asylantrags warten. Dann wären sie nicht mehr so auf Zuschüsse angewiesen. Wir müssen auch mehr für die Integration von Menschen mit psychischen Problemen tun und für jene, die Alkohol- oder Drogenprobleme haben.

Zum Abschluss eine kurze Bemerkung zum Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Ich bin froh, dass wir hier zu einem raschen Abschluss gekommen sind. Es ist wichtig, dass die Ausschüttung dieses Fonds erweitert wird und Arbeiter einschließt, die durch den Konjunkturabschwung und nicht nur aufgrund der Globalisierung entlassen wurden, und dass die Anzahl der erforderlichen Entlassungen 500 statt 1000 beträgt. Das ist äußerst wichtig für Menschen, die in meinem West Midlands-Wahlkreis leben, wie auch in anderen Gebieten des Vereinigten Königreichs.

Ewa Tomaszewska (UEN). - (PL) Frau Präsidentin, 16% der Europäerinnen und Europäer stehen am Rande der Armut. Die Krise verursacht eine Reihe von Massenentlassungen. Mangel an Arbeit ist der Hauptgrund für extreme Armut. Armut fördert soziale Ausgrenzung und schränkt den Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung ein. Trotz der Wirtschaftskrise wollen wir europäische Sozialmodelle bewahren, die sozialen Zusammenhalt und Solidarität stärken, und das schließt die Bekämpfung der Armut mit ein. Wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert Würde. Deswegen ist es so wichtig, Arbeitsplätze und Einkommen zu schützen und auch berufliche Qualifikationen zu verbessern, die Mobilität am Arbeitsmarkt verstärken.

Ein Faktor, der uns das Gefühl gibt, tatsächliche Kontrolle über unser Leben zu haben, ist die Fähigkeit, an der Entscheidungsfindung teilzunehmen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die Meinungen der Sozialpartner zu respektieren, den Prozess des sozialen Dialogs, Gruppenvereinbarungen und soziale Abmachungen. Wir sollten zusammenarbeiten, um das Vorhandensein von Bedingungen sicherzustellen, aufgrund derer es den Menschen möglich ist, genug Geld zu verdienen, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und ihre Familien zu unterstützen, besonders in Fällen von kinderreichen Familien. Wir sollten auch gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz vorgehen, insbesondere, wo sie Menschen mit Behinderungen

betrifft. Die Tatsache, dass während der Krise kaum 3% der verfügbaren Mittel des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung genutzt wurden, kommt einer Anklage der Politiker gleich. Ich gratuliere den Berichterstattern.

Sepp Kusstatscher (Verts/ALE). - Herr Präsident! Die Lissabon-Agenda sah ein Haus Europa vor, das auf drei Säulen steht: Wirtschaft, Soziales und Ökologie. Oft haben wir kritisiert, dass die erste Säule – die Wirtschaft – im Vergleich zu den beiden anderen überbewertet wird. Die soziale Säule wird mit der Sozialagenda wesentlich gestärkt. Daher ein Dank dem Berichterstatter Silva Peneda und der Mehrheit im Beschäftigungsausschuss!

Wir haben nun ein Dokument vorliegen, das wesentlich besser ist als die ursprüngliche vage Vorlage der Kommission. Auch wir Grünen haben mit mehr als 40 Änderungsanträgen im Beschäftigungs- und Sozialausschuss zu einer konkreten Verbesserung der sozialpolitischen Kernaussagen beigetragen. Sozialpolitik ist mehr! Sie darf nicht nur aus ein paar allgemeinen Forderungen nach mehr Jobs bestehen. Es braucht mehr Gerechtigkeit bei der Verteilung der Güter, einen engagierten Kampf gegen Armut, eine effektive Gleichberechtigung der Geschlechter, soziale Integration statt Ausgrenzung, internationale Solidarität, einen Strukturwandel, das Ernstnehmen der Grundrechte und Menschenrechte – auch gegenüber den Einwanderern –, Rücksicht auf Gesundheit und Umwelt, damit die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessert werden, und schließlich braucht es klare EU-Richtlinien, die vom EuGH nicht ausgehöhlt werden können.

Vieles ist nun in diesem Bericht enthalten, der in der letzten Sitzungswoche dieses Parlaments verabschiedet wird. Es ist nur zu hoffen, dass Rat und Kommission diese Forderungen auch ernst nehmen. Nur so kann ein soziales und solidarisches Europa aufgebaut werden, ein Europa, das die EU-BürgerInnen erwarten und gerne annehmen!

Roberto Musacchio (GUE/NGL). – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich werde mich auf den Fonds für die Anpassung an die Globalisierung konzentrieren. Unsere Diskussion über diesen Fonds findet inmitten einer äußerst schweren und dramatischen wirtschaftlichen und sozialen Krise statt, wie das andere Abgeordnete bereits erwähnt haben. Obwohl es eine gute Idee ist, den Fonds direkter, als Teil eines Maßnahmenpakets zu verwenden, das die fatale Wirkung der Arbeitslosigkeit abschwächt, wie wir gesagt haben, brauchen wir eine tiefergehende Diskussion über die Rolle des Fonds und den Kontext der Instrumente, die erforderlich sind, um diese Krise zu bekämpfen.

Erstens, wir müssen wir dafür sorgen, dass sich die Notlage nicht noch verschlimmert und deshalb klarstellen, zum Beispiel, dass wer auch immer öffentliches Geld von Europa in Anspruch nimmt, verpflichtet ist, seine Angestellten nicht zu entlassen. Dann benötigen wir ebenfalls europäische Kriseninterventionsmaßnahmen, um an diesem speziellen Wendepunkt im Automobilsektor strukturelle Entscheidungen zu treffen; das betrifft Italien und unsere Beziehung zu den Vereinigten Staaten und Deutschland. Zweitens, wir benötigen eine Industriepolitik und Umweltpolitik, aber auch eine Kohäsionspolitik, die dem Dumping in Europa ein Ende bereiten.

Drittens, die Mittel sind vollkommen inadäquat, insbesondere wenn man sie mit denen vergleicht, die zum Beispiel von der US-Regierung eingesetzt werden. Sicherheitspuffer haben keinen Sinn: wir brauchen eine radikale Änderung der Politik.

Kathy Sinnott (IND/DEM). - Frau Präsidentin, ich begrüße die Änderungen in Bezug auf den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Obwohl die Zahl der Entlassungen, die notwendig sind, um diesen Fonds in Anspruch nehmen zu können, von 1 000 auf 500 reduziert wurde, diskriminiert diese große Zahl noch immer kleine Länder und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die ihre Jobs in kleinerer Anzahl verlieren.

In meinen Wahlkreisen waren jene, die ihre Arbeitsplätze aufgrund von Schließungen zweier Unternehmen - Waterford Crystal und Dell - verloren haben, antragsberechtigt. Das ist sehr gut, und ich rufe die irische Regierung auf, sofort in deren Namen um Unterstützung zu ersuchen. Allerdings haben Tausende ihre Arbeitsplätze wegen der globalen wirtschaftlichen Bedingungen verloren, und es ist ungerecht, dass sie nicht antragsberechtigt sind, weil sie nicht für große multinationale, sondern für kleine und mittlere Unternehmen arbeiten.

Ich schlage vor, dass wir dieses System gerechter machen könnten, indem wir entweder das Zahlenkriterium von 500 Arbeitsplätzen aufheben oder den Arbeitsplatzabbau nach Sektor oder geografischem Raum und nicht nach Unternehmen betrachten. Auf diese Weise könnten wir die Mittel auf 500 Arbeiter ausdehnen, die ihre Arbeitsplätze quer durch einen Sektor, wie etwa die Landwirtschaft, die Lebensmittelverarbeitung

oder IT, oder in einem speziellen geografischen Gebiet wie etwa Tipperary, Waterford, Limerick, Cork oder Kerry verloren haben.

Eine weitere Barriere für Arbeiter, die den Globalisierungsfonds in Anspruch nehmen wollen, besteht darin, dass er Arbeitern nur dann zur Verfügung steht, wenn ihre Regierung gewillt ist, ihn zu beantragen und den nationalen Beitrag zu zahlen. Was geschieht mit Arbeitern, deren Regierungen keine Anträge stellen? In diesem Zusammenhang denke ich an die irische Regierung, die bis jetzt den Fonds nicht beantragt hat.

Besonders jene Länder, die von der Krise am schwersten betroffen sind und welche die höchsten Arbeitslosenraten haben, sind unter Umständen diejenigen Länder, die sich am wenigsten den notwendigen Beitrag leisten können, um ihren Arbeitern zu helfen, und doch sind das die Länder, die ihn am dringendsten benötigen.

Juan Andrés Naranjo Escobar (PPE-DE). - (ES) Frau Präsidentin, ich werde über die erneuerte Sozialagenda sprechen. Erlauben Sie mir, zunächst dem Berichterstatter, Herrn Silva Peneda, für seine Arbeit zu danken; angesichts des von ihm für dieses Haus geleisteten Beitrags in Angelegenheiten der Sozial- und Beschäftigungspolitik könnten wir vom „Silva Peneda-Vermächtnis“ sprechen.

Frau Präsidentin, Misstrauen und Angst schlagen ihre Wurzeln in unserer Gesellschaft: die Arbeitslosigkeit nimmt zu und in meinem Land in dramatischem Ausmaß. Wie müssen diese Situation umkehren, und die Sozialagenda soll helfen, das zu erreichen. Wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt sind keine voneinander getrennten Wege; ganz im Gegenteil: Wenn wir Wachstum stimulieren wollen und mehr, bessere, hochwertige Arbeitsplätze bieten wollen, dann müssen wir die Sozialagenda umsetzen, und mit all dem beginnen, was den größten Konsens erhält.

Es ist keine Zeit zu verlieren; wir dürfen uns nicht in Defensivpositionen verschanzen, sondern wir müssen vielmehr über lokale und kurzfristige Interessen hinweg auf zukünftige Generationen blicken. Das soziale Europa sollte ein Gebiet sein, das uns verbindet, nicht eines, das uns trennt, denn wir sprechen hier über gemeinsame europäische Interessen. Die Sozialagenda kann nicht von der erneuerten Lissabon-Strategie getrennt werden, weil wirtschaftlicher Erfolg Sozialleistungen sichert und Sozialleistungen auch zum wirtschaftlichen Erfolg beitragen.

In den kommenden Jahren wird Europa mit einer Zeit der Stagnation und der progressiven Alterung seiner Bevölkerung konfrontiert. Wir können unsere Köpfe nicht in den Sand stecken; wir müssen unser Sozialmodell modernisieren, und zwar genau deshalb, um es zu verbessern und gerechter und nachhaltiger zu machen. Frau Präsidentin, es gibt strukturelle Schwächen, die eine schwere Last sind und uns davon abhalten, voranzuschreiten. Wir müssen uns dieser Last entledigen und die Sozialagenda umsetzen.

Gabriela Crețu (PSE). - (RO) Die Europäische Union ist für lange Zeit für ihr Sozialmodell bewundert worden. Allerdings können wir seit vielen Jahren beobachten, wie das Recht auf Arbeit und die Sozialrechte unterminiert werden. Ein Land mit allen armen Menschen Europas hätte die gleiche Einwohnerzahl wie Deutschland.

Neue soziale Phänomene tauchen auf. Seit der letzten Erweiterung scheint es so, dass sich Europa mit zwei verschiedenen Geschwindigkeiten entwickelt, wobei diese Entwicklung rückläufig ist. Die Kommission hat als Antwort eine bescheidene Sozialagenda vorgelegt. Im Moment ist eine finanzielle Krise ausgelöst worden, mit einer wirtschaftlichen Auswirkung, die alles andere als bescheiden ist, während sich die Gefahr der Verschlechterung der Situation für jene erhöht hat, die bereits gefährdet sind.

Vor diesem Hintergrund muss ein grundlegendes Prinzip angewendet werden: soziale Rechte und Ziele haben im Falle einer Kollision eine höhere Priorität als wirtschaftliche Freiheiten. Wir müssen gegen eine lange Tradition ankämpfen, die besagt, dass Kriege und Krisen von den Reichen verursacht werden, aber dass die Armen dafür bezahlen müssen. Weisen wir die Vorstellung zurück, die von einigen geschätzt wird, dass Profite privat verteilt werden, Verluste aber von der gesamten Gesellschaft getragen werden.

Wir benötigen eine Politik der europäischen Solidarität und des sozialen Zusammenhalts, die sich auf spezifische legislative, steuerliche und finanzielle Maßnahmen stützt. Um dies jedoch zu erreichen, benötigen wir den notwendigen politischen Willen, und dieser politische Wille wird durch die folgenden entscheidenden Konzepte veranschaulicht: aktive Eingliederung, Arbeitsplätze, intelligente Arbeitsverteilung, Bildung, Gleichbehandlung und gleiche Bezahlung sowie eine nachhaltige, umweltfreundliche Entwicklung. Die Unterzeichnung und Umsetzung einer Vereinbarung für sozialen Fortschritt und Vollbeschäftigung würde der Beweis dieses politischen Willens sein. Wir können nicht darauf warten!

Philip Bushill-Matthews (PPE-DE). - Frau Präsidentin, darf ich damit beginnen, der amtierenden Ratspräsidentschaft für ihre einführenden Worte zu danken - Worte, die von Weitblick zeugen, die ausgewogen und verständnisvoll waren, Adjektive, die wir immer mehr mit der tschechischen Präsidentschaft assoziieren.

Darf ich auch dem Präsidenten der Kommission, Barroso, für seine Ausführungen danken, insbesondere dafür, dass er uns an die Bedeutung der Arbeitsplätze erinnert hat und besonders daran, dass wir uns unbedingt auf die bedauernswerten Menschen konzentrieren müssen, die noch keinen Arbeitsplatz haben.

Zum Schluss möchte ich sagen, beide haben mit Recht auf die exzellente Arbeit der drei Berichterstatter hingewiesen, aber ich möchte ihre Einschätzung des Berichts von Herrn Silva Peneda herausgreifen, weil sie seine Arbeit als „ambitioniert und weitreichend“ bezeichnet haben. Das ist sie, und das muss sie sein, aufgrund der Bedeutung dieses speziellen Themas.

Herr Silva Peneda hat uns verschiedenste Prioritäten dafür, was wir tun müssen, aufgezeigt. Darf ich nur einige Dinge hinzufügen, die wir idealerweise nicht tun sollten? Wir müssen besonders zwei Dinge unbedingt vermeiden: erstens, extrem starre Arbeitsmärkte, die Chancen verbauen und eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bewirken und ganz einfach die Schattenwirtschaft unterstützen. Wir sehen das im Moment ganz besonders in Spanien, und wir müssen die Lehren aus den Misserfolgen der Sozialdemokraten dort ziehen.

Zweitens, wir müssen vermeiden, dass wir uns ausschließlich auf jene konzentrieren, die noch beschäftigt sind, auf Kosten der anderen, die eine Beschäftigung suchen und der Arbeitgeber, die sie anbieten wollen. Das sind die Gruppen, die wirklich unsere Hilfe benötigen.

Und schließlich kann ich sagen, dass wir in diesem Haus alle unterschiedliche Meinungen haben, aber wir sind uns alle darüber einig, dass diese Probleme uns allen am Herzen liegen, was der Grund ist, warum viele von uns unsere Redezeit überschritten haben.

Ich bin hochofregt darüber, dass wir diese Diskussion führen. Ich persönlich freue mich ganz besonders, dass meine letzte Rede als Koordinator, meine letzte Rede in diesem Plenum, ein so wichtiges Thema behandelt. Ich darf all jenen Kolleginnen und Kollegen, die zurückkehren, alles Gute wünschen, und ich möchte ganz besonders Stephen Hughes erwähnen. Eines Tages, Stephen, werden Sie mich vermissen, und ich werde Sie ganz sicherlich vermissen, aber sogar, wenn ich nicht mehr hier bin, werde ich Ihnen immer auf die Finger schauen!

Die Präsidentin. – Wir werden Sie wirklich vermissen und an Sie denken.

Proinsias De Rossa (PSE). - Frau Präsidentin, er wird uns ganz sicher auch durch Lobbyarbeit beeinflussen!

Es ist kein gutes Zeichen, wenn einige Mitgliedstaaten den für Donnerstag geplanten Beschäftigungsgipfel ablehnen. Es verheißt auch nicht viel Gutes für die zukünftige Entwicklung einer sozialen Marktwirtschaft, dass eine Minderheit der Mitgliedstaaten einen Kompromiss über eine abgeänderte Arbeitszeitrichtlinie letzte Woche abgeblockt hat. Wenn Europas Verpflichtung zu einer sozialen Marktwirtschaft ernst gemeint ist, dann müssen wir wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Maßnahmen als gleichrangige Elemente des gesamten Pakets integrieren.

Die vielfältigen Krisen, denen wir gegenwärtig ausgesetzt sind, werden nicht dadurch gelöst werden, dass man einfach das Bankensystem mit ungeheuren Summen von Spareinlagen der Steuerzahler saniert und die Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger als soziale Individuen völlig außer Acht lässt. Mehr ist erforderlich als die offene Methode der Koordination, wenn es darum geht, Politik für Renten, Beschäftigung, Gesundheit und ganz sicher auch die Betreuungsdienste zu koordinieren.

Doch einige unserer Mitgliedstaaten sind ganz offensichtlich unfähig, sich außerhalb der gängigen, wirtschaftlichen Denkmuster zu bewegen, die Sozial- und Umweltpolitik als kostspieligen Luxus betrachtet, den man aufgrund seiner Einschränkung des Marktes besser vergessen sollte. Das muss sich ganz schnell ändern, wenn wir für uns unserem Ziel einer besseren Gesellschaft nähern wollen.

Anja Weisgerber (PPE-DE). - Frau Präsidentin! Die europäischen Sozialmodelle stehen vor großen Herausforderungen. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzkrise müssen wir unsere Maßnahmen auf europäischer Ebene koordinieren. Deswegen möchte auch ich mich sehr bei den Berichterstattern für die gute Arbeit bedanken.

Wir müssen nicht nur die unmittelbaren Maßnahmen zur Regulierung des Finanzmarkts angehen, sondern auch die sozialpolitischen Maßnahmen koordinieren und einen sozialen Rahmen schaffen. Dabei sind

allerdings auch die Kompetenzen der Mitgliedstaaten zu beachten. Ich befürworte, dass wir der Schaffung und Förderung von Arbeitsplätzen in diesen Krisenzeiten Priorität einräumen und auch die Konkretisierung des Flexicurity-Grundsatzes vorantreiben. Ich wehre mich jedoch gegen die Forderung nach der Einführung von Mindestlöhnen in allen Mitgliedstaaten, wie sie in Ziffer 14 des Berichts von José Silva Peneda gefordert wird, dem ich ansonsten für seine Arbeit danken möchte. Diese Forderung, die eine rein mitgliedstaatliche Entscheidung betrifft, verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Wir haben in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedliche Arbeitsmarktordnungen und -systeme. Ich bin der Auffassung, dass jedem Menschen ausreichend Zuwendung gewährleistet werden muss, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Das kann allerdings auch durch ein Mindesteinkommen mit Hilfe von zusätzlichen staatlichen Sozialleistungen geschehen. Wo sollte der Mindestlohn auch festgesetzt werden? Zum Beispiel auf dem Niveau Rumäniens? Dort liegt er bei 72 Euro pro Monat.

Ich befürworte ausdrücklich, dass wir jedem Menschen ein Grundeinkommen sichern müssen, aber ich verweise auf die mitgliedstaatlichen Kompetenzen für die Festlegung entsprechender Grenzen. Ich spreche mich für ein soziales Europa aus. Europa muss einen sozialen Rahmen schaffen, dabei allerdings die Kompetenzen der Mitgliedstaaten beachten.

Stephen Hughes (PSE). - Frau Präsidentin, es wurde uns ursprünglich ein ganz eigener Beschäftigungsgipfel für diese Woche versprochen, aber stattdessen haben wir ein halbtägiges Troika-Treffen. Was für eine bedauernswerte Botschaft das für unsere europäischen Bürger ist, die sich in immer größerer Anzahl in den Arbeitslosenschlangen einreihen! Was für eine negative Botschaft ist das für die Vielzahl anderer Menschen, die in der Angst leben, ihre Arbeitsplätze zu verlieren! Prognosen zeigen, dass bis 2010 bis zu 27 Millionen Menschen in der EU arbeitslos sein könnten, und ich befürchte, es könnte sogar schlimmer werden. Ich hoffe inständig, dass der Junigipfel zumindest einen ganzen Tag der Frage widmen wird, wie wir dieser Herausforderung begegnen.

Statt vorzugeben, dass die Antworten nur auf nationaler Ebene zu finden sind, benötigen wir überzeugende, schlüssige, Antworten auf europäischer Ebene und müssen die Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene koordinieren. Wir brauchen Sofortmaßnahme, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten. Entlassungen sollten nur der letzte Ausweg sein: intelligente Arbeitsteilung und Umschulungen sollten stattdessen vorgenommen werden. Wir müssen investieren, um intelligente "grüne" Arbeitsplätze in einer von Wissen gesteuerten Wirtschaft mit geringem CO₂-Ausstoß zu schaffen. Wir müssen investieren, um Arbeitern die Kompetenzen zu vermitteln, die sie für ihre Arbeit in dieser neuen Wirtschaft benötigen. Wir brauchen eine starke, aktive Arbeitsmarktpolitik, um entlassene Arbeitnehmer rasch wieder zu integrieren, und wir brauchen starke und zukunftsfähige Sozialschutzsysteme zur Unterstützung derer, die nicht aus eigenem Verschulden plötzlich arbeitslos sind.

Das ist mehr als genug, um einen ganzen Tag beim Junigipfel auszufüllen. Diese halbtägige Troika ist eine armselige Antwort darauf.

Und schließlich, Philip, Ich werde Sie vermissen - ein bisschen so wie Zahnschmerzen!

(Lachen)

Oldřich Vlasák (PPE-DE). - (CS) Frau Präsidentin, zusammen mit dem Einbruch der Finanzmärkte ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit eines der zwei Hauptprobleme, die sich aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ergeben. Ich bin ganz fest davon überzeugt, wenn die Europäische Union diesen Anstieg bekämpfen will, dann muss sie jede Form von Protektionismus vermeiden. Ich sehe es als absolut essenziell an, individuelle Maßnahmen innerhalb der Europäischen Union zu koordinieren. Es ist notwendig, Menschen, die gerade arbeitslos werden, dazu zu motivieren, nach neuen Arbeitsplätzen zu suchen. In diesem Zusammenhang bin ich der positiven Ansicht, dass Menschen, die ihren Arbeitsplatz als Folge der gegenwärtigen Wirtschaftskrise verloren haben, die Möglichkeit haben sollten, kurzfristig Mittel vom Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zu beziehen. Die Frage stellt sich aber, ob wir mit den Änderungen bezüglich der Bestimmungen des Globalisierungsfonds zu weit gehen. Meiner Meinung nach ist das neu vorgeschlagene Kofinanzierungsniveau von 75% zu hoch. Die Kooperation der Mitgliedstaaten ist hier notwendig und vergessen wir nicht, die Verwaltung des Fonds zu vereinfachen.

Meine Damen und Herren, wir sind uns sicher darüber einig, dass die Erhaltung von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise eine der zentralen Aufgaben der Europäischen Union ist. In diesem Zusammenhang sollte der bevorstehende EU-Beschäftigungsgipfel ganz

klar einen gemeinsamen Rahmen schaffen und spezifische Vorschläge hervorbringen, und er sollte auch die Diskussion über die Änderungen des Globalisierungsfonds beenden.

Jan Cremers (PSE). – (NL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, als die Sozialagenda der Kommission letztes Jahr zum ersten Mal diskutiert wurde, sagte ich, dass ich der Meinung sei, dem Programm mangle es an Ambition, dass es zu wenig sei und zu spät kommt. Ich möchte Herrn Silva Peneda für seine Kooperation in diesem aktuellen Bereich danken. Ich denke, dieser Bericht zeigt, dass das Europäische Parlament sehr viel mehr Ambition bei allen Veranstaltungen sehen will.

Zu Beginn, als die Idee der Europäischen Union geboren wurde, war es klar, dass wir unsere Sozialpolitik auf einen gesetzlichen Rahmen stützen wollten, der in fast allen Mitgliedstaaten vorhanden war, nämlich auf ein gut funktionierendes Arbeitsrecht, um zu gewährleisten, dass niemand dabei auf der Strecke bleibt, und auf Tarifverhandlungen, um die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu schützen.

Dazu mussten wir jetzt den Sozialschutz der Benachteiligten in unserer Gesellschaft hinzufügen. Trotz des Wachstums in Europa sind wir einem neuen Phänomen begegnet: dem der erwerbstätigen Armen. Ich möchte Herrn Silva Peneda auch dafür danken, dass er dies in seinen Bericht aufgenommen hat.

David Casa (PPE-DE). – (MT) Es war mir eine Ehre, in den beiden Bereichen arbeiten zu dürfen, die wir diskutiert haben. Ich möchte den Berichterstatter recht herzlich danken und all jenen, die mitgearbeitet haben und uns geholfen haben, zu dem Standpunkt zu gelangen, den wir heute vertreten. Wir müssen in erster Linie jene Arbeitnehmer verteidigen, die bedauerlicherweise als Folge der Krise entlassen wurden und ich glaube, dass es heute leichter ist, diesen Menschen beim Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt zu helfen.

Heute Abend haben wir uns auch darüber geeinigt, unser absolut Bestes zu tun, um mehr Arbeitsplätze in Europa zu schaffen. Wir können mehr Arbeitsplätze schaffen, nicht, wie das die Sozialdemokraten wünschen, indem wir die Anzahl der Überstunden für Arbeitnehmer beschränken. Ganz im Gegenteil wollen wir, dass die Arbeitnehmer das für sich selbst entscheiden. Wir als Politiker können nicht die Anzahl der Überstunden diktieren, die jemand arbeiten darf. Diese Entscheidung muss den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern überlassen werden. Daher, ja, im Sinne der von Kommissar Almunia abgegebenen Erklärung, dass wir eine Beschäftigungskrise in der Eurozone erleben werden, müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um zusätzliche und bessere Arbeitsplätze für alle Europäerinnen und Europäer zu schaffen.

Colm Burke (PPE-DE). – Frau Präsidentin, ich begrüße sehr die Änderung der Kriterien für den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung. Wir befinden uns jetzt in einer Zeit der schweren Wirtschaftskrise, der schwersten seit dem Ende des zweiten Weltkriegs. Wir benötigen daher innovative Lösungen, um die enormen Probleme, die sich uns stellen, lösen zu können.

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung ist so ein Beispiel. Ich war der erste irische Abgeordnete dieses Hauses, der die Möglichkeit erkannt hat, diese Mittel in den jüngsten Beschäftigungskrisenherden in Limerick, Waterford und Tralee einzusetzen. Ich begrüße daher die Bemühungen der Berichterstatter, die Kriterien für den Antrag angesichts der Wirtschaftskrise flexibler zu gestalten. Speziell erwähnt werden sollte das neue Förderungsverhältnis zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten und die kurzfristige Herabsetzung des Schwellenwerts für Arbeitslosigkeit von 1 000 auf 500.

Ich glaube, dass diese Reformen mitten in Europa ein starkes Signal zu jenen senden, die glücklos von den Orkanböen der Wirtschaftskrise hin und hergeworfen werden, dass Hilfe für sie angeboten wird, sich durch Umschulung und Weiterbildung den Weg zum zukünftigen Wohlstand zu ebnen.

Katrin Saks (PSE). – (ET) Ich unterstütze ebenfalls die Neuorganisation des Globalisierungsfonds. In meinem Heimatland Estland ist der Fonds noch nicht genutzt worden, und als ich nachfragte, warum das so ist, wurde mir gesagt, dass die Voraussetzungen sehr strikt seien und die Grenze bis jetzt 1 000 Menschen war, was es für uns unmöglich machte. Wir haben keine Unternehmen dieser Größenordnung, aber kleinere Unternehmen sind tatsächlich bankrott gegangen. Den Grenzwert auf 500 zu senken würde Estland – wo die Arbeitslosenrate bereits sehr hoch ist – ganz sicher Gelegenheit dazu geben, und die Änderung des geforderten Prozentsatzes für die Finanzierung würde ebenfalls ein Vorteil sein. Daher begrüße ich noch einmal die Änderungen, die hinsichtlich dieses Fonds gemacht wurden.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE-DE). – (RO) Ich würde die Vorschläge zur Umwandlung des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung in ein Instrument für den Kampf gegen die schmerzhafteste

Auswirkung der Wirtschaftskrise, nämlich den Arbeitsplatzabbau ebenfalls als besonders sinnvoll begrüßen - und ich werde dies mit meiner Stimme unterstützen.

Es war nicht richtig, dass dieser Fonds gegenwärtig nur in Situationen genutzt werden kann, wo Arbeitsplätze aufgrund von Unternehmensverlagerungen abgebaut werden, ein Szenario, das man regelmäßig in entwickelten Ländern antrifft. Die vorgeschlagenen Änderungsanträge werden es weniger entwickelten Ländern, unter ihnen Rumänien, erlauben, sich für diesen Fonds zu qualifizieren.

Alexandr Vondra, *amtierender Ratspräsident*. – Frau Präsidentin, zunächst möchte ich meinen Dank für diese sinnvolle Debatte hier zum Ausdruck bringen. Ich denke, die Debatte war sehr wichtig und konstruktiv, wenn auch nur im Hinblick auf die Wichtigkeit dieser Themen. Ich denke, wir ziehen einen Vorteil ganz einfach aus der Tatsache, dass diese Debatte sehr aktuell ist, unmittelbar vor dem Treffen, welches am Donnerstag in Prag stattfinden wird.

Daher darf ich Ihnen für alle Beiträge meinen Dank aussprechen. Ich denke, dass nichts ausgelassen oder vergessen wurde. Ich glaube, diese Debatte wird zum Ergebnis des Gipfels im selben Maße beitragen wie alle vorbereitenden Arbeiten, die wir mit der Kommission im Rahmen dieser drei wichtigen Workshops in Stockholm, Madrid und Prag durchgeführt haben.

An diejenigen, die über die Zahl der Teilnehmer und den Umfang der Tagung gesprochen haben: ja, ursprünglich hatten wir einen größeren Gipfel vorgesehen, aber wir müssen uns der allgemeinen Situation im Bereich der Beschäftigung bewusst sein. Es ist ein Bereich, wo nationale Kompetenzen sehr wichtig sind, und der Beitrag der Gemeinschaft ist nicht das einzige Instrument, das hier zur Verfügung steht. Ich habe das in meinen einführenden Anmerkungen gesagt, in denen ich einige unserer Hoffnungen für den Gipfel in dieser Woche dargelegt habe. Wir sollten nicht die Tatsache vergessen, dass, ungeachtet der europäischen Beschäftigungsstrategie, die Beschäftigungspolitik im Wesentlichen eine Verantwortung der Mitgliedstaaten bleibt.

Ein zentrales Element der seit 1997 wirksamen Strategie ist die Aufgabe des gegenseitigen Lernens auf der Suche nach einer Lösung für Probleme, die im Bereich der Beschäftigung von allen geteilt werden. Dieser Ansatz ist auch heute von entscheidender Bedeutung, da wir eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen der jüngsten Zeit erleben, und er wird auch seinen Teil zum Gipfel in dieser Woche beitragen.

Aber über die national durchgeführten Maßnahmen hinweg spielt die Union selbst eine Rolle, und in diesem Zusammenhang sollte in vollem Umfang von den zur Verfügung stehenden Finanzinstrumenten Gebrauch gemacht werden, nicht zuletzt dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, der gegenwärtig geändert wird, natürlich mit Zustimmung des Parlaments, um seinen Umfang zu erweitern und die aus der gegenwärtigen Krise resultierenden Arbeitsplatzverluste miteinzubeziehen.

Das ist genau, was wir erreichen wollen, und ich denke, dass wir mit Recht annehmen können, dass der Ausgang des Treffens in Prag unter Beteiligung der Kommission, der Präsidentschaft, den kommenden Präsidentschaften und den Sozialpartnern Resultate in Form von Empfehlungen und Vorschlägen bringen wird. Dann werden wir wieder die Gelegenheit zu einem Treffen aller 27 beim Europäischen Rat im Juni haben, um Entscheidungen zu treffen.

Daher hoffen wir, dass mithilfe der europäischen Sozialpartner und auf der Grundlage der Vorbereitungen in diesen 3 Workshops und dieser Debatte hier der europäische Beschäftigungsgipfel dabei erfolgreich sein wird, weitere Schritte festzulegen, die als Sofortmaßnahmen durchgeführt werden können, um auf die ernste Situation zu reagieren, mit der unsere Bürgerinnen und Bürger derzeit zu kämpfen haben, und er uns dabei helfen wird, eine Union zu schaffen, die in der Zukunft stärker und konkurrenzfähiger sein wird.

Vladimír Špidla, *Mitglied der Kommission*. – (CS) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, während meiner fünfjährigen Tätigkeit in der Kommission hatte ich eine ganze Reihe von Gelegenheiten, Berichterstatte zu treffen, und daher bin ich von der Qualität ihrer Berichte nicht im Geringsten überrascht. Es ist klar, dass wir uns zu einer Zeit treffen, in der Europa und die ganze Welt sich in einer Krise befinden. Diese Krise wird oft mit der Krise der 1930er Jahre verglichen, und es gibt oft Befürchtungen, dass sie ähnliche Folgen haben wird, und es handelt sich ganz sicher um eine ernste Krise. Allerdings haben sich einige Dinge verändert im Vergleich zu der früheren Krise. Wir haben die Europäische Union, und der europäische Kontinent ist nicht von wechselseitigen Spannungen und Hass erfüllt. Es gibt das europäische Gesellschaftsmodell, das ein sehr umfassendes System des Sozialschutzes entwickelt hat, und das ist eine substanzielle Änderung. Ich denke, es gibt auch einen immer stärker werdenden Willen und die Möglichkeit gemeinsam zu handeln, weil Europa jetzt zum ersten Mal auf eine Krise in koordinierter Weise geantwortet hat, mit seinem Plan für wirtschaftliche

Erneuerung durch die Anwendung seiner Macht, auf der Ebene der Gemeinschaft und der Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten Maßnahmen zu koordinieren. Es ist auch klar, wenn wir über eine Krise sprechen, dann denken wir hauptsächlich an Arbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen. Für die Kommission haben das Thema Beschäftigung und Arbeitslosigkeit als Agenda oberste Priorität, und sie schlägt vor, es sollte ein Schwerpunkt der Agenda der gesamten EU sein. Einige Abgeordnete haben kritisiert, dass das ursprüngliche Ziel des Gipfels der Staats- und Regierungschefs einen Wandel vollzogen hat. Der Präsident der Kommission hat ganz klar den Standpunkt der Kommission zum Ausdruck gebracht, und dies repräsentiert die ursprüngliche Idee. Ich möchte aber doch sagen, dass der Prager Gipfel ein außergewöhnliches Ereignis ist. Er wird auf außergewöhnliche Weise vorbereitet. Bei diesem Gipfel wird es Teilnehmer geben, die nie zuvor an solchen Veranstaltungen teilgenommen haben, und diese Veranstaltung ist auch ein Schritt auf dem Weg zum Europäischen Rat. Das bedeutet, dass das Thema der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit auf der Ebene von Ministerpräsidenten und Präsidenten erörtert wird.

Meine Damen und Herren, wir haben eine Reihe von individuellen Themen im Rahmen der Sozialagenda diskutiert, und während der Diskussion sind eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit der Änderung zu einzelnen Fonds gestellt worden. Ich möchte darauf hinweisen, dass die vorgeschlagene Agenda größtenteils vor dem Beginn der Krise vorbereitet wurde, aber trotzdem möchte ich klar sagen, dass sie eine gute Grundlage zur Bewältigung der Krise war und noch ist. Sie stellt auch eine gute Grundlage für die Maßnahmen dar, die nach dem Ende der Krise ergriffen werden sollen. Ich denke, das europäische Gesellschaftsmodell ist mehr als nur eine Reaktion auf die Krise, wie ernst diese auch sein mag. Es ist ein Prozess und eine sehr langfristige, politische und soziale Strategie, und es ist gerade der langfristige Aspekt, der für die Sozialagenda bestimmend ist. Bezüglich der Frage des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung und das Thema der Änderungen des Europäischen Sozialfonds möchte ich gerne meinen Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit ausdrücken, weil der Dialog so konstruktiv gewesen ist, dass das Erreichen unserer Ziele bei diesem Treffen zum Greifen nahe ist, und ich betrachte das als außerordentlich wichtig. Wir haben ein Sprichwort auf Tschechisch, das besagt „wer rasch gibt, gibt doppelt“. Ich weiß nicht, ob unsere Vorfahren das durch genaue Kalkulationen festgestellt haben, aber eine rasche Antwort zählt sicher etwas und ist hilfreicher als eine zögernde Haltung.

Einige spezielle Fragen wurden in der Debatte aufgeworfen, die ich beantworten möchte. Die erste dieser Frage wurde von Herrn Cottigny gestellt und bezieht sich auf den 1. Mai dieses Jahres oder den Monat Mai dieses Jahres und die Nutzung des Fonds. Ich möchte klarstellen, dass alle Anträge, die nach dem 1. Mai dieses Jahres gestellt werden, gemäß dem Entwurf, der vor dem Abschluss steht, nach den neuen Regeln bearbeitet werden. Frau Juknevičienė war besorgt darüber, dass das Geld oft nicht diejenigen erreicht, die es brauchen. Ich glaube, dass Effektivität immer überwacht werden sollte. Ich habe die Gelegenheit gehabt, Ostkarelien zu besuchen, wo es eine Diskussion darüber gab, den Fonds für die Menschen zu nutzen, die ihre Arbeitsplätze durch die Umstrukturierung bei Nokia verloren hatten, und ich kann Ihnen aus dieser Erfahrung sagen, die Diskussionen haben verdeutlicht, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, die Unterstützung, die sie durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung erhalten hatten, als notwendige, rasche Hilfe, die sehr nützlich für sie war, angesehen haben. Zu der Zeit, als ich dort war, hatten bereits 60 % von ihnen neue Arbeitsplätze gefunden. Das war natürlich nicht jeder, aber trotzdem wurde deutlich, dass dieser Mechanismus funktionierte. Eine andere Frage, die gestellt wurde, bezog sich auf die Kofinanzierung. Herr Vlasák hat natürlich Recht, wenn er sagt, dass die Kofinanzierung eine bedeutende Rolle spielt; ich bin trotzdem der Meinung, dass eine Erhöhung des Kofinanzierungsanteils in einer Krisenzeit der richtige Vorschlag war, weil einige Staaten, die sich in einer sehr schwierigen Situation befinden, ernste Probleme dabei haben, Kofinanzierung sicherzustellen. Um es zu erleichtern, haben wir einen Anteil von 75 % vorgeschlagen. Nach der Debatte im Parlament ist der Vorschlag auf 65 % reduziert worden, und ich glaube, dass dies ein substanzieller Schritt ist, der die Verwendung des Fonds tatsächlich erleichtert. Ich möchte auch etwas hervorheben, was nicht so explizit in der Aussprache betont wurde, obwohl der Europäische Sozialfonds eine bewährte Institution ist, die jährlich Millionen von Menschen hilft, und das sehr effektiv. Was diesen Fonds anbelangt, haben wir gemeinsam in der Debatte mit Ihnen die Bestimmungen geändert, und ich glaube, das wird seine Anwendung und seine Wirksamkeit erleichtern. Frau Lambert hat die Bedeutung dieser sozialen Institution betont. Ich glaube, es sollte betont werden, dass unsere Marschroute absolut klar ist. Das europäische Gesellschaftsmodell ist das Modell einer aktiven Gesellschaft, in der Aktivität auf dem Arbeitsmarkt das zentrale Element ist. Allerdings ist es nicht ein Modell, das nur diejenigen akzeptiert, die am Arbeitsmarkt teilnehmen, weil ein großer Teil unserer Bürgerinnen und Bürger aus unterschiedlichen Gründen nicht am Arbeitsmarkt teilnehmen, und doch ist es sehr wichtig, dass sie die Gelegenheit haben, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen und dass sie eine aktive Rolle spielen sollen. Herr Silva Peneda hat den sozialen Dialog hervorgehoben. Ich kann mich nur seiner Ansicht anschließen, dass der soziale Dialog zu diesem speziellen Zeitpunkt wichtiger denn je ist.

Meine Damen und Herren, ich möchte feststellen, dass meiner Ansicht nach die Sozialagenda und die Beschäftigungsagenda immer wichtiger werden, und dass dies ein Prozess ist, der sich zunehmend in allen EU-Strategien bemerkbar macht, da er ein Teil aller Vorschläge ist, die sich mit Änderungen der langfristigen Pläne und des Standpunkts der Europäischen Union befassen. Ich möchte Ihnen danken und meine tiefste Überzeugung zum Ausdruck bringen, dass das europäische Gesellschaftsmodell ein Modell ist, das nach europäischer Integration verlangt; es ist nicht ein Modell, dass innerhalb der Grenzen unabhängig handelnder Nationalstaaten entwickelt werden könnte, und ich möchte daher zusammenfassen, dass meiner Ansicht nach Europa und die europäische Integration essenzielle Vorbedingungen für die weitere Entwicklung des europäischen Gesellschaftsmodells sind.

Gabriele Stauner, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar! Für den EGF kann ich an die Ausführungen des Kommissars anknüpfen. Auch der EGF ist ein Teil des europäischen Sozialmodells. Er hat zu Recht gesagt: „Wenn man ein Geschenk schnell macht, dann wirkt es doppelt bzw. es macht doppelte Freude.“ Wir haben intensive Gespräche mit der Kommission gehabt, und ich möchte betonen, dass wir in diesem Fall schnell schenken, aber auch inhaltlich und qualitativ gut. Das ist der Kompromiss, auf den ich zusammen mit den Kollegen sehr stolz bin.

Ich will ein paar Gedanken aus der Diskussion zusammenfassen: Was den EGF betrifft, hat sich gezeigt, dass über die Novellierung Gott-sei-Dank breite Übereinstimmung besteht. Ich möchte einen kleinen Appell an die Kommission richten: Nehmen Sie bitte nicht nur die Restmittel aus dem ESF für den EGF, sondern suchen Sie auch andere Haushaltsrestmittel zusammen. Ideal wäre es natürlich für uns Sozialpolitiker, wenn die ESF-Mittel komplett für ESF-Zwecke ausgegeben würden und die EGF-Mittel aus anderen Haushaltsrestmitteln kämen, dann könnten wir doppelt Gutes tun für die Arbeitnehmer.

Den Kollegen Lynne, Sinnott und Burke sage ich nur beispielhaft: Der EGF kann vieles bewirken, aber er kann sicherlich nicht alle regionalen Probleme lösen. Das ist ganz klar, das soll er auch nicht. Es gibt ja auch noch eine Verantwortung der Nationalstaaten. Und noch ein Appell an die Kommission: Vielleicht können Sie die Ihnen nach der Verordnung zustehenden Mittel für die technische Hilfe – 0,35 % – doch nicht ganz ausschöpfen. Auch so käme dann den Arbeitnehmern noch mehr zugute. Die Bemerkung des Kollegen Naranjo Escobar ist sehr richtig und betrifft eine Aufgabe für die Zukunft. Wir müssen auch die Lissabon-Strategie angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise überarbeiten.

Eine Bemerkung an Kollege Hughes: Ein Beschäftigungsgipfel wäre schon schön, aber ich sage Ihnen ehrlich: Mir ist auch eine Troika-Sitzung recht, bei der etwas Vernünftiges herauskommt. Denn einen Gipfel um des Gipfels willen brauchen wir nicht. Wir brauchen gute und schnelle Ergebnisse!

José Albino Silva Peneda, Berichterstatter. – (PT) An diesem Punkt der Debatte möchte ich gern drei Anmerkungen machen. Erstens möchte ich sagen, dass die Sozialpolitik kein Monopol einer politischen Kraft in diesem Haus ist. Die Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und Europäische Demokraten, die politische Kraft, die ich in diesem Haus vertrete, hat während dieser Wahlperiode zur Sozialpolitik in einer meiner Ansicht nach sehr entscheidenden Weise beigetragen. Ich habe bei verschiedenen Berichten und Themenbereichen eine sehr aktive Rolle übernommen, insbesondere im Bereich der Überprüfung des Europäischen Sozialfonds, des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung, der Flexicurity, des Berichts über das europäische Gesellschaftsmodell, der Arbeitszeitrichtlinie und jetzt in Bezug auf die europäische Sozialagenda.

Aus meiner Erfahrung während dieser Wahlperiode bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass wir einen breiten Konsens über die Fragen der Sozialpolitik erzielen können. Aber zusätzlich zu dem breiten Konsens über die Gestaltung der Politik - die ich als erzielt betrachte - müssen wir auch im Hinblick auf einen Konsens über die politischen Maßnahmen mehr erreichen. In dieser Hinsicht ist mein Gefühl, dass wir in der Kommission und in den europäischen Institutionen viel mehr Anreize hätten entwickeln sollen, sodass finanzielle Ressourcen auf lokaler und regionaler Ebene bereitgestellt werden können, sofern es dort eine Konvergenz diverser Institutionen und Maßnahmen gibt und damit soziale Probleme tatsächlich gelöst werden können.

Meine dritte Anmerkung betrifft das Problem des Vertrauens. Vertrauen kann nicht verordnet oder gesetzlich reguliert werden; es wird zum Großteil vom Verhalten der Institutionen beeinflusst. Ich glaube, dass ein Kooperationsbewusstsein bei der politischen Gestaltung dazu beiträgt, das Vertrauen wiederherzustellen. Ich glaube, dass wir während dieser Wahlperiode hier im Europäischen Parlament ein gutes Beispiel dafür gegeben haben, wie man kooperiert, und dass das Resultat dieser Arbeit an der erneuerten Sozialagenda ganz klar auf diese Idee gegründet ist.

Ich stimme dem Herrn Kommissar zu, wenn er sagt, dass der soziale Dialog im Mittelpunkt der Debatte stehen muss. Jedoch darüber hinaus glaube ich, dass wir uns an dem Punkt befinden, wo die Sozialpolitik im Mittelpunkt der politischen Debatte stehen muss. Daher unterstütze ich ganz vehement das, was in diesem Haus im Hinblick auf den Beschäftigungsgipfel und die Sozialpolitik gesagt wurde. Ich denke, dass es jetzt absolut angemessen ist, dieses Thema zu erörtern.

Und zum Schluss, dies ist meine letzte Rede in diesem Parlament und ich möchte – im Namen des Präsidenten - allen Abgeordneten und dem Herrn Kommissar und der Kommission – danken, für die Art und Weise, in der sie mit mir über diese fünf Jahre voll spannender Aktivitäten in diesem Europäischen Parlament zusammengearbeitet haben. Vielen herzlichen Dank.

Jean Lambert, Berichterstatterin. – Frau Präsidentin, ich bedaure sehr, dass einige unserer Kolleginnen und Kollegen uns am Ende dieses Mandats verlassen werden.

Eine Reihe von Schwerpunktthemen wurden in der Diskussion erwähnt, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Antidiskriminierung, und wie wichtig solche Maßnahmen sogar in Zeiten des Konjunkturabschwungs sind. Die Frage zur Arbeit, die wir hinsichtlich dieses Themas im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter geleistet haben, wurde aufgeworfen. Das Thema der gegenseitigen Unterstützung wurde ebenfalls angesprochen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass die von uns im Eingliederungsbericht angesprochenen Dimensionen die kommunale Ebene und Wirtschaft betreffen. Wir sprechen viel über Volks- und Weltwirtschaften, aber die kommunale Wirtschaft ist von entscheidender Bedeutung: der Zugang der Menschen zu den Banken, zu Mikrokrediten und Kreditanstalten, auch wenn sie nicht so gut situiert sind. Wir müssen uns bewusst sein, dass ärmere Menschen mit sehr hohen Zinssätzen, durch Kredithaie und dergleichen immer mehr in die Verschuldung getrieben werden. Wie müssen sicherstellen, dass das nicht geschieht, da es Menschen psychisch wirklich zerstört.

Doch im Hinblick auf die Bedeutung der Kommunalbehörden und die der Dienstleistungen, über die wir im Zusammenhang mit diesem Bericht auch gesprochen haben, wollte der Ausschuss insbesondere auch den Bereich der Wohnungspolitik ansprechen, weil, um es noch einmal zu betonen, in Zeiten des Konjunkturabschwungs mehr und mehr Druck auf die Menschen ausgeübt wird, die sich in einer Situation befinden, in der sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können. Daher wird es notwendig sein, dass wir uns auf diese Ebene konzentrieren; wir könnten vielleicht die Offene Methode der Koordination anwenden und einen Blick auf bewährte Vorgehensweisen in den Mitgliedstaaten werfen.

Zum Schluss möchte ich den Sozialfonds erwähnen. Es ist uns außerordentlich wichtig, dass dies nicht in eine zu enge Dimension gedrängt wird und zwar im Hinblick darauf, wie Beschäftigung und Bereitschaft zur Beschäftigung definiert werden, da wir auf keinen Fall die vielen fruchtbaren und interessanten Programme verlieren wollen, die den Menschen schon über viele Jahre hinweg dabei geholfen haben, ihren Weg von einer oft sehr schwierigen Ausgangslage aus in die Beschäftigung zu finden.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung wird am Mittwoch, den 6. Mai 2009 stattfinden.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Kelam, Tunne (PPE-DE), schriftlich. – In einigen Tagen werden sich führende europäische Politiker und Interessengruppen beim Beschäftigungsgipfel treffen. Die rasch ansteigende Arbeitslosigkeit ist zum Kernproblem der gegenwärtigen Finanzkrise geworden. Sie ist ein zutiefst menschliches Problem: In der Tat, die größte soziale Ungerechtigkeit Europas. Was die Regierungschefs und Politiker tun müssen ist, die Situation mit guten Ideen und konkreten Maßnahmen bekämpfen.

2009 ist das Jahr der Innovation und Kreativität. Europa muss diese Gelegenheit nutzen und die Arbeitslosigkeit verringern. Das funktioniert am besten durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Der zentrale Punkt ist die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen. Ein sehr praktischer Weg ist ebenfalls, die bürokratischen Hürden für die Anträge auf europäische Finanzmittel abzubauen. KMU schaffen Arbeitsplätze und sind ein zentrales Instrument, um die Arbeitslosigkeit in Zukunft zu verringern, sofern wir sie in der EU wirksam unterstützen.

Mehr noch, Europa muss in Bildung investieren, besonders in den lebenslangen Lernprozess. Arbeitslosigkeit ist für jeden ein großer Schock. Zunächst einmal müssen die EU und die Mitgliedstaaten den Menschen dabei

helfen, diesen Schock zu überwinden und auf alternative Lösungen vorbereitet zu sein, um so rasch wie möglich wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. In Innovation, Forschung und Entwicklung und den lebenslangen Lernprozess zu investieren ist der beste Weg, das zu erreichen.

Magda Kósáné Kovács (PSE), schriftlich. – (HU) Trotz unserer intensiven Bemühungen seit unserem Beitritt 2004 hat sich eine „neue Armut“ in der EU herausgebildet. Die Wirtschaftskrise hat die Situation offensichtlich auf der Ebene der Mitgliedstaaten wie auch unter gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern verschärft. Die sozialen Konflikte, die sich daraus ergeben, gefährden bestehende europäische Rahmenstrukturen. Schließlich erwarten gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger zu Recht, dass die Institutionen der Europäischen Union nicht nur den Banken helfen, sondern auch den Menschen soziale Sicherheit bieten.

Der durch die Krise enger gewordene Wettbewerb am Markt wird zwischen Unternehmen und auch zwischen den Arbeitnehmern immer stärker. Die unterschwelligen sozialen Spannungen in der EU werden am besten durch die extremen Reaktionen verdeutlicht, die durch die Urteile des Europäischen Gerichtshofs im Zusammenhang mit der Entsenderichtlinie ausgelöst wurden.

Es ist von entscheidender Bedeutung, sich über die tatsächliche Gesetzeslage zu informieren, um grundlose Befürchtungen zu zerstreuen. Die nächste Kommission sollte die Umsetzung der Entsenderichtlinie in den Mitgliedstaaten auswerten.

Abgesehen von den Maßnahmen, die im Sozialpaket enthalten sind, sind auch andere gesetzliche Instrumente erforderlich, um die Krise zu bekämpfen und Spannungen abzubauen. Es könnte sehr schwierig werden, den sozialen Frieden ohne europäischen Mindestlohn zu gewährleisten. Die Begriffsbestimmung für "menschenwürdige Arbeit" und "menschenwürdiges Leben" und grenzüberschreitende Tarifverträge sind nur einige der Themen, mit denen die Kommission sich weiterhin befassen muss.

Um auf lange Sicht die sozialen Ziele zu erreichen, können der Lissabon-Vertrag und die Charta der Grundrechte, die bereits von 25 Mitgliedstaaten ratifiziert wurden, einen breiteren, europäischen Zugang dadurch garantieren, dass sie Gleichheit der wirtschaftlichen und sozialen Rechte herstellen, ohne aber gleichzeitig das Paket der kurzfristigen Sofortmaßnahmen dadurch zu ersetzen.

Iosif Matula (PPE-DE), schriftlich. – (RO) Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) ist ein wichtiges Instrument, das von der Europäischen Kommission genutzt wird, um die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzuschwächen und die direkt betroffenen Menschen zu unterstützen. Es gibt Industrien oder Sektoren der Wirtschaft, wie etwa den Finanzsektor, die Automobilindustrie und den Verkaufssektor, welche die Auswirkungen der Krise stärker spüren, was sie dazu veranlasst hat, ihre Geschäftsaktivitäten einzuschränken und Mitarbeiter zu entlassen, eine Entwicklung, die wir auch in Rumänien feststellen. Nach einer Untersuchung während des ersten Quartals 2009 gab es dreimal mehr Entlassungen als neue Arbeitsplätze in der gesamten Europäischen Union.

Durch die Umsetzung von Maßnahmen, welche die Folgen der globalen Wirtschaftskrise bekämpfen, können wir auch das Ziel des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts erreichen. Ich denke, dass dies besser dadurch erreicht werden kann, wenn der EGF für Arbeitslose verwendet wird, die aus dem gleichen geografischen Gebiet oder den Nachbarregionen oder sogar aus verschiedenen Mitgliedstaaten, wenn sie eine gemeinsame Grenze haben, kommen. Einerseits müssen wir Solidarität zeigen gegenüber denjenigen, die ihre Arbeitsplätze verlieren, während wir ihnen andererseits helfen müssen, wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen. Berufliche Umschulungen und Spezialisierungsmaßnahmen gemäß den entsprechenden Fördergebieten und spezifischen in der jeweiligen Region verfügbaren Mitteln können zur Schaffung von Arbeitsplätzen beitragen.

Siiri Oviir (ALDE), schriftlich. – (ET) In der gegenwärtigen Zeit der globalen Wirtschaftskrise (d. h. der wirtschaftlichen Rezession und des Anstiegs der Arbeitslosigkeit) herrscht auf dem Arbeitsmarkt die Situation, dass eine immer größer werdende Zahl von Menschen entlassen wird, was die Gesamtzahl der Menschen, die in Europa unter Armut und Entfremdung leiden, weiter erhöhen wird.

Es ist momentan sehr wichtig, dass soziales Engagement und die damit verbundene Arbeitsmarktpolitik auch durch ein integriertes und gemeinsames Konzept im Rahmen des Konjunkturprogramms für die europäische Wirtschaft angestrebt wird.

Darüber hinaus sollten die Mitgliedstaaten keine Kürzungen im Sozialwesen, in der medizinischen Versorgung und im Bildungssektor vornehmen, wenn sie ihre Haushalte überprüfen, weil dies genau jene Bereiche sind, die dazu beitragen, von der Armut bedrohte Menschen wieder in die Gesellschaft zurückzuführen.

Man muss erkennen, dass es oft sehr kompliziert ist, die soziale Unterstützung und aktive Teilnahme von Mitgliedstaaten am Arbeitsmarkt zu verbinden, besonders, wenn die angebotene Beschäftigung Zeitarbeit, Saisonarbeit oder Teilzeitarbeit ist, und wenn die Bedingungen, um Unterstützung zu erhalten, und die Sozialhilfesysteme oder Mindeststeuersätze die einzelnen Menschen nicht motivieren können, solche Beschäftigungen anzunehmen. Unter diesen neuen Umständen müssen wir unser Sozialhilfesystem flexibler machen; die gegenwärtige Situation verlangt es von uns.

Ich glaube, dass Sozialhilfe ein ausreichendes Mindesteinkommen garantieren muss, um ein menschenwürdiges Leben, das über der Armutsgrenze liegt, zu gewährleisten und einer Person aus der Armut herauszuhelfen, und sie darf die Armut aufgrund ihrer Inflexibilität nicht weiter verstärken.

Esko Seppänen (GUE/NGL), schriftlich. – (FI) Es ist erstaunlich, mehr sogar, es ist unverzeihbar, dass der EU-Sozialgipfel und der Dialog mit den Sozialpartnern auf der Troika-Ebene abgehalten werden soll, ohne Beteiligung der Staats- und Regierungschefs. Es zeigt, wie wenig Interesse die EU-Führung daran hat, ein soziales Engagement zu entwickeln. Es beweist, dass wir weit vom Ziel entfernt sind, die Union zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Die Banken werden natürlich durch die Inanspruchnahme von Staatsmitteln und Verstaatlichung ihrer Schulden gerettet, aber niemand kümmert sich um das Wohl der Menschen.

2

VORSITZ: Diana WALLIS

Vizepräsidentin

11. Fragestunde (Anfragen an die Kommission)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die Fragestunde (B6-0231/2009).

Behandelt werden folgende Anfragen an die Kommission.

Anfrage Nr. 23 von **Manuel Medina Ortega** (H-0206/09)

Betrifft: Wettbewerb und Transparenz bei der Einkommensbesteuerung

Ist der Kommission zufolge die Aufrechterhaltung nicht transparenter Systeme der Einkommensbesteuerung in der Europäischen Union mit dem freien Wettbewerb zu vereinbaren und falls nicht, welche Schritte gedenkt sie, zu unternehmen, um diese Systeme in den Mitgliedstaaten oder in Teilen von Mitgliedstaaten zu unterbinden?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Lassen Sie mich zunächst daran erinnern, dass es den Mitgliedstaaten gemäß dem Gemeinschaftsrecht größtenteils freisteht, ihre Systeme zur direkten Besteuerung nach eigenem Ermessen so zu gestalten, dass sie ihren inländischen politischen Zielen und Bedürfnissen gerecht werden. In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten jedoch Vereinbarungen über verschiedene, von der Kommission vorgeschlagene Maßnahmen getroffen, um der Aushöhlung von Besteuerungsgrundlagen und Verzerrungen durch die Zuteilung von Investitionen zu begegnen. Damit haben die Mitgliedstaaten anerkannt, dass zum Schutz von Einnahmen eine EU-weite Zusammenarbeit und faire Regelungen bezogen auf den Steuerwettbewerb unabdingbar sind.

Was die Frage der Transparenz angeht, die von einem Mitglied des Parlaments gestellt wurde, möchte ich daran erinnern, dass die Europäische Kommission am 28. April 2009 eine Mitteilung verabschiedet hat, in dem Maßnahmen zur Förderung einer verantwortungsbewussten Regierungsführung in steuerlichen Belangen genannt werden. Diese umfassen Transparenz, Informationsaustausch und einen fairen Steuerwettbewerb.

Zunächst ist in der Mitteilung festgelegt, wie eine verantwortungsbewusste Regierungsführung im Steuerbereich innerhalb der Europäischen Union verbessert werden könnte, um dem Argument mehr Gewicht zu verleihen, dass andere Gerichtsbarkeiten ihrem Beispiel folgen sollen. Es fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, die Vorschläge der Kommission im Hinblick auf die Richtlinien zur administrativen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung bei der Eintreibung von Steuern und Zinserträgen schnell anzunehmen. Darüber hinaus sollten sich die Mitgliedstaaten außerdem vorrangig um die Abschaffung schädlicher Systeme zur Besteuerung von Unternehmen bemühen. Insbesondere enthält der Kommissionsvorschlag zur administrativen Zusammenarbeit eine Bestimmung, der zufolge man sich nicht mehr länger auf das Bankgeheimnis berufen könnte, um Informationsanfragen von anderen Mitgliedstaaten zu Personen ohne

Wohnsitz in dem angefragten Mitgliedstaat nicht stattzugeben. Dies entspricht vollkommen dem internationalen Konsens zum Steuerinformationsaustausch.

Zweitens, um die Förderung verantwortungsbewusster Regierungsführung über die Europäische Union hinaus zu verbessern, schlägt die Mitteilung vor, wie eine bessere Harmonisierung der EU-Politik sichergestellt werden kann, um zu gewährleisten, dass die sich vertiefenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und ihren Partnerländern mit einer Verpflichtung zu den Grundsätzen des guten Regierens einhergehen. Wichtig ist hierbei insbesondere, dass die Unterstützung von Entwicklungsländern sichergestellt wird, welche sich den Grundsätzen des guten Regierens verschrieben haben.

Darüber hinaus schlägt die Mitteilung vor, wie eine stärkere Abstimmung zwischen den einzelnen politischen Positionen der Mitgliedstaaten im Hinblick auf internationale Besteuerung und vereinbarte Grundsätze des guten Regierens erreicht werden soll. Dies würde gegebenenfalls insbesondere koordinierte Maßnahmen gegenüber Gerichtsbarkeiten umfassen, die sich weigern, die Grundsätze des guten Regierens zu befolgen. Heute legte die Kommission die Mitteilung den EU-Finanzministern auf der Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen (Ecofin) vor, um deren Unterstützung des vorgeschlagenen Konzeptes bei der letzten Tagung des Ecofin unter der Präsidentschaft der Tschechischen Republik im Juni 2009 zu erreichen.

Manuel Medina Ortega (PSE). - (ES) Vielen Dank, Herr Kommissar für Ihre Antwort. Sie haben eine Reihe von Faktoren angesprochen, beispielsweise Transparenz. Worauf Sie in Ihrer Rede jedoch keinen Bezug nahmen, sind die unlängst auf dem Weltfinanzgipfel der G20 getroffenen Vereinbarungen im Kampf gegen Steueroasen und sogenannte „nicht kooperierende Gerichtsbarkeiten“. Trägt die Kommission zum Vorschlag der G20 bei oder bewegt sie sich völlig am Rande dieser Verhandlungen?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Die Kommission ist bezogen auf die G20 vollständig involviert und nimmt umfassend an diesem Prozess teil.

Ich habe bereits einige der Maßnahmen erwähnt, welche die Kommission den Mitgliedstaaten empfiehlt. Die Kommission ist also vollständig am G20-Prozess beteiligt.

Hubert Pirker (PPE-DE). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich bin prinzipiell gegen die Einführung neuer Steuern. Das trifft vor allem den Mittelstand. Das trifft die Bildung von Eigentum und fördert nicht die Investitionen.

Aber im Zusammenhang mit kurzfristigen Aktiengewinnen muss man über Steuern nachdenken. Können Sie sich vorstellen, dass derartige Steuern auf kurzfristige Aktiengewinne durch Leerverkäufe zweckgebunden zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen eingesetzt werden?

Avril Doyle (PPE-DE). - Könnte der Herr Kommissar diesem Haus bitte bestätigen, dass er fest hinter dem Grundsatz steht, wonach für Belange der direkten Besteuerung – also Einkommen- und Körperschaftssteuer – die Mitgliedstaaten weiterhin zuständig sind? Bitte bestätigen Sie, dass dies Ihre Ansicht ist.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Nun, es gibt einen Vertrag und der lässt keinen Zweifel. Wir wissen, dass vielleicht über den Vertrag von Lissabon in einem neuen irischen Referendum abgestimmt werden wird, aber diese Vertragsartikel lassen keinen Zweifel darüber, wie die Zuständigkeitsbereiche im Wortlaut aufgeteilt sind, und die Kommission beabsichtigt nicht, einen neuen Vertrag mit neuen Zuständigkeitsbereichen zu verfassen.

Damit wird auch teilweise die Frage beantwortet, wie die Steuerpolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden kann. Da sich die verschiedenen Länder in unterschiedlichen Situationen befinden, wird ein europaweites fiskalisches Instrument vielleicht nicht die gleichen Ziele erreichen wie in einem bestimmten Mitgliedstaat.

Fiskalische Instrumente eignen sich manchmal gut, um wirkliche Anreize zu schaffen oder eine Wirtschaft zu entwickeln. Allerdings hängt dies sehr stark von der jeweiligen Situation in den bestimmten Mitgliedstaaten ab.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 24 von **Nikolaos Vakalis** (H-0240/09)

Betrifft: Erdbebenpolitik der EU: Von der Kommission ergriffene Maßnahmen angesichts des jüngsten katastrophalen Erdbebens in Italien

Im November 2007 nahm das Parlament die Entschließung (P6_TA(2007)0507) für ein integriertes Vorgehen der EU zum Schutz bei Erdbeben (Vorbeugung, Reaktion, Schadensbehebung) an, in der die Einführung

bestimmter Maßnahmen im Hinblick auf den Zivilschutz, Erdbebensicherheit von Gebäuden/Bauten (unter besonderer Berücksichtigung von Gebäuden/Bauten von historischer und kultureller Bedeutung), Bereitstellung von Mitteln, Forschung, Information der Öffentlichkeit usw. gefordert wird.

Außerdem habe ich in meinen Schreiben an den Umweltkommissar (10.01.2008) und den Kommissionspräsidenten (22.05.2008) auf die dringende Notwendigkeit einer Mitteilung hingewiesen, die sich ausschließlich auf das effektive Maßnahmenmanagement im Falle von Erdbeben konzentriert.

Vertritt die Kommission angesichts des jüngsten tödlichen Erdbebens in Italien die Ansicht, dass ihre schriftliche Antwort vom 22.7.2008 (P-3470/08) und die Antworten von Herrn Barroso und Herrn Dimas ausreichen, oder hat sie vor, weitere Initiativen zum Schutz europäischer Bürger vor Erdbeben zu ergreifen?

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Frau Präsidentin, die Kommission fühlt sich unterstützenden Maßnahmen zum Schutz der Menschen vor Erdbeben vorbehaltlos verpflichtet. Dieser Schutz muss Bestandteil eines integrierten Konzeptes im Umgang mit Situationen sein, die durch verschiedene Gefahren verursacht werden können. Die Kommission nahm unlängst eine Mitteilung mit dem Titel „Ein Gemeinschaftskonzept zur Verhinderung von Naturkatastrophen und von Menschen verursachten Katastrophen“ an, das auch Erdbeben abdeckt. Diese Mitteilung schließt sich den Maßnahmen an, welche die Kommission im Verlauf der letzten Jahre ergriffen hat und die vielen der in der Entschließung des Europäischen Parlaments von 2007 abgefassten Empfehlungen entsprechen. Zu diesen Maßnahmen zählen konkret die Verbreitung bewährter Vorgehensweisen, die Entwicklung gemeinsamer Konzepte zur Risikobewertung, die Kartierung, Aufklärung und Bewusstseinsbildung. Zugleich sollen bereits bestehende finanzielle und legislative Mittel zur Vorbeugung besser aufeinander abgestimmt werden und damit der Mehrwert der Maßnahmen der Europäischen Union gestärkt werden. Die Kommission wird sämtliche ihr zur Verfügung stehende Maßnahmen ergreifen, um die Auswirkungen von Erdbeben zu mildern, indem sie die Mitgliedstaaten dazu auffordert, die gemeinsamen europäischen Planungsnormen für Gebäude und öffentliche Bauarbeiten, insbesondere Eurocode 8, in ihre nationalen Rechtsvorschriften vollständig aufzunehmen. Die Kommission erwartet die Antwort des Europäischen Parlaments auf das in ihrer Mitteilung vorgeschlagene Konzept mit besonderem Interesse.

Nikolaos Vakalis (PPE-DE). – (EL) Frau Präsidentin, entschuldigen Sie bitte, aber die Frage bleibt unbeantwortet. Ich verstehe einfach nicht, warum die Kommission sich weigert, bei Erdbeben wie bei Überflutungen zu verfahren? Wo liegt hier der Unterschied? Ich bin in der Tat überrascht, dass nach dem jüngsten Unglück in Italien diese Debatte geführt werden muss. Was die letzte Mitteilung anbelangt, auf die Sie sich bezogen haben, werden darin Erdbeben dreimal nur am Rande erwähnt. Sind Sie wirklich der Auffassung, dass eine dreimalige Bezugnahme auf das Thema Erdbeben in einer Mitteilung ausreicht, um die immense Notwendigkeit in Europa für eine Mitteilung, die sich nur mit Erdbeben befasst, zu entkräften? Darauf hätte ich wirklich gerne eine Antwort.

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. – (EL) Frau Präsidentin, die von uns im Februar 2009 veröffentlichte Mitteilung stellt ein integriertes, allgemeines Konzept ohne Bezugnahme auf eine spezifische Gefahr dar. Dieser Ansatz ist unserer Meinung nach der beste. Was Überflutungen anbelangt, gibt es eine Mitteilung über Wassermangel und Dürre. Es gibt Mitteilungen, die sich auf spezifische Gefahren oder Probleme beziehen. Wir sind jedoch der Meinung, dass das von uns vorgesehene integrierte Konzept am besten geeignet ist.

Wir erwarten die Antwort des Parlaments. Sollten wichtige Gründe dafür sprechen, dass dieses Konzept aufgegeben werden sollte, dann werden wir sie in Erwägung ziehen. Ich muss Sie allerdings darauf hinweisen, dass die Mitteilung der Kommission auch einen Teil dazu beiträgt, vor den Folgen von Erdbeben zu schützen.

Als solches wendet es sich an die Mitgliedstaaten, die das Subsidiaritätsprinzip im Hinblick auf die Zuständigkeit in dieser Frage vehement verteidigen, um die Bestimmungen der Europäischen Union zu Gebäuden/Bauten in ihre nationale Gesetzgebung aufzunehmen, ob es sich dabei nun um den Eurocode 8 für neue Gebäude/Bauten oder um die Bestimmungen zur Stabilisierung von bestehenden Gebäuden/Bauten handelt. Lassen wir die Mitgliedstaaten dies tun, lassen wir sie bestimmte notwendige Maßnahmen ergreifen, etwa die strenge Einhaltung von Planungsvorschriften, um das Schlimmste im Falle von Katastrophen zu verhindern.

Hubert Pirker (PPE-DE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! In Verbindung mit der Erdbebenlinie durch den Apennin gibt es eine andere Erdbebenlinie, die durch Slowenien führt. Auf dieser Erdbebenlinie befindet sich das Kernkraftwerk Krško, wie Sie vielleicht wissen. Auf unsere Initiative hin sind dort einige Warnanlagen installiert worden. Welche Maßnahmen werden Sie nach diesem verheerenden Erdbeben in Italien ergreifen, um die Sicherheit des Kernkraftwerks Krško zu gewährleisten, das auf einer Erdbebenlinie, die mit dieser in

Verbindung ist, steht? Denken Sie auch daran, dass Sie Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, die soweit gehen, dass Krško auch geschlossen werden könnte?

Giorgos Dimitrakopoulos (PPE-DE). - (EL) Frau Präsidentin, auch ich bin von dem Standpunkt überrascht, der von der Kommission heute hier zum Ausdruck gebracht wird. Natürlich respektieren wir die Antwort im Hinblick die Subsidiarität, und ich stimme mit den speziellen Forderungen voll überein. Damit wird jedoch nicht die Frage nach einem gemeinsamen politischen Vorschlag vonseiten der Europäischen Kommission, der sämtliche Aspekte von durch Erdbeben verursachten Katastrophen abdeckt, abdeckt. Herr Pirker hat dem noch eine weitere Frage hinzugefügt, und es werden sicherlich noch andere aufgeworfen. Die Frage bleibt also bestehen: Warum gibt es, mal ganz abgesehen vom Subsidiaritätsprinzip und der vom Kommissar erwähnten spezifischen Maßnahmen, keinen globalen Vorschlag vonseiten der Europäischen Kommission?

Stavros Dimas, Mitglied der Kommission. - (EL) Frau Präsidentin, wie bereits erwähnt, warten wir auf die Antwort des Europäischen Parlaments auf die von uns verabschiedete Mitteilung zum Schutz vor Erdbeben. Sobald wir über diese verfügen, werden wir untersuchen, welcher der Ansätze besser ist. Insbesondere für Nuklearanlagen gibt es Sondervorschriften und Seveso-II-Richtlinie für industrielle Anlagen.

Die Präsidentin. - Anfrage Nr. 25 von **Avril Doyle** (H-0211/09)

Betrifft: Solarenergie und das Europäische Konjunkturprogramm

Um auf die ernststen wirtschaftlichen und energiewirtschaftlichen Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, eine Antwort zu finden, hat die Kommission in ihrem Konjunkturpaket einige Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen zur Konjunkturerholung und zur Erreichung energiepolitischer Ziele beigetragen werden soll. Allerdings ist die Solarenergie, eine der vielversprechendsten erneuerbaren Energiequellen, nicht in der Liste der zu fördernden Sektoren aufgeführt.

Der Industriesektor in Europa ist darüber hinaus auf diesem Gebiet derzeit weltweit führend. Diese Position lässt sich aber nur aufrechterhalten, wenn der Binnenmarkt expandiert und Forschung und Entwicklung weiter gefördert werden.

Könnte die Kommission bitte Stellung dazu nehmen, weshalb der Sektor Solarenergie von den starken finanziellen Anreizen des Konjunkturprogramms ausgeschlossen wurde? Welche anderen Finanzmittel stehen für den Sektor zur Verfügung?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. - Der Sektor Solarenergie wurde nie aus dem Europäischen Konjunkturprogramm ausgeschlossen. Er wurde aber aus dem Grund nicht aufgelistet, da wir die dringendsten Energiefragen abdecken wollten. Wir konzentrierten uns demnach auf die Bereiche, wo sich die Krise am stärksten auswirkte und Projekte nicht verwirklicht werden konnten.

Der erste Aspekt, den wir berücksichtigten, war die Netzanbindung. Stromerzeugung, besonders aus neuen Energiequellen, kann bei Problemen mit dem Stromnetz nicht funktionieren. So war für uns das Thema Stromnetze und Netzanbindung zwischen den Mitgliedstaaten die dringlichste Angelegenheit.

Darüber hinaus hatten wir es mit der Gaskrise zu tun, die eindeutig zeigte, dass in einigen Fällen mangelnde physische Infrastruktur als folgenschwere Konsequenz zu einer Unterbrechung der Gasenergieversorgung führen kann. Auf diese Weise kann die Gasversorgungssicherheit am besten gewährleistet werden.

Und wir sprachen zwei weitere Themen an, die meines Erachtens definitiv Verzögerungen erführen, wenn sie nicht von der Gemeinschaft unterstützt würden: Erstens, Offshore-Windenergie, ein relativ großes Projekt, das an das Stromnetz auf dem Festland angeschlossen werden muss, und zweitens CO₂-Abscheidung und -Lagerung, wo wir für die Industrie wirklich Anreize schaffen müssen, um so bald wie möglich ein umfassendes Projekt auf den Weg zu bringen.

Aus diesem Grund haben wir also auch andere infrage kommenden Bereiche nicht berücksichtigt. Und aus diesem Grund wurde Solarenergie nicht aufgelistet, und nicht etwa, weil wir nicht an diese Energiequelle glauben. Ich glaube an das Potenzial von Solarenergie. Wir haben uns aber den dringlichsten Anliegen gewidmet.

Welche Mittel stehen zur Unterstützung der weiteren Entwicklung von Solarenergie zur Verfügung? Zunächst wäre da das siebte Forschungsrahmenprogramm. Wir verfügen für die Jahre 2007 - 2013 über 2,35 Milliarden EUR. Zweitens handelt es sich hier um einen Bereich, bei dem die passenden Gerätschaften

bereitgestellt werden können. Ab dem nächsten Jahr können wir 300 Millionen Emissionszertifikate für Neubewerber zur Verfügung stellen. Projekte zu erneuerbarer Energie wie Solarenergie sind förderungswürdig. Bestehen also Projekte, dann sind sie sehr willkommen.

Darüber hinaus können wir Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung hierfür einsetzen. Wir fördern die verstärkte Nutzung von Energiequellen mit Synergieeffekten. Insbesondere haben wir die Obergrenzen dahingehend, wie viel erneuerbare Energie im Verhältnis zu Gebäude- und Energieeffizienz genutzt werden kann, erhöht. Insgesamt wurde also die Förderungswürdigkeit dieser Maßnahmen erhöht.

Außerdem wird die Kommission im Sommer oder zum Herbstanfang eine neue Mitteilung zur Finanzierung kohlenstoffarmer Technologien vorlegen. Wir werden versuchen, dies auszuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Technologien nicht nur über den Gemeinschaftshaushalt, sondern auch auf Industrie- und Ebene der Mitgliedstaaten Unterstützung erhalten, damit diese Unterstützung zielgerichtet erfolgt, und wir sehr schnell neue Technologien entwickeln können, um so unser Ziel, bis 2020 20 % des Energiebedarfs über erneuerbare Energien abzudecken, zu erreichen oder sogar in dieser Hinsicht noch ehrgeiziger sein zu können.

Wir haben Solarenergie also nicht ausgeschlossen. Allerdings haben wir mit vielen verschiedenen Aspekten zu tun, und wir haben die dringlichsten Bereiche aufgeführt, in die derzeit investiert werden muss.

Avril Doyle (PPE-DE). – Danke für Ihre Antwort, Herr Kommissar. Ich habe sie genau zur Kenntnis genommen.

Für den Fall, dass bei den Projekten, die im Konjunkturprogramm genannt werden, die Finanzierungshilfen bis zur Antragsfrist am 30. Juni 2010 nicht in Anspruch genommen werden können, verfügen Sie über eine, wie ich es bezeichnen würde, Reserveliste von startbereiten Projekten, damit das Geld auch tatsächlich in diesen Sektor, also in die Förderung von Energieeffizienz und niedrigen Energieverbrauch, fließt?

So gibt es im Bereich Solarenergie große Bauprojekte, die Ende 2009 oder Anfang 2010 angegangen werden könnten. Es gibt mehrere startbereite Projekte. Könnten wir für den Fall, dass bei den Projekten, denen Gelder zugeteilt wurden, diese Mittel derzeit nicht in Anspruch genommen werden können, eine Reserveliste haben, damit alle zur Verfügung stehenden Gelder auch wirklich genutzt werden?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Bei der Erstellung der Liste berücksichtigten wir die meisten Projekte und beteiligten außerdem die Mitgliedstaaten. Ich habe also derzeit keinen Anlass zur Annahme, dass wir nicht alle Gelder auszahlen oder zuweisen werden können.

Bei einigen Verzögerungen oder für den Fall, dass einige Projekte ungenügend vorbereitet sind, wird uns bis März 2010 ein Bericht vorliegen. Sollte also ein Teil des Geldes zur Verfügung stehen, werde ich mich im Rahmen eines Dialogs dafür aussprechen, dass die Kommission gegebenenfalls einen erforderlichen Vorschlag in Erwägung zieht. Im Moment ist es jedoch verfrüht, derlei Versprechen abzugeben. Alles hängt davon ab, wie gut wir die Gelder zuteilen können, da wir aktuell über eine begrenzte Anzahl von Projekten verfügen, die unseres Erachtens weit genug fortgeschritten sind, um von diesen Mitteln in Anspruch nehmen zu können.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 26 von **Marie Panayotopoulos-Cassiotou (H-0218/09)**

Betrifft: Kernkraftwerke

Laut dem Institute of Energy of South East Europe (IENE) untersuchen viele EU-Länder und andere Staaten aus südlichen und östlichen Regionen und dem östlichen Mittelmeerraum, die sich derzeit in Beitrittsverhandlungen befinden, Programme zum Bau bzw. Ausbau von Kernkraftwerken zur Stromerzeugung. Kann die Kommission angeben, welche Maßnahmen und Initiativen sie zu ergreifen beabsichtigt, um Vorbedingungen und Beschränkungen im Hinblick auf diese Initiativen, insbesondere unter Berücksichtigung der besonderen geologischen Gegebenheiten, klimatischen Bedingungen und der Finanzierungsmöglichkeiten für diese Programme und ihre Realisierbarkeit, zu schaffen?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Nun, mein Herr Kollege Stavros Dimas hat bereits eine Zusatzfrage zu diesem Thema beantwortet.

Die Nutzung von Kernkraft unterliegt im Grunde genommen in jedem Land der Aufsichtsbehörde für Atomsicherheit, die uneingeschränkt für die Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen im Kernkraftsektor verantwortlich ist. Zugleich steht es jedem Mitgliedstaat frei, zu entscheiden, ob er nun Kernenergie nutzen will oder nicht. Die Nutzung von Kernenergie unterliegt wiederum dem Euratom-Vertrag. Außerdem gibt

es ganz eindeutig noch zusätzliche zu erfüllende Anforderungen. Diese verlangen, dass jedes Projekt, das vorgelegt wird, auch von der Kommission analysiert wird. Wir unterbreiten dann eine Empfehlung zu den zu entwickelnden Projekten. Dies geschah etwa im Falle von Belene und auch von Mochovce.

Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, dass die Bedingungen der Umweltverträglichkeitsprüfung, wie im Gemeinschaftsrecht festgelegt, erfüllt werden. Ebenfalls anwendbar sind die Bestimmungen des Espooer UN/ECE-Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen.

Unabhängig von dem vorgeschlagenen Projekt benachteiligen wir also keine Mitgliedstaaten. Es sind klare Anforderungen zu erfüllen, und jedes Projekt wird für sich allein auf der Grundlage des Besitzstandes der Gemeinschaft und des Umweltrechts bewertet. Ich kann Ihnen versichern, dass dieser Prozess so gesichert ist, dass bisher noch nie die Baugenehmigung für ein Kernkraftwerk erteilt wurde, ohne dass alle erforderlichen Sicherheitsanforderungen gewährleistet konnten.

Marie Panayotopoulos-Cassiotou (PPE-DE). – (EL) Frau Präsidentin, ich möchte im Zusammenhang mit dem, was das Mitglied der Kommission über die Bewertung der Projekte gesagt hat, wissen, ob sich für den betreffenden Bereich unter anderem auf der Grundlage der Europa-Mittelmeer-Zusammenarbeit und unter Berücksichtigung der Besonderheit dieses Bereichs eine Ex-ante-Studie durchführen lässt, um Kriterien zu entwickeln, die jedes Land von Anfang an zu berücksichtigen und bei der Planung einzuhalten hat.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Zunächst entwickelt ein jedes Land seine eigenen Rechtsvorschriften, anhand derer über den Antragsprozess entschieden wird. Zu einem späteren Zeitpunkt orientiert sich der Prozess stark am nationalen Recht und Euratom-Vertrag und basiert hierauf. Aus diesem Grund lässt sich kein regionaler Ansatz verfolgen. Wir müssen die jeweilige Situation in jedem Mitgliedstaat und zugleich jedes einzelne Projekt betrachten.

Wir können nicht einfach Durchschnittsgegebenheiten in der Region heranziehen und sagen, diese Region ist für die Nutzung von Atomkraft nicht geeignet. Das wäre falsch, da die Entwicklung eines mehr oder weniger überall durchführbaren Projektes nicht infrage kommt. Dies ist eine Frage der Kosten, Bedingungen und des Zeitaufwands. Ein regionaler Ansatz bietet sich also nicht an. Wir müssen jedes einzelne Projekt konkret betrachten. Nur so lässt sich bei einem Projekt vollständige Sicherheit garantieren.

Paul Rübig (PPE-DE). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kommissar, ich möchte Ihnen zum Nuklearpaket gratulieren, das Sie jetzt vorgelegt haben und das insbesondere neue Atomkraftwerke betrifft, sowie zu dem Vorschlag, dass auch IAEA-Standards in Zukunft bindend sein sollen.

Mich würde Folgendes interessieren: Glauben Sie, dass es Ihnen in der nächsten Wahlperiode möglich sein wird, auch einen Vorschlag für eine EU-Regulierungsbehörde bzw. eine Aufwertung von WENRA als verbindliche Organisation auszuarbeiten, und dass wir vielleicht auch die IAEA-Standards verbindlich für alle Mitgliedstaaten vorschreiben könnten?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Bezogen auf den zweiten Teil bin ich der Ansicht, dass wir mit dieser Gruppe von hochrangigen Atomaufsichtsbehörden strengere Normen vorantreiben können. Dies ist erst der Anfang, der kleinste gemeinsame Nenner, den wir entwickeln konnten.

Zugleich habe ich, da es sich hier um ein politisch und manchmal auch kulturell heikles Thema handelt, starke Zweifel, dass die europäische Regulierungsbehörde eine derartige Funktion erfüllen könnte. Ich möchte nicht behaupten, dass der EU-Regulierungsbehörde nicht zu trauen wäre, sondern dass sie, was den Bau von Atomkraftwerken anbelangt, außen vor bleiben sollte. Meines Erachtens lässt sich die volle Sicherheitsverantwortung stets am besten von einer nationalen Aufsichtsbehörde wahrnehmen, da dies z.B. Diskussionen darüber, ob sich die zentrale Regulierungsbehörde für Atomkraft stark genug einsetzt, verhindert.

Die Schaffung eines gemeinsamen Rahmens ist zu begrüßen. Aber die Verantwortung muss bei allen Aufsichtsbehörden verbleiben, die, wie in der Richtlinie zur nuklearen Sicherheit vorgeschlagen, über sämtliche Befugnisse und erforderlichen Instrumente zur Umsetzung dieser Politik verfügen. Wir verfügen in der Europäischen Union über sehr gute Atomaufsichtsbehörden, eine Restrukturierung ist also nicht notwendig. Wir müssen lediglich die bindenden Standards ausgehend vom aktuellen Niveau verbessern und zusammenarbeiten, um damit der Welt zu demonstrieren, dass sich die Standards in der Atomindustrie erhöhen lassen.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 27 von **Brian Crowley** (H-0232/09)

Betrifft: Die Förderung nachhaltiger Energie in Städten

In meiner eigenen Heimatstadt Cork, in der Republik Irland, bemühen sich die kommunalen Behörden und Unternehmen vor Ort um die Schaffung einer nachhaltigen Energiepolitik. Was unternimmt die Kommission, um Städte wie Cork bei ihren Bemühungen zur Förderung nachhaltiger Energie zu unterstützen?

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Ich freue mich sehr über diese Frage, da ich auf eine unserer Errungenschaften, den Konvent der BürgermeisterInnen für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz (Covenant of Mayors) sehr stolz bin.

Wir unterstützten 2008 die Initiative von Städten zur Errichtung eines solchen Konvents. Damit verpflichten sich die Städte bindend zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes bis 2020 um mehr als 20 %. Dazu entwickeln sie Aktionspläne für eine nachhaltige Nutzung von Energie. Sie haben außerdem ein Büro für den Covenant of Mayors für Koordinations- und Werbezwecke eingerichtet. Wir unterstützen diese Initiativen über die Gemeinsame Forschungsstelle, um für die Vorbereitung, Umsetzung und Bewertung von Aktionsplänen zur nachhaltigen Energienutzung den wissenschaftlichen Hintergrund und technischen Support bereitzustellen. Bei kleineren Kommunen verhandelt die Kommission mit anderen nationalen, regionalen oder lokalen Verwaltungsstellen, um deren Unterstützung kleinerer Städte sicherzustellen.

Ebenfalls eingeführt werden soll in diesem Jahr ein fortgeschrittenes System bewährter Praktiken und erprobter Methoden, die Benchmarks of Excellence.

Darüber hinaus haben wir mithilfe der Europäischen Investitionsbank (EIB) ein System zur Gewährung eines finanziellen Beistands zur Verwahrung der Subventionsgelder geschaffen, und mit der EIB fördern wir auch gezielt die Entwicklung nachhaltiger Energie in Städten. Die EIB ist bereits an bestimmten Projekten beteiligt, etwa in Barcelona, wo die Verhandlungen bereits relativ gut vorangekommen sind.

Ich weiß, dass die Stadt Cork diesen Konvent noch nicht unterzeichnet hat. Es hängt also nach wie vor von Cork ab, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. So lassen sich die Bürger für diese Initiativen auf sehr gute Weise mobilisieren.

Es gibt aber auch andere Instrumente zur Nachhaltigkeitsentwicklung, und die Kohäsionspolitik bietet Städten bei der Umsetzung einer nachhaltigen Energiepolitik und damit verbundener Maßnahmen umfassende Unterstützung. Für den Zeitraum von 2007 - 2013 werden insgesamt 9 Mrd. EUR an Mitteln der Kohäsionspolitik direkt in nachhaltige Energieinitiativen innerhalb der EU investiert. Das "Southern and Eastern Operational Programme", das sich auch auf die Stadt Cork erstreckt, wird in die Region 669 Millionen EUR investieren, um einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Zielsetzungen von Lissabon in Bezug auf Wachstum und Arbeitsplätze erreicht werden.

Diese Kohäsionsfonds werden direkt nachhaltige Energieprojekte in der Region unterstützen und dabei helfen, weitere Investitionen auf nationaler Ebene voranzutreiben. Die Mittel können zur Steigerung der Energieeffizienz und Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen, zur Entwicklung effizienter Energiemanagementsysteme und zur Förderung sauberer und nachhaltiger öffentlicher Verkehrsmittel, insbesondere in städtischen Gebieten, eingesetzt werden.

Das operationelle Programm beinhaltet den „Gateway Challenge Fund“, der sich auf eine integrierte nachhaltige Entwicklungsstrategie für Cork stützt.

Und schließlich wurde der Europäischen Fonds für regionale Entwicklung unlängst abgeändert, um allen Mitgliedstaaten die Möglichkeit zu bieten, regionale Mittel zur Steigerung der Energieeffizienz in Anspruch zu nehmen und erneuerbare Energie in bestehenden Gebäuden einzusetzen, was bis zu 4 % der Zuteilung des gesamten Regionalfonds ergeben kann.

Zusammenfassend haben wir also meiner Meinung nach einen Rahmen für Städte geschaffen, die nachhaltige Modelle für ihre Bürger entwickeln wollen, nämlich den Covenant of Mayors. Dazu gehören Sympathisanten aus New York und Rochester sowie andere Teilnehmer außerhalb der EU, und er stellt somit über unser Büro eine Menge Fachwissen bereit.

Was finanzielle Unterstützung anbelangt, verfügen wir derzeit über kein speziell auf Energieeffizienz ausgerichtetes Programm, allerdings gibt es den Strukturfonds, das Aktionsprogramm für erneuerbare Energie und Energieeffizienz „Intelligente Energie – Europa“ und die Europäische Investitionsbank. Wir unterstützen diese Initiativen mithilfe all dieser Instrumente. Die Europäische Investitionsbank ist an diesem

Prozess sehr aktiv beteiligt. Derzeit liegt das Problem aber nicht bei der Finanzierung sondern eher darin, dass es an guten Projekten und einer wirklich nachhaltigen Energiepolitik seitens der Städte mangelt.

Dies ist meine Antwort auf Ihre sehr wichtige Frage. Meines Erachtens verfügen Städte über genügend Möglichkeiten, den Weg hin zu einer nachhaltigen Energienutzung zu ebnen.

Brian Crowley (UEN). – Ich bedanke mich bei Kommissar Piebalgs für diese Antwort. Herr Kommissar, Sie haben in Ihrer Antwort bereits darauf hingewiesen, dass sich mit Energieeffizienz auch wirtschaftliche Einsparungen erzielen lassen. Wir müssen nun aber einen Schritt weitergehen. Anstatt nur Energienachhaltigkeit und -effizienz zu fördern, müssen wir die Mittel nutzen, um neue Wege der Stromerzeugung zu entwickeln, damit Städte in Energiefragen noch autarker werden, anstatt, wie bereits erwähnt, Treibstoff zu importieren oder etwa Kernkraftwerke zu bauen. Wir müssen bessere und ausgeklügeltere Wege finden, und vielleicht sollten Sie sich in Zukunft nicht nur an die Investitionsbank halten, sondern auch neue Ideen der Kommission berücksichtigen.

Andris Piebalgs, Mitglied der Kommission. – Wir versuchen, diese Frage zu beantworten. Wir beabsichtigen, bis zum Jahresende einen neuen Aktionsplan für Energieeffizienz zu entwickeln, der sich hiermit befasst. Darüber hinaus sind wir dabei, eine neue Mitteilung über die Finanzierung kohlenstoffarmer Energiequellen zu erarbeiten.

Für die Interessengruppen ist es sehr wichtig, hier die Initiative zu ergreifen, und ich gehe davon aus, dass Städte Vorschläge unterbreiten werden und die Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie die Mitgliedstaaten unter Druck setzen werden, in den betreffenden Bereichen europaweite Instrumentarien zu schaffen.

Ohne diesen Ansatz von unten her lassen wir bereits bestehende Gelegenheiten ungenutzt. Die Städte Europas sind so unterschiedlich, und es gibt so viele gute Ideen, dass wir den Städten keine Top-down-Konzept aufoktroyieren sollten.

Meines Erachtens wird der Konvent der BürgermeisterInnen die notwendigen intellektuellen Impulse und Erfahrungen für die Politik liefern, die wir brauchen, um nachhaltige Städte zu schaffen. Es geht also nicht nur um Einsparungen. Viele Faktoren sind hier von Bedeutung. Es geht auch um intelligente Stromnetze, die Integration erneuerbarer Energie und eine nachhaltige Transportpolitik, also Wasserstoffbusse, Stromfahrzeuge. Es gibt also jede Menge Möglichkeiten.

Jede einzelne Stadt kann ihr eigenes Programm entwerfen, denn der Konvent der BürgermeisterInnen hat sich dazu verpflichtet, den CO₂-Ausstoß um mehr als 20 % zu verringern. Dies muss aber nicht unbedingt über Energieeffizienz geschehen. Es könnte sich auch um ein völlig anderen Politikbereich handeln. Vieles hängt von den lokalen Gegebenheiten ab.

Die Präsidentin. – Aus Zeitgründen kann ich leider keine weiteren Zusatzfragen zulassen. Es tut mir leid, Herr Rübig, aber Sie hatten bereits eine Frage, und der Herr Kommissar konnte uns einige sehr umfassende Antworten geben.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 28 von **Claude Moraes** (H-0216/09)

Betrifft: Die Wirtschaftskrise und Verhinderung von Protektionismus

Als unser Handelskommissar haben Sie zu Recht darauf hingewiesen, dass wir bei unseren Maßnahmen gegen die aktuelle Wirtschaftskrise auf Protektionismus verzichten müssen, da weithin anerkannt ist, dass wir diese Konjunkturabschwächung nicht mit Handelsbarrieren überwinden können.

Inwiefern versucht die Kommission, die Ausbreitung von protektionistischen Tendenzen bei ihren internationalen Handelsgesprächen zu unterbinden? Gibt es nennenswerte Fortschritte beim Abschluss der Doha-Runde?

Wie stellt die Kommission außerdem sicher, dass die Förderung eines offenen Handels mit den Entwicklungsschwerpunkten der EU wie zentrale Arbeitsrichtlinien und eine nachhaltige Umweltpolitik in Einklang steht?

Meglena Kuneva, Mitglied der Kommission. – Seit Beginn der Wirtschaftskrise hat die Europäische Union in Übereinstimmung mit ihrer Verpflichtung gegenüber einem fairen und offenen Handel gegen eindeutigen Protektionismus Stellung bezogen.

Die Kommission überwacht die von ihren wichtigsten Handelspartnern ergriffenen protektionistischen Maßnahmen sehr genau, um gegebenenfalls angemessene Schritte zu ergreifen. Darüber hinaus unterstützt sie stark die Initiative der Welthandelsorganisation zur Berichterstattung von Entwicklungen im Handel während der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Seit Beginn der aktuellen Krise fühlt sich die EU mehr denn je den Grundsätzen des Multilateralismus, der Transparenz und der offenen Märkte auf der Grundlage der Richtlinien verpflichtet, von denen sowohl entwickelte als auch Entwicklungsländer profitieren. Die EU ist stets der Ansicht gewesen, dass ein ehrgeiziges und ausgewogenes Ergebnis der Doha-Runde zu den wichtigsten Instrumentarien zur Verhinderung von Handelsprotektionismus und der Förderung der Wirtschaft zählt.

Dies ist auch die Einschätzung, zu der die Welthandelsorganisation in der jüngsten Überprüfung der Handelspolitik der EU gelangt, in der die Rolle der EU bei der Stärkung des multilateralen Handelssystems gelobt wird. Die Schlüsselrolle, die von der Doha-Runde in der gegenwärtigen Krise eingenommen werden könnte, wurde auch in dem globalen Reform- und Konjunkturprogramm der G20 vom 2. April 2009 anerkannt. Die G20-Führer bekundeten erneut ihre Verpflichtung, einen schnellen Abschluss der Doha-Runde herbeizuführen.

Und schließlich lässt sich die Verpflichtung der EU zum offenen Handel mit ihrer Verpflichtung zu einem ihrer allgemeinen politischen Ziele, nämlich der nachhaltigen Entwicklung, vereinbaren, unter anderem im Rahmen verschiedener handelspolitischer Initiativen.

Eine nachhaltige Entwicklung und vor allem umweltbedingte und soziale Überlegungen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Handelspolitik. Ersichtlich wird dies daran, dass in unseren bilateralen Handelsabkommen Vorkehrungen für eine nachhaltige Entwicklung mit dem Schwerpunkt auf Arbeits- und Umweltrichtlinien aufgenommen wurden.

Claude Moraes (PSE). – Vielen Dank, Frau Kommissarin. Mir ist bewusst, dass sie die Kommissarin Ashton vertreten. Ich möchte der Kommission und sogar den Mitgliedern dieses Hauses, die im Ausschuss für internationaler Handel sitzen, zu ihren Bemühungen, mit denen protektionistische Tendenzen unterbunden werden sollen, gratulieren.

Meine Frage bezieht sich auf Entwicklungsländer, und wie wir sicherstellen können, dass der Handel mit und unter Entwicklungsländern, etwa über höhere Handelsbeihilfen, erleichtert oder erhöht werden kann. Dies ist ein wichtiger, zu berücksichtigender Faktor. Insgesamt konnte ich vonseiten der Kommission und des Parlaments vielversprechende Initiativen im Hinblick auf protektionistische Tendenzen, die ein Rückschritt wären, erkennen.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Überprüfungsberichte der Welthandelsorganisation und der Kommission zeigen, dass kein unmittelbares Risiko einer allgemeinen Eskalation des Protektionismus besteht. Keine der großen Handelsnationen hat bislang auf allgemeine Handels- und Investitionsbeschränkungen zurückgegriffen. Die Entwicklungen in bestimmten Ländern, etwa Russland, Indonesien und Argentinien, müssen indessen genau im Auge behalten werden, da diese Staaten bislang am stärksten auf Grenzmaßnahmen zur Beschränkung des Handels zurückgegriffen haben. Im Allgemeinen gehören zu den am meisten betroffenen Sektoren Landwirtschaft und Lebensmittel, Stahl und Eisen, Metalle, Kraftfahrzeuge, Textilien und Spielzeugwaren.

David Martin (PSE). – Teilt die Kommission den Standpunkt, dass es nicht nur darum geht, anderen zur Vermeidung des Risikos von Protektionismus Vorträge zu halten und sie diesbezüglich zu überwachen? Geht es vielmehr nicht auch darum, dass wir uns selbst auch vorsehen und sicherstellen sollten, dass wir beim Einsatz unserer handelspolitischen Schutzinstrumente die beabsichtigten Ziele verfolgen und derartige Instrumentarien nicht für protektionistische Zwecke einsetzen?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Die Kommission unternimmt alles in ihrer Macht stehende, um sicherzustellen, dass diese Überwachung in jeder Hinsicht streng ist, insbesondere bezogen auf den von Ihnen erwähnten Aspekt. Ich kann die Botschaft an Kommissarin Ashton weiterleiten, um eine spezifischere Sichtweise und Antwort zu erhalten. Bislang gibt es zumindest keine beunruhigenden Hinweise.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 29 von **Seán Ó Neachtain** (H-0234/09)

Betrifft: Internetpiraterie Kanada

Kanada weist das weltweit höchste Niveau an Internetpiraterie auf. Verschärft wird diese Lage durch große Defizite in der Gesetzgebung und im Rechtsvollzug. In der Tat muss das Urheberrechtsgesetz des Landes dringend überarbeitet werden, um an aktuelle internationale Schutznormen im Online-Bereich angepasst zu werden, wie sie etwa im WIPO-Internetabkommen von 1996 oder in der Richtlinie 2001/29/EG zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechtes festgelegt sind. Je länger dieser Zustand andauert, desto länger werden europäischen Inhabern von Urheberrechten, vor allem im kreativen Sektor (Autoren, Komponisten, ausübende Künstler, Liedermacher und Produzenten von Tonaufzeichnungen) die rechtlichen Mittel vorenthalten, die sie benötigen, um die Verletzung ihrer Rechte zu unterbinden, wie sie im großen Stil in Kanada stattfindet. Ihre Verluste aufgrund von Internetpiraterie sind immens. Die Situation ist so ernst, dass jetzt sofort und nicht erst nach dem bevorstehenden Handelsgipfel zwischen der EU und Kanada im Mai und den darauf folgenden bilateralen Handelsgesprächen legislative Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Angesichts der Dringlichkeit dieser Angelegenheit besteht die Frage, was die Kommission unternimmt, um sicherzustellen, dass Kanada seine einschlägigen Rechtsvorschriften unverzüglich ändert?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Die Kommission ist sich der erwähnten Probleme in Bezug auf den Schutz von Rechten des geistigen Eigentums in Kanada und deren Durchsetzung bewusst. Wir machen uns große Sorgen darüber, dass der vorgeschlagenen Reform des Urheberrechtsgesetzes in Kanada scheinbar derart so wenig Vorrang eingeräumt wird.

Für das künftige Überleben der kreativen Branchen ist ein angemessener Schutz der Rechte des geistigen Eigentums unabdingbar. Während verschiedene Mitgliedstaaten derzeit intensiv darüber diskutieren, wie Rechte des geistigen Eigentums besser an die Online-Welt angepasst werden können, dürfen wir in der Tat die Risiken der Internetpiraterie aus Drittländern dabei nicht aus den Augen verlieren.

Eine der Schlüsselfragen lautet, wie zwischen den Interessen des Eigentümers der Rechte und denen der Konsumenten ein Ausgleich geschaffen werden kann und dabei zugleich die Vorschriften zum Datenschutz eingehalten werden können. Sie erinnern sich vielleicht, dass dies in der Initiative der Kommission "Kreative Online-Inhalte in Europas Binnenmarkt", die durch die Mitteilung vom 3. Januar 2008 ins Leben gerufen wurde, ein wichtiger Diskussionspunkt war.

Die Kommission hat ihre Bedenken den kanadischen Behörden gegenüber nun bereits seit einiger Zeit mit Nachdruck zum Ausdruck gebracht. Die Tatsache, dass wir bald in Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Kanada eintreten werden, wird uns eine erneute Gelegenheit bieten, eine erhebliche Verbesserung des Schutzes von Rechten des geistigen Eigentums in Kanada herbeizuführen. Inzwischen wird die Kommission dieses Problem bei den kanadischen Behörden an höchster Stelle zur Sprache bringen. Außerdem wird sie sich dafür einsetzen, dass das kanadische Urheberrecht so bald wie möglich überarbeitet wird, vorzugsweise während der aktuellen Sitzungsperiode des Parlaments.

Seán Ó Neachtain (UEN). – (GA) Frau Präsidentin, ich möchte mich für diese Antwort der Frau Kommissarin bedanken. Aber ich würde gerne folgende Frage stellen: Welche Hoffnungen hegt die Kommission, dass ihre Bemühungen in Bezug auf Kanada erfolgreich sein werden, und welche direkten Pläne hat die Kommission, um der Internetpiraterie und dieser Praxis ein Ende zu bereiten? Wenn wir nicht dazu in der Lage sind, dies mit einem Land wie Kanada zu Wege zu bringen, welche Chancen haben wir dann in anderen Fällen?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Wie von mir bereits erwähnt, wird ein Handelsabkommen den rechtlichen Rahmen schaffen, mit dem einigen Problemen der EU bei den Handelsbeziehungen zu Kanada begegnet werden soll, darunter die Normen zur Durchsetzung von geistigen Eigentumsrechten und bestimmte wettbewerbsschädliche Praktiken. Wir sind angesichts der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen optimistisch.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 30 von **David Martin** (H-0245/09)

Betrifft: Freihandelsabkommen mit Korea

Kann sich die Kommission nach den letzten Diskussionen zwischen ihr und dem südkoreanischen Handelsministerium kurz darüber äußern, wie sich die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Korea entwickeln?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit Korea sind im Rahmen der laufenden Handelsgespräche der EU am meisten fortgeschritten. Nach zwei Jahren der Verhandlungen stehen wir nun vor einem umfassenden Abkommen mit dem viertgrößten Handelspartner der EU außerhalb Europas.

Das Freihandelsabkommen mit Korea würde für Exporteure aus der EU neue Märkte in vielen interessanten Bereichen eröffnen. Zur Veranschaulichung: Das Abkommen würde zugunsten der EU-Exporteure umgehend 1,6 Milliarden EUR an Zöllen abschaffen. Es würde solide Disziplinen bezogen auf zollfreie Grenzen in wichtigen Sektoren wie Kraftfahrzeuge, Pharmazie oder Unterhaltungselektronik schaffen. Es würde bedeutende neue Dienstleistungsmärkte eröffnen, die für Dienstleistungsanbieter aus der EU von besonderem Interesse sind. Es würde das bislang ehrgeizigste Paket zu geistigen Eigentumsrechten, zur öffentlichen Auftragvergabe, zur nachhaltigen Entwicklung und zu anderen Vorschriften bieten. Es würde neue Wege der Beteiligung der Gesellschaft an der Umsetzung des Freihandelsabkommens vorsehen und sensible Bereiche mit angemessenen Vereinbarungen schützen.

Das Freihandelsabkommen würde außerdem einen nützlichen Bezugspunkt für andere Verhandlungen bieten. Darüber hinaus würde der Abschluss des Abkommens unter Beweis stellen, wie sehr beide Seiten offenen Märkten als Antwort auf die gegenwärtige Wirtschaftslage verpflichtet sind.

Am Ende der achten Verhandlungsrunde im März 2009 machten beide Seiten jeweils wichtige technische Fortschritte. Allerdings blieb eine Reihe schwieriger Probleme ungelöst.

Die EU-Handelskommissarin Ashton und Koreas Handelsminister Kim trafen sich daraufhin am 2. April 2009 in London. Trotz intensiver Gespräche konnte keine Annäherung bei den verbleibenden Problemen wie die Rückerstattung von Zöllen und Ursprungsregeln erreicht werden.

Die Kommission berät derzeit über besten zukunftsweisenden Maßnahmen.

David Martin (PSE). – Vielen Dank, Frau Kommissarin, für diese Antwort. Erstens stimme ich vollkommen zu, dass ein Freihandelsabkommen mit Korea beiden Seiten enorme Vorteile verschaffen und im Hinblick auf unsere Entschlossenheit, die Märkte offen zu halten, ein positives Signal aussenden würde. Allerdings scheint es nun eher an den Mitgliedstaaten als an unserem Verhandlungspartner zu liegen, dass diese Vereinbarung noch nicht getroffen werden konnte.

Wenn mit Korea kein Abkommen erzielt werden kann, würde die Kommission dann einsehen, dass die GD Handel ebenso gut aufgeben und in Bezug auf Freihandelsabkommen kapitulieren kann? Denn wenn wir mit Korea keine Vereinbarung treffen können, dann werden wir auch nicht mit Indien, ASEAN oder bei anderen Verhandlungen erfolgreich sein.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Ganz im Gegenteil: Die Mitgliedstaaten haben unlängst ihr Interesse an einem Abschluss eines ehrgeizigen und ausgewogenen Abkommens mit Korea bestätigt..

Die Kommission wird stets die Grundsätze, auf deren Grundlage wir mit allen Ländern verhandeln, aufrechterhalten.

Glyn Ford (PSE). - Vielen Dank. Vielleicht könnte die Frau Kommissarin etwas über die Situation der deutschen Regierung zu dieser Angelegenheit sagen.

Wie Herr Martin unterstütze auch ich dieses Freihandelsabkommen mit der Republik Korea. Wir müssen jedoch, was Einzelheiten und zeitliche Aspekte betrifft, vorsichtig sein. Man geht davon aus, dass in Europa 650 000 koreanische Autos pro Jahr verkauft werden würden. Obwohl bereits einige in Osteuropa hergestellt werden, wird das Volumen neuer Importe deutlich steigen.

Die meisten Umfragen deuten darauf hin, dass damit die in Europa produzierten japanischen Autos ersetzt werden, wie etwa die in meinem Wahlkreis in Swindon in einem Honda-Werk hergestellten Autos. Dieses Werk ist derzeit stillgelegt und die Arbeiter sind auf Abruf. Werden Sie, um also die gegenwärtige Situation hier und andernorts in Europa nicht noch zu verschärfen, sicherstellen, dass solche Importe erst mit einer bedeutenden zeitlichen Verzögerung genehmigt werden?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Ich verstehe Ihre Bedenken bezogen auf die Situation in der Automobilbranche. Seit Beginn der Verhandlungen mit Korea hat sich die Kommission für ein gutes Ergebnis für die Automobilbranche in der EU stark gemacht. Europäische Automobilexporteure werden davon

profitieren, dass koreanische Zölle auf Autos und praktisch auch technische Barrieren wegfallen. Die größten Barrieren werden ab dem ersten Tag des Abkommens aufgehoben.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 31 von **Georgios Papastamkos** (H-0257/09)

Betrifft: Der Handelskonflikt zwischen den USA und der EU über hormonbehandeltes Rindfleisch

Wird die Kommission Informationen über die Ergebnisse der Verhandlungen, die sie mit den US-Behörden führt, bereitstellen, um – nach der Entscheidung für eine vorübergehende Aussetzung – die Aktivierung sogenannter Retorsionsmaßnahmen *Karussell*- im Rahmen des transatlantischen Handelskonfliktes über hormonbehandeltes Rindfleisch definitiv zu verhindern und die bereits bestehenden Vergeltungsmaßnahmen aufzuheben?

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Die Kommission befindet sich derzeit nach wie vor in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten, und wir sind sehr optimistisch, dass sehr bald eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden kann. In den letzten Wochen gab es hierüber einen intensiven transatlantischen Austausch. EU-Handelskommissarin Catherine Ashton und US-Handelsvertreter Ron Kirk vereinbarten am 22. April weitere Gespräche, um eine Verhandlungslösung für den seit Langem bestehenden Konflikt über hormonbehandeltes Rindfleisch zu finden.

Sie bekräftigten ihren Wunsch, dieses schwierige Problem zu lösen, das sowohl Unternehmen als auch Verbraucher in den USA und der EU betrifft. Um die Verhandlungen zu erleichtern, haben Kommissarin Ashton und US-Handelsvertreter Kirk vereinbart, dass die Umsetzung der sogenannten „Karussell-Sanktionen“ der USA auf bestimmte EU-Produkte um zwei weitere Wochen über den ursprünglichen Termin vom 23. April hinaus zurückgestellt würde.

Die Kommission ist sehr darum bemüht, um eine positive und langfristige Lösung für diesen Streit zu finden, und derzeit finden Verhandlungen zwischen führenden Vertretern beider Seiten statt. Die Verhandlungsziele der Kommission bestehen schließlich darin, dass eine Aktivierung der Karussell-Sanktionen definitiv verhindert wird und die derzeit geltenden Vergeltungsmaßnahmen zurückgezogen werden. Wir sind zuversichtlich, dass wir kurz vor einer Vereinbarung stehen, die unsere Anliegen bezogen auf die öffentliche Gesundheit und den Verbraucherschutz umfassend berücksichtigen würde.

Georgios Papastamkos (PPE-DE). – (EL) Frau Präsidentin, angesichts der Abwesenheit der zuständigen Kommissarin Ashton möchte ich Kommissarin Kuneva für ihre Antwort danken und sie bitten, Frau Ashton für ihre Vermittlung und Gespräche mit der amerikanischen Seite zur Beseitigung der vergeltenden Karussell-Sanktionen der Vereinigten Staaten meinen Dank zu übermitteln. Dabei handelt es sich um eine Maßnahme, die zumindest einen Fortschritt bedeutet und über die Grenzen der Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union – zwei wichtige Handelspartner, die zudem im Rahmen der Doha-Runde unter der Schirmherrschaft der Welthandelsorganisation eine führende Rolle spielen – hinausgeht.

Meglana Kuneva, Mitglied der Kommission. – Herr Papastamkos, ich übermittle Ihre Nachricht an Kommissarin Ashton gerne. Ohne dabei zu weit zu gehen, bin ich der Meinung, dass ihre Ergebnisse recht zufriedenstellend ausfallen werden.

Präsidentin. – Anfrage Nr. 32 von **Giovanna Corda** (H-0209/09)

Betrifft: Nichteinhaltung der Verordnung Nr. 261/2004 durch Fluggesellschaften

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften erließ am 22. Dezember 2008 ein Urteil, dem zufolge eine Fluggesellschaft sich nicht weigern kann, Fluggäste nach der Annullierung eines Fluges wegen technischer Probleme am Flugzeug zu entschädigen. Ein schwedisches Gericht, bei dem die Aufsichtsbehörde eine Klage eingereicht hatte, hat unlängst ähnlich entschieden.

Könnte die Kommission erklären, wie weit sie diesen gerichtlichen Entscheidungen Aufmerksamkeit zu schenken gedenkt, die einmal mehr zeigen, wie sich Fluggesellschaften weigern, wie unverhältnismäßig vage der Wortlaut der Verordnung Nr. 261/2004⁽¹⁾ bezogen auf die „außergewöhnlichen Umstände“, welche eine Annullierung rechtfertigen, ist und wie passiv die Kommission angesichts zahlreicher Verstöße gegen diese Verordnung auf Kosten der Fluggäste ist?

⁽¹⁾ ABl. L 46, 17.2.2004, S. 1

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (IT) Frau Präsidentin, ehrenwerte Abgeordnete, ich bin der Meinung, dass zunächst festzustellen ist, dass es nicht in der Verantwortung der Kommission liegt, Urteile des Gerichtshofes auszulegen. Diese Urteile bezogen sich auf Fragen, die von nationalen Gerichten für Vorabentscheidungen mit dem Ziel vorgelegt wurden, eine einheitliche Anwendung des Gemeinschaftsrechts sicherzustellen.

Gemäß Artikel 16 der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 über Rechte von Fluggästen im Falle der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen sind die Mitgliedstaaten für die Anwendung der Verordnung und rechtliche Schritte gegen Fluggesellschaften verantwortlich, die diese Bestimmungen nicht einhalten. Bei der Bearbeitung von Ansprüchen seitens der Fluggäste müssen die zuständigen nationalen Behörden, die von den Mitgliedstaaten im Einklang mit der Verordnung ernannt wurden, offensichtlich die vom Gerichtshof erteilten Anordnungen berücksichtigen. Die Rolle der Kommission besteht darin, die korrekte Umsetzung der Verordnung durch die zuständigen Behörden, insbesondere angesichts der einschlägigen Urteile des Gerichtshofs, zu überwachen.

Das letzte Treffen zwischen der Kommission und den zuständigen nationalen Behörden fand Anfang Dezember des vergangenen Jahres statt, also einige Wochen vor der Entscheidung des Gerichtshofes. Die Kommission hat für den 14. dieses Monats ein weiteres Treffen anberaumt. Während dieser Tagung wird die jüngste Entscheidung des Gerichtshofes zu dem Fall C-549/07 untersucht werden.

Die nationalen Behörden werden Gelegenheit dazu haben, zu dem Urteil Stellung zu nehmen und zu erörtern, wie sie das Verhalten von Fluggesellschaften gegenüber Fluggästen bei der Annullierung von Flügen angesichts dieses Präzedenzfalls sowie die praktischen Folgen dieses Urteils beurteilen.

Giovanna Corda (PSE). – (IT) Danke Herr Kommissar, denn ich bin der Meinung, dass dieser Angelegenheit entsprechende Aufmerksamkeit gebührt. Soweit ich verstanden habe, müssen die Mitgliedstaaten sich mit diesen Angelegenheiten auseinandersetzen. Sie können aber auch selbst prüfen, ob noch mehr unternommen werden kann. Ich danke Ihnen daher für ihre Antwort und bin gespannt, was als Nächstes geschieht.

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Ich bedanke mich, dass Sie auf Italienisch gesprochen haben. Mir ist bekannt, dass Sie italienischer Herkunft sind, also nochmals danke. Die Kommission wird natürlich die weiteren Geschehnisse im Auge behalten, da ich der Meinung bin, dass die Rechte von Fluggästen für uns alle sehr wichtig sind. Dies ist eines der Ziele meiner Arbeit als Kommissar.

Darauf habe ich bereits hingewiesen, als meine Ernennung vom Parlament angenommen wurde. Ich werde daher unvermindert sicherstellen, dass die Situation weiter beobachtet wird, um zu prüfen, ob die Rechte von Fluggästen in Mitgliedstaaten respektiert werden. Wir fühlen uns alle verpflichtet, selbst Frau Kuneva, die Rechte der Bürger in allen Bereichen wirksam zu verteidigen.

Glyn Ford (PSE). – Ich fasse mich kurz, denn mir ist bewusst, dass die Zeit sehr drängt. Herr Kommissar, ich muss schon sagen, dass die Umsetzung dieser Rechte, offen gesagt, derzeit ein Witz ist. Ich war kürzlich in Amsterdam und konnte dort selbst beobachten, wie KLM mit verspäteten Fluggästen umging. Diese wurden einfach am Check-in umgebucht. Die Mitarbeiter der Fluggesellschaft verweigerten den Fluggästen systematisch, und ohne sie zu fragen, die ihnen zustehende Entschädigung und Hilfe.

Können wir eine gewisse Überprüfung seitens der Kommission sicherstellen? Könnten wir vor Ort Beobachter haben, die feststellen, wie Fluggesellschaften vorgehen? Denn es scheint mir, offen gesagt, dass das Ganze mittlerweile eine Farce ist.

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (FR) Frau Präsidentin, die Kommission beabsichtigt, dem Parlament und dem Rat über das Funktionieren und die Ergebnisse der Verordnung (EG) Nr. 261/2004 in einer Mitteilung, die in der zweiten Jahreshälfte verabschiedet werden dürfte, Bericht zu erstatten.

Dieses Dokument wird die Umsetzung der Verordnung über einen Zeitraum von vier Jahre analysieren und weitere Maßnahmen empfehlen, um die Anzahl von Zwischenfällen zu reduzieren und die Rechte von Fluggästen zu stärken.

Alle Flughäfen werden daher überprüft werden. Ich hoffe, dass die Arbeit der Kommission die Situation verbessern und den Bürgern die von ihnen erwarteten Informationen bereitstellt. Daher kann ich Ihnen versichern, dass ich mich als Kommissar hierfür einsetzen werde. Ich habe damit bereits begonnen, und ich kann mein weiteres Engagement diesbezüglich nur bestätigen.

Die Präsidenten. – Anfrage Nr. 33 von **Emmanouil Angelakas** (H-0212/09)

Betrifft: Die Privatisierung von Fluggesellschaften in der EU

Kann sich die Kommission angesichts des erfolgreichen Modells, das bei der Privatisierung und dem Verkauf von Olympic Airways an private Investoren zum Einsatz kam, darüber äußern, inwieweit dieses Modell auf andere Fluggesellschaften mit ähnlichen Problemen übertragbar wäre?

Wie bewertet die Kommission die Aussichten künftiger Privatisierungen von Fluggesellschaften in der EU? Wie stark tragen Fusionen von Fluggesellschaften zur Bewältigung der Krise bei, ohne dabei Monopole zu schaffen oder den Wettbewerb zu behindern?

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission.* – (IT) Frau Präsidentin, ehrenwerte Abgeordnete, die Kommission ist ebenfalls der Meinung, die Sie in Ihrer Frage geäußert haben. Mit anderen Worten, es waren die Entscheidungen der Kommission, die offensichtlich zu dem geordneten Verkauf einiger der Geschäftsfelder von Olympic Airlines und Olympic Airways Services geführt haben. Sie sind sicherlich im Hinblick auf Wettbewerbs- und Transportrichtlinien erfolgreich gewesen.

Alitalia griff auf das gleiche Modell zurück, das von allen Fluggesellschaften eingesetzt werden könnte, die sich in ernststen Schwierigkeiten befinden. Die Entscheidung der Kommission hat also zu einem neuen Modell für Fluggesellschaften geführt, d.h. wie eine Fluggesellschaft der Zukunft aussehen sollte: keine staatlichen Unternehmen mehr, sondern vollständig privatisierte Unternehmen. Diesen Prozess versucht die Kommission zu unterstützen. Dieses Ziel der Privatisierung wird meines Erachtens auch von anderen Fluggesellschaften geteilt. Ich denke dabei etwa an Austrian Airlines, Malév und Czech Airlines.

In Übereinstimmung mit dem Vertrag muss die Kommission jedoch Neutralität walten lassen, ob es sich nun um ein staatliches oder um ein privates Unternehmen handelt. Die Kommission ist für eine Konsolidierung des Flugsektors in der Gemeinschaft, der ihrer Meinung nach weiterhin zu stark fragmentiert ist, insbesondere, wenn man sich die aktuelle Krise vor Augen führt.

Diese Konsolidierung sollte jedoch nicht den Wettbewerb in einem Maße behindern, dass dadurch das effektive Funktionieren des gemeinsamen Marktes beeinträchtigt wird. Die Kommission oder die zuständigen nationalen Behörden sind dafür zuständig, Unternehmenszusammenschlüsse zu diesem Zweck gemäß den Bedingungen der einschlägigen Verordnungen der Gemeinschaften und des Umfangs des betreffenden Zusammenschlusses zu überwachen.

Emmanouil Angelakas (PPE-DE). – (EL) Frau Präsidentin, ich danke dem Herrn Kommissar für seine Kommentare und Antwort: Ich möchte die Anwesenheit des Herrn Kommissars dazu nutzen, ihn zu fragen, ob vonseiten der Kommission überprüft worden ist, wie viele Arbeitsplätze bei europäischen Fluggesellschaften in den letzten acht Monaten seit Ausbruch der Konjunkturkrise verlorengegangen sind, und ob es im Falle von Arbeitsplatzverlusten Maßnahmen gibt, die seines Erachtens eingesetzt werden könnten, um die Situation umzukehren?

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission.* – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, mir liegen keine endgültigen Daten zu Arbeitsplatzverlusten aufgrund der Krise vor, allerdings bin ich mir durchaus bewusst, was derzeit im Flugsektor geschieht.

Alle meine Bemühungen als Transportkommissar konzentrieren sich auf die Unterstützung dieser Transportart, und es überrascht nicht, dass wir erneut ein Thema erörtern, nämlich die Zuteilung von Zeitnischen, die dazu beitragen soll, dass sich die Situation von Fluglinien in diesen Zeiten der Krise nicht noch weiter verschlechtert. Dazu gehören auch Bemühungen, Arbeitsplatzverluste einzudämmen, also das Beschäftigungsniveau im Flugtransportsektor in der Europäischen Union aufrechtzuerhalten.

Die Präsidentin. – Anfrage Nr. 34 von **Bernd Posselt** (H-0214/09)

Betrifft: Bahnhauptstrecke für Europa und der Brenner-Basistunnel

Kann die Kommission detaillierte Angaben über die genauen Zeit- und Finanzierungspläne hinsichtlich der Hochgeschwindigkeitsverbindung für Europa von Straßburg nach Wien und den Brenner-Basistunnel als Herzstück der Verbindung Berlin-Rom machen? Welche weiteren Maßnahmen sind geplant und bietet das Konjunkturprogramm zusätzliche Möglichkeiten?

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (IT) Frau Präsidentin, Herr Posselt, wie Sie wissen, ist die Bahnverbindung Berlin-Palermo eines der 30 prioritären Projekte für transeuropäische Verkehrsnetze, und der Brenner-Basistunnel ist das Herzstück dieses prioritären Projekts.

Die Kommission unterstützt dieses Kernstück dieses prioritären Projekts, das eine Verbindung von Schienennetzen beiderseits der Alpen mithilfe einer leistungsstarken Hochgeschwindigkeitsverbindung, die in erster Linie für den Gütertransport vorgesehen ist, ermöglicht. Das Projekt wird daher zur Effizienz des Binnenmarkts und zu den umweltpolitischen Zielen sowie zur Belebung der Konjunktur beitragen.

Die Kommission möchte daher auch den Erwartungen der Bürger in der Praxis entgegenkommen. Dies ist ein weiterer Grund, warum wir gegen Ende des vergangenen Jahres die Zuteilung von Mitteln beschleunigten, als 786 Mio. EUR Finanzierungsmittel für das prioritäre Projekt Nr. 1 bewilligt wurden. Die für die Koordinierung zuständige Frau van Miert überwacht das Projekt seit 2005 mit, meines Erachtens, positiven Resultaten.

Wir befinden uns derzeit in einem Konsultationsprozess mit EU-Mitgliedstaaten, um das Mandat der europäischen Koordinatoren auf den Zeitraum 2009-2013 zu verlängern. Damit ermöglichen wir es ihnen, mit ihrer Arbeit fortzufahren, insbesondere mit der Überwachung von prioritären Projekten. Am 22. März 2009 legten die österreichischen Behörden ihr mehrjähriges Infrastrukturprogramm vor, in dem Finanzmittel für den Brenner-Basistunnel enthalten sind. Am 17. April 2009, nach Abschluss der Umweltverträglichkeitsprüfung, wurde für das Projekt eine Baugenehmigung erteilt.

Die italienischen Behörden legten wiederum ihr Basistunnelprojekt dem interministeriellen Ausschuss für Wirtschaftsplanung (CIPE) vor, sodass die Finanzierung im Mai genehmigt werden könnte. Minister Matteoli, mit dem ich gesprochen habe, bestätigt den Willen der italienischen Regierung, das Ziel zu verfolgen, mit anderen Worten, das Projekt zu finanzieren, und meines Erachtens sind sich die österreichischen und italienischen Behörden in dieser Angelegenheit völlig einig.

Bei dem prioritären Projekt 17 – die Hochgeschwindigkeitsverbindung zwischen Straßburg und Wien, die Teil der Bahnachse Paris-Straßburg-Stuttgart-Wien-Bratislava ist, werden in sämtlichen beteiligten Mitgliedstaaten, Frankreich, Deutschland, Österreich und der Slowakei, zufriedenstellende Fortschritte erzielt. Ein Großteil der 831 km langen Strecke zwischen Straßburg und Wien, insbesondere die Abschnitte Straßburg-Stuttgart und Linz-Wien, wird bis 2015 fertiggestellt sein. Der Abschnitt Stuttgart-Ulm, der bedeutendste Schienenengpass, wird bis 2020 fertiggestellt sein.

Das betreffende Finanzprotokoll wird am 2. April dieses Jahres unterzeichnet. Der schwierigste Abschnitt ist derzeit scheinbar der bayerische Grenzabschnitt zwischen München und Salzburg. Die deutsche Regierung führt derzeit eine Überprüfung ihrer mehrjährigen Planung durch. Wir werden daher bis zum Ende dieses Jahres abwarten müssen, bevor wir über diesen sehr wichtigen Abschnitt sprechen können. Der Abschnitt Straßburg-Wien wird 10 Milliarden EUR kosten und insgesamt wird das prioritäre Projekt 13,5 Milliarden EUR kosten.

Ich glaube, dass diese Informationen eventuell nützlich sind und alle Aspekte in der von Herr Posselt gestellten Frage abdecken.

Bernd Posselt (PPE-DE). – Herr Kommissar, ich bin Ihnen sehr dankbar für diese sehr gute und detaillierte Antwort und auch für Ihre hervorragende Arbeit an diesen beiden wichtigen Projekten, die sich in München kreuzen. Ich habe nur zwei kurze Zusatzfragen:

Erstens: Beim Brenner-Basistunnel gibt es ein Gerücht, dass er auf den Personenverkehr reduziert werden könnte. Können Sie das ausschließen?

Zweitens: In Österreich und in Stuttgart wird sehr viel für die Magistrale von Straßburg nach Wien und Budapest getan. Wir haben aber das Problem der Umfahrung von München, der Anbindung des Münchener Flughafens und der Strecke von München nach Mühldorf, Freilassing und Salzburg, also des Chemiedreiecks und der Strecke über Mühldorf. Das möchte ich Ihnen besonders ans Herz legen, denn da ist die Weiterentwicklung noch sehr langsam.

Antonio Tajani, *Vizepräsident der Kommission*. – (IT) Frau Präsidentin, ehrenwerte Abgeordnete, was die Verbindung Berlin-Palermo betrifft, kann ich Ihnen versichern, dass kursierende Gerüchte zwar zwangsläufig zu Bedenken führen, diese Spekulationen jedoch absolut gegenstandslos sind.

Ich wollte Sie noch über eine weitere Neuigkeit informieren, da Sie so besonders am Streckenabschnitt Straßburg-Wien interessiert sind. Am 31. März veröffentlichte die Europäische Kommission zwei Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen zu TEN-V-Vorhaben. Im Rahmen dieser Vorschläge könnte der Abschnitt Straßburg-Wien Unterstützung im Rahmen des Jahresprogramms 2009 von bis zu 140 Millionen EUR für Studien und Arbeitsprojekte und durch das Europäische Konjunkturprogramm erhalten, das 500 Millionen EUR bereitstellt, die ausschließlich für Arbeitsprojekte vorgesehen sind, die bis Ende 2010 in Angriff genommen werden sollen.

Natürlich hängt es von den nationalen Regierungen ab, Kofinanzierungsvorschläge zu unterbreiten, die nach dem Wettbewerbsprinzip mit den Vorschlägen anderer Mitgliedstaaten verglichen werden. Sollte also Deutschland beabsichtigen, einen Plan zu diesem Streckenabschnitt zu unterbreiten, an dem Sie so interessiert sind, kann es damit fortfahren, und der Finanzierungsplan wird von der Kommission mit großer Sorgfalt bewertet.

Was die Fortschritte des Projekts 17 anbelangt, hat die Kommission beschlossen, verschiedenen Projekten entlang dieser Verbindung bedeutende finanzielle Unterstützung zu gewähren, insbesondere den drei Grenzabschnitten und den Schienenengpässen.

Die Präsidentin. – Die Anfragen, die aus Zeitgründen nicht behandelt wurden, werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

Damit endet die Fragestunde.

(Die Sitzung wurde um 20.10 Uhr unterbrochen und um 21.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ FRAU KRATSA-TSAGAROPOULOU

Vizepräsidentin

12. Antrag auf Schutz der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll

13. Roséweine und zugelassene önologische Verfahren (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt folgt die gemeinsame Aussprache über:

- die mündliche Anfrage (O0067/2009) von Astrid Lulling, Jean-Pierre Audy, Joseph Daul, Françoise Grossetête, Véronique Mathieu, Elisabeth Morin, Margie Sudre, Oldřich Vlasák und Dominique Vlasto im Namen der PPE-DE-Fraktion, Patrick Louis im Namen der IND/DEM-Fraktion, Jean Marie Beaupuy, Anne Laperrouze, Nathalie Griesbeck und Marielle De Sarnez im Namen der ALDE-Fraktion, Sergio Berlato, Cristiana Muscardini, Roberta Angelilli, Domenico Antonio Basile, Alessandro Foglietta, Antonio Mussa, Sebastiano (Nello) Musumeci, Giovanni Robusti, Umberto Pirilli und Salvatore Tatarella im Namen der UEN-Fraktion an die Kommission: Roséweine und zugelassene önologische Verfahren (B60228/2009) und

- die mündliche Anfrage (O0068/2009) von Luis Manuel Capoulas Santos, Katerina Batzeli, Vincent Peillon, Vincenzo Lavarra, Stéphane Le Foll und Alessandro Battilocchio im Namen der PSE-Fraktion an die Kommission: Roséweine und zugelassene önologische Verfahren (B60229/2009).

Astrid Lulling, Verfasser. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Die Erzeuger von Qualitätsweinen und die informierten Verbraucher – die wahren Kenner der Erzeugnisse unseres Landes – möchten von Weinverschnitt nichts wissen.

Es ist verständlich, dass Weinerzeuger in zahlreichen europäischen Regionen die wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Folgen einer Aufhebung des Verschnittverbotes von rotem und weißem Wein zur Herstellung von Roséwein fürchten.

Der ungerechte Wettbewerb, der sich unweigerlich daraus ergibt, droht, ganze Regionen, die sich auf die Erzeugung von auf eine wachsende Nachfrage zugeschnittenen Qualitäts-Roséweinen spezialisiert haben, zu benachteiligen. Die Kommission hat auf den ersten Antrag unserer mündlichen Anfrage bereits entsprechend reagiert, indem sie die ursprünglich für Ende April vorgesehene Entscheidung verschoben hat, wofür ich ihr meinen Dank aussprechen möchte.

Die Frage ist jedoch, ob sie diese Zeit nutzen wird, um unserem zweiten Antrag zu entsprechen, nämlich eine groß angelegte Befragung der in diesem Industriezweig Tätigen auf der Grundlage einer eingehenden

Untersuchung der möglichen wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Folgen einer Aufhebung des Verschnittverbotes durchzuführen.

Und was gedenkt die Kommission zu tun, um den Zusammenbruch dieses empfindlichen Roséwein-Marktes - ein Wein, der nur über eine kurze Lagerfähigkeit verfügt - und die Schwächung des wirtschaftlichen Gefüges einer ganzen Region, in welcher sich eine ganze Reihe kultureller und touristischer Aktivitäten auf den Weinbau stützt, zu verhindern, falls sie ihren Vorschlag zur Aufhebung des Verschnittverbotes nicht zurückziehen sollte?

Ist sich die Kommission darüber bewusst, dass die vorgeschlagenen Etikettierungsvorschriften bereits von den traditionellen Anbauregionen abgelehnt wurden, weil der Begriff "Rosé" nicht ausschließlich den Weinen, die sie aus roten Trauben erzeugen, vorbehalten ist?

Patrick Louis, Verfasser. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Die Reform der gemeinsamen Marktorganisation (GMO), welche die Lobbyisten und Eurokraten mit vereinten Kräften erzwungen haben, führt zu drei ernststen Problemen. Sie zielt auf die Beseitigung der Mechanismen zur Marktregulierung, die Liberalisierung der Pflanzungsrechte ab 2015 und die Zulassung der Koexistenz vollkommen unterschiedlicher Weinkategorien mit praktisch identischer Etikettierung ab. Diese drei Irrwege werden für den europäischen Weinanbau, insbesondere in Frankreich, fatale Auswirkungen haben. Die Verbraucher werden bei ihrer Kaufentscheidung in die Irre geführt, die Einkünfte der Weinerzeuger werden einbrechen, und die Industrialisierung des Sektors wird zum Verlust von fachlichem Know-how führen.

Diese systematische Demontage der grundlegenden Methoden, die für den spezifischen europäischen Weinbau charakteristisch sind, folgt einer merkwürdigen Logik. Gefangen zwischen ihrer Ergebnislosigkeit gegenüber der Welthandelsorganisation (WTO) und dem Einfluss der allmächtigen europäischen Großindustrie-Lobby, der CEEV, hat sich die Kommission seit 2004 systematisch dem Ziel verschrieben, die Türen des europäischen Hühnerstalls allen auf dem Planeten umherstreifenden Füchsen zu öffnen. Sie scheint sich zunehmend als Erfüllungsgehilfe der Globalisierung zu verstehen. Diese inkohärente Logik wird deutlich, wenn man sich die folgenden Zahlen anschaut.

In Europa wurden 170 000 Hektar Rebfläche gerodet, während sich in Neuseeland das bepflanzte Gebiet um 240 %, in Australien um 169 % und in China um 164 % vergrößert hat. In Europa wird die Verringerung des Angebots zur Sicherstellung eines angemessenen Preisniveaus von den Maßnahmen der großen Weinerzeuger unterminiert, die ihre überschüssigen Erzeugnisse zu geringen Preisen abstoßen und auf diese Weise den verfügbaren Markt an sich reißen. Dies zeigt die unlauteren Praktiken, die im Rosémarkt herrschen. Es zeigt auch die Widersprüche, die zwischen den Grundsätzen der WTO und den Kriterien, die für die Organisation eines Wirtschaftssektors zur Förderung von Investitionen, Qualität und Know-how erforderlich sind, bestehen. Gestern haben wir noch erfolgreich festgestellt, dass sich Qualität später als Quantität bezahlt macht. Mit den Reformen der Kommissarin wird klar, dass die Entscheidungen von heute das Know-how von morgen zerstören.

Frau Kommissarin, es ist unbedingt notwendig, Weinverschnitte noch vor dem 7. Juni zu verbieten. Danach wird den Weinerzeugern nichts anderes mehr übrigbleiben, als sich über ihr Stimmrecht Gehör zu verschaffen.

Anne Laperrouze, Verfasser. – (FR) Frau Präsidentin! Was möchten Sie uns hier vorsetzen? Eine Mischung aus Rot- und Weißwein in Gestalt eines Roséweins? Unsere Bürger reagieren sehr negativ auf diese Initiative der Kommission, die von den Mitgliedstaaten, einschließlich Frankreich, gestützt wird.

Ich habe zwei Arten der Reaktion festgestellt: Erstens fragen sich die Bürger, warum sich die Europäische Union mit Roséwein beschäftigt, wo es doch so viele andere Probleme, insbesondere das ernste Problem der Wirtschaftskrise, gibt, um die man sich kümmern müsste. Zweitens empfinden die Erzeuger von traditionellen Roséweinen, welche durch kurzes Einmaischen und schonende Pressung hergestellt werden, dies als ernststen Angriff auf die Bezeichnung "Rosé" und auf das über so viele Jahre entwickelte Qualitätsimage von Weinen wie den Roséweinen aus der Provence, die noch den Geschmack des Bodens in sich tragen und den Erfolg von Roséweinen im Allgemeinen gewährleistet haben.

Während der letzten Versammlung der Arbeitsgruppe "Wein" wurden uns schließlich die Gründe der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten klar. Der Konsum von Rosé-Tafelweinen steigt weltweit an und macht circa 30% des Weinkonsums aus. Drittländer stellen Weinverschnitte her. Der Markt der Europäischen Union wird langsam zu einem Zielgebiet für diese Weinverschnitte aus Drittländern.

Der Markt des Vereinigten Königreichs wird insbesondere von Weinen aus den Vereinigten Staaten dominiert. Es ist bekannt, dass traditioneller Roséwein nur über eine kurze Lagerfähigkeit verfügt. Es ist so viel einfacher, Roséwein auf Abruf unter Verwendung von Lagerbeständen an Rot- und Weißweinen herzustellen. Für die Mitgliedstaaten geht es daher darum, die Erzeugung von Rosé-Tafelweinen an den internationalen Markt anzupassen.

Solange keine anderen önologischen Verfahren zur Herstellung von Roséwein gefunden werden, könnten wir uns beispielsweise von Pierre Dac inspirieren lassen, der sagte: "Pflanzen Sie Rosen auf die Reben, um natürlichen Roséwein zu erhalten!" Das kann nicht sein. Wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen glaube ich, dass die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten noch einmal von vorne anfangen müssen, an der Ursprungsbezeichnung "Roséwein" arbeiten und gewährleisten müssen, dass der Name "Rosé" ausschließlich Weinen vorbehalten ist, die, ob nun in der Europäischen Union oder in Drittländern, nach traditionellen Verfahren erzeugt werden.

In der Zwischenzeit lade ich Sie ein, Frau Kommissarin, einen dieser kleinen Roséweine aus Gaillac zu probieren, der die tausend Farben des Tarn widerspiegelt, und ihn - natürlich in Maßen - zu genießen.

Cristiana Muscardini, *Verfasser*. – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Wein ist für uns nicht einfach nur ein landwirtschaftliches Erzeugnis, sondern steht auch für Kultur und Tradition.

In diesem Plenarsaal war oft davon die Rede, dass wir für den europäischen Weinmarkt eine sichere Zukunft gewährleisten müssen. Wir können dies aber nur gewährleisten, wenn wir unser Hauptaugenmerk auf Qualität richten, und wir können Qualität nur dann erzielen, wenn wir uns an die traditionellen Herstellungsverfahren halten. Aus diesem Grund, Frau Kommissarin, können wir die Einführung neuer ausgedachter Weinerzeugungsverfahren, die nichts mit der Wissenschaft der Weinherstellung zu tun haben, nur ablehnen, da wir glauben, dass sie zu einer Verschlechterung des Weinimages führen und die Vertrauensbeziehung zwischen Verbrauchern und Erzeugnissen beeinträchtigen können und ernst zu nehmende Auswirkungen auf die Qualität und vielleicht sogar auf die Gesundheit haben.

Europäische Qualitätserzeugnisse genießen einen guten Ruf, da bei ihnen auf die Inhaltsstoffe geachtet wird und weil sie auf Herstellungsverfahren in kleinem Maßstab und auf der Wahrung von Tradition und charakteristischem Geschmack durch die Verwendung spezifischer Erzeugnisse und Herstellungsverfahren basieren. Ich fürchte, dass die Union durch all diese Zugeständnisse, durch die Aufhebung unserer traditionellen Weinerzeugungsverfahren, auch das Hinzufügen von Holzfasstückchen erlauben wird, um den Prozess der Aromaentwicklung zu beschleunigen, was zu einem künstlichen Aroma führen wird und wir, noch bevor wir es selbst merken, Wein mit Wasser versetzen und Wein ohne Trauben herstellen.

Ich glaube nicht, Frau Kommissarin, dass dies der richtige Weg ist, um den internen und internationalen Marktsektor wieder anzukurbeln und weiterzuentwickeln. Die internationale Nachfrage nach Roséwein sinkt nicht, sondern steigt, und in diesem Fall ist es nicht der richtige Ansatz, unter Verwendung von Weinerzeugungsverfahren, die mehr mit Chemie als mit Weinherstellung zu tun haben, mehr herzustellen, sondern in Qualität, in die Spezialisierung und die Merkmale von europäischen Weinen, in das Marketing und in die Verkaufsförderung von echtem Wein im Allgemeinen zu investieren, um den Markt zu erweitern und es jungen Leuten schließlich leichter zu machen, in das Geschäft der Weinherstellung einzusteigen.

Gilles Savary, *Verfasser*. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Zufällig befinde ich mich nicht im Wahlkampf, da ich beim nächsten Parlament nicht mehr dabei sein werde. Daher, Frau Kommissarin, können Sie mir den Gefallen tun und auf Übertreibungen verzichten. Ich stamme allerdings aus Bordeaux. Sie haben meine Region besucht, in der wenig Roséwein erzeugt wird, der jedoch viel an dem von ihr erzeugten Roséwein liegt.

Ich wollte Ihnen sagen, dass ich äußerst schockiert war, als ich erfuhr, dass die Europäische Kommission plant, die Erzeugung von Roséwein durch das Verschneiden von Rot- und Weißwein zuzulassen. Meiner Meinung nach handelt es sich hierbei um ein gefälschtes Produkt, und dies in einer Zeit, in der wir gegen Fälschungen in der Industrie kämpfen. Es würde bedeuten, ein Weinderivat zu genehmigen oder zu erfinden, und dies in einer Zeit, in der wir gegen Finanzderivate kämpfen.

Tatsächlich dient dies alles demselben Ziel, nämlich neue Produkte zu finden, die immer mehr Gewinn abwerfen. Solange der Gewinn und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union gewährleistet sind, ist das in Ordnung. Erlauben Sie mir, zur allgemeinen Erheiterung einen Vorschlag zu machen. Wir haben hier einen Roséwein. Ich habe diesen Roséwein eben hier im Europäischen Parlament hergestellt, indem ich Weißwein besorgt habe und Rote Bete hinzugefügt habe. Ich kann Ihnen versichern, dass er genau dieselbe

Farbe hat und man, wenn man will, sogar die gesamte Farbpalette und wahrscheinlich auch eine gewisse Geschmackspalette erzeugen kann. Auf diese Weise könnten wir auch die Probleme der Zuckerindustrie und der Zuckerrückgewinnung durch die Verwendung eines natürlichen Lebensmittels lösen. Damit will ich einfach nur sagen, dass es, wenn wir diesen ersten Schritt zulassen, keine Grenzen mehr geben wird. Wie andere Kollegen bereits gesagt haben, wird die Nahrungsmittelfälschung alles beherrschen. Daher sagen wir Ihnen: "Schauen Sie sich an, was in einigen Ländern bereits geschieht".

Ein Fünftel der Roséherstellung erfolgt heute bereits durch das Verschneiden von Rot- und Weißwein. Ich meine, dass die Kommission die verbleibenden vier Fünftel nicht systematisch ausschachten muss. Es gibt Menschen, die sich darum bemüht haben, sicherzustellen, dass Roséwein existiert, dass aus ihm ein unverfälschter Wein wird, der unter Anwendung unverfälschter önologischer Verfahren hergestellt wird. Diesen Menschen ziehen wir nun mit dem Vorwand, dass es eventuell lukrativer ist, auf dem Rosémarkt mit Rot- und Weißwein-Verschnitten mitzuschwimmen, den Boden unter den Füßen weg. Ich halte dies für zutiefst unmoralisch. Ich persönlich glaube, dass eine Etikettierung nicht ausreicht, bzw. dass, wenn man schon eine Etikettierung verwendet, diese Art des Weinverschnitts nicht als Rosé bezeichnet werden darf. Wenn Sie möchten, können Sie ihn als "Gesöff" bezeichnen, Frau Kommissarin, da diese Bezeichnung viel besser zu der Qualität des Produktes passt.

Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Die Welt des Roséweins kann auf eine sehr lange Geschichte zurückblicken, aber weder in der EU-Gesetzgebung noch bei der Internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV) findet sich eine Definition für Roséwein. Sie alle äußern sich hierzu nicht.

In einigen Regionen haben Weinerzeuger viel Arbeit und Mühe investiert, um einen qualitativ hochwertigen, auf einer genauen Produktspezifikation beruhenden Roséwein zu entwickeln, und haben die Verfahren zur Roséwein-Erzeugung auf die traditionellen Verfahren beschränkt. Andere geschützte Ursprungsbezeichnungen (g.U.) erlegen jedoch keine Beschränkungen im Hinblick auf die Roséwein-Erzeugung auf. Gemäß der Produktspezifikation für Champagner ist das Mischen von rotem und weißem Champagner zur Herstellung von Roséchampagner erlaubt. Auf EU-Niveau beschränkt sich das Verbot von Rot- und Weißwein-Verschnitten derzeit auf die Herstellung von Tafelwein.

Die Diskussion über Weinerzeugungsverfahren, einschließlich der Diskussion über Weinverschnitte, begann 2006 während der Beratungen über die Weinreform. Mit der Reform erhielt die Kommission die Befugnis, neue önologische Verfahren zu genehmigen, wobei sie sich auf die Empfehlungen der OIV stützt.

Nach umfangreichen Beratungen mit Interessenvertretern und allen Mitgliedstaaten im letzten Herbst schlug die Kommission die Aufhebung des Verbotes von Rot- und Weißwein-Verschnitten vor. Hierzu wurde im Januar im Regelungsausschuss für Wein eine Vorabstimmung durchgeführt, bei der die Mehrheit der Mitgliedstaaten, einschließlich Frankreich, für eine Aufhebung des Verbots stimmte.

Der Entwurf einer Verordnung wurde der Welthandelsorganisation gemäß dem im Übereinkommen über technische Handelshemmnisse vorgesehenen Verfahren übermittelt, und wir haben erst kürzlich Drittländern mehr Zeit zur Prüfung unseres Vorschlags eingeräumt. Daher wird der Regelungsausschuss für Wein Ende Juni, höchstwahrscheinlich am 19. Juni, offiziell über die Verordnung abstimmen, da eine weitere Verzögerung dazu führen würde, dass wir die neuen önologischen Verfahren nicht wie in der Verordnung des Rates vorgesehen ab dem 1. August dieses Jahres einführen könnten.

Ferner forderten Sie, dass vor der Aufhebung des Verschnittverbotes eine spezifische Folgenabschätzung durchgeführt werden müsse. Die Dienststellen der Kommission haben bei der Ausarbeitung der Weinreform eingehende Folgenabschätzungen durchgeführt, und wir beabsichtigen daher weder, mit der 2006 und 2007 bei der Vorbereitung der Weinreform durchgeführten Arbeit noch einmal von vorne zu beginnen, noch eine eingehende Folgenabschätzung für alle verschiedenen individuellen Weinerzeugungsverfahren durchzuführen und stützen uns daher auf die Arbeit, die von der OIV geleistet wird.

Schon jetzt betonen Wirtschaftsexperten des Weinsektors, dass diese Reform die traditionellen Roséweine nicht schwächen wird, da die Roséweine mit einer *Ursprungsbezeichnung* nicht im Wettbewerb mit Tafelweinen stehen. Es ist klar, dass der traditionelle Roséwein ein Qualitätserzeugnis ist, das von den Verbrauchern sehr geschätzt und mit dem Ursprungsort dieses Erzeugnisses in Verbindung gebracht wird.

Die Aufhebung des Verschnittverbotes für Tafelwein wird zu einem fairen Wettbewerb zwischen europäischen Ländern und Drittländern führen, da wir – wie heute bereits erwähnt – Drittländern die Herstellung von solchen Verschnitten bereits erlaubt haben. Ich stimme Frau Laperrouze vollkommen zu. Warum sollten

wir unsere Weinerzeuger einer schlechteren Wettbewerbssituation aussetzen als die der Erzeuger, die Wein in der Europäischen Union verkaufen können?

Vor einigen Wochen habe ich mich hier in Straßburg mit Roséwein-Erzeugern aus der Provence in Frankreich getroffen, und wir haben eine sehr offene und ehrliche Diskussion über den Stand der Dinge geführt. Natürlich verstehe ich, dass sie versuchen, den traditionellen Roséwein zu bewahren, und deshalb hat die Kommission auch verschiedene Lösungen im Hinblick auf die Etikettierungsfrage geprüft. In der Tat haben wir zwei verschiedene Etikettierungsmöglichkeiten vorgeschlagen: „Traditioneller Rosé“ und „Durch Verschnitt hergestellter Rosé“. Die Mitgliedstaaten können dann entscheiden, ob sie eine dieser Etikettierungsmöglichkeiten oder aber beide Etikettierungsmöglichkeiten für die in ihrem Hoheitsgebiet erzeugten Roséweine zwingend vorschreiben. Auf diese Weise ermöglichen wir es den Verbrauchern, sich ein genaueres Bild von dem zu machen, was sie kaufen.

Diese Weinerzeuger führten das Argument an, dass „Traditioneller Rosé“ ein wenig verstaubt klinge, und dass sie Roséwein als moderne Art der Weinherstellung betrachten. Ich habe deutlich gemacht, dass ich, sollte es in diesem Zusammenhang andere Vorschläge geben, natürlich bereit wäre, mir diese anzuhören, aber bisher liegen mir noch keine Vorschläge für Alternativen zum Roséwein vor. Als Kommissarin für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist es mir wichtig, dass wir die richtigen Lösungen finden und für unsere Weinerzeuger faire Wettbewerbsbedingungen schaffen.

Agnes Schierhuber, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich freue mich, dass ich Sie heute wiedersehe! In all den Jahren meiner politischen Tätigkeit – ob das in Österreich war oder in den letzten fast 15 Jahren im Europäischen Parlament – wurden die Diskussionen zum Wein immer sehr emotional geführt. Und auch heute ist das wieder so.

Meiner Meinung nach ist der Wein eines der elegantesten Produkte, die die Landwirtschaft erzeugt. Und daher ist es auch im Sinne der Qualitätsproduktion der europäischen – und besonders auch der österreichischen – Winzer, dass hier wirklich die Qualität und die Unverwechselbarkeit des Weines aus den verschiedenen Regionen Vorrang hat.

Wir vertreten die Meinung, dass das Mischen von Weinen kein önologisches Verfahren ist. Roséwein wird in einem speziellen, sehr traditionellen önologischem Verfahren hergestellt. Daher, Frau Kommissarin, Frau Präsidentin, unterstütze ich alle Kolleginnen und Kollegen, die so wie ich dieses Mischen oder Verschneiden von Weiß- mit Rotwein ablehnen. Es muss endlich eine klare Definition für die Herstellung von traditionellen Roséweinen geben.

Frau Kommissarin, es muss auch möglich sein, dass Mitgliedstaaten, wie Sie erwähnt haben, Erkenntnisse gewinnen, so dass sie dann manche Beschlüsse anders sehen oder revidieren. Darum bitte ich im Sinne der Qualität der europäischen Weinproduktion sehr!

Alessandro Battilocchio, *im Namen der PSE-Fraktion*. – (IT) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nun haben wir uns wieder einmal in diesem Plenarsaal versammelt, um ein kulinarisches, kulturelles und ländliches Erbe zu verteidigen, das uns durch eine Jahrhunderte alte Tradition überliefert wurde; ein schätzenswertes Erbe, um das uns alle Welt beneidet, und das einen unglaublichen Reichtum für die Wirtschaft, aber auch für die Identität unserer Union darstellt.

Aufgrund der Absicht der Kommission und des Rates, das Verbot der Erzeugung von Roséwein durch das Verschneiden von Rot- und Weißwein aufzuheben, ist dieses Erbe gegenwärtig jedoch ernsthaft bedroht. Dieses Vorhaben entstand aufgrund eines erheblichen Drucks und wird ratifiziert werden, ohne dass das Parlament, das Organ, das Millionen von Bürger, einschließlich Erzeuger und Verbraucher, die von diesem Vorhaben betroffen sind, vertritt, die Möglichkeit hat, einzugreifen.

Die Kommission schlägt vor, die Herstellung von Roséwein durch ein einfaches Mischen von Rot- und Weißwein, wie dies in anderen Ländern, die nicht über unser Können und unsere Professionalität verfügen, getan wird, zu erlauben, und dies unter dem einfachen Vorwand, dem internationalen Wettbewerb auf diese Weise begegnen zu wollen.

Als Mitunterzeichner dieser Anfrage möchte ich betonen, dass eine Minderung der Herstellungsqualität – die aus Jahrhunderten der Tradition, Forschung, großer Investitionen, Leidenschaft und Liebe zum Detail gewachsen ist – nicht die Antwort ist, die wir brauchen, insbesondere nicht in Zeiten der Wirtschaftskrise, in denen der durchschnittliche Verbraucher sicherlich mehr auf den Preis als auf die Angaben auf einem Etikett achtet.

Diese Entscheidung könnte ganz einfach dadurch aufgewogen werden, dass man dem neuen Erzeugnis einen entsprechenden Namen gibt und die Verbraucher darüber aufklärt, dass es zwei verschiedene Typen Roséwein von unterschiedlicher Qualität gibt, und ihnen deutlich macht, wie wichtig die Anerkennung der Arbeit und der Anstrengungen der professionellen Weinerzeuger ist. Wer wird für all dies aufkommen? Hat die Kommission ein entsprechendes Unterstützungsprogramm vorgesehen, oder sind es die Erzeuger, die dafür aufkommen müssen, nachdem man von ihnen in Zeiten, die sowieso schon äußerst schwierig sind, bereits verlangt, die Billigkonkurrenz mit ungleichen Waffen zu bekämpfen?

Ich hoffe, dass die Kommission und der Rat die richtige Entscheidung treffen werden und, falls erforderlich, das gesamte Verfahren noch einmal auf den Prüfstand stellt.

Jean-Claude Martinez (NI). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Es gibt bereits Schokolade ohne Kakao und ein Verbot von aus Rohmilch hergestelltem Käse. Auf unseren Roquefort fielen 300% Zollgebühren an, und beinahe hätte es auch chlorbehandelte Hühner und sogar ein Laktationshormon, Somatotropin, gegeben.

Nun denken wir darüber nach, Weißwein mit Rotwein einzufärben, um Roséwein herzustellen. Mit Verlaub, dies war, wie wir in Frankreich sagen, der Tropfen Wasser, der die Vase zum Überlaufen gebracht hat, genau das Wasser, das bereits als Weinzusatz genehmigt wurde, genau wie die mit Holzchips und nicht in Holzfässern hergestellten "Tischlerweine" und beinahe auch die mit importiertem Most hergestellten Weine genehmigt wurden. Wir könnten auch Wein in Thailand anbauen!

Das Problem ist die psychoanalytische Reaktion, die diese Idee hervorruft, da sie einen Angriff auf die Kultur darstellt. Wie lautet die Definition von Wein? Handelt es sich um ein Industrieerzeugnis, dann kann man ihn mischen, dann ist es ein Coca-Cola-Wein. Handelt es sich jedoch um ein landwirtschaftliches Nahrungsmittelerzeugnis, dann darf es nicht verändert werden, andernfalls führt dies zu einem Kulturschock. "Dies ist mein Blut; trinkt es zu meinem Gedächtnis". Wenn Sie Blut mischen, erzeugen Sie unreines Blut.

Können Sie diese übertriebene Reaktion verstehen? Mit dieser Rosé-Frage haben Sie 2 500 Jahre eines Erbes in Frage gestellt, das noch aus dem römischen Reich stammt, welches sich damals gegen die Barbaren zur Wehr setzen musste. Dies, Frau Präsidentin, wollte ich zum Ausdruck bringen: "Dies ist eine freudsche Frage und keine Frage des Weinbaus".

Françoise Grossetête (PPE-DE). – (FR) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Als ich hier ankam, war ich äußerst verärgert. Und nachdem ich mir angehört habe, was Sie zu sagen hatten, bin ich jetzt wirklich wütend. Es ist untragbar, dass Sie Verschnitte aus Weiß- und Rotwein genehmigen wollen – und dies auch noch in dieser Wahlperiode.

Ich war erst kürzlich in der Provence und auf Korsika, um mit den Weinerzeugern aus meinem Wahlbezirk zu sprechen, die sich für Qualität entschieden haben und sich nun im Stich gelassen fühlen. Ich erinnere mich an eine Rede von Herrn Barroso vor zwei Jahren, bei der er sagte, dass der Weinbau wichtig und ein Teil der Wirtschaft ist. Er sagte, dass wir mehr exportieren müssen, und um mehr exportieren zu können, Qualität benötigen. Ich erinnere mich noch sehr gut an diese Rede.

Die Europäische Kommission hat daher Rodungen vorgeschrieben, um mehr Qualität und weniger Quantität zu erzielen. Die Weinerzeuger in Südfrankreich haben mitgespielt – und nun sehen Sie, was sie heute davon haben! Sie haben so viel gerodet, dass sie wohl bald Wein importieren müssen, um ihren eigenen Bedarf zu decken!

Mit Ihrer Politik haben Sie unseren Weinerzeugern den Todesstoß versetzt. Und nun wollen Sie also genehmigen, dass ein Verschnitt aus Weiß- und Rotwein als Roséwein bezeichnet werden darf. Dies ist eine Beleidigung für unsere Weinerzeuger. Jetzt verlangen Sie auch noch von Ihnen, eine zusätzlichen Vermerk zu machen: "traditioneller Wein" für einen Wein, der auf herkömmliche Weise hergestellt wurde, weil unsere spanischen Freunde ihren Überschuss an Weißwein verkaufen müssen, weil sie nicht gerodet haben. Unsere Winzer, die auf Qualität gesetzt haben, müssen den Wert ihres Weins nicht rechtfertigen. Das wäre dann wirklich die Höhe.

Ein Weinverschnitt ist kein Rosé; es ist ein Weißweingemisch. Nennen wir die Dinge doch beim Namen. Wir dürfen nicht länger zulassen, dass die Verbraucher von Weinhändlern zum Narren gehalten werden, die sich für Profit und gegen Qualität entschieden haben – eine Wahl, die Sie unterstützen, Frau Fischer Boel! Ich appelliere an meine Kolleginnen und Kollegen, die Mitglieder des nächsten Parlaments sein werden: Wir werden unsere Anstrengungen noch verstärken müssen, um sicherzustellen, dass diese Maßnahme der

Kommission ein für alle Mal und nicht nur vorläufig fallengelassen wird. Passen Sie auf, was am 19. Juni passieren wird.

Ioannis Gklavakis (PPE-DE). - (EL) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! In meinem Land wird Wein seit dreitausend Jahren angebaut. Ich möchte mein Missfallen, mein Bedauern und meine Besorgnis darüber ausdrücken, was wir zu tun beabsichtigen. Roséwein ist ein künstliches Erzeugnis. Wein ist ein fermentiertes Erzeugnis, kein Mischprodukt. Wenn dies zur Anwendung kommt, wird daraus ein ungerechter Wettbewerb für unsere Erzeuger entstehen, die diese wunderbaren Weine erzeugen.

Der zweite und noch schwerwiegendere Punkt ist jedoch, dass der Ruf des europäischen Weins einmal mehr beschädigt wird. Ich glaube, wenn wir diesen Weg einschlagen, kommt dies einem endgültigem Dammbruch gleich. Vor einiger Zeit haben wir über Holzchips als Weinzusatz beraten und dieses Verfahren genehmigt. Als Begründung haben wir den Reifeprozess und die Kostenvorteile angeführt. Wir haben ebenfalls die Anreicherung von Wein mit Zucker genehmigt. Als Argument haben wir seinerzeit Kostengründe angeführt, und wir hatten nicht den Mut zu fordern, dass diese Verfahren auf dem Etikett angegeben werden müssen. Auch diesmal fehlt uns der Mut dazu.

Europa kann sich nur mit seinen qualitativ hochwertigen Weinen durchsetzen. Gott möge uns beistehen, wenn wir glauben, dass wir mit billigen australischen oder amerikanischen Weinen konkurrieren können – nein, wir können nur mit Qualität bestehen. Dasselbe habe ich schon gesagt, als wir das Anreichern von Wein mit Zucker genehmigt haben. Wir, die wir diese Entscheidungen treffen, werden in die Geschichte der europäischen Önologie als diejenigen eingehen, welche die Fundamente der ausgezeichneten europäischen Weine untergraben haben. Daher meine eindringliche Bitte, den gefährlichen Weg dieser Entscheidung nicht einzuschlagen.

Elisabetta Gardini (PPE-DE). – (IT) Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine Damen und Herren! Ich möchte mich dem, was Frau Grossetête gesagt hat, anschließen, denn ich kam mit der Absicht hierher, die Sorgen, das Bedauern und die Unzufriedenheit der Weinerzeuger in Italien zum Ausdruck zu bringen und sah mich dann völliger Gleichgültigkeit gegenüber, so, als würde ich gegen eine Wand reden. Ich hatte zunächst gehofft, dass dies auf die Nüchternheit der Übersetzung zurückzuführen sei, aber nach dem, was ich gehört habe, scheint es, dass keine Hintertür mehr offen ist, dass es keine Hoffnung, keinen Ausweg mehr gibt.

Erst vor Kurzem, es ist noch nicht lange her, fand in meiner Region – ich komme aus Venetien – die unter dem Namen Vinitaly bekannte Weinmesse statt, bei der es sich um eine der wichtigsten Veranstaltungen in der Weinbranche handelt, und bei der eine enorm erfolgreiche Petition zur Verteidigung von Roséweinen verfasst wurde. Sie wurde von bedeutenden italienischen Weinbaubetrieben und großen Weinerzeugern unterzeichnet, aber es kamen auch Unterschriften aus anderen Teilen Europas – auch Bürger aus Holland, Frankreich, Spanien, Belgien, Luxemburg, Slowenien, Polen, Litauen und der Ukraine haben unterschrieben. Wie Sie sehen, ist die Leidenschaft für Roséwein echt und kennt keine Grenzen, mit Ausnahme, so scheint es, die der Europäischen Kommission, auch wenn wir über Kultur, lokale Werte und Tradition sprechen.

Da ich hier auch als Frau spreche, möchte Ihnen auch gerne noch Folgendes zu bedenken geben: Wenn wir gegen Alkoholmissbrauch kämpfen, glauben Sie dann, dass wir neuen Generationen einen Dienst erweisen, wenn wir Ihnen ein Getränk – als Wein möchte ich es gar nicht bezeichnen – von geringer Qualität, ein billiges alkoholisches Getränk, das nichts mehr mit Regionen, Kultur oder Qualität zu tun hat, an die Hand geben? Werden wir es schaffen, sie zu einem gesunden und verantwortungsvollen Umgang mit Wein und Alkohol zu erziehen?

Dies wollte ich Ihnen noch zu bedenken geben, denn Sie nehmen hier in vielerlei Hinsicht eine große Verantwortung auf sich.

Christa Kläß (PPE-DE). - Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Dass Wein ein sehr sensibles Produkt ist, das haben Sie in den vergangenen Jahren erfahren. Wir reden heute hier sehr der Liberalisierung der Weinmarktordnung das Wort. Sie sprechen von einer Öffnung zum Weltmarkt hin. Ich frage mich manchmal, wer orientiert sich hier an wem?

Unsere Weinbereitung ist traditionell in Europa gewachsen. Unsere Traditionen und unsere regionale Eigenheit, das ist das, was unseren europäischen Wein trägt, und das sollte uns auch weiterführen in den Überlegungen, die wir jetzt über die Weinmarktordnung anstellen. Es hat mich sehr getroffen, dass hier gerade durch einen Ausschuss Dinge in die Weinmarktordnung aufgenommen wurden, die wir so im Parlament überhaupt nicht diskutiert haben!

Die Frage, Frau Kommissarin, lautet doch eigentlich: Welche nationalen und regionalen Regelungsmöglichkeiten bieten sich noch? Welche Auflagen oder Verbote können die Mitgliedstaaten für ihre Anbaugebiete auf der untersten Ebene der Weine – und darum geht es ja hier, wir reden ja nicht über die Ursprungsweine und die Herkunftsweine, sondern wir reden über die unterste Schiene der Weine – überhaupt noch aussprechen? Z. B. wäre auch das Verbot der Vermischung von Rot- und Weißwein so ein regionales nationales Verbot. Wird das künftig möglich sein für diese untere Schiene der Weine?

Oder ein Verbot der Angabe von Rebsorte und Jahrgang: Auch das macht uns Probleme, denn wir wollen doch unsere Weine unterscheiden, die unteren Weine von denen mit Herkunfts- und Ursprungsbezeichnung. Also französischer Rosé oder deutscher Riesling, das sind doch Namen, die eine klare, eindeutige Regelung brauchen. Sie sind belegt mit unserer traditionellen Herstellung, und darauf, Frau Kommissarin, legen wir auch künftig riesengroßen Wert! Da bitten wir um Ihre Unterstützung.

Astrid Lulling, Verfasser. – (FR) Frau Präsidentin, Frau Fischer Boel! Sie haben auf unsere zweite Anfrage ablehnend geantwortet und darauf hingewiesen, dass Sie zurzeit der Reform der GMO die von uns geforderte Folgenabschätzung bereits durchgeführt hätten. Dies überrascht mich: Während dieser Reform stellte sich niemals die Frage nach einer Genehmigung eines önologischen Verfahrens zur Herstellung von Roséwein durch das Verschneiden von Rot- und Weißwein.

Ich frage Sie daher: Warum folgen Sie unserer – im Übrigen sehr vernünftigen – Aufforderung zur Hinzuziehung der Weinerzeuger nicht? Sie möchten am 19. Juni eine Entscheidung treffen, obwohl überhaupt keine Eile geboten ist. Zudem hat Sie nie irgendjemand darum gebeten, dieses önologische Verfahren zu genehmigen. Ich weiß nicht, wie Sie dazu kommen, einen solchen Vorschlag zu machen, wo doch in Europa niemand darum gebeten hat.

Im Hinblick auf die Etikettierung möchte ich noch hinzufügen, dass Sie sich darüber im Klaren sein sollten, dass die Erzeuger von traditionellem Roséwein niemals zustimmen werden, dieses Gebräu – einschließlich des Gebräus, das Hr. Savary zubereitet hat – "Rosé" zu nennen. Hier müssen Sie daher noch so einiges ändern. Frau Kommissarin, ich fordere Sie dringend dazu auf, unseren beiden Anfragen zu folgen.

Françoise Grossetête, Verfasser. – (FR) Frau Kommissarin! Sie haben vorhin gesagt, dass Sie noch keine Vorschläge erhalten haben, auf Anregungen warten, und so weiter.

Es wurden Ihnen aber Vorschläge vorgelegt. Sie haben sich mit unseren Weinerzeugern getroffen. Diese haben Ihnen gesagt, dass sie das nicht wollen. Sie haben Ihnen gesagt, dass sie nicht gezwungen werden wollen, ihren Wein als „traditionellen Roséwein“ kennzeichnen zu müssen, um ihn vom Roséwein, der natürlich nicht mit „Verschnitt“ gekennzeichnet wird, abzugrenzen. Sie können daher nicht behaupten, dass Sie keine Vorschläge erhalten haben.

Und insbesondere, was den Roséchampagner angeht, wissen wir doch alle, dass es sich hierbei um ein önologisches Erzeugnis handelt, das nichts mit dem hier vorgeschlagenen Verschnitt zu tun hat: dem Verschnitt aus Rotwein und Weißwein. Bringen Sie doch bitte den Mut auf, Frau Fischer Boel, einen Verschnitt aus Rot- und Weißwein nicht "Roséwein" zu nennen. Dies ist es, worum wir Sie bitten. Dies ist unser Vorschlag an Sie. Bestrafen Sie nicht die echten Winzer.

Wie sollen unsere Mitbürger eine solche Haltung der Europäischen Kommission verstehen? Mit all unseren Argumenten stoßen wir bei Ihnen auf taube Ohren, was völlig unbegreiflich ist.

Gilles Savary, Verfasser. – (FR) Frau Kommissarin! Erlauben Sie mir, noch einmal das Wort zu ergreifen und Ihnen zu sagen, dass ich mir Ihre Argumente angehört habe und ich mir sicher bin, dass diese Idee nicht von Ihnen stammt. Sie stammt wohl eher von einigen Lobbyisten.

Allerdings glaube ich nicht, dass es im Interesse Europas ist, ständig Billigprodukten hinterherzulaufen, und schon gar nicht, wenn es um Nahrungsmittel geht. Länder, die im Industriebereich nicht auf Billigprodukte gesetzt haben, zählen heute im Handelsbereich zu den Weltmarktführern. Insbesondere die Deutschen haben der Versuchung einer Nivellierung nach unten stets widerstanden. Nun, ich glaube, dass Europa im Hinblick auf den Lebensmittelbereich dieser ständigen Versuchung einer Nivellierung nach unten widerstehen sollte, weil Europa dies nicht guttun würde.

Daher lautet unser Vorschlag, dass um jeden Preis verhindert werden muss, dass zwei Kennzeichnungsformen für "Rosé" nebeneinander existieren: traditionell oder Verschnitt. Das eine ist Roséwein, das andere ein anderes Erzeugnis. Veranlassen Sie doch einen europäischen Wettbewerb, um für dieses andere eine entsprechende Bezeichnung zu finden, wenn Sie der Meinung sind, dass es genehmigt werden muss. Ich

persönlich glaube, dass Europa gut daran täte, der WTO bei dieser Art des Produkts die Stirn zu bieten. Sie sagen uns immer, dass wir vor allem, was von außen kommt, "kapitulieren".

Patrick Louis, Verfasser. – (FR) Frau Kommissarin! Flaschen mit dem Vermerk "Roséwein" zu kennzeichnen ist sinnlos, da gute Roséweine, wie beispielsweise der Bandol, den ich Ihnen mitgebracht habe, nicht mit dem Begriff "Rosé" gekennzeichnet sind.

Zudem ist der Vermerk "traditioneller Rosé" auf dem Etikett Blödsinn. Rosé ist ein Wein, der von jungen Leuten getrunken wird; es ist ein moderner Wein, auch wenn seine Herstellung traditionelles Know-how erfordert. Daher passt dies einfach nicht zusammen. Es gibt nicht 36 verschiedene Lösungen, sondern nur eine, weil Roséwein, wie dies vorhin bereits ganz richtig gesagt wurde, ein Kulturwein, ein von Kennern hergestelltes Erzeugnis ist. Hier geht es nicht um einen x-beliebigen Handelsbereich. Was wir brauchen, ist schlicht und ergreifend ein Verbot aller Verschnitte und Mischungen in Europa und in Frankreich im Besonderen.

Mariann Fischer Boel, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Es war großartig, Ihnen hier heute Abend zuzuhören, weil ich bei Ihnen noch immer die ganze Leidenschaft, die ganze Energie und all die Emotionen spüre, die ich im Weinsektor bei unseren Diskussionen über die Weinreform kennengelernt habe. Das Kulturerbe und die Traditionen, die mit Wein verbunden sind, sind hier im Europäischen Parlament noch immer lebendig.

Einige der heute Abend aufgeworfenen Fragen rollen allerdings den bei der Weinreform gefundenen politischen Kompromiss wieder auf, und daher werde ich auf diese Punkte nicht eingehen, sondern mich auf das Hauptproblem konzentrieren, das heute Abend hier erörtert wurde.

Ich stimme denen, die gesagt haben, dass Qualität die Zukunft unserer europäischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sein muss, völlig zu. Genau dies war auch der Grund dafür, dass wir im Zuge der Weinreform – ich bin sicher, Sie erinnern sich noch daran – der Förderung unseres europäischen Weins auf dem Markt der Dritten Welt einen großen Geldbetrag vorbehalten haben: 125 Millionen EUR jährlich war die Zahl, die während dieser Beratungen genannt wurde. Das haben wir gemacht, weil wir wissen, dass wir über ein qualitativ hochwertiges Erzeugnis verfügen, das in den aufstrebenden Entwicklungsländern nachgefragt werden wird. Wir liegen hier also auf einer Wellenlänge.

Allerdings habe ich aber auch ein gewisses Verständnis für Weinerzeuger in Europa, die mit Weinen konkurrieren müssen, die mit anderen, in Ländern der Dritten Welt erlaubten Verfahren hergestellt wurden. Ein Beispiel hierfür ist der Verschnitt aus Rot- und Weißwein zur Herstellung von Rosé. Dies ist zulässig und Teil der önologischen Verfahren der OIV, sodass die Europäische Union heute Roséwein einführt, der genau auf diese Weise erzeugt wurde. Warum sollten wir unsere eigenen Weinerzeuger daran hindern, mit Wein, der in die Europäische Union eingeführt wurde, zu konkurrieren? Ich glaube daher, dass unsere Vorgehensweise in dieser Frage ausgewogen ist.

Es war wichtig, eine Form der Etikettierung für unsere Weine zu finden, um sicherzustellen, dass die Verbraucher wissen, was sie kaufen, und mit den geschützten Ursprungsbezeichnungen haben Sie heute die Möglichkeit, Informationen auf dem Etikett anzubringen, um die Verbraucher darüber zu informieren, dass dies ein Wein ist, der nach dem traditionellen Verfahren erzeugt wurde. In meiner ersten Rede habe ich gesagt, dass ich mich mit einigen Weinerzeugern aus der Provence getroffen habe. Ihnen gefiel die Bezeichnung "traditioneller Rosé" aus demselben Grund nicht, der auch von Ihnen angeführt wurde – weil es ein bisschen altmodisch klingt. Ich bat daraufhin um neue Vorschläge für eine Kennzeichnung, die deutlich macht, dass es sich um das traditionelle Herstellungsverfahren handelt, habe hierzu aber keine Vorschläge erhalten. Die Idee besteht darin, es den Mitgliedstaaten zu überlassen, ob sie in ihrem Hoheitsgebiet für ihre Erzeuger eine Pflicht zur Kennzeichnung ihrer Erzeugnisse als *Verschnitt* oder traditionelles Erzeugnis einführen wollen oder nicht.

Wir werden auch im Regelungsausschuss wieder darüber beraten. Wie gesagt wird voraussichtlich am 19. Juni 2009 eine Abstimmung stattfinden, und dann werden wir uns das Ergebnis dieser Abstimmung anschauen, bei der die Mitgliedstaaten die Meinungen ihrer Regierungen vertreten werden. Dies wird sicherlich eine interessante Abstimmung, aber ich bin nach wie vor überzeugt, dass das, was wir vorgeschlagen haben und was den önologischen Verfahren der OIV entspricht, für unsere Weinerzeuger ein Schritt in die richtige Richtung ist, um auf dem globalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die Präsidentin. - Die Aussprache wird geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 142)

Stéphane Le Foll (PSE), *schriftlich*. – (FR) Europäische Erzeuger von Roséwein sind derzeit aufgrund des Durchführungsprojektes der Kommission hinsichtlich der Aufhebung des Verschnittverbotes von weißem und rotem Tafelwein zur Herstellung von Roséwein besorgt.

Dieses neue Verfahren unterminiert die Qualitätsherstellung und lässt die harte Arbeit außer Acht, welche die Erzeuger über so viele Jahre hinweg in die Entwicklung eines Roséerzeugnisses gesteckt haben, das lange Zeit einen schlechten Ruf hatte und nun endlich den ihm gebührenden Platz auf dem Markt und auf den Tischen unzähliger Verbraucher gefunden hat. Dies gilt umso mehr, da dieses Verfahren die Verbraucher in die Irre führen könnte.

Wenn der Plan der Kommission, Weinverschnitte zu erlauben, in den nächsten Wochen von den Mitgliedstaaten bestätigt wird, hoffen ich und mein Kollege, Hr. Savary, dass eine Kennzeichnungspflicht eingeführt wird, durch welche echter Roséwein von einem neuen, aus einem Verschnitt hergestellten Erzeugnis, welches daher nicht als Rosé bezeichnet werden kann, abgegrenzt werden kann.

Véronique Mathieu (PPE-DE), *schriftlich*. – (FR) Konfrontiert mit den wütenden Reaktionen europäischer Weinerzeuger, hat sich die Europäische Kommission entschieden, ihre übereilte Entscheidung, die Herstellung von Roséwein durch einen Verschnitt aus Rot- und Weißwein zu genehmigen, auf den 19. Juni zu verschieben.

Diese Verschiebung kann jedoch in keinem Fall als zufriedenstellend angesehen werden. Genauso wenig zufriedenstellend ist die Entscheidung, eine Unterscheidung zwischen "traditionellem Rosé" und "aus Verschnitt hergestelltem Rosé" auf dem Etikett der vermarkteten Produkte vorzuschlagen, da dies nicht weit genug geht, um dem unfairen Wettbewerb, dem sich die Erzeuger gegenübersehen werden, wenn diese Entscheidung getroffen wird, entgegenzuwirken.

Während die Weinerzeuger der Europäischen Union über viele Jahre hinweg erhebliche Anstrengungen und Investitionen unternommen haben, um qualitativ hochwertigen Roséwein zu produzieren, wird die Entscheidung der Kommission all diese enormen Anstrengungen, die trotz allem sehr positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und regionale Entwicklung unserer Gebiete hatten, zunichte machen.

Die Anfrage, die meine Kolleginnen und Kollegen heute an die Kommission gerichtet haben, fordert die Kommission dazu auf, ihre Absichten klar darzulegen und sicherzustellen, dass die Entscheidung, die sie trifft, auf eingehenden Beratungen mit den europäischen Roséwein-Erzeugern beruht.

Vincent Peillon (PSE), *schriftlich*. – (FR) Frau Kommissarin,

Ich will meine tiefe Unzufriedenheit mit Ihren Versuchen, sich im Hinblick auf die als "Rosé" bezeichneten Weinverschnitte herauszureden, nicht vor Ihnen verbergen.

Sie liefern den Erzeugern, mit denen ich in der Provence die Gelegenheit hatte, ausführlich zu sprechen, und die von der Qualität ihrer Erzeugnisse abhängig sind, keinerlei Antworten. Sie fürchten, dass all ihre Anstrengungen, die sie über 30 Jahre unternommen haben, um Roséwein zu seinem verdienten Ansehen zu verhelfen, und die von großem Erfolg gekrönt waren, völlig zunichte gemacht werden.

Sie liefern auch all denen keine Antworten, die in der Genehmigung von Verschnitten einen erheblichen Widerspruch zu der schmerzhaften Rodungspolitik sehen. Wir werden nicht durch eine Senkung unserer Herstellungskosten auf einen x-beliebigen Betrag als Sieger aus dem internationalen Wettbewerb hervorgehen. Wir werden nur dann als Sieger hervorgehen, wenn wir den Ruf unserer Weine weiter verbessern.

Sie liefern auch all denen keine Antworten, die Ihnen sagen, dass eine Kennzeichnung nicht ausreichend ist, da sie auf die als "durch Verschnitt hergestellter Rosé" bezeichneten Weinflaschen keine Auswirkungen haben wird.

Durch die Verschiebung der Entscheidung über die Genehmigung auf einen Zeitpunkt nach den Wahlen am 7. Juni spielen Sie schließlich noch die Europaskepsis-Karte aus.

Daher bitte ich Sie in aller Form, diesen folgeschweren Entwurf zurückzuziehen, der nicht nur einen Wirtschaftszweig, sondern auch eine ganze Kultur bedroht.

Dominique Vlasto (PPE-DE), *schriftlich*. – (FR) Unter dem Vorwand einer Neuüberprüfung genehmigter önologischer Verfahren, schickt sich die Europäische Kommission an, Verschnitte aus Weiß- und Rotwein unter der Bezeichnung "Roséwein" zu genehmigen.

Ich verware mich dagegen, einen Verschnitt aus verschiedenen Weinen als "Roséwein" zu bezeichnen. Für die Bezeichnung eines Weines darf nicht nur seine Farbe ausschlaggebend sein: Es sind die verschiedenen Rebsorten, der Boden und der Sachverstand des Winzers, die einen Wein ausmachen, und nicht die Farbe, die irgendeine Flüssigkeit zum Schluss hat.

Die Grundlage für einen Rosé-Verschnitt bildet – zu mehr als 95 % – Weißwein, der mit Rotwein eingefärbt wird. Nun wird Roséwein aber aus der Gärung von vorwiegend roten Trauben oder rotem Most erzeugt. Mit einer Genehmigung von Weinverschnitten würde die Europäische Kommission auch eine wahre Roséwein-Fälscherei genehmigen: Es würde einem Betrug am Verbraucher gleichkommen.

Dies wäre nicht nur eine Beleidigung für die Weinerzeuger, die sich, insbesondere in der Provence, für eine Politik der Qualität entschieden haben, es wäre auch inakzeptabel, ein aus einer Mischung von Endprodukten entstandenes Nebenprodukt zu legitimieren und einen irreführenden Bezug zur Roséfarbe zu gestatten.

Findet man keine andere Lösung, muss es für diese Getränke zumindest eine Kennzeichnungspflicht geben, die ihrem wahren Inhalt entspricht: "Weinverschnitt" oder "Weinmischung".

14. Der demokratische Prozess in der Türkei (Aussprache)

Die Präsidentin. - Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission zum Demokratisierungsprozess in der Türkei.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Ich fürchte, dass wir mit derselben Leidenschaft über die Demokratie in der Türkei diskutieren werden, mit der wir auch über die Weinreform während der zweiten Halbzeit von Arsenal gegen Manchester United diskutiert haben, was eine Momentaufnahme Europas im Jahr 2009 darstellt.

Dies ist jedoch ein ernsteres Thema, denn es handelt sich um eine ernste Angelegenheit und in der Tat um eine grundlegende Frage im Hinblick auf die Demokratieentwicklung in der Türkei. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass mich das Massaker, das gestern Abend in Bilge in der Türkei verübt wurde, und 44 Menschen das Leben gekostet hat, zutiefst traurig gemacht und schockiert hat. Ich möchte den Familien und Freunden der Opfer mein tiefes Mitleid aussprechen, und ich hoffe, dass die Täter so schnell wie möglich vor Gericht gestellt werden. Für eine solch schreckliche Tat gibt es weder eine moralische noch eine ethische Rechtfertigung.

Lassen Sie mich auch meine persönliche Betroffenheit und die Betroffenheit der Kommission über den Tod neun türkischer Soldaten und eines Polizisten in Folge der Terroranschläge letzte Woche ausdrücken. Unsere Gedanken sind bei den Familien derer, die ihr Leben verloren haben.

Wir verurteilen den Terrorismus und unterstützen die Türkei bei der Bekämpfung des Terrorismus. Die PKK steht auf der EU-Liste der terroristischen Vereinigungen. Zwischen dem 14. und 18. April wurden in der Türkei bei einer landesweiten Polizeiaktion, die sich insbesondere auf den Südosten des Landes konzentrierte, mehr als 200 Funktionäre und Mitglieder der Partei für eine Demokratische Gesellschaft festgenommen.

Wir wissen, dass sie unter anderem beschuldigt werden, Mitglieder einer terroristischen Vereinigung zu sein, auch wenn eine formelle Klageerhebung noch aussteht. Wir erwarten, dass die Klageerhebung als Teil eines transparenten und objektiven Gerichtsverfahrens abgeschlossen wird.

Die Kommission kann in schwebende Rechtsverfahren nicht eingreifen. Unser Ansatz ist jedoch klar: Wir unterstützen den Kampf gegen den Terrorismus, haben aber stets betont, dass er unter Einhaltung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, insbesondere was die freie Meinungsäußerung und Vereinigungsfreiheit betrifft, geführt werden muss.

Politischer Pluralismus ist ein Bestandteil jeder Demokratie. Die Türkische Große Nationalversammlung repräsentiert heute weitgehend die politische Vielfalt des Landes. Die Partei für eine Demokratische Gesellschaft hat zum Pluralismus in der Türkei beigetragen, und ihre politische Legitimation wurde durch die Ergebnisse der letzten Kommunalwahlen im März bestätigt.

Gleichzeitig brauchen die Menschen im Südosten der Türkei Frieden, Stabilität und Wohlstand anstelle weiterer Gewalt und weiterer Konfrontationen. Es ist eine Pflicht aller beteiligten Parteien, die Anwendung von Zwang und Gewalt zu verurteilen. Alle müssen sich in Zurückhaltung üben und dürfen sich einzig und allein friedlicher Mittel bedienen. Auch dies ist ein Bestandteil jeder Demokratie.

Wir werden die Entwicklungen in diesem Fall auch weiterhin genau beobachten. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Grundsätze der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, einschließlich der Rechte der Angeklagten, stets maßgebend sind.

Die Kommission beobachtet zudem weiterhin genau das Verbotsverfahren gegen die DTP, das derzeit beim Verfassungsgericht anhängig ist. In diesem Zusammenhang entsprechen die gegenwärtigen Regeln, denen Verbote politischer Parteien in der Türkei unterliegen, nicht der Europäischen Menschenrechtskonvention und nicht den europäischen Praktiken, wie dies unlängst in einer Stellungnahme der Venedig-Kommission festgestellt wurde. Wir haben die Türkei aufgefordert, eine solche Stellungnahme in vollem Umfang zu berücksichtigen und sie in Form von entsprechenden Überarbeitungen in das türkische Verfassungsrecht und in die türkische Gesetzgebung aufzunehmen.

Zudem fordern wir die türkischen Behörden weiterhin dazu auf, sich der Probleme im Südosten des Landes und der Menschen dort anzunehmen, um die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten und Chancen aller türkischen Bürger, unabhängig von ihrer ethnischen, religiösen oder sprachlichen Herkunft zu verbessern.

Gemäß den politischen Kopenhagener Kriterien ist die Türkei gehalten, kulturelle Vielfalt zu gewährleisten und die kulturellen Rechte aller ihrer Bürger zu fördern, so wie dies in unserer Beitrittspartnerschaft festgelegt ist. In diesem Zusammenhang stellt die Einrichtung eines neuen TRT-Rundfunkkanals in kurdischer Sprache einen Schritt in die richtige Richtung dar. Es zeigt, dass sich ein Mentalitätswechsel vollzieht, und ich möchte die türkischen Behörden auffordern, weitere Schritte in diese Richtung zu unternehmen.

Wir werden die Lage im Südosten weiterhin genau beobachten und in unserem anstehenden Fortschrittsbericht darüber berichten. Dies stellt einen wesentlichen Bestandteil des Demokratisierungsprozesses in der Türkei dar.

Frieda Brepoels, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – (NL) Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Nach den Kommunalwahlen vom 29. März, bei denen die kurdische Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) einen sensationellen Sieg errungen hat – mit dem sie ihre Anzahl an Bürgermeistern von 52 auf 98 fast verdoppeln konnte – ist klar, dass die Kurdenfrage nun nicht mehr länger nur als eine sozioökonomische Angelegenheit betrachtet werden kann, wie Hr. Erdoğan und seine Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) dies bisher getan haben. Es bedarf ganz klar einer politischen Lösung, und die DTP muss bei Diskussionen als gleichwertiger Partner akzeptiert werden.

In dieser Situation würde man eigentlich davon ausgehen, dass ein repressives Vorgehen der Vergangenheit angehört, aber die türkischen Behörden haben wieder einmal mit einer groß angelegten Verhaftungswelle begonnen. Mehr als 400 führende Vertreter der DTP wurden verhaftet, weil sie eine Lösung der Kurdenfrage verlangten. Meine Frage an die Kommission lautet daher wie folgt: Dies ist nun die fünfte oder sechste von den Kurden gegründete Partei – sie trägt derzeit den Namen DTP. Sie stellt 21 Parlamentsmitglieder und 98 Bürgermeister, und dennoch werden die Kurden weiterhin ausgegrenzt.

Herr Kommissar, ist es jetzt nicht endlich an der Zeit, dass die Europäische Union zwischen der türkischen Regierung und der DTP vermittelt? Tut sie dies nicht, wird die Lage unverändert bleiben. Mit anderen Worten, die Ursachen für eine Reihe mutmaßlicher terroristischer Aktivitäten müssen angegangen werden. Ich denke, dass der Wahlsieg vor ein paar Wochen auch beweist, dass der kurdische Nationalstolz nach wie vor lebendig und intakt ist, und dass Strukturreformen, die den Kurden mehr Autonomie einräumen, ebenfalls schnellstmöglich durchgeführt werden müssen.

Ich möchte am Rande dieser Debatte auch noch auf ein anderes dringendes Problem aufmerksam machen, das darin besteht, dass 1 500 Minderjährige inhaftiert wurden, und diese nun von demselben Gericht nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt werden, was in völligem Widerspruch zum internationalen Übereinkommen über die Rechte des Kindes steht. Was gedenkt die Kommission in dieser Sache zu unternehmen?

Vural Öger, im Namen der PSE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Olli Rehn! Während dieser sechsten Wahlperiode war die Türkei eine Priorität auf unserer EU-Agenda. Vor Beginn der Beitrittsverhandlungen hatte die Türkei enorme Reformschritte gemacht, und das hat die EU auch entsprechend anerkannt.

Heute hat sich die Stimmung ein wenig geändert. Wir machen uns zunehmend Gedanken über den Fortschritt des Demokratisierungsprozesses in der Türkei. Auch Pressefreiheit und Minderheitenschutz, aber auch die Reform der Justiz müssen permanent überprüft werden. Zu dem laufenden ERGENEKON-Prozess in der

Türkei möchte ich sagen, dass dieser nicht politisiert werden darf. Tatsache ist, dass Verhaftungen und Durchsuchungen stattfinden. Voreilige Bemerkungen sollten allerdings vermieden werden. Dabei spielt auch eine sorgfältige Berichterstattung eine wichtige Rolle.

In der Kurdenfrage wurden wichtige Fortschritte gemacht. Für den Demokratisierungsprozess und den Schutz von Minderheiten ist die Lösung der Kurdenproblematik zentral. Ein wenig Sorgen bereitet mir allerdings auch die derzeitige Haltung einiger EU-Regierungschefs. Die zweideutigen Signale aus der EU bringen auch mit sich, dass der demokratische Prozess in der Türkei von Zeit zu Zeit holprig verläuft. Ich möchte hier nochmals daran erinnern, dass ein eindeutiges Bekenntnis seitens der EU zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei dem Reformprozess einen enormen Schub verleihen würde. Andernfalls werden Fundamentalismus und Nationalismus immer neuen Nährboden finden, die Kurdenproblematik wird sich verschlimmern.

Das gemeinsame Ziel ist es doch, aus der Türkei eine modernere, stabilere und wohlhabendere Demokratie zu machen, die auf einem säkulären Staat und einer pluralistischen Gesellschaft basiert. Das ist nicht nur im Interesse der Türkei, sondern ist auch ein wichtiges strategisches Interesse der Europäischen Union.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion.* – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dies ist die letzte Plenarsitzung in dieser Wahlperiode. Kollege Öger hat es gerade gesagt, die Türkei war eine Priorität. Ich habe die letzten Jahre als Berichterstatter meiner Fraktion das Thema bearbeiten dürfen und ich muss sagen, ich bin sehr froh, dass wir in dieser letzten Sitzung noch einmal zum Herzen der Debatte zurückkommen, nämlich zur Frage der Demokratie in der Türkei.

Es ist das erste Kopenhagener Kriterium, das in Rede steht. Es herrschen unterschiedliche Meinungen darüber, wie die Türkei sich entwickelt hat. Aber ich glaube, in einer Hinsicht gibt es Einigkeit: Der Reformelan in der Türkei scheint erlahmt zu sein, der Eindruck am Ende dieser Wahlperiode ist, dass die Türkei vom Erreichen der Beitrittsfähigkeit weiter entfernt ist als zu Beginn sowohl des Mandats der Kommission als auch der Legislatur dieses Parlaments.

Für die liberale Fraktion ganz besonders wichtig in diesem Zusammenhang sind Probleme mit der Pressefreiheit und der Meinungsfreiheit. Sie wissen, dass man YouTube in der Türkei nicht anschauen kann. Die Rechte von Journalisten, Verlegern, Publizisten, Kolumnisten und Autoren werden durch bestimmte rechtliche Vorschriften eingeschränkt. Die Kommission hat dankenswerter Weise in ihrem Fortschrittsbericht darauf hingewiesen, dass das ein Problem ist. Diese Probleme sind nach Auffassung vieler Beobachter größer geworden. Ich wäre dankbar, wenn die Kommission hierzu etwas sagen könnte, ob die Probleme sich aus ihrer Sicht verschlimmert haben oder ob es besser geworden ist. Das wäre wirklich überraschend.

Auch der Schutz religiöser Minderheiten gehört dazu, die Sicherung der Rechte von Frauen, das sind alles wichtige Themen. Dennoch, im Mittelpunkt steht im Moment die Frage der Pressefreiheit, die Widerrufung von Presseakkreditierungen kritischer Journalisten durch den Premierminister, die zum Teil ungerechtfertigten Verhaftungen kritischer Journalisten und Verleger im Zuge der Ermittlungen gegen das ohne Zweifel kriminelle Ergenekon-Netzwerk, die Übernahme der Kontrolle der Mediengruppe ATV-Sabah durch die Scharlach-Holding im Besitz bzw. unter Steuerung des Schwiegersohns des Premierministers, öffentliche Boykottaufrufe des Premierministers gegen Medien und die Verurteilung der Doğan-Mediengruppe zu einer Geldstrafe von 380 Millionen Euro mit dem Ziel, sie aus dem Geschäft zu drängen, weil sie über den Leuchtturm spendenskandal und seine Begünstigung der AKP berichtet hat. Das ist nicht nur eine Frage der Pressefreiheit, das schreckt inzwischen auch Investoren ab, die an der Rechtssicherheit in der Türkei ihre Zweifel haben.

Die Türkei ist ein wichtiger Nachbar, ein wichtiger, geachteter NATO-Partner. Wir wollen die Türkei weiter unterstützen, das ist die Meinung in meiner Fraktion. Aber wir sind der Meinung, dass hier viel getan werden muss, dass die türkische Regierung ihren ernsthaften Willen demonstrieren muss, europäische Grundrechte nicht mehr zu missachten, wie sie das im Moment tut. Wir wären dankbar dafür, wenn das in der nächsten Wahlperiode überzeugend dokumentiert werden könnte.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass wir diese Debatte nicht in Straßburg, sondern in Brüssel führen sollten.

Joost Lagendijk, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (NL) Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn es um die Demokratisierung in der Türkei geht, bietet sich meiner Ansicht nach ein gemischtes Bild, mit Fortschritten in einigen Bereichen und Stillstand und Rückschritten in anderen.

Es ist ein Fortschritt, dass es am 1. Mai auf dem Taksim Square in Istanbul keine Unruhen gab, sondern nur Gewerkschaftsführer, die an die Tragödie aus dem Jahr 1977 erinnerten. Es ist ein Fortschritt, dass sich die Türkei und Armenien bereit erklärt haben, ihre gegenseitigen Beziehungen zu verbessern. Meine Aufforderung an die türkische Regierung wäre, diesen Weg fortzusetzen und sich nicht von Nationalisten in Ankara oder Baku aufhalten oder von diesem Weg abbringen zu lassen. Es ist ein Fortschritt, dass es Festnahmen von Personen gegeben hat, die unter dem Verdacht stehen, Staatsstreiche zu planen oder an politischen Morden beteiligt zu sein: die Ergenekon-Affäre.

Meine Warnung an die türkischen Behörden wäre, mit ihren Maßnahmen nicht gegen das Recht zu verstoßen, da jeder Verstoß herangezogen werden wird, um vom Wesentlichen abzulenken und von denen, die eine Lösung dieser Frage nicht wollen, die den Dingen nicht auf den Grund gehen wollen, genutzt werden wird.

Dann gibt es da allerdings auch die negativen Entwicklungen. Es ist schlimm, dass der Ministerpräsident die Bevölkerung dazu aufgerufen hat, bestimmte Zeitungen nicht mehr zu kaufen. Es ist schlimm, dass viele der führenden Mitglieder einer Partei, die demokratisch in das türkische Parlament gewählt wurde, verhaftet wurden. Die Massenverhaftung prominenter Mitglieder der kurdischen Partei für eine Demokratische Gesellschaft (DTP) ist genauso untragbar, wie das formale Verbot der Partei, da das Ergebnis dasselbe ist. Der Spielraum für das Erzielen einer politischen Lösung der Kurdenfrage wurde drastisch eingeschränkt. Das sind sehr gute Nachrichten für die Extremisten auf beiden Seiten, aber sehr schlechte Nachrichten für die Mehrheit der Türken und Kurden, die so lange schon nach einer friedlichen Lösung dieses Problems suchen.

Diese Situation, dass es auf der einen Seite Fortschritte und auf der anderen Seite Stagnation gibt, kann meines Erachtens nur dadurch beendet werden, dass sich die Regierung unzweifelhaft für tiefer gehende Reformen entscheidet, dass die Opposition diese Reformen in Wort und Tat unterstützt und dass, meine Damen und Herren, die EU ihr Versprechen hält, die Türkei als Vollmitglied in die Europäische Union aufzunehmen, wenn sie unsere demokratischen Normen erfüllt.

Dies bringt mich zu meiner letzten Bemerkung, Frau Präsidentin. Während mich die parteiweite Besorgnis hinsichtlich der Demokratisierung der Türkei sehr freut, habe ich doch kein Verständnis für MdEP, die der Türkei kritisch gegenüberstehen, aber nicht bereit sind, ihr die Vollmitgliedschaft zuzugestehen, wenn diese Probleme gelöst sind. Auch nach dem Ende meiner Amtszeit werde ich mich weiter für die Reformen einsetzen, die die Türkei braucht, um ein Vollmitglied der Europäischen Union zu werden.

VORSITZ: HERR COCILOVO

Vizepräsident

Feleknas Uca, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein vierzehnjähriger Junge wird in Hakkari von einem Polizisten eines Sondereinsatzkommandos ins Koma geschlagen. Ein ebenfalls Vierzehnjähriger ertrinkt auf der Flucht vor Gasbomben der Polizei, als er in einen Fluss fällt. Bereits am 4. April starben bei einer Demonstration nahe Urfa zwei Menschen durch einen Polizeieinsatz. Zurzeit sind mehr als 185 Minderjährige in Diyarbakir im Gefängnis. Hunderte von demokratisch gewählten Politikern und Aktivisten der DTP werden inhaftiert, darunter auch drei Vizevorsitzende der Partei. Es gibt mehr als 207 Verfahren gegen DTP-Abgeordnete.

So liest sich meine Bilanz des derzeitigen demokratischen Prozesses in der Türkei. Und diese Liste ließe sich problemlos weiterführen. Begonnen haben diese Repressionen kurz nachdem die DTP am 29. März bei den Kommunalwahlen im Südosten des Landes große Erfolge errungen und die Anzahl ihrer Bürgermeisterposten fast verdoppelt hat, während die regierende AKP dagegen in der von ihr heiß umworbenen Kurdenregion herbe Verluste verzeichnen musste. Für mich besteht ein Zusammenhang zwischen dem Wahlerfolg der DTP und der Repressionswelle gegen sie.

Aus Regierungskreisen war dann auch zu vernehmen, dass man die Ausweitung des Wahlerfolges der DTP bis an die Grenze zu Armenien als Sicherheitsrisiko betrachte. Statt dieses eindeutige Wählervotum als das zu verstehen, was es ist, und zwar als eindeutige Botschaft der Kurden, eine Lösung innerhalb des Systems zu finden, versucht man diesen politischen Erfolg notfalls auch mit Polizeigewalt zurückzudrängen.

Leider sehe ich auch bei der hoch gelobten AKP nicht den Willen und die Entschlossenheit, eine umfassende Strategie zur Lösung dieses nun seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikts zu entwickeln und durchzusetzen. Wie Sie alle wissen, hat es nach dem letzten Fortschrittsbericht keine wesentlichen Fortschritte im Bereich Presse- und Meinungsfreiheit, Anerkennung der kurdischen Realität, Rechte für religiöse Minderheiten und bei der Zivilisierung des Militärs gegeben. Die regierende AKP muss endlich eine echte Verfassungsreform

durchführen und eine Dynamik in Gang setzen, die das Land rechtsstaatlich und demokratisch erneuert und ihre pluralistische und multiethnische und multikulturelle gesellschaftliche Realität akzeptiert. Anders kann es keine wirkliche Demokratisierung der Türkei geben. Das sollte uns allen hier klar sein.

Bastiaan Belder, *im Namen der IND/DEM -Fraktion.* – (NL) Herr Präsident, die Europäische Union hat in ihren Beziehungen zu der Türkei zwei gravierende Fehler begangen. Im Jahr 1999 zwang sie die Türkei, für den Beitritt zu kandidieren, und im Jahr 2005 verfolgte sie den falschen Weg weiter, indem sie mit Ankara die Beitrittsverhandlungen aufnahm. Der Rat und die Kommission glauben, dass sie auf diese Weise das historische Erbe der Republik Türkei außer Acht lassen können.

Heute zeigt sich das historische Erbe - oder eher die historische Bürde - in einem echten kulturellen Kampf zwischen den säkularen Kemalisten und der konservativ-religiösen Front, die die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) umgibt und welche den Weg vorgibt, den die Türkei beschreiten soll. Eine negative Folge ist der spektakuläre Ergenekon-Prozess, in den zahlreiche prominente Kemalisten involviert sind. Wenn es um nationalistische Haltungen gegenüber religiösen und ethnischen Minderheiten des Landes geht, unterscheidet sich die Haltung der Kemalisten von der des Premierministers Erdoğan jedoch kaum. Die kontinuierliche Entrechtung dieser Minderheiten - die Teil der Geschichte der Republik Türkei ist - steht natürlich im Widerspruch zu den politischen Bedingungen der EU für die Mitgliedschaft.

Ich würde den Rat und die Kommission auf ein bekanntes, niederländisches Sprichwort verweisen, welches Folgendes besagt: Es ist besser, auf halbem Weg aufzuhören, als in einem Irrtum zu verharren. Die europäischen Institutionen und die türkischen Behörden sollten endlich aus dieser Weisheit lernen. Denn das ist die einzige Möglichkeit, den Weg für bessere und realistischere Beziehungen im Interesse beider Parteien zu ebnen.

Roberto Fiore (NI). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, soweit ich es verstanden habe, ist die Türkei ein Land, das mit sehr großen Problemen hinsichtlich der Demokratie zu kämpfen hat.

Wir haben von 15 000 Minderjährigen in Gefängnissen und von Hunderten von Festnahmen aufgrund von dubiosen Vorwürfen gehört, wir sind uns bewusst, dass die Kurden-Frage weiterhin offen ist und vor allem auch die Armenier-Frage, die uralt ist und auf die bis heute immer noch keine Antwort gefunden wurde. In den letzten zwei Jahren wurden Priester und Missionare ermordet; es gibt unendliche Probleme. Wenn wir die Situation mit der eines anderen Landes vergleichen, beispielsweise mit Belarus, das in Europa immer noch als Pariastaat angesehen wird und angeblich Mitglied der Achse des Bösen ist, ist es schwer verständlich, wie wir weiterhin mit der Türkei Beitrittsverhandlungen führen können.

Es gibt offensichtlich einflussreiche Lobbys, die den Beitritt der Türkei in die EU fördern und um jeden Preis erwünschen. Auch wenn wir von allem anderen absehen, können wir das Problem mit Zypern, das im Grunde einzigartig ist, nicht außer Acht lassen: Wenn man es genau nimmt, besetzt ein Beitrittsland der EU das Gebiet eines anderen Lands und tut das auch weiterhin, indem es sein Gebiet auf der Insel ausweitet und absolut restriktive Macht über die Bevölkerung der Insel ausübt.

Ich glaube, dass Europäer, die auf ihr Gewissen hören, zunehmend merken, dass eine Entscheidung gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union unausweichlich ist. Ich möchte Sie an einige Fakten erinnern: Die Türkei hat 90 Millionen Einwohner, ein starkes demografisches Wachstum, und vor allem dürfen wir nicht vergessen, dass die türkischsprachigen Länder Zentralasiens die türkische Staatsangehörigkeit fordern und dass der türkische Staat anscheinend die Absicht hat, ihnen diesen Wunsch zu erfüllen. Das heißt, dass der Beitritt der Türkei nicht nur bedeuten würde, dass die Türkei der EU beiträgt, sondern auch andere Völker und andere Länder Europas. Wir müssen auch bedenken, dass die Türkei aus historischer Sicht gegen Europa war und jetzt als wichtiger Wachposten für zwei Mächte fungiert, die sicher nicht europäisch sind, die USA und Israel.

Schließlich dürfen wir auch die Religion nicht übersehen: Wenn Millionen von Türken nach Europa strömen, würde das zum Bau von Abertausenden Moscheen führen und somit sicherlich eine Abschwächung der christlichen Identität und auch der Bürgeridentität in Europa bedeuten. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Moscheen oft ein Umfeld darstellen, in denen stark anti-freiheitliche, frauenfeindliche und anti-europäische Haltungen aufkeimen können.

Richard Seeber (PPE-DE). - Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte mich auch den Kondolenzwünschen des Kommissars an die Familien der Opfer des grausamen Anschlags anschließen. Ich möchte auch vorausschicken, dass ich alle Bestrebungen und alle Bemühungen der Türkei in Richtung Demokratisierung unterstütze. Sie sind sicher dazu angetan, die Türkei näher an die Europäische Union zu bringen – nicht „in“, aber „näher an“ die Europäische Union!

Auch glaube ich, dass wir gerade im Bereich der Menschenrechte und der Demokratisierung mit einer Politik der „Zero Tolerance“ vorgehen und besonders hohe Standards annehmen müssen. Die Beispiele, die die Kolleginnen und Kollegen gebracht haben, sprechen eine deutliche Sprache, und wir sehen, dass die Türkei hier noch einen sehr, sehr langen Weg vor sich hat, um den EU-Standard zu erreichen. Sie zeugen aber auch davon, dass die Türkei es bis jetzt verabsäumt hat, diese grundsätzlichen verfassungsmäßigen Reformen anzugehen und durchzuführen.

Das System in der Türkei ist immer noch dadurch gekennzeichnet, dass keine saubere Gewaltenteilung zwischen den verschiedenen Staatsgewalten herrscht, und darauf gehen auch die vielen Probleme zurück, die wir jetzt im politischen Leben der Türkei feststellen. Leider müssen wir auch sagen, dass die Liste der ungelösten Probleme eher länger als kürzer geworden ist.

Herausgreifen möchte ich beispielsweise auch die parlamentarischen Rechte: Besonders große Defizite bestehen im Bereich der parlamentarischen budgetären Kontrolle der Militärausgaben. Hier hat das Parlament kaum ein Mitspracherecht und vor allem gibt es Sonderfonds, die vom Parlament überhaupt nicht kontrolliert werden können.

Auch die Immunität der einzelnen Abgeordneten ist sehr, sehr unklar geregelt. Hier hat die Türkei massiven Nachbesserungsbedarf. Leider hat die Türkei auch verschiedene europäische bzw. internationale Abkommen – beispielsweise die Anti-Folter-Konvention – nicht unterschrieben. Es wäre, glaube ich, wirklich an der Türkei, hier mit gutem Beispiel voranzugehen und die europäischen und internationalen Standards zu erfüllen.

Es gäbe noch weitere Punkte aufzuzählen, aber ich werde es hierbei belassen und ersuche die Kommission, besonders streng auf die Fortschritte in diesen Bereichen zu achten.

Metin Kazak (ALDE). – (BG) Ich teile die Besorgnis über den Demokratieprozess in der Türkei, angesichts der jüngsten Festnahmen, die nach den Kommunalwahlen stattgefunden haben. Ungeachtet dessen denke ich nicht, dass Politiker, die enge Verbindungen zu Organisationen unterhalten, die ihre Ziele mit Gewalt verfolgen, unterstützt werden sollten. Gewalt war noch nie ein akzeptables und gerechtfertigtes Mittel, um Rechte und Freiheiten zu schützen.

Meiner Meinung nach benötigen Kurden mehr Rechte im Bereich Kultur und Bildung, und ich befürworte die anhaltenden Reformen sehr, insbesondere die Gründung eines neuen ganztägigen, kurdischsprachigen Fernsehkanals. Allerdings, liebe Kollegen, erhält man Rechte und Freiheiten nicht durch Gewalt, sondern durch friedliche und politische Mittel, durch Dialog und gegenseitigen Respekt.

Deshalb wird unsere starke Unterstützung der Reformen in der Türkei auch dabei behilflich sein, die grundlegenden Werte der EU aufrechtzuerhalten. Einer der wichtigsten Werte ist die Achtung von ethnischen und religiösen Unterschieden und der Vielfalt. Ich bin sicher, dass die vielversprechende Aussicht auf den Beitritt zur Europäischen Union die Achtung der Menschenrechte und den Fortschritt der Reformen in der Türkei voranbringen werden.

Vittorio Agnoletto (GUE/NGL). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Präsident, zuerst möchte ich den Vorsitzenden der Partei für eine demokratische Gesellschaft (DTP), Herrn Ahmet Türk, begrüßen, der als VIP-Gast an dieser Debatte teilnimmt. Sehr geehrter Ahmet, Sie wissen, dass wir bei Ihnen sind und dass wir den Kampf, den Ihre Partei in der Türkei für die Demokratie und die Anerkennung der Grundrechte der Kurden kämpft, unterstützen.

Wir erkennen an, dass die DTP ein wichtiges Werkzeug zur Förderung der Demokratie in der Türkei ist, und aus diesem Grund verurteilen wir die Polizeieinsätze scharf, die Premierminister Erdoğan gegen Sie angeordnet hat und bei der alle drei stellvertretenden Vorsitzenden der DTP zusammen mit mehr als 300 Aktivisten und Sympathisanten eingesperrt wurden. Der Sieg der DTP bei den letzten Kommunalwahlen zeigt, dass die DTP große demokratische Unterstützung vonseiten der Bevölkerung erfährt. Das Europäische Parlament hat Premierminister Erdoğan gebeten, direkte Verhandlungen mit der DTP zu führen, aber seine Antwort darauf war noch mehr Unterdrückung, mehr Polizei, mehr Autoritarismus und mehr Verhaftungen.

Jeder weiß, dass meine Fraktion im Parlament und die europäische Linke den Antrag zum Beitritt in die EU seitens der Türkei, aber gleichzeitig auch den Reformprozess in diesem Land bisher unterstützt haben. Ich glaube allerdings, dass Herr Erdoğan in den letzten zwei Jahren, und insbesondere in den letzten paar Monaten, eine andere Seite von sich gezeigt hat, nämlich die eines Staatsmanns, der mit dem schlimmsten Teil der türkischen Armee unter einer Decke steckt, dessen einziger Wunsch es ist, die Kurden abzuschlachten.

Der Reformprozess wurde praktisch ad acta gelegt, die Gefängnisse füllen sich mit Kurden; Herr Erdoğan selbst macht jegliche Aussicht auf einen Beitritt der Türkei zur EU zunichte. Die Verantwortung dafür, was in den europäisch-türkischen Beziehungen passiert, liegt nur bei ihm, und die zunehmende Ratlosigkeit der europäischen Öffentlichkeit hinsichtlich der Türkei ist auch ganz allein sein Verdienst.

Ich möchte Herrn Erdoğan eine sehr nachdrückliche politische Nachricht senden: Entweder Sie versuchen, eine politische Lösung zu der Kurden-Frage auszuhandeln, die - lassen Sie uns hier ganz klare Ansagen machen - direkte Verhandlungen mit der DTP beinhalten, oder wir werden Sie auffordern, die Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auszusetzen. Der Weg zur Mitgliedschaft in die Union führt über Diyarbakir und die DTP, ansonsten werden wir, diejenigen, die Ihren Beitrittsprozess am meisten befürwortet haben, diejenigen sein, die um eine Denkpause bitten werden, die sehr wohl anhalten könnte.

Patrick Louis (IND/DEM). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Türkei scheint heute als Demokratie zu funktionieren, aber es ist nicht die Aufgabe der Europäischen Union, unaufhörlich Lektionen über gutes Benehmen zu erteilen, wenn sie sich selbst lustig und ohne Skrupel über den souveränen Willen seiner Völker in Referenden hinwegsetzt.

Im Grunde genommen ist die Türkei noch weit von der Achtung der Werte der europäischen Länder entfernt; das hat sich durch die Lage der unzähligen ethnischen und religiösen Minderheiten, aus denen das Land besteht, gezeigt. Die Situation von Millionen von Kurden verbessert sich nur langsam. Die Beziehungen zu den Armeniern oder sogar zu den griechischen Nachbarn stehen unter dauerhaftem diplomatischen und militärischem Druck. Trotz internationaler rechtlicher Bestimmungen ist Zypern immer noch unter türkischer militärischer Besatzung. Das ist seit 35 Jahren so. Religiösen Minderheiten ergeht es nicht viel besser. Die Rechte der Gemeinschaften, die nicht in den Verträgen aufgeführt sind, werden regelmäßig mit Füßen getreten. Die Kommission scheint, wie das Parlament, davor die Augen zu verschließen und unterstützt weiterhin den Beitritt dieses Landes zur Europäischen Union.

Lassen Sie uns deshalb konsequent sein. Während die Zusammenarbeit mit der Türkei grundlegend ist, müssen alle Beitrittspläne für die Türkei in Übereinstimmung mit den europäischen Demokratien abgestimmt werden, und zwar über Referenden.

Marios Matsakis (ALDE). - Herr Präsident, wir haben viele unserer Bemühungen und unsere Politik auf der Hoffnung begründet, dass ein freundliches Verhalten gegenüber der Türkei ihren kemalistischen Faschismus beenden und ein annehmbares demokratieähnliches Verhalten entstehen lassen würde. Wir lagen absolut falsch und waren sehr schnell zutiefst enttäuscht und frustriert. Der Demokratieprozess in der Türkei ist mit der Geschwindigkeit einer dreibeinigen Schildkröte vorangeschritten.

Herr Kommissar, wir, und die große Mehrheit der europäischen Bürger, die wir repräsentieren, haben keine Geduld mehr. Wir haben genug. Die türkische Regierung hat sich als absolut unfähig und unwillig erwiesen, ihr Land auf den Zivilisationsstand des 21. Jahrhundert zu bringen. Herr Kommissar, die Politik mit dem Zuckerbrot ist völlig fehlgeschlagen und das müssen Sie zugeben. Jetzt ist es an der Zeit, die Peitsche zu benutzen.

Andrew Duff (ALDE). - Herr Präsident, das Parlament zeigt sich leider hinsichtlich der Türkei wieder eher wankelmütig. Ich wäre dankbar, wenn der Herr Kommissar uns seine aufrichtige Einschätzung des Ergenekon-Falls mitteilen könnte. Stimmt er damit überein, dass es sich hier um ein willkommenes Anzeichen für die Aufdeckung von Missständen und ein Zeichen dafür handelt, dass der tief sitzenden Korruption innerhalb von Teilen des türkischen Staates in gerichtlichen Verfahren endlich der Kampf angesagt wird?

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). - Herr Präsident! Ich will ein paar Worte zu dem Beitrag von Joost Lagendijk sagen. Auch wir sehen selbstverständlich die positive diplomatische Rolle der Türkei in Bezug auf Armenien, in Bezug auf den Mittleren Osten. Aber die Diplomatie ist das eine, und die Demokratie ist das andere. Das Vorgehen von Premierminister Erdogan gegen die Verlagsgruppe von Ahmed Doğan macht uns wirklich große Sorgen. Sogar der „Spiegel“, der weder mit Doğan noch mit Springer irgendetwas zu tun hat, schreibt von einem privaten Rachefeldzug von Erdogan gegen Doğan.

Ich habe eben schon den Fortschrittsbericht der Kommission erwähnt. Ich würde diese Frage an die Kommission gerne noch einmal präzisieren. Ist die Kommission mehr oder weniger besorgt über Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei als zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Fortschrittsberichts? Wenn nein, warum ist sie nicht mehr besorgt? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen beabsichtigt die Kommission zu ergreifen? Welche Bedeutung hat das Thema Presse- und Meinungsfreiheit für die laufenden

Beitrittsverhandlungen? Wie gesagt, wir sind hier im Kern der Debatte beim ersten Kopenhagener Kriterium, dem politischen.

Olli Rehn, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte den verehrten Abgeordneten erst einmal für die sehr ernste und stichhaltige Debatte über den Demokratieprozess in der Türkei danken, und ich möchte heute Abend auch dem Europäischen Parlament für seinen Beitrag zu der europäischen Politik hinsichtlich der Türkei danken. Es gibt kritische aber konstruktive Unterstützung für unseren Dialog mit der Türkei zu einem sehr kritischen Zeitpunkt. Ich denke, der Ansatz des Parlaments kann, wie auch der Ansatz der Kommission meiner Meinung nach, als fair und standhaft in Beziehung zu der Türkei und deren EU-Beitrittsprozess beschrieben werden.

Meiner Ansicht nach müssen wir in der Tat fair und standhaft sein und nur, wenn wir das beides sind, werden wir Ergebnisse sehen. Was ich meine ist, dass wir fair sein müssen im Sinne der Beibehaltung der EU-Perspektive als entscheidender Antrieb für die Reformen in der Türkei, indem wir unser Wort halten und der Türkei zeigen, dass sie in der Lage ist, die EU-Beitrittskriterien zu erfüllen. Wir müssen gleichzeitig sehr standhaft bei der Anwendung von rigorosen Bedingungen sein, insbesondere was Grundfreiheiten und demokratische Grundsätze betrifft. Diese zwei Schlüsselemente, Fairness und Standhaftigkeit, funktionieren nur zusammen und können nicht voneinander getrennt werden. Ich denke, dass dies eindeutig die beste Möglichkeit darstellt, die demokratische Umwandlung der Türkei zu unterstützen, was wir uns zum Ziel gesetzt haben. Dadurch wird die Türkei im Einklang mit dem Verhandlungsrahmen, der in den Morgenstunden des 4. Oktobers 2005 angenommen wurde, ein besserer Partner und ein voraussichtlich möglicher Mitgliedstaat der Europäischen Union.

Die momentane Sachlage ist ein sehr gemischtes Bild, wie Joost Lagendijk, Vorsitzender der Delegation des Parlaments im Gemischten Parlamentarischen Ausschuss EU-Türkei, sie beschrieben hat. Manchmal hat man das Gefühl, zwei Schritte nach vorne zu machen, und einen zurück, aber besser so, als umgekehrt.

Herr Duff hatte die Ergenekon-Untersuchung angesprochen, und ich denke, dass dies ein einschlägiger Fall ist. Angesichts der bisherigen Untersuchungen war es scheinbar entscheidend gewesen, dass dieses Netz, das hinter den möglichen politischen und anderen Angriffen auf die Demokratie in der Türkei steht, aufgedeckt wurde und dass es weiterhin im Sinne der Rechtsstaatlichkeit und des demokratischen Säkularismus entlarvt wird.

Auf der anderen Seite mag man sich in der jetzigen Phase der Ergenekon-Untersuchung fragen, ob alle Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit auch wirklich angewandt wurden oder ob andere politische Zwecke hinter diesen Verhaftungen stehen. Diese Frage ist immer noch nicht geklärt. Wir verfolgen diesen Aspekt aus nächster Nähe und werden darüber in unserem nächsten Fortschrittsbericht im kommenden Herbst auf jeden Fall berichten.

Meiner Ansicht nach sind drei Grundsätze besonders wichtig. Erstens die demokratischen Grundsätze: Die Durchführung einer Verfassungsreform, wobei Reformen der Regelungen für politische Parteien im Bezug auf die Erfahrungen vom letzten Jahr, dieses Jahres und der vorherigen Jahre, entscheidend sind, da in diesem Zeitraum wir die Tücken des verfassungsrechtlichen Rahmens der Türkei in diesem Zusammenhang festgestellt haben, wie von der Venedig-Kommission des Europarats hervorgehoben wurde.

Zweitens, die Freiheit der Meinungsäußerung, auf die sich Graf Lambsdorff bezogen hat, ist der Grundstein der Demokratie. Dies wurde unlängst bei den Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses des Parlaments mit der Großen Nationalversammlung der Türkei erörtert. Ich mache mir Sorgen um die Presse- und Medienfreiheit und ihrer Entwicklung in der Türkei, und wir werden sicherlich in einem gesonderten Abschnitt in unserem Fortschrittsbericht im kommenden Herbst darauf zurückkommen.

Ja, ein oder zwei Jahre zuvor wurden positive Fortschritte als Ergebnis der Reform des fragwürdigen Artikels 301 verzeichnet. Auf der anderen Seite rechtfertigen Fortschritte hinsichtlich Artikel 301 keine Angriffe auf die Presse- und Medienfreiheit an anderer Stelle, was heute Abend in mehreren Ausführungen angesprochen wurde.

Zuletzt die Rechtsstaatlichkeit, auf die eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft gegründet ist und die das Kernelement der Europäischen Union ist: Das wird im Kampf gegen den Terrorismus deutlich, den wir unterstützen, wenn er im Einklang mit Rechtsstaatlichkeit und Rechtsgrundsätzen in bester europäischer Tradition geführt wird.

Das Tempo der Verhandlungen mit der Türkei wird im Wesentlichen von dem Fortschritt und der Nachhaltigkeit der Reformen zur Stärkung der Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit des Landes in

allen Gesellschaftsschichten und in allen Gebieten des Landes abhängen. Das ist die Basis des Verhandlungsprozesses. Fortschritte bei den technischen Verhandlungen werden davon abhängen, ob es wirkliche Fortschritte im Zuge der Reformen zur Stärkung der Grundfreiheiten und der Menschenrechte und des demokratischen Säkularismus gibt, und wie entschieden und auf welche Weise diese Reformen umgesetzt werden. Diese sind im Vertrag über die Europäische Union und in unseren gemeinsamen europäischen Werten festgeschrieben. Das sind die entscheidenden Maßstäbe, an denen der Fortschritt der Türkei auf dem Weg in die Europäische Union gemessen wird.

Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

15. Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (Aussprache)

Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht (A6-0185/2009) von Herrn Wojciechowski im Namen des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung (KOM(2008)0553 – C6-0451/2008 – 2008/0180(CNS)).

Janusz Wojciechowski, Berichterstatter. – (PL) Herr Präsident, in unserer Zivilisation werden Tiere genutzt. Wir töten Milliarden von Tieren, um unseren Bedarf an Fleisch, Fellen und eine Reihe von anderen wirtschaftlichen Bedürfnissen zu decken. Manchmal töten wir sie auch, wenn es gar keinen wirtschaftlichen Grund dafür gibt, beispielsweise beim Sport, wie dem Jagdsport oder zur Unterhaltung, wie beim Stierkampf. Für mich ist das Töten von Tieren weder Sport noch Unterhaltung oder Kultur, aber das werden wir hier nicht vertiefen, denn das Thema unserer Debatte bezieht sich auf das Töten von Tieren aus wirtschaftlichen Gründen.

Der Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung. Ist das möglich? Ist es möglich, ein Tier zu schützen, das wir töten werden? Ja, es ist möglich, vorrangig dadurch, ihm unnütze Qualen zu ersparen. Durch den Schutz der Tiere vor unmenschlicher Behandlung schützen wir unsere eigene Menschlichkeit. Die vorgeschlagene Verordnung verbessert die Standards des Tierschutzes zum Zeitpunkt der Tötung und führt strengere und technisch bessere Normen sowie eine bessere Kontrolle ihrer Anwendung ein. Sie führt eine höhere persönliche Verantwortung für die korrekte Behandlung von Tieren sowie Anforderungen für die Ernennung eines speziellen Tierschutzbeauftragten in Einrichtungen, die Schlachtungen vornehmen, ein. Die neue Verordnung, welche die alte Richtlinie von 1993 ersetzt, zeichnet sich durch deutliche Fortschritte bei der Verwirklichung von Tierschutz aus, und daher befürworte ich als Berichterstatter die Verordnung.

Mehrere Aspekte führten zu Kontroversen. Ein augenfälliges Beispiel ist die Frage von Schlachtungsritualen. Das grundlegende Prinzip ist dabei, Tiere, die vorher betäubt oder bewusstlos gemacht wurden, zu töten. Aber aus religiösen Gründen bestehen Ausnahmen, nämlich die Tötung ohne vorherige Betäubung, wenn religiöse Gründe dies erfordern. Dieses Ritual wird von Anhängern des Islams und des Judentums praktiziert, die Tiere töten, ohne sie vorher zu betäuben. Änderungen zur Einführung eines umfassenden Verbots von Ritualschlachtungen in der Europäischen Union wurden vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung abgelehnt. Die Mitglieder des Ausschusses waren der Meinung, dass so ein Verbot nicht praktikabel wäre.

Der Ausschuss hat des Weiteren einen Vorschlag abgelehnt, der jedem Mitgliedstaat die Möglichkeit gegeben hätte, Schlachtrituale durch die nationale Gesetzgebung zu verbieten. Dies ist im Änderungsantrag 28 enthalten. Ich möchte darauf hinweisen, dass eine Abstimmung für diese Änderung bedeutet, dass Mitgliedstaaten Ritualschlachtungen innerhalb der Grenzen ihres Landes nicht verbieten können. Eine Abstimmung gegen die Änderung bedeutet eine Rückkehr zum Standpunkt der Kommission, die ein Verbot von Ritualschlachtungen durch nationales Recht ermöglicht.

Eine weitere umstrittene Frage ist der Einsatz von nationalen Referenzzentren, die von jedem Mitgliedstaat bestimmt werden sollten. Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung hat diesen Punkt in Änderungsantrag 64 abgelehnt. Ich persönlich bin der Meinung, dass solche Referenzzentren eingerichtet werden sollten und dass sie auch eine Rolle bei der Überwachung der Behandlung von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung spielen könnten.

Ich möchte Sie auf die Vorschläge des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, die in meinem Bericht enthalten sind, hinweisen. Erstens sollten die Maßnahmen zur Einführung höherer Standards für den Tierschutz zum Zeitpunkt der Tötung finanzielle Unterstützung der Europäischen Union erhalten.

Die noblen Zwecke des Tierschutzes können nicht ohne finanzielle Mittel und ohne materielle Anreize zur Einführung höherer Standards erreicht werden.

Zweitens schlägt der Bericht vor, dass die verbesserten Standards nicht nur für die Erzeuger innerhalb der Europäischen Union, sondern auch für die Importeure, deren Fleischprodukte nach Europa eingeführt werden, gelten sollten. Wir möchten sichergehen, dass sich auf dem europäischen Markt nur Tierprodukte von Tieren befinden, die nach der von der EU vorgeschriebenen Art und Weise getötet wurden.

Meine Damen und Herren, die letzte Sitzung des Europäischen Parlaments widmet sich zum Großteil dem Tierschutz. Heute haben wir uns entschieden, den Import von Robbenerzeugnissen zu verbieten, wenn die Robben grausam getötet wurden. Wir haben uns auch entschieden, höhere Standards für den Schutz von Versuchstieren einzuführen, und nun beraten wir über höhere Standards für den Schutz der Tiere zum Zeitpunkt der Tötung. Ich bin froh, dass das Parlament so viel für den Tierschutz tut und ich freue mich, meinen Teil dazu beizutragen. Der Geist des heiligen Franz von Assisi scheint in diesem Saal anwesend zu sein. Ich hoffe, dass er das auch in der nächsten Wahlperiode sein wird.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, ich möchte mich bei dem Europäischen Parlament und ganz besonders bei dem Berichterstatter, Herrn Wojciechowski, dafür bedanken, dass sie die Kernpunkte des Vorschlags der Kommission zum Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung unterstützt haben.

Ich freue mich insbesondere, dass das Europäische Parlament den allgemeinen Ansatz des Vorschlags angenommen hat, nämlich dass die Tierschutzbedingungen für Schlachthöfe dem Hygienepaket, das im Jahr 2004 angenommen wurde, entsprechen.

Die gegenwärtige Gesetzgebung zum Schutz der Tiere zum Zeitpunkt der Schlachtung stammt von 1993 und entspricht definitiv nicht den letzten Entwicklungen im Bereich der Ernährungssicherheit, der Tiergesundheit und dem Tierschutz. Nach dem aktuellen Vorschlag werden Schlachthäuser Standardverfahren einführen und Tierschutzindikatoren für die Betäubung beachten müssen, und die Mitarbeiter werden obligatorische Schulungen im Bereich des Tierschutzes erhalten.

Hinsichtlich religiöser Tötungen möchte ich hervorheben, dass die Kommission das Festhalten des Parlaments an der Religionsfreiheit voll unterstützt und dass die Kommission beabsichtigt, den Status Quo hinsichtlich dieses sensiblen Themas beizubehalten. Der Vertrag besagt eindeutig, dass religiöse Praktiken bei der Gestaltung der Gemeinschaftspolitik berücksichtigt werden müssen. Natürlich bestehen viele verschiedene Praktiken für religiöse Schlachtungen in den Mitgliedstaaten der Union.

Die Kommission schlägt vor, dass bei diesem Thema die Subsidiarität gewahrt werden sollte. Es hat sich 15 Jahre lang als nützlich erwiesen und sollte sich auch in Zukunft weiterhin bewähren. In diesem Zusammenhang können wir grundsätzlich Änderungsanträge vorbehaltlich einer Neuformulierung annehmen, wenn die Änderungsanträge die Ausrichtung der aktuellen Rechtsvorschriften, die das Recht auf Religionsfreiheit wahr, widerspiegeln, während die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, strengere Regelungen anzuwenden oder zu erlassen. Diesbezüglich möchte ich darauf hinweisen, dass der Rat hiermit einverstanden zu sein scheint.

Ich möchte jetzt ein paar Worte zu Schlachtungen, die im Hinterhof vorgenommen werden, sagen. Heutzutage ist das Schlachten von Tieren (mit Ausnahme von Rindern) außerhalb von Schlachthöfen für den Privatkonsum erlaubt, wobei aber Schweine, Schafe und Ziegen vorher betäubt worden sein müssen. Einige Bürger in den Mitgliedstaaten schlachten traditionell Schweine zu Weihnachten und Lämmer zu Ostern. Die Erhaltung dieser Traditionen ist der Kommission wichtig, aber es besteht kein Bedarf, von der Betäubung der Tiere abzusehen, da dadurch der Tierschutz untergraben werden würde. Nach Ansicht der Kommission sollte das vorherige Betäuben immer eingehalten werden, wenn Schweine oder Lämmer außerhalb von Schlachthäusern geschlachtet werden.

Ein weiterer Punkt des Vorschlags bezieht sich auf die Einrichtung eines nationalen Referenzzentrums. Wir glauben, dass dieser Punkt von entscheidender Bedeutung ist, um eine korrekte Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu gewährleisten. In Schlachthöfen führen amtliche Fleischbeschauer Kontrollen zur Lebensmittelsicherheit durch, hauptsächlich von Schlachtkörpern. Sie haben wenig Zeit zur Verfügung und beschränkte Kompetenzen, um den angewandten Tierschutz zu bewerten. Die heutigen Betäubungsgeräte sind komplex, und es ist schwer zu bewerten, ob sie den Tierschutzrichtlinien in vollem Umfang entsprechen. Nationale Referenzzentren würden dem Bedarf an technischen und wissenschaftlichen Informationen für

den Tierschutz bei der Schlachtung Rechnung tragen, und die Kommission ist der Ansicht, dass diese Anforderung im Vorschlag aufrechterhalten werden sollte.

Die Kommission ist außerdem der Meinung, dass für die Mitarbeiter in Schlachthäusern Befähigungsnachweise nach einer unabhängigen Prüfung ausgestellt werden sollten. Dieses System wurde in anderen Bereichen des Tierschutzes entwickelt, sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor. Wo das System vollständig umgesetzt wurde, konnten gute Ergebnisse erzielt werden. Es sollte deswegen auf alle Schlachthäuser in der EU ausgeweitet werden.

Eine Vielzahl an Tieren wird auch außerhalb von Schlachthäusern getötet, um die Verbreitung von Seuchen zu vermeiden. Es stimmt, dass bereits Anforderungen für die Tiergesundheit bestehen, aber die aktuellen Anforderungen entsprechen nicht dem Tierschutz. Die Bevölkerung ist der Ansicht, dass Massenneulungen zur Seuchenbekämpfung so human wie möglich durchgeführt werden sollten. Transparenz, die sich aus genauer Berichterstattung ergibt, ist deshalb entscheidend. Des Weiteren hat sich aus Erfahrungen in diesen Notfallsituationen gezeigt, dass es absolut notwendig ist, Informationen über bewährte Praktiken oder aufgetretenes Fehlverhalten zu sammeln. Bei Massenneulungen sollte deshalb auf die richtige Überwachung und Berichterstattung über Tierschutz geachtet werden.

Ich würde Ihre Unterstützung des Vorschlags der Kommission sehr begrüßen. Wenn dieser Verordnung zugestimmt wird, hätte die Europäische Union das Potenzial, den Tierschutz weltweit anzuführen und Neuerungen einzubringen.

Jens Holm, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit*. – (SV) Jedes Jahr werden hunderte Millionen von Tieren - Schweine, Kühe, Schafe, Hühner, Pferde und andere Tiere - geschlachtet und durch ganz Europa transportiert. Zusätzlich werden 25 Millionen Pelztiere geschlachtet. Dies bringt unheimlich viele Qualen für die Tiere mit sich. Die beste Lösung wäre natürlich, überhaupt kein Fleisch zu essen und auch keine Pelze zu tragen.

Diese Verordnung zielt allerdings nicht darauf ab, sondern auf die Art und Weise, wie das Leiden der Tiere in Schlachthäusern gemindert werden kann. Der Vorschlag der Kommission stellt einen Fortschritt dar, muss aber in einigen Punkten noch verschärft werden. Im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit wurde mein Standpunkt angenommen. Darin fordern wir unter anderem kürzere Transportzeiten und Wartezeiten in Schlachthäusern, Investitionen in mobile Schlachthäuser, die Erweiterung dieser Verordnung auf Pelztiere und dass Mitgliedstaaten weitere Schritte unternehmen, indem sie strengere Vorschriften einführen. Des Weiteren sollten Tierschutzbeauftragte und die vorgeschlagenen nationalen Referenzzentren zum Tierschutz unabhängig arbeiten und mehr Befugnisse erhalten.

Es ist erfreulich, dass der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung unseren Vorschlag für mobile Schlachthäuser und die Erweiterung der Verordnung auf Pelztiere unterstützt. Trotzdem bin ich zutiefst besorgt über einige Änderungsanträge, die von diesem Ausschuss und einigen Mitgliedstaaten vorgebracht wurden. Es ist schade, dass der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung die vorgeschlagenen Zeitlimits für den Transport zu und die Wartezeit in Schlachthöfen vollständig gestrichen hat. Bitte stimmen Sie für den Änderungsantrag 125, der von der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken - Nordische Grüne Linke vorgelegt wurde, sodass wir diese Anforderungen zurückerhalten. Des Weiteren verstehe ich nicht, warum der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung den Vorschlag für nationale Referenzzentren für den Tierschutz streichen möchte. Es ist auch unglaublich wichtig, dass Mitgliedstaaten erlaubt wird, weitere Maßnahmen zu ergreifen und ehrgeizigere Vorschriften als die hier beschlossenen festzulegen. Ich lege Ihnen dringend nahe, für den Änderungsantrag 124 zu stimmen. Zuletzt möchte ich noch anmerken, dass ich zutiefst besorgt darüber bin, dass der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Mitgliedstaaten, in denen momentan ein absolutes Verbot besteht, Tiere ohne Betäubung zu schlachten, nicht erlauben möchte, dieses Verbot beizubehalten. Das gilt beispielsweise für mein Heimatland Schweden. Wir haben ein Gleichgewicht zwischen religiöser Tradition und dem Tierschutz gefunden, mit dem die meisten Menschen zufrieden sind. Stimmen Sie bitte gegen den Änderungsantrag 28, wie vom Berichterstatter vorgeschlagen wurde.

Sebastiano Sanzarello, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, durch einen glücklichen Zufall habe ich an diesem Abend die Gelegenheit, zum letzten Mal unter ihrem Vorsitz in dieser Wahlperiode zu Wort zu kommen, denn ich glaube, dass dies ihre letzte Präsidentschaft sein wird, da sie nicht wieder kandidieren wollen. Ich freue mich, Ihnen Herr Cocilovo, meine Zufriedenheit darüber zum Ausdruck bringen zu können, was sie in diesem Parlament erreicht haben und welche Achtung sie unter allen Abgeordneten genießen, nicht nur in der italienischen Delegation. Ich wurde im gleichen

Wahlkreis gewählt wie Sie; wir sind politische Gegner, aber ich habe das Gefühl, dass ich es Ihnen schuldig bin, Ihnen eine erfolgreiche politische Zukunft im Interesse unseres Landes aber auch Europas zu wünschen.

Ich werde jetzt zum eigentlichen Thema kommen. Ich bin der Meinung, dass wir im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung exzellente Arbeit geleistet haben. Nachdem wir mehrere Berater und verschiedene Berufsgruppen angehört haben, haben wir versucht, den Text, der uns vom Rat und der Kommission vorgelegt wurde, zu verbessern, ihn leichter anwendbar und in sich geschlossener zu machen. Dabei haben wir die Vorschläge bezüglich des Rechts auf religiöse Praktiken und deren Ausübung in all ihren Facetten beibehalten. Es gab einige Widersprüche, denn die Kommission und der Rat haben erklärt und bestätigt, dass sie Ritualschlachtungen schützen wollen, aber einige Bedingungen machen dies in der Praxis unmöglich. Ich beziehe mich darauf, Tiere kopfüber aufzuhängen und auf das viel diskutierte Thema der Betäubung.

Von einem dialektischen Standpunkt aus scheint dies grausam zu sein, aber schauen wir uns den Vorgang genau an: Die Schmerzen, die beim tödlichen Schnitt durch die Kehle entstehen, können mit den Schmerzen verglichen werden, die durch die Betäubung hervorgerufen werden, da diese durch einen Bolzenschuss ausgeführt wird. Nach dem tödlichen Schnitt spürt das Tier keine Schmerzen mehr, und es wäre grausamer, ein Tier, dessen Kehle bereits durchgeschnitten wurde, zu betäuben. Ich bin deshalb nicht der Meinung, dass Tiere grausam behandelt werden, wenn sie nicht mehr betäubt werden, nachdem ihnen die Kehle durchgeschnitten wurde.

In der Charta der Grundrechte ist festgelegt, dass, sobald ein Konflikt mit Tierrechten besteht, die Menschenrechte, mit anderen Worten die religiösen Praktiken, vorrangig sind. Es sollten nicht nur muslimische oder jüdische, sondern auch christliche Praktiken - wie wir im Ausschuss ausgiebig erörtert haben - geschützt werden, und zwar in vollem Umfang. Nicht nur aufgrund der Tatsache, dass, seitdem wir wechselseitige Beziehungen mit Drittländern führen, Menschen einiger Religionen in Europa sonst kein Fleisch mehr essen könnten, da es in Europa nicht produziert und nicht nach Europa importiert werden kann. Meiner Meinung nach wäre das nicht fair.

Rosa Miguélez Ramos, im Namen der PSE-Fraktion. – (ES) Herr Präsident, meine Damen und Herren, wie wir bereits gehört haben, soll der Vorschlag, den wir heute besprechen, eine Richtlinie ersetzen, die mittlerweile aufgrund technologischer Fortschritte veraltet ist, indem er eine neue Verordnung einsetzt, die ermöglicht, dass alle gemeinschaftlichen Auflagen zum Tierschutz einheitlich in der Europäischen Union angewandt werden können.

Im Bezug auf den Binnenmarkt und in Anbetracht der Tatsache, dass die Einhaltung von Vorschriften den Wettbewerb behindern kann, werden durch die Verordnung ähnliche Wettbewerbsnormen für alle Marktteilnehmer in der Gemeinschaft geschaffen. Der Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, der sich entschieden hat, kleine Marktteilnehmer von einigen Auflagen zu befreien, hat in der Tat die Verantwortung für große Marktteilnehmer erhöht - über diesen Text beraten wir heute - und hat zusätzlich den Posten eines Tierschutzbeauftragten in großen Unternehmen geschaffen.

Der Bericht, über den wir heute beraten, stärkt den Vorschlag der Kommission in grundsätzlichen Fragen. Er berücksichtigt beispielsweise nicht mehr die Änderung der aktuellen Tiertransportvorschriften hinsichtlich der gesamten Transportzeiten durch diesen Vorschlag, was wir für absolut unfassbar halten, und hält stattdessen an dem aktuellen Verbot zum Tiertransport fest, das hauptsächlich dann greift, wenn Tiere transportuntauglich sind.

Zusätzlich korrigiert und verdeutlicht er die Verantwortung der Unternehmen für die Einhaltung von Tierschutzvorschriften: Die Betreiber wären nun vordergründig für die Einhaltung von Vorschriften zuständig und nicht die Mitarbeiter.

Zuletzt, Herr Kommissar, möchte ich noch daran erinnern, dass alle Rechtssysteme in den verschiedenen Regionen und Ländern in der Europäischen Union unterschiedlich sind; Jedes einzelne ist anders. Wenn die Vorschriften so umgesetzt werden würden, wie die Kommission vorschlägt, würde die Einrichtung von nationalen Referenzzentren, auf die Sie sich gerade in Ihrer Rede bezogen haben, die Einrichtung von 17 Referenzzentren in Spanien zur Folge haben und nicht nur eines einzigen Zentrums für das ganze Land. In Spanien ist die zentrale Regierungsmacht auf die autonomen Regionen aufgeteilt, und wir wären deshalb gezwungen, 17 dieser nationalen Referenzzentren, die Sie für angemessen halten, einzurichten. Das wäre lächerlich; ein Zentrum für jede Region. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, dass die zuständige Behörde die Verantwortung für die korrekte Anwendung der Vorschriften trägt.

Zdzisław Zbigniew Podkański, im Namen der UEN-Fraktion. – (PL) Herr Präsident, der Bericht von Herrn Wojciechowski zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über den Schutz von Tieren zum Zeitpunkt der Tötung spricht das sehr wichtige Thema des Tierschutzes an. Es wird indirekt die Frage aufgeworfen, ob die heutigen Menschen in der Lage ist - nicht nur in Bezug auf Menschen, sondern auch auf Tiere - Grausamkeiten abzuschaftern und neue Werte einzuführen, die den Schmerzen, Leiden, der Angst und der Todesangst Rechnung tragen.

Leider werden trotz der Entwicklung der Zivilisation und der Technologie jedes Jahr immer noch Milliarden von Tieren und Vögeln getötet, oft grausam und ohne Betäubung. Daraus entstehen weitere Fragen, beispielsweise warum das Verhalten von intelligenten und gebildeten Menschen Tieren gegenüber oft das von primitiven Völkern gleicht, die um ihr Überleben kämpfen müssen. Wie könnten wir das ändern?

Diese Fragen werden im Wesentlichen in dem Bericht beantwortet, aber es bleiben noch viele grundlegende Probleme ungelöst, beispielsweise hinsichtlich der Gesetzgebung, Ritualschlachtungen und der Gewissensbildung der Gesellschaft. Diese Probleme müssen deshalb vom Rat, der Kommission oder von dem neu gewählten Parlament gelöst werden. Ich hoffe, dass die Arbeit zur Verbesserung des Tierschutzes in Zukunft von der Erkenntnis begleitet wird, dass Tiere Lebewesen sind, die Schmerz und Qualen wahrnehmen können; dass sie keine Gegenstände sind und dass Menschen sie achten, schützen und sich um sie kümmern sollten.

Alyn Smith, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, ich möchte dem Berichterstatter, Herrn Janusz Wojciechowski, meine persönlichen Glückwünsche ausdrücken, ein sehr komplexes und emotionales Dossier souverän bewältigt und dabei viele unterschiedliche Standpunkte berücksichtigt zu haben. In dieser Rede, die wahrscheinlich meine letzte in dieser Amtszeit sein wird, möchte ich die Kollegen darauf hinweisen, dass dieses Thema meiner Meinung nach ein klassisches europäisches Dossier des Europäischen Parlaments ist. Es ist technisch, komplex und für unsere Bürger nicht sehr zugänglich, aber man sollte bedenken, dass Tierschutz von absoluter Wichtigkeit für unsere Bürger und Fairness von absoluter Wichtigkeit für unsere Erzeuger, unsere Verbraucher und unseren Markt ist.

Ich befürworte vor allem die Änderungsanträge 45 und 46, die sicherstellen, dass Drittländer, die in die EU exportieren wollen, unseren Standards entsprechen. Das ist ein entscheidendes Element der Fairness unseren Erzeugern gegenüber und auch für das Vertrauen der Verbraucher in unsere Märkte. Deswegen sollte dies begrüßt werden.

Auch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme in Änderungsantrag 65 bis 67, welche die betriebliche Fortbildung ermöglicht, ist besonders für kleinere Schlachthäuser und kleinere Betriebe in der gesamten Europäischen Union zu begrüßen. Auch dass kleinere Schlachthöfe von der Auflage, über einen Tierschutzbeauftragten zu verfügen, ausgenommen werden, ist sehr begrüßenswert.

Was religiöse Schlachtungen anbetrifft, denke ich, dass der Herr Kommissar mit seiner Meinung absolut richtig liegt. Ich glaube nicht, dass wir das in diesem Gesetzespaket regeln müssen; also sind das gute Nachrichten für die Verbraucher. Auch für das Vertrauen in den Fleischmarkt in der Europäischen Union sind das gute Nachrichten. Es wurde insgesamt sehr gute Arbeit geleistet. Meine Glückwünsche.

Maria Petre (PPE-DE). – (RO) Ich möchte zu allererst den Berichterstatter beglückwünschen und ihm für seine Zugänglichkeit danken.

Ich stimme mit den Vorschlägen der Kommission überein, die besagen, dass Tiere nur durch Methoden getötet werden dürfen, die den sofortigen Tod zur Folge haben oder nachdem sie betäubt worden sind. Schlachtungen bei religiösen Ritualen sind dabei allerdings die Ausnahme. Ich unterstütze außerdem, dass diese Verordnung nicht für Schlachtungen für den Eigenverbrauch gilt, was sich auf die Traditionen der großen religiösen Feste, wie Ostern und Weihnachten und nur für einen Zeitraum von 10 Tagen vor diesen Festlichkeiten bezieht.

Mitarbeiter von Schlachthäusern und anderen verwandten Betrieben müssen entsprechende Fortbildungskurse besuchen, die ganz normal ablaufen und zu deren Abschluss ein Befähigungsnachweis ausgestellt wird.

Die europäischen Vorschriften, die im Bereich des Tierschutzes eingeführt werden, gehören weltweit zu den strengsten. Sie haben höhere Produktionskosten zur Folge und können den Wettbewerb mit Staaten, in denen die Gesetzgebung diesbezüglich weniger strikt ist, verzerren. Aus diesem Grunde fordere ich die Kommission auf, sicherzustellen, dass Fleisch- und andere Produkte tierischen Ursprungs, die aus Drittländern in die EU importiert werden, europäischen Standards entsprechen. Wir würden begrüßen, wenn die

Kommission Kontrollen in Schlachthöfen durchführen könnte, die ihre Erzeugnisse in die Europäische Union exportieren dürfen, um zu bestätigen, dass zusätzlich zu den Gesundheitszeugnissen, die bereits ausgegeben werden, die Vorschriften hinsichtlich des Tierschutzes eingehalten werden.

Neil Parish (PPE-DE). - Herr Präsident, ich möchte Frau Vassiliou sehr für ihre Arbeit hier im Parlament danken. Sie hat nur in den letzten paar Jahren an dem Dossier gearbeitet und hat außerordentlich gute Arbeit geleistet; dafür möchte ich ihr gratulieren. Auch möchte ich Herrn Janusz Wojciechowski zu seinem sehr guten Bericht gratulieren und ihm danken, dass er ein sehr guter stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft war.

Ich denke, dass Tierschutzstandards in Europa absolut unerlässlich für die Produktion von Fleisch hoher Qualität sind. Wir wollen sicherstellen, dass Tiere, deren Fleisch wir konsumieren, sorgfältig und unter Einhaltung hoher Standards aus Gründen der Hygiene und des Tierschutzes geschlachtet werden. Ich begrüße in der Tat die Idee für mobile Schlachthöfe, denn ich denke, dass dieses System extrem gut funktionieren wird. Ich denke auch, dass wir vorsichtig sein müssen, denn viele kleine Schlachthäuser in Europa wurden in der Vergangenheit geschlossen, auch in meinem Heimatland, und deswegen wollen wir sicher sein, dass zwar angemessene Vorschriften vorliegen, aber nicht zu viele, da sie kleine Schlachthäuser zur Schließung veranlassen würden.

Ich werde jetzt ziemlich polemisch. Ich bin der Meinung, dass wir als Menschen genau darüber entscheiden sollten, wie die Tiere auf dieser Welt geschlachtet werden. Ich glaube, dass die Kommission ihren Standpunkt überdenken muss. Entweder Sie akzeptieren religiöse Schlachtungen und die Tatsache, dass Tiere nicht betäubt werden und somit die Tiere, die wir zu Weihnachten geschlachtet aus anderen Ländern importieren wollen, auch auf diese Art und Weise getötet werden, oder Sie machen sich für den Standpunkt stark, den ich für richtig halte, nämlich, dass wir als Menschen darüber entscheiden, wie Tiere geschlachtet werden und dass Tiere vorher betäubt werden sollten. Ich denke, es ist gänzlich klar, dass es so gemacht werden sollte. In einigen Mitgliedstaaten werden Tiere bei Halal-Schlachtungen und jüdischen Schlachtungen vorher und nachher betäubt. Ich wundere mich, warum das nicht in ganz Europa so durchgeführt werden kann, denn wir müssen absolut sichergehen können, dass alle Tiere gleich behandelt werden. Obwohl ich das Subsidiaritätsprinzip akzeptiere, würde ich es begrüßen, wenn die Kommission die Mitgliedstaaten unter Druck setzen würde, um zu gewährleisten, dass in Europa in Zukunft ordnungsgemäße Schlachtungen und Betäubungen durchgeführt werden.

Was die Etikettierung anbetrifft, denke ich auch nicht, dass das ein Problem darstellen sollte. Warum sollten wir Tiere nicht danach auszeichnen, wie sie geschlachtet wurden? Wenn kein Problem mit Halal-Schlachtungen oder jüdischen Schlachtungen besteht, warum sollten wir uns dann Sorgen darum machen, das auf den Etiketten zu kennzeichnen? Lassen Sie uns zweckmäßige Etiketten einführen, sodass die Verbraucher in Zukunft genau wissen, was sie kaufen. Es ist sehr wichtig für die europäische Landwirtschaft, hohe Standards zu haben.

Marios Matsakis (ALDE). - Herr Präsident, das Recht auf Religionsfreiheit kann meiner Ansicht nach die Vorschriften und Regelungen unserer Länder nicht außer Acht lassen und derart gegen unsere Standards für Schlachthygiene und Tierschutz verstoßen. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum wir im Namen der Religion anachronistische, unhygienische und sogar sadistische Tötungen von Tieren vor den Augen von Erwachsenen und Kindern tolerieren sollten, die manchmal pompös zelebriert werden.

Ich glaube aus diesem Grund, dass Tiere nur unter kontrollierten Umständen in einem zugelassenen und kontrollierten Schlachthaus getötet und dass Tiere generell nicht getötet werden sollten, ohne vorher betäubt worden zu sein. Religionsfreiheit ist eine Sache, Tieren unnötige Schmerzen zuzufügen und Hygienevorschriften zu verletzen eine andere. Die Regeln und Gesetze in der EU sollten für alle einheitlich sein, unabhängig von der Religion.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (Verts/ALE). - Herr Präsident, Frau Kommissarin! Ich glaube, dass wir in dieser Diskussion die Frage des Tierschutzes zu stark verkürzen auf die Frage „Betäubung: ja oder nein?“. Nicht, dass ich gegen Betäubung bin, nur müssen wir feststellen, dass die Betäubung ursprünglich nicht des Tierschutzes wegen eingeführt wurde, sondern aus ökonomischen Gründen, um bei der Massentierhaltung und den daraus folgenden Massentötungen in den Schlachthöfen überhaupt Schlachtungen durchführen zu können, ohne dass die Qualität des Fleisches unter der Aufregung des Schlachtens leiden und dadurch gemindert würde.

Es geht also bei der Schächtung um die hohe Kunst des Schlachtens, ohne dass zusätzliche Leiden für die Tiere entstehen, und es geht bei der Frage der Betäubung in Schlachthöfen nicht nur um die Frage „Betäubung:

ja oder nein?“, sondern auch um die Behandlung der Tiere während des Transports und der Haltung in den Schlachthöfen. Ich stimme Herrn Parish zu, dass, wenn geschächtet wird, dies auch entsprechend vermerkt werden sollte, damit die Verbraucher wissen, was sie kaufen und was sie damit unterstützen.

Androulla Vassiliou, Mitglied der Kommission. – Herr Präsident, die heutige Debatte über den Bericht von Herrn Wojciechowski spiegelt die Besorgnis des Parlaments, der Kommission und natürlich auch der Bevölkerung über den Schutz der Tiere zum Zeitpunkt der Tötung wieder. Der Vorschlag der Kommission führt wichtige Innovationen ein, die Sie hoffentlich unterstützen werden.

Heute schreibt die Gesetzgebung der Europäischen Union vor, dass Drittländer, die in die EU exportieren, die gleichen Standards anwenden müssen. Zusätzlich muss auf den Einfuhrbescheinigungen für Fleisch bestätigt werden, dass in den exportierenden Betrieben EU-Standards eingehalten wurden. Deswegen sind wir der Meinung, dass hinsichtlich des Vorschlags der Kommission weiterhin der Grundsatz der Gleichwertigkeit gelten sollte.

Ich habe all Ihren Beiträgen aufmerksam zugehört und ich denke, dass sie sehr hilfreich für unsere Bemühungen sind, Tierschutz effizient zu gewährleisten. Durch die Annahme dieses Berichts senden wir die richtigen Signale an die Bevölkerung, dass wir uns mit ihren Anliegen auseinandersetzen und gleichzeitig legen wir moderne Standards für globale Praktiken hinsichtlich des Wohlergehens der Tiere zum Zeitpunkt der Schlachtung fest. Ich danke dem Parlament und seinem Berichterstatter für diesen Bericht.

Da dies meine letzte Rede in diesem Parlament ist, möchte ich zuletzt noch sagen, wie sehr ich die Zusammenarbeit mit Ihnen allen genossen habe und wünsche Ihnen für ihre künftige Arbeit viel Erfolg und Zufriedenheit.

Janusz Wojciechowski, Berichterstatter. – (PL) Herr Präsident, Herr Kommissar, ich möchte mich diesen Wünschen anschließen und bin froh, dass die letzte Rede des Herrn Kommissars im Parlament die Vorlage eines wirklich guten Entwurfs und einer gelungenen Verordnung zum Thema hatte, und die Mehrheit derjenigen, die hier das Wort ergriffen haben, stimmen gewiss hiermit überein. Ich wünsche mir sehr, dass das Endresultat dieser gemeinsamen Arbeit mit dem Parlament, der Kommission und dem Rat den Vorschlag der Kommission nicht wesentlich beeinträchtigen wird, da die Kommission in der Tat sehr gute Vorschläge gemacht hat. Allerdings sind zwei wichtige Aspekte des Ansatzes zum Tierschutz in den Maßnahmen, die den Tierschutz verbessern sollen, zu nennen.

Der erste bezieht sich auf die finanziellen Mittel. Leider werden wir die Zustimmung der Gesellschaft für die Aufstellung dieser Standards nicht bekommen, wenn wir ihre ordnungsgemäße Finanzierung nicht sicherstellen. Die Finanzmittel der Gemeinschaft sind hierbei sehr wichtig, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Es ist nicht möglich, höhere Standards wie diese ohne Finanzierung einzuführen und alle Kosten auf die Organe zu übertragen, die diese Standards einführen sollen.

Der zweite Aspekt betrifft die Gleichwertigkeit, denn verbesserte Standards sollten nicht die Wettbewerbsfähigkeit von Erzeugern in der Europäischen Union einschränken. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Weg, um das zu erreichen. Ich freue mich, dass die Vorschläge in diesem Saal befürwortet werden.

Ich möchte mich noch einmal bei dem Herrn Kommissar bedanken. Des Weiteren möchte ich auch den Kollegen danken, die bei dieser Debatte das Wort ergriffen haben, und ich freue mich, dass die Idee, Standards für den Tierschutz heraufzusetzen, in diesem Saal einmütig akzeptiert wird.

Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung wird am Mittwoch, den 6. Mai 2009 stattfinden.

16. Allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (Aussprache)

Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht (A6-0273/2009) von Herrn Corbett im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die allgemeine Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments (2007/2124(REG)).

Richard Corbett, Berichterstatter. – Herr Präsident, ich werde wahrscheinlich nicht meine vier Minuten benötigen, um den Bericht vorzustellen, vielleicht aber etwas mehr Zeit am Ende, wenn ich auf Fragen eingehe, die der Klärung bedürfen.

Dieser Bericht ist das Ergebnis von viel Arbeit. Der Inhalt der Reformen, die wir in unserer Geschäftsordnung durchführen möchten, wurde zum Teil in der von der Konferenz der Präsidenten eingerichteten Arbeitsgruppe Reformen unter der fachmännischen Leitung von meiner Kollegin Dagmar Roth-Behrendt erarbeitet. Sie hat eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die von der Konferenz der Präsidenten angenommen und an uns weitergeleitet wurden, um sie bestmöglich in die Geschäftsordnung aufzunehmen.

Der Inhalt ergibt sich zweitens aus einer Reihe vieler kleiner unterschiedlicher Änderungen, die lange Zeit in Vorbereitung waren, aber wir wollten die Geschäftsordnung nicht durch mehrere Berichte zu kleinen Punkten ändern und haben somit die Punkte zusammengefasst. Einige davon sind sehr fachspezifisch; andere haben eher klärenden Charakter und machen unsere Geschäftsordnung lesbarer, wie diejenige, die Artikel 141, 142 und 143 zu einem einzigen kodifizierten Text zusammenfasst, der die Organisation unserer Plenardebatten festlegt. In Verbindung dazu steht die innovative Änderung, nach der wir die Methode mit der blauen Karte einführen sollten, mit der wir uns gegenseitig unterbrechen können. Herr Duff möchte mir beispielsweise jetzt eine Frage zu dem, was ich gerade gesagt habe, stellen, und ich würde ihm dazu für 30 Sekunden die Gelegenheit geben, wenn dieser Artikel angenommen würde. Ich bin mir sicher, Herr Präsident, dass Sie ihm das auch jetzt schon gewähren würden, wenn er das tun wollte, aber glücklicherweise möchte er das nicht.

Es gibt also einige innovative Funktionen, durch die unsere Debatten etwas lebendiger gestaltet werden können. Ich kann mich erinnern, dass, als ich zum ersten Mal vorschlug, den Zeitraum für Wortmeldungen am Ende von ordentlichen Debatten einzuführen, jeder gesagt hat: Nein, wir können das nicht erlauben, dass wird die Redezeit der Fraktionen durcheinanderbringen und so weiter. Mittlerweile wenden wir diese Methode an, und sie ist ein akzeptierter Teil unserer Verfahren und wird von den meisten Abgeordneten meiner Meinung nach sehr begrüßt. Ich bin deshalb der Meinung, dass dies mit dem Verfahren mit der blauen Karte genauso ablaufen wird. Jetzt wird noch etwas gezögert, aber lassen Sie es uns ausprobieren, um zu sehen, wie es funktioniert, und ich bin zuversichtlich, dass es gelingen wird.

Während wir darüber im Ausschuss oder im Plenum diskutiert haben, wurden auch einige Änderungen vorgeschlagen. Es gab zum Beispiel einen Vorschlag, dass alle Endabstimmungen über Rechtsvorschriften automatisch namentlich stattfinden sollten; ich glaube dieser Vorschlag kam von Frau Dahl. Ich begrüße diese Änderung und sie wurde in meinen Bericht aufgenommen. Von vielen Mitgliedstaaten wurde vorgeschlagen, dass der Artikel über interfraktionelle Arbeitsgruppen geändert werden sollte und sei es nur durch eine klare Definition, was sie darstellen und was nicht, um zu zeigen, dass sie informell sind und dass sie nicht die Aufgaben von parlamentarischen Gremien übernehmen dürfen.

Also gibt es hier viele interessante Dinge zu tun. Des Weiteren existiert ein Änderungsantrag für das seltsame System, nach dem bei unserer Eröffnungssitzung der älteste Abgeordnete den Vorsitz hat, anstatt beispielsweise der scheidende Präsident, wie in manchen Parlamenten, oder vielleicht der scheidende Vizepräsident, auch wenn der Präsident nicht wiedergewählt wird. Das wäre eine beachtliche Verbesserung unserer Geschäftsordnung.

Damit beende ich meinen Beitrag. Ich habe meine gesamte Redezeit nicht genutzt, aber wenn es nötig ist, kann ich gerne zum Schluss Fragen beantworten oder Erklärungen abgeben.

József Szájer, *im Namen der PPE-DE-Fraktion*. – Herr Präsident, ich begrüße diesen Vorschlag und möchte mich außerdem bei Herrn Richard Corbett für seine harte und nicht immer dankbare Arbeit bedanken.

Wenn wir die Geschäftsordnung ändern, fangen unsere Kollegen oft an, sich Sorgen darüber zu machen, was wir ändern wollen. Die meisten von ihnen merken nur, was passiert ist und was wir geändert haben, wenn die Änderungen in Kraft treten, und zu diesem Zeitpunkt kann nichts mehr geändert werden. Ich unterstütze ausdrücklich die meisten der vorgelegten Vorschläge, insbesondere, da sie nicht nur Ihre harte Arbeit widerspiegeln, sondern auch, wie Sie bereits erwähnt haben, die harte Arbeit der Arbeitsgruppe Reformen unter der Leitung von Dagmar Roth-Behrendt, die diesen Vorschlag sehr gut vorbereitet hat.

Während des Reformprozesses im Parlament habe ich allerdings bei Debatten in unserer Reformgruppe klar gemacht, dass dieser Bericht über die Parlamentsreform durch Änderungen in der Geschäftsordnung angenommen werden muss. Das ist ein demokratisches Verfahren, das durch eine Abstimmung abgeschlossen wird. Nichts könnte lediglich auf der Grundlage von Debatten in dieser Gruppe geändert werden, und unsere Arbeit wurde entsprechend ausgeführt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich einige Aspekte, die gerade genannt wurden, etwas kritisch sehe, nämlich, dass einige informelle Verfahren des Parlaments institutionalisiert werden sollen. Ich bin etwas besorgt, denn Gepflogenheiten sollten Gepflogenheiten bleiben und nicht unbedingt die Regeln ändern.

Für unsere Fraktion ist der wichtigste Punkt allerdings die Verhältnismäßigkeit. In unserem Parlament unterliegen die Ausschüsse strengen Regeln. Dadurch, dass die Abstimmungen in den Ausschüssen vorbereitet werden und stattfinden, entlasten sie das Parlament enorm. Es ist nicht nur eine einfache Frage des Verfahrens, sondern auch der Demokratie, dass der Ausschuss die Verhältnismäßigkeit widerspiegelt, die im Plenum vorherrscht, wenn über wichtige Themen entschieden wird. Ich denke, es handelt sich um eine grundsätzliche Frage der Demokratie und befürworte im Namen der PPE-DE-Fraktion diesen Bericht.

Costas Botopoulos, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident, ich bin eine der seltsam veranlagten Personen, die glaubt, dass die Geschäftsordnung unsere eigene Arbeit hier in unserem Parlament widerspiegelt. Deswegen bin ich der Meinung, dass dies eine wichtige Arbeit von Richard Corbett ist, der auf diesem Gebiet ein herausragender Spezialist ist. Man muss ihm zugute halten, dass dies die zweite Änderung der Geschäftsordnung ist. Einige Aspekte wurden kürzlich geändert, und wir ändern sie nun erneut, da die Praxis in unserem Parlament diese Änderungen erfordert.

Ich möchte heute Abend eine allgemeine und drei besondere Anmerkungen machen. Meine allgemeine Bemerkung bezieht sich darauf, dass ich es für sehr wichtig halte, über den zweiten Punkt von Herrn Corbetts Bericht zu sprechen: Der Einfluss des Vertrags von Lissabon auf unsere Geschäftsordnung. Es ist sehr wichtig, auch darüber zu sprechen, denn eine Änderung der Geschäftsordnung ohne diesen zweiten Teil wäre unvollständig.

Meine drei besonderen Anmerkungen: Die erste betrifft eine Änderung, zu der auch ich ein wenig beigetragen habe. Sie bezieht sich auf unseren Versuch, die Idee eines *Bürgerforums* in die Geschäftsordnung einzubringen. Dadurch würden auch die Bürger die Möglichkeit bekommen, sich an das Europäische Parlament zu wenden und an den Diskussionen im Parlament teilzunehmen. Ich denke, dass dies eine symbolisch wichtige Initiative ist, die wir zusammen mit meinem Freund und Kollegen Gérard Onesta ergriffen haben, und ich denke, es wäre sehr positiv, wenn ein solches Bürgerforum in die Geschäftsordnung aufgenommen werden würde.

Der zweite Aspekt, den ich für wichtig halte, bezieht sich auf die Änderungen, die wir hinsichtlich der Initiativberichte vorgenommen haben: Wir haben gesehen, wie Initiativberichte in der Praxis genutzt werden und führen deshalb erneut die Möglichkeit auf Änderungen durch ein Zehntel der Parlamentarier ein. Der dritte Aspekt bezieht sich auf das Verfahren mit der blauen Karte. Ich befürworte alles, was unsere Debatten im Parlament lebendiger macht, und dies ist eine zivilisierte Art und Weise für Parlamentarier, sich gegenseitig zu unterbrechen. Debatten so zu führen ist meiner Meinung nach eine gute Idee.

Andrew Duff, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident, zuerst einmal möchte ich mich bei Herrn Corbett für seine Arbeit bedanken. Die ALDE-Fraktion wird dieses Paket unterstützen. Es stellt eine modernisierende Reform des Parlaments dar, die wir begrüßen. Wir werden dadurch effizienter und pluralistischer arbeiten können, und ich hoffe, dass unsere Attraktivität für die Öffentlichkeit und natürlich die Presse dadurch im Endeffekt steigen wird.

In zwei bis drei Punkten muss ich allerdings ein wenig Kritik anmelden. Der erste bezieht sich darauf, was Herr Szájer angesprochen hat: Der Versuch, in den Ausschüssen zwangsweise eine genaue Verhältnismäßigkeit zu der Verteilung der Parteien im Parlament herzustellen. Ich denke, es ist absolut korrekt, wenn eine Fraktion mehr Mitglieder in einem Ausschuss stellen möchte, wenn sie ihn als besonders wichtig erachtet. Ich glaube, wenn wir Änderungsantrag 42 annehmen, werden die Fraktionen und Abgeordneten enttäuscht sein. Außerdem wird dadurch am Ende mehr Flexibilität benötigt.

Des Weiteren möchte ich vehement die Änderungen verteidigen, die im Ausschuss für konstitutionelle Fragen zu Artikel 45 Absatz 2 vereinbart wurden und über die Costas Botopoulos gerade gesprochen hat. Ich denke, wir brauchen eine Ausweichmöglichkeit, um die Initiativberichte zu verbessern, falls dies nötig ist, und unsere Erfahrung, seitdem im Juli die letzten Änderungen eingebracht wurden, hat gezeigt, dass sie oft Verbesserungen durch das Plenum benötigen.

Ich möchte auch Änderungsantrag 68 zum Verfahren der Neufassung loben. Ich denke, dass das Parlament sich selbst zu sehr einengt, und wir sollten die interinstitutionelle Vereinbarung von 2001 in unseren Verfahren genau überdenken, um den Ausschüssen zu ermöglichen, in sehr eingeschränkter Form über wesentliche Änderungen von Teilen der Richtlinien oder Verordnungen, welche die Kommission neufassen möchte, zu beraten.

Schließlich möchte ich das Hinzufügen von Einzelabstimmungen und getrennten Abstimmungen zu dem Verfahren verhindern, das dem Präsidenten ermöglichen würde, einen Bericht an den Ausschuss zurückzuverweisen, wenn mehr als 50 inhaltliche Änderungsvorschläge zu diesem Bericht gemacht wurden.

Monica Frassoni, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion.* – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz hat nie viel Zeit für die großen Parlamentsreformen von Herrn Corbett gehabt. Ich bin mit ihm befreundet, und wir haben viele Jahre lang zusammengearbeitet, das weiß er, und er wird mir das, was ich jetzt sage, nicht übel nehmen: Die Parlamentsreformen neigen dazu, unser Parlament in eine bürokratische Maschine zu verwandeln, in der die Rolle der einzelnen Abgeordneten, die Minderheiten und sogar die Ausschüsse der wachsenden, teilweise willkürlichen Entscheidungsgewalt der Konferenz der Präsidenten und der Verwaltung unterliegen. Zusätzlich machen sie die Beziehung zwischen dem Hauptausschuss und den mitberatenden Ausschüssen im Gesetzgebungsverfahren verworren und schüren im Grunde Konflikte.

Ich muss sagen, ich wundere mich, dass wir in dieser Debatte heute Abend gar nicht über die Aspekte beraten, die wir für grundlegend problematisch in der Verfahrensreform halten. Der erste ist die Verwirrung, die zwangsläufig zwischen dem Hauptausschuss und den mitberatenden Ausschüssen entsteht, denn wenn der Hauptausschuss die Änderungen des mitberatenden Ausschusses ablehnt, könnte über diese Änderungsanträge direkt im Plenum beraten werden, und das würde natürlich ein extrem hohes Potenzial für rechtliche Verwirrung schaffen, was wir im Übrigen im Fall von REACH gesehen haben.

Ferner ist kein mitberatender Ausschuss wirklich frei. Der Grund dafür sind die verwirrenden und absolut inakzeptablen Mechanismen, die sich durch die Möglichkeit von gleichzeitigen Abstimmungen und dadurch, dass es Mitberichterstatte bei Themen gibt, die von besonderer Wichtigkeit für unsere Gesetzgebungsbefugnis ist, ergeben.

Zuletzt Herr Präsident, gibt es einen weiteren Punkt, über den wir sehr besorgt sind. Eines der Ergebnisse der Arbeitsgruppe für die interne Reform, an der ich teilgenommen habe, das wir zu Anfang für positiv gehalten hatten, war der Vorschlag, die Befugnisse und die Rolle des Petitionsausschusses erheblich zu stärken. Bei dieser Reform wurde die Rolle des Petitionsausschusses allerdings zunichte gemacht, denn er wird nicht länger in der Lage sein, das Parlament direkt anzurufen, es sei denn, es treten große Probleme auf oder es bestehen eventuelle Konflikte mit dem zuständigen Ausschuss.

Aus all diesen Gründen hält unsere Fraktion diese Reform für nicht ausgereift, und wir denken, dass es ein großer Fehler wäre, wenn die Mehrheit des Parlaments sie annehmen würde.

Präsident. – Danke, Frau Frassoni. Herr Corbett wird natürlich das Recht haben, zu antworten, aber ich kann nicht verleugnen, dass Frau Frassoni die rote Karte gezogen hat, während sie darauf wartet, die blaue Karte auszuprobieren.

Hanne Dahl, *im Namen der IND/DEM-Fraktion.* – (DA) Herr Präsident, die Geschäftsordnung bildet die Basis aller Arbeit in einem demokratisch gewählten Parlament. Klare Regeln stellen sicher, dass jeder, der am politischen Prozess teilnimmt, gleich behandelt wird. Sie können die Anforderungen nicht ändern, um zu vermeiden, dass einige Fraktionen, Personen oder Meinungen Einfluss ausüben. Sie können nicht einfach die Regeln so auslegen, wie es Ihnen passt.

Letzte Woche hat die Konferenz der Präsidenten beispielsweise über einen Antrag beraten, um die Abstimmung über den Bericht von Herrn Staes zu umgehen. Glücklicherweise hat der juristische Dienst das abgelehnt. Das Ergebnis einer Abstimmung muss gültig sein. Infolgedessen hat auch meine Fraktion Änderungsanträge vorgelegt, nach denen alle Abstimmungen elektronisch ablaufen würden. Das würde uns ermöglichen, Fehler zu vermeiden und gleichzeitig sicherzustellen, dass wir beschlussfähig sind. Ich ersuche die Abgeordneten, für diese Änderungsanträge zu stimmen.

Jo Leinen (PSE). – Herr Präsident! Die Reform der Europäischen Union ist schon schwer, aber die Reform des Europäischen Parlaments ist noch schwerer, wie wir an der Debatte über die Änderung der Geschäftsordnung und die Arbeit des Kollegen Richard Corbett gesehen haben. Ich danke Richard Corbett für dieses wirklich große Engagement, die vielfältigen Interessen unter einen Hut zu bringen und diese Reform unserer Geschäftsordnung dem Plenum zuzuführen. Die sozialistische Fraktion wird diesen Bericht unterstützen.

Wir warten auf den Lissabon-Vertrag, dann hat das Parlament viel mehr Gesetzgebungsbefugnisse, und wir müssen uns darauf vorbereiten, die Gesetzgebung in das Zentrum unserer Arbeit zu stellen und Initiativberichte erst in zweiter Reihe zu behandeln. Gesetzgebung steht im Vordergrund!

Wir müssen auch in unserer Arbeit rund um die Welt solider werden. Die Delegationsreisen des Parlaments in verschiedene Länder, in verschiedene Erdteile müssen mit den Fachausschüssen des Parlaments gekoppelt werden. Wenn eine Delegation ein Thema wie Klimaschutz oder Sozialschutz hat, dann gehören eigentlich die Experten des Fachausschusses dazu.

Ich begrüße, dass wir unsere Debatten attraktiver machen: Nicht die rote Karte, Herr Präsident, sondern die blaue Karte wird in Zukunft hier mehr Dynamik hineinbringen. Das ist gut so! Und die Zusammenarbeit der Ausschüsse, diese gemeinsamen Ausschüsse, das ist ein Testlauf, weil die bisherige Praxis auch nicht befriedigend war. Der mitberatende Ausschuss hatte quasi keine Chance, seien wir ehrlich! Insofern ist der Test mit gemeinsamen Sitzungen von zwei Ausschüssen ein neuer Versuch, hier etwas Besseres zu erfinden.

Diese Reform muss sein! Es ist auch gut, dass wir sie vor der Wahl machen und nicht in die nächste Wahlperiode verschieben. Danke noch einmal an Richard Corbett und alle, die mitgearbeitet haben!

Andrzej Wielowieyski (ALDE). – (FR) Herr Präsident, obwohl die Arbeit von Herrn Corbett exzellent ist, enthält sein Bericht doch leider einen schwerwiegenden Fehler. Unser Ziel ist es, qualitativ gute Parlamentsdienste zu leisten. Wir müssen deshalb Fehler vermeiden und in der Lage sein, Rechtstexte zu verbessern.

Nur Änderung 8, die Artikel 45 betrifft, ermöglicht uns, mit der Unterstützung von 75 Mitgliedern, die nicht einfach zu bekommen sein wird, die Änderungsanträge im Plenum vorzulegen. Der Berichterstatter und der Ausschuss für konstitutionelle Fragen haben beschlossen, dieses Verfahren abzulehnen, aus Angst, mit Änderungsanträgen überschwemmt zu werden.

Die von uns vorgeschlagenen Änderungen im Namen der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa und der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz hatten zum Ziel, zwei oder drei Fraktionen dazu zu berechtigen. Wir verfügen über Koordinatoren und Schattenberichterstatter, die kompetent sind und sich an das Gesetzgebungsverfahren halten.

Die Änderungen abzulehnen, die vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen vorgeschlagen wurden, ist, als wenn die Möglichkeit abgelehnt würde, einen Rechtstext im Rahmen des normalen Verfahrens zu verbessern, und das wäre ein schwerwiegender Fehler.

Nils Lundgren (IND/DEM). – (SV) Danke, Herr Präsident. Schadenfreude ist die schönste Freude, sagt der Zyniker. Allerdings geben sogar diejenigen unter uns, die nicht zynisch sind, selbstverständlich zu, dass Schadenfreude eine Art Freude ist, und diese Freude empfinde ich jetzt gerade. Warum? Letztes Jahr haben wir in der Juniliste und der Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie begonnen, namentliche Abstimmungen bei allen Endabstimmungen zu fordern. Ich erinnere mich daran, wie Präsident Pöttering uns gescholten und verspottet hat und behauptete, das würde horrendes Summen kosten. Jetzt schlägt der Ausschuss vor, dass bei allen Endabstimmungen über Gesetzgebungsvorschläge namentlich abgestimmt werden sollte. Und das auch zu Recht! Um politische Verantwortlichkeit von seinen Abgeordneten fordern zu können, müssen Wähler in der Lage sein, nachprüfen zu können, wie ihre Abgeordneten wählen. Wie haben Herr Hannan, Frau Wallis und Frau Svensson abgestimmt, nur um ein paar Abgeordnete zu nennen, die ich besonders schätze? Dieser Vorschlag stellt einen wichtigen Schritt innerhalb des Demokratieprozesses dar und stärkt die Kontrolle der Wähler über die "Jasager" in diesem Saal. Ich möchte mich bei Herrn Corbett dafür bedanken und bei dem Präsidenten, da er mir das Wort erteilt hat.

Bruno Gollnisch (NI). – (FR) Herr Präsident, stellen Sie sich vor, was passieren würde, wenn bei unseren Beratungen wirklich eine Beschlussfähigkeit vorhanden sein müsste. Heute sind nur elf von uns anwesend und nehmen an Beratungen über extrem wichtige Themen teil, die das Parlament in der nächsten Wahlperiode betreffen. Aus diesem Grunde denke ich, dass das Prinzip, das diesen Änderungen zugrunde liegt, höchst fragwürdig ist.

Und was noch fragwürdiger ist - unabhängig von der Arbeit von Herrn Corbett - ist der Änderungsantrag, der vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen abgelehnt wurde und von den beiden größten Fraktionen an uns zurückverwiesen wurde - unter Umständen, die, wie wir sehr gut wissen, eine bestimmte Person betreffen - um die traditionelle Regelung zu ändern, die in allen Parlamenten der Welt praktiziert wird und nach der die Eröffnungssitzung unter dem Vorsitz des ältesten Abgeordneten stattfindet.

Diese Regelung ist absolut zulässig und sie nur deswegen ändern zu wollen, weil der nächstälteste Abgeordnete nicht mit den Mehrheitsfraktionen übereinstimmt, ist ganz eindeutig eine hinterlistige Methode. In dieser Hinsicht kann man so das Problem des Parlaments zusammenfassen. Bald bin ich seit 20 Jahren Abgeordneter. Dabei habe ich bemerkt, dass jedes Mal, wenn eine Minderheit ein Recht ausübt, die Geschäftsordnung geändert wird. Es wäre besser, die Geschäftsordnung aufzuheben und einfach den Willen der Mehrheitsfraktionen zu akzeptieren.

Richard Corbett, Berichterstatter. – Herr Präsident, ich möchte zuerst meinen Schattenberichterstattern danken, die sich mit diesem Thema im Einzelnen auseinandergesetzt haben: Herrn Szájer, Herrn Duff, Frau Frassoni und Frau Dahl. Ohne ihre Hilfe und Mitarbeit hätten wir diesen Bericht nicht erfolgreich abschließen können.

Ich möchte zweitens das bestätigen, was bereits angesprochen wurde. Dieser Bericht wurde in zwei Teile aufgeteilt. Es gibt einen weiteren Bericht, über den noch nicht im Plenum beraten wurde, und auf den wir in der nächsten Wahlperiode wieder zurückkommen müssen. Er setzt sich mit der Anpassung unserer Geschäftsordnung auseinander, wenn der Vertrag von Lissabon in Kraft treten sollte. Wir haben das natürlich als Vorbereitung gesehen, ohne die Ratifizierung zu beeinträchtigen, die hoffentlich morgen im tschechischen Senat und Ende des Jahres in Irland stattfinden wird. Aber wenn wir darauf zurückkommen, wenn der Vertrag ratifiziert wurde, ist die Vorarbeit bereits geleistet worden.

Zweitens möchte ich bestätigen, dass hier in der Tat in einigen Regelungen, wie Herr Szájer aufgezeigt hat, kürzliche Reformen wieder aufgenommen werden, die aus dem ersten Bericht von Dagmar Roth-Behrendts Reform-Arbeitsgruppe stammen. Sie betreffen die Frage der Initiativberichte. Diesbezüglich haben wir derzeit ein Verfahren, das viele Mitgliedstaaten für ein wenig zu unflexibel halten. Wir haben es ein bisschen flexibler gemacht. Zuerst wird die Debatte nicht mehr nur eine kurze Präsentation des Berichterstatters und eine Antwort der Kommission beinhalten. Es wird bei solchen Gelegenheiten bis zu 10 Minuten Zeit für Wortmeldungen geben.

Zweitens sind Änderungsanträge ab jetzt für Initiativberichte verboten. Stattdessen kann in Fraktionen ein Entschliessungsantrag vorgelegt werden. Das Recht bleibt weiterhin bestehen, aber zusätzlich dazu würden wir Änderungen zulassen, wenn diese von einem Zehntel der Abgeordneten des Parlaments vorgelegt werden. Herr Wielowieyski, der gerade gegangen ist, hat an diesem Punkt Kritik geübt, aber momentan besteht kein Recht, Initiativberichte überhaupt zu ändern. Das ermöglicht zumindest ein eingeschränktes Recht.

Wir wollen der Sache nicht Tür und Tor öffnen und uns von Hunderten von Änderungsanträgen überschwemmen lassen, in denen Ausschüsse von 700 und mehr Abgeordneten lange Entschliessungen neu schreiben, aber auf der anderen Seite ist ein beschränktes Recht zur Änderung, wenn ein starker Wille dafür besteht, unserer Meinung nach ein vernünftiger Kompromiss und ein guter Ausgleich.

Eine weitere Möglichkeit, in der eine vorherige Reform, die einige Jahre alt ist, wieder aufgegriffen wird, ist der Änderungsantrag der ALDE-Fraktion zur Neufassung. Ich glaube, dass dies eine willkommene Anpassung an die Verfahren ist, die wir zurzeit haben.

Des Weiteren kann ich auch bestätigen, dass viele neue Ideen von anderen Abgeordneten eingeflossen sind. Ich habe einige bereits vorher erwähnt. Ich habe vergessen, den Artikel über das *Bürgerforum* zu erwähnen, das Herr Botopoulos und Herr Onesta vorschlugen. Es bestehen noch weitere Ideen für namentliche Abstimmungen bei Legislativberichten - nicht für alle Endabstimmungen, aber für Endabstimmungen bei Legislativberichten, die ich meiner Meinung nach bereits erwähnt habe.

Zuletzt komme ich zu den Punkten, in denen ich mit einigen Abgeordneten nicht übereinstimme. Herr Duff, der Artikel über den Fall, dass es eine ganze Reihe an Änderungsanträgen im Plenum gibt und der Präsident den Ausschuss bitten kann, diese zu sichten: Das ist keine Zurückverweisung des Berichts an den Ausschuss. Der Ausschuss fungiert nur als Filter für die Änderungsanträge, die im Plenum beraten werden, sodass wir nicht mehrere Stunden aufwenden müssen, um über sie abzustimmen, sondern nur über die Anträge, die eine gewisse Unterstützung genießen. Es handelt sich aber nicht um eine Zurückverweisung.

Zweitens komme ich zu dem Punkt, der von Frau Frassoni angesprochen wurde, nämlich dass mitberatende Ausschüsse das Recht haben, Änderungsanträge im Plenum vorzulegen. Ich selbst habe große Zweifel, ob das eine gute Idee ist, aber der Vorschlag kam von der Reform-Arbeitsgruppe, an der Sie teilgenommen haben. Er wurde von der Konferenz der Präsidenten befürwortet. Das beruhte auf einem gewissen Konsens und deswegen legen wir es dem Plenum zur Abstimmung vor. Wir werden sehen, wie das Parlament morgen entscheidet.

Ich werde die Punkte bezüglich des Petitionsausschusses nicht ansprechen, denn wir werden eine spezielle Aussprache darüber haben, und ich werde dann darauf zurückkommen. Ich möchte nur abschließend als Antwort auf Herrn Gollnisch sagen, dass er in zwei Punkten falsch liegt. Dies ist nicht der gleiche Änderungsantrag, der im Ausschuss abgelehnt wurde. Es ist ein anderer und beruht auf einer unterschiedlichen Herangehensweise an das Thema. Ich hatte große Vorbehalte bezüglich des Änderungsantrags, der im Ausschuss vorgelegt wurde. Ich freue mich, den Änderungsantrag, der jetzt dem Plenum vorgelegt wurde, zu unterstützen.

Zweitens hat nicht in allen Parlamenten der Welt bei der Eröffnungssitzung der älteste Abgeordnete den Vorsitz inne, wie er behauptet hat. In vielen Parlamenten ist es so, aber es ist bei Weitem nicht das einzige System, das existiert, und für uns als Europäisches Parlament ist es legitim, uns die verschiedenen bestehenden Verfahren anzusehen und uns eines auszusuchen, das unseren Bedingungen entspricht. Das Plenum wird darüber entscheiden.

Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung wird am Mittwoch, den 6. Mai 2009 stattfinden.

17. Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf das Petitionsverfahren (Aussprache)

Präsident. – Nach der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht (A6-0027/2009) von Herrn Onesta im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über die Änderung der Geschäftsordnung in Bezug auf das Petitionsverfahren (2006/2209(REG)).

Gérard Onesta, Berichterstatter. – (FR) Herr Präsident, nachdem der Bericht von Herrn Corbett einem großen Kuchen glich, bin ich mir nicht sicher, ob dies jetzt die Kirsche ist. Es ist eher wie der kleine Keks, der einem zum Kaffee gereicht wird, wenn man die Rechnung bekommt.

Ich werde über Petitionen sprechen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Geschäftsordnung, so wie sie derzeit ist, zu ein paar Problemen geführt hat, da manchmal einige Artikel schwer auszulegen waren oder sogar in eine politische Sackgasse geführt haben, was die Zulässigkeit des einen oder anderen Textes betraf. Wir haben deshalb versucht, ein wenig Ordnung zu schaffen, zu verdeutlichen und zusammenzufassen, aber deswegen ist dies noch keine Revolution.

Zunächst möchten wir den Antragsteller besser identifizieren können, denn im Moment, wenn bei uns eine halbe Tonne an Petitionen ankommt, ist nicht ersichtlich, wer der Ansprechpartner ist. Wir werden die Antragsteller deshalb bitten, deutlich zu machen, wer gewissermaßen ihr Wortführer ist. Sonst werden wir beschließen, den ersten Namen auf der ersten Seite zu nutzen.

Wir haben das Recht eingebracht, eine Petition zurückzuziehen. Wir sagen den Bürgern "Sie können eine Petition einreichen, aber Sie können auf dieses Recht auch verzichten und fordern, dass Ihr Name von der Unterschriftenliste entfernt wird".

Sie wissen, dass das Parlament Briefe erhalten kann, die in Minderheitensprachen verfasst wurden, so wie Galicisch, Baskisch, Katalanisch und so weiter, wenn diese Sprachen von den Mitgliedstaaten anerkannt wurden. Wir haben beschlossen, dieses Recht auch auf Petitionen auszuweiten. Wenn wir Briefe in bestimmten Sprachen bekommen, die das Präsidium als zulässige Sprache für den Schriftverkehr mit Bürgern anerkennt, sollten wir auch in diesen Sprachen antworten.

Die wahre Reform liegt allerdings in der Zulässigkeit. Bisher hatten die Mitglieder des Petitionsausschusses manchmal hart zu kämpfen, um herauszufinden, ob ein bestimmtes Dokument wirklich Angelegenheit des europäischen Gemeinschaftsrechts ist. Da die Erweiterung Europas alle Regionen erfasst, kamen viele durch die Hintertür herein. Wir haben deshalb versucht, die Dinge durch eine Art Anreiz für die Zulässigkeit zu vereinfachen.

Wenn ein Viertel der Mitglieder des Petitionsausschusses einen Text als zulässig ansieht, wird er überprüft, da wir kein grundlegendes Recht einschränken, das in jedem Fall auf dem Primärrecht basiert. Falls ein Text als unzulässig abgelehnt wird, werden wir sogar versuchen, mögliche Wege aufzuzeigen, um ihn doch noch zuzulassen.

Es muss immer Transparenz herrschen, da der Name des Antragstellers und der Inhalt der Petition immer in unserem Register veröffentlicht wird. Wenn der Antragsteller allerdings um Anonymität bittet, werden

wir diese zum Schutz der Privatsphäre auch gewährleisten. Das Gleiche gilt, wenn während der Beratungen um Vertraulichkeit gebeten wird.

Das Recht des Antragstellers, auf Wunsch des Ausschussvorsitzenden zu sprechen, wurde natürlich gewahrt.

Wir haben das Recht zur Durchführung von Folgemaßnahmen in gewisser Weise erweitert - oder eher deutlicher gemacht - da der Petitionsausschuss früher für fast alles einen Initiativbericht erstellen konnte. Wir sehen keinen Grund dafür, warum dieser Ausschuss über mehr Rechte als andere Ausschüsse verfügen sollte. Natürlich behält er dieses Recht, wenn die Konferenz der Präsidenten nichts dagegen einzuwenden hat.

Das elektronische Register wurde beibehalten. Wenn nötig, werden vor Ort Informationsbesuche durchgeführt, um Tatsachen festzustellen und nach Lösungen zu suchen. Das ist eine Vermittlerrolle; was wir beschlossen haben, einzuführen, ist ein wenig originell, aber es wird dem Parlament zugute kommen.

Gegebenenfalls werden wir die Kommission um Unterstützung bitten, die heute Abend von höchster Ebene vertreten wird, um die Anwendung von Gemeinschaftsrecht zu verdeutlichen und um uns, wenn möglich, Informationen zukommen zu lassen. Die gesammelten Informationen werden natürlich der Kommission, dem Rat und dem Antragsteller übermittelt.

Was geschieht allerdings, wenn der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird? Sie werden wissen, dass neben den Petitionen, die seit Langem beim Europäischen Parlament eingereicht werden können, eine neue Art von Petition in diesem Vertrag vorgesehen ist, nämlich Petitionen, die bei der Europäischen Kommission eingereicht werden können und mindestens eine Million Unterschriften benötigen.

Wir haben einfach entschieden, dass, wenn der Vertrag von Lissabon ratifiziert wird, und eine ähnliche Angelegenheit in einer Petition von einer Million Bürgern bei der Kommission eingereicht wird, wir im Parlament prüfen, ob wir eine identische Angelegenheit bearbeiten und ob die bei der Kommission eingereichte Petition unsere Arbeit behindern könnte, wobei wir dann einfach die Antragsteller informieren würden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich denke, ich habe die Lage in etwa zusammengefasst. Es gibt keine Revolution, nur einige Klarstellungen und die Verhinderung eines möglichen Stillstands.

Richard Corbett, im Namen der PSE-Fraktion. – Herr Präsident, mit großer Freude kann ich mitteilen, dass meine Fraktion den Bericht von Herrn Onesta unterstützt, der hier und auch bereits vor einiger Zeit gute Arbeit geleistet hat. Es ist schon etwas merkwürdig, dass die Konferenz der Präsidenten so lange gewartet hat, bis sie diesen Bericht auf die Tagesordnung der Plenartagungen gesetzt hat.

Allerdings zeigt die Tatsache, dass sie damit so lange gewartet und ihn zum gleichen Zeitpunkt wie meinen Bericht auf die Tagesordnung gesetzt hat, dass eine kleine Verbindung zwischen ein oder zwei Punkten der Berichte besteht, auf die Frau Frassoni in unserer letzten Beratung hingewiesen hat. Das ist eine Frage der Zusammenarbeit zwischen dem Petitionsausschuss und dem Fachausschuss. Jeder stimmt überein, dass sie beide zusammenarbeiten müssen, aber es gibt ein Argument, das man im Endeffekt nennen könnte: Wenn sie sich nicht einig sind, wer hat dann das letzte Wort?

Man kann beide Seiten verstehen. Die Mitglieder des Petitionsausschusses haben Petitionen erhalten, sie haben sich mit den Angelegenheiten auseinandergesetzt, sie haben vielleicht Anhörungen durchgeführt, einen Besuch gemacht, sie haben manchmal etwas gefunden, dass in der Gesetzgebung nicht korrekt ist, mit der sich der zuständige Ausschuss befasst hat, und sie haben das Gefühl, dass sie die Angelegenheit im Griff haben und das letzte Wort haben sollten, falls der Fachausschuss nicht der gleichen Meinung ist. Auf der anderen Seite kann man den Fachausschuss verstehen. Warum sollte auf einmal ein anderer Ausschuss für die Angelegenheit zuständig sein, nur weil jemand eine Petition an diesen anderen Ausschuss geschickt hat? Man kann beide Seiten verstehen.

Um diese beiden Seiten wieder zu versöhnen, habe ich gesagt, dass sie ganz eng zusammenarbeiten sollten und der Petitionsausschuss sich im Endeffekt der Meinung des Fachausschusses anschließen muss. Er kann, wenn er das möchte, von den Ansichten des Fachausschusses abweichen, das ist sein gutes Recht, aber wenn er das tut, muss er hinnehmen, dass der Fachausschuss das Recht hat, im Plenum Änderungsanträge vorzulegen.

Ich denke, dass das eine sinnvolle Gegenleistung ist. Ich verstehe nicht, warum Frau Frassoni vorher gesagt hat, dass das den Petitionsausschuss zerstören würde. Ich habe wirklich kein Verständnis dafür, wie sie zu so einer Schlussfolgerung gelangt ist. Natürlich haben mir die Mitglieder des Petitionsausschusses, die in

meiner Fraktion sind, gesagt, dass sie mit dem Kompromiss einverstanden sind, und ich denke, wir haben hier einen praktikablen Kompromiss. Es ist ein Kompromiss. Wenn Sie die eine oder andere Seite der Ansichten extrem verfechten, werden sie nicht glücklich sein, aber es ist meiner Meinung nach ein praktikabler Kompromiss. Er fügt sich sehr schön in den hervorragenden Bericht von Herrn Onesta ein, und ich denke, dass dieses Paket insgesamt funktionieren wird.

Jo Leinen (PSE). - Herr Präsident! Gérard Onesta hat gesagt, dass sein Bericht keine Revolution bringt, aber es ist doch eine wichtige Reform, die sowohl die Bürger als auch den Petitionsausschuss stärkt. Das Petitionsrecht ist ein Recht der Bürger, und hier werden einige Verbesserungen gemacht, die die Bürger auch ermuntern, solche Anfragen an das Parlament zu stellen. Ich finde es auch richtig, dass über die Zulässigkeit einer Petition nicht der Vorsitzende eines Ausschusses entscheidet. Wiewohl ich selbst Vorsitzender eines Ausschusses bin, bin ich auch damit einverstanden, dass, wenn ein Viertel der Mitglieder meint, ein Thema sollte diskutiert werden, es dann auch diskutiert werden muss.

Ich möchte Gérard Onesta sprachlich korrigieren: Die europäische Bürgerinitiative ist keine Petition – das ist ein Aliud. Sie ist eigentlich ein europäisches Volksbegehren, ein Recht anderer Art. Sie richtet sich auch nicht an das Parlament, sondern an die Kommission, und wir sollten das nicht vermischen. Darauf haben die Vertreter der Zivilgesellschaft viel Wert gelegt.

Das wird wohl der letzte Bericht sein, den Gérard Onesta hier im Parlament gemacht hat. Ich möchte ihm ganz herzlich für seine in vielerlei Hinsicht hervorragende Arbeit danken: als Vizepräsident und auch als Mitglied unseres Ausschusses. Ich will auch die Agora nicht unerwähnt lassen, dieses Forum des Parlaments mit der Zivilgesellschaft, die Historie sein wird, also die Geschichte schreibt und ein ganz wichtiges Instrument ist. Wir unterstützen also diesen Bericht Onesta und sagen nochmals Dank für die gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Präsident. – Ich muss Herrn Leinen korrigieren, denn da er sich mit Eigentumspolitik befasst hat, wird Herr Onesta viele langfristige Arbeitsprogramme verlassen, zusätzlich zu denen, die mit politischer Initiative verbunden sind.

Costas Botopoulos (PSE). – (FR) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte auch Herrn Onesta für seine Arbeit und seine Anwesenheit im Parlament danken. Ich möchte zu seinem letzten Bericht einige Anmerkungen machen. Ich bin wie Frau Frassoni davon überzeugt, dass das Petitionsrecht wichtig ist, und ich muss sagen, dass der Petitionsausschuss ein eher merkwürdiger Ausschuss ist. Er ist wichtig, interessant, aber eben auch eigenartig. Es ist eine Art Mini-Gericht, in dem alles und nichts diskutiert wird. Es ist ziemlich wichtig aber auch interessant, und seine Arbeit unterscheidet sich von unserer.

Ich möchte sehr kurz auf drei Punkte zurückkommen. Erstens auf Minderheitensprachen. Ich bin damit einverstanden, aber es sollte nicht möglich sein, sich in Sprachen an das Parlament zu wenden, die nicht vollkommen legal vom Parlament genutzt werden. Zweitens die Zulässigkeit. Ich stimme voll und ganz damit überein, und dass das Ziel eher in der Zulassung von Petitionen als in deren Ablehnung besteht, halte ich für positiv. Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich mit unserem Vorsitzenden, Herrn Leinen, einer Meinung bin. Das Recht der Bürgerinitiative hat natürlich nichts mit dem Petitionsrecht zu tun, welches ein demokratisches und konstitutionelles Recht beim Parlament ist, und diese beiden sollten nicht durcheinandergebracht werden.

Schließlich habe ich das Wort vor allem deswegen ergriffen, um Herrn Onesta für seine Arbeit zu danken.

Präsident. – Ich möchte mich bei dem Abgeordneten entschuldigen, da ich sofort zurechtgewiesen wurde, dass ich seinen Nachnamen falsch ausgesprochen habe, der Botopoulos und nicht Botopoùlos heißt. Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

Monica Frassoni (Verts/ALE). – (IT) Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte mich ebenfalls bei Herrn Onesta bedanken, auch im Namen der Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz. Zufällig waren wir beide vorhin auf einer Feier, zu der wir bald zurückkehren werden, um die Danksagungen und Feierlichkeiten abzuschließen.

Diesbezüglich möchte ich natürlich sagen, dass wir den Bericht unterstützen, aber dass unserer Meinung nach das Thema der Beziehung zu dem Hauptausschuss in der Corbett-Reform ein heikles Thema bleibt. Hier möchte ich allerdings auch etwas zu Herrn Botopoulos sagen, und zwar: Der Petitionsausschuss ist kein merkwürdiger Ausschuss, sondern ein Ausschuss, der eine ganz bestimmte Rolle spielt, und in den meisten Fällen haben Petitionen die Anwendung des Gemeinschaftsrechts zum Thema, wie beispielsweise die

Verletzung von Richtlinien und Gesetzen, die nicht immer unbedingt eine eindeutige Beziehung zum Hauptausschuss hat.

Ich würde noch weiter gehen und behaupten, dass alle, die etwas, und mag es auch noch so wenig sein, mit der Arbeit des Petitionsausschusses zu tun hatten, bemerkt haben, dass es sich in unserem Parlament um eine Art "Aschenputtel" handelt. Sie werden auch bemerken, dass der Hauptausschuss nicht auf die Fragen des Petitionsausschusses antwortet. Den Hauptausschuss tangiert nicht, was der Petitionsausschuss sagt, macht oder vorschlägt.

Das bereitet mir Sorge: Meine Sorge ist, dass der Petitionsausschuss, der sich nicht immer, aber oft mit der Anwendung von Gemeinschaftsrichtlinien befasst, auf die Erlaubnis der zuständigen gesetzgebenden Ausschüsse warten muss, denen dadurch eine andere Rolle zukommt, und auch bei der Konferenz der Präsidenten um Erlaubnis bitten muss, wenn es einfach nur um die Prüfung des Antrags geht, die, ich wiederhole mich, nichts mit der gesetzgebenden Funktion der Parlamentsausschüsse zu tun hat.

Deshalb möchte ich meine Besorgnis über die Reform, die von Herrn Corbett für Petitionen vorgeschlagen wurde, ausdrücken, obwohl ich voll und ganz mit Herrn Onesta übereinstimme. Ich bedanke mich beim Vizepräsidenten, da er so flexibel hinsichtlich der Redezeit war.

Präsident. – Das war eigentlich Galanterie in Anbetracht der Tatsache, dass dies der letzte Beitrag an diesem Abend war, mit Ausnahme der Antwort von Herrn Onesta, der jetzt an der Reihe ist, zu sprechen.

Gérard Onesta, Berichterstatter – (FR) Herr Präsident, ich werde versuchen, die Fragen meiner Kollegen Abgeordneten zu beantworten. Herr Leinen, Sie haben ganz recht: Das war ein Versprecher. Die Verfahren sind völlig unterschiedlich, was die Anrufung der Kommission gemäß den Vorschriften des wahrscheinlich zukünftigen Vertrags und die Anrufung des Parlaments über das Petitionsverfahren betrifft.

Nehmen wir an, der hypothetische Fall tritt ein, und bei beiden Arten der Anrufung, die sehr unterschiedlich sind, was den Ort und das Format betrifft, geht es um die gleiche Angelegenheit. Für diesen Fall haben wir entschieden, dass die Antragsteller informiert werden, um herauszufinden, ob es angebracht ist, unsere Untersuchungen fortzuführen. Wir haben uns einfach dafür entschieden, die Koordination in dieser Situation zu stärken. Ich spreche Dinge zwar aus, aber Sie hatten recht, eine linguistische Erklärung von mir zu verlangen.

Ich werde meine linguistischen Erklärungen hinsichtlich der Frage von Herrn Botopoulos fortführen. Offensichtlich steht außer Frage, noch etwas zu diesem Turmbau zu Babel hinzuzufügen, der bereits extrem komplex ist. Schauen Sie sich nur die Anzahl der Dolmetscher an, die heute Abend noch hier sind. Für uns ist ganz klar, dass das Parlamentspräsidium entscheidet, ob Petitionen und der Schriftverkehr mit Antragstellern in anderen Sprachen, die in einem Mitgliedstaat gesprochen werden, geführt werden sollten. Diese Sprachen müssen allerdings von dem Staat anerkannt werden, und der Staat muss darum bitten, diese Sprachen anwenden zu wollen. Dies gilt zurzeit nur für vier Sprachen. Wenn ich morgen in Volapük - einer imaginären Sprache - schreiben wollte, wäre diese von keinem der Mitgliedstaaten anerkannt und weder das Parlament noch das Präsidium würde in dieser Sprache antworten; all das ist klar festgelegt.

Was Konflikte zwischen den Ausschüssen betrifft, auf die uns Herr Corbett hingewiesen hat, möchte ich hervorheben, dass in meinem Bericht, gemäß Artikel 46 und Anhang VI, der Petitionsausschuss bereits berechtigt ist, eine Stellungnahme von einem anderen Ausschusses zu fordern, der eine "spezielle Verantwortung für das zu untersuchende Thema" hat. Ihrer Meinung nach könnten trotzdem noch Konflikte entstehen. Wir haben deswegen das Amt eines Vermittlers eingerichtet, da der Petitionsausschuss nicht berechtigt sein wird, Initiativberichte zu erstellen oder Initiativberichte eines zuständigen Ausschusses anzufechten, solange die Konferenz der Präsidenten dies nicht erlaubt. Wir haben ein Verweisungssystem, nämlich die Konferenz der Präsidenten, die entscheidet, ob der Petitionsausschuss oder der zuständige Ausschuss sich der Angelegenheit annimmt, falls beide Ausschüsse nicht in der Lage sind, zu einem Übereinkommen zu gelangen. Deswegen haben wir Schutzvorkehrungen für jeden Fall getroffen.

Ich denke, dass wir die Beratung nach diesen Klärungen abschließen können, Herr Präsident. Ich habe fast zwanzig Jahre lang darauf gewartet, für sechs Minuten in diesem Saal sprechen zu dürfen, aber dies vor so einer Zuhörerschaft tun zu dürfen, war mir eine wahre Freude.

Präsident. – Die Aussprache ist beendet.

Die Abstimmung wird am Mittwoch, den 6. Mai 2009 stattfinden.

18. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll**19. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wurde um 23:50 beendet.)